



Deutsche Monatschrift

für das gesamte Leben der Gegenwart

Begründet von Julius Kohnmeyer

Februar 1906

Fünfter Jahrgang

L. KUBERSCH, Buchhandlung

DORPAT.

Heft 5

Leitspruch	577
Arthur Sewett in Danzig: Die Eisrose. Novelle I.	577
Bücherschau	593
Zum 27. Februar 1906! Gedicht von H. v. Frankenberg, Stadtrat in Braunschweig	594
Axel Freiherr v. Freytag-Loringhoven in Dorpat: Die Krisis des baltischen Deutschtums. (Mit einem Geleitwort der Schriftleitung)	595
Dr. Konrad W. Jurisch, Professor an der technischen Hoch- schule zu Charlottenburg: Über die Einseitigkeit in unserem geistigen Schaffen	610
Konrad Falke: Carità eterna. Gedicht	620
Archivar Dr. Josef Kaufmann in Danzig: Was die Drossel sang. Novelle	621
Generalleutnant z. D. E. v. Liebert: Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie	629
Dr. Otto Hötzel: Eine Ferienreise durch Galizien. Mit einem Nachwort über die Ruthenen und Polen in Russland	638
Pfarrer Dr. Paul Luther in Charlottenburg: Billigenlei	660
Eisenbahndirektor a. D. Otto de Terra in Marburg: Alkohol und Verkehrssicherheit	663
Franz Wugh in Paris: Präsident Loubet. Sieben Jahre französischer Politik	671
Victor Blüthgen: Neue Jugend-Literatur	680
Professor Dr. Theodor Schiemann: Monatschau über aus- wärtige Politik	683
Wilhelm v. Mallow: Monatschau über innere deutsche Politik Oberlehrer Dr. Joh. Zemmrich in Plauen: Das Deutschtum im Auslande	691
Konrad Falke in Zürich: Literarische Monatsberichte	709
Oberstudiendirektor Dr. Jul. Ziehen in Großlichterfelde: Pädagogische Umschau	715
Ernst Scherenberg: Heimkehr. Gedicht	720

ALEXANDER DUNKER — VERLAG — BERLIN W. 35, Lühowstraße 43

✦ Preis des einzelnen Heftes M. 2.00, vierteljährlich (3 Hefte) M. 5.00 ✦

Gebauer Schwetschke Druckerei und Halle a. S.
Verlag m. b. H.

ENGLAND

in deutscher Beleuchtung

Einzelabhandlungen herausgegeben von

Dr. Th. Lenschau

Bessere Beziehungen durch - - - -
Besseres Sich-Kennen u. -Verstehen

Es erschienen:

1. **Brandt**, Englische Kolonialpolitik. 80 Pf.
2. **Schroedter**, Englische Handelsschiffahrt. 80 Pf.
3. **Neuse**, Die britischen Inseln als Wirtschaftsgebiet. 90 Pf.
4. **Neuschler**, Das englische Landheer. 1 M.
5. **Reventlow**, Die englische Seemacht. 1 M.
6. **Röttgers**, Das englische Bildungswesen (Februar 1906) 1 M.

Der Herausgeber der Abhandlungen begründet sein Vorhaben ausdrücklich mit dem Zweck, **die Scheidewand von Mißverständnissen, die gewisse Politiker hüben wie drüben bei der geringfügigsten Gelegenheit geflissentlichst aufrichten, niederzulegen.** Dieser verhängnisvollen Unkenntnis — will „England in deutscher Beleuchtung“ entgegenarbeiten durch eine ruhige und unparteiliche Darstellung der wichtigsten Probleme im politischen, wirtschaftlichen und geistigen Leben Englands, die, ohne die vorhandenen Gegensätze zu vertuschen, doch die Grundlagen für ein besseres gegenseitiges Verständnis der beiden Nationen schaffen würde.“

Neue Hamburger Zeitung.

Die ungeheure Wichtigkeit dieses Themas (Heft 5) in diesen unsern Tagen, in denen das Deutsche Volk sich seine Flotte baut, liegt klar zu Tage. Daß der Herausgeber für dieses Thema Graf Reventlow gewann, charakterisiert das ganze Unternehmen: Es handelt sich um **Verständigung durch Verstehen** — nicht um allgemeine Friedensschalmeien, die sich vielleicht schöner und zukunfts lustiger lesen, aber für unsere harten Zeiten nicht am Platze sind. Es gibt kein eindringlicheres Werk zur Werbung für den deutschen Flottenbau als dieses über die englische Flotte, das jedermann, ganz gleich welchen Standes, lesen muß. Der Verfasser war in der Lage, das allerbeste und neueste Material (Dezember 1905) zu bearbeiten und obwohl er naturgemäß viel mit Zahlen hantieren muß, hat er doch jede trockne Darstellung zu vermeiden gewußt und vor allem die großen Gesichtspunkte aufgedeckt: **Zusammenhang des Wesens der englischen Flotte mit dem Wesen der englischen Politik.**

Diesem Hefte liegt ein Prospekt der firma W. Jordans Selbstverlag in
Frankfurt a. M. bei.



„Welch ein Kämpfen, Stürmen, Sehnen, Siegen weht dem Leser aus den Blättern der Germanengeschichte entgegen! Zwanzig Jahrhunderte lang liegt diese Nation zwischen eiferfüchtigen, feindlichen Großmächten eingekeilt und hat sich rein erhalten. Dußend andere Völker haben derweil ihren Atem ausgehaucht, oder sich so weit von der Ursprünglichkeit entfernt, daß sie nichts mehr besitzen vom Erbe ihrer Ahnen. Deutschland nicht! Das sind immer noch die alten, ehrlichen, gefelligen, nach Freiheit und — gutem Bier dürstenden Bärenhäuter, und okkupieren noch immer den Boden zwischen Nordsee und Alpen, zwischen Rhein und Weichsel.

„Aus dem Kaukasus herausgewachsen, behielten sie bis heut der Berge Märchenluft, der Berge Kraft und Trotz, der Berge Lawinenungefüm, das noch jeden Eindringling in ihre Heiligtümer verjagte und zermalmte! Die Römer haben ihre Speere geworfen, die Finnen ihre Pfeile schwirren lassen, die Magyaren ihre Pferde stampfen, die Gallier und Spanier ihre Schwerter scharf geschlagen, die Türken pöchten an der Pforte um Einlaß, von allen Windrichtungen her rasten Stürme über dieses Volk hinweg; aber Deutschlands Eichen stehen noch und grünen.

„Man nennt euch mit Recht das Volk der Denker! Ich heiß euch mit gleichem Recht das Volk der Gründlichen, der Haarpalter. Bei keiner Nation trifft man die Gründlichkeit, die geradezu fanatische Genauigkeit in jedem Zweig des Forschens und Schaffens so verwachsen mit dem Charakter, wie bei euch Deutschen. Der Unterschied zwischen dem Yankee und dem Germanen wäre wohl der: der erstere liest mehr, der letztere schreibt mehr. Der Germane ist Theoretiker, der Amerikaner Praktiker. Ihr säet, wir ernten. Wer bleibt hier nun des andern Schuldner?“

Aus dem Buche eines Brooklyner Arbeiters: „Bob der Sonderling. Seine Geschichte und seine Gedanken. Von Hugo Bertsch.“ (Stuttgart, Cotta.)

Die Eisrose.

Ein Lebensbild in Strichen

von

Arthur Sewett.

I.

„Laß sie bitten wie Pauline,“ sagte Frau Zollbrügge zu ihrem Manne.
„Sie tut es doch nicht.“

„Dann bleibt sie eben zu Hause.“

„Aber sie hat schon so viel weniger als Pauline.“

„Das ist ihre Sache.“

So ging Pauline ohne ihre Schwester ins Theater. Es war ein Ereignis, denn Frau Zollbrügge hatte strenge Ansichten, sie liebte es nicht,

5A
274.
Est-A
13428
Bibliotheca
Universitatis
Darmstadtensis
1943/1693

daß ihre Kinder das Theater besuchten . . . höchstens einmal im Jahre das Weihnachtsmärchen. Aber sie lasen die „Jungfrau von Orleans“ gerade in der Klasse. Und Pauline hatte eine ganz eigene Art, zu betteln und zu liebkosen, die sonst so konsequente Mutter war diesem Liebesstürmen nicht gewachsen.

Friedrich der Primaner begleitete seine Schwester. Nicht sehr gerne. Er stand dicht vor dem Abiturientenexamen und war längst über die „Jungfrau von Orleans“ hinaus, er fand sie kindlich, höchstens für Backfische genießbar. Sie kam für ihn gleich hinter den Weihnachtsmärchen, . . . besonders seitdem er in den letzten Osterferien, zu denen ihn ein Onkel in Berlin eingeladen hatte, Gorkis „Nachtasyl“ gesehen. Aber ein Freund, dem er verpflichtet war wegen mancher Hilfe in den mathematischen Arbeiten, ging auch ins Theater. Nicht der „Jungfrau von Orleans“, sondern Paulinens wegen; die hatte es ihm angetan mit den dichten, rotblonden Zöpfen und dem Kirschenmunde, der so appetitlich zu lachen wußte. Der wollte natürlich neben Pauline sitzen. Und das Abiturientenexamen stand vor der Tür, in den nächsten Tagen begannen die schriftlichen Arbeiten, und von der mathematischen träumte er beinahe jede Nacht.

„Geh' doch und bitte,“ hatte Pauline mehrere Male zu Rose gesagt, denn sie war gutmütig veranlagt und ging nicht gerne ohne die Schwester.

„Ich habe es getan, aber die Mutter schlug es ab.“

„Sie will eben mehr gebeten sein.“

„Ich kann es nicht, du weißt es.“

Auch der Vater hatte sich ins Werk gelegt.

„Die Mutter wird es dir erlauben, du mußt nur noch einmal kommen.“

Aber Rose kam nicht. Sie verzog keine Miene, sie vergoß keine Träne, als Pauline glückstrahlend mit Friedrich und seinem Freunde ins Theater ging. Sie saß den Abend auf dem kleinen Stübchen, das sie mit der Schwester teilte, sie las in der „Jungfrau von Orleans“, sie verfolgte Szene für Szene, wie sie sich jetzt auf der Bühne abspielen würde, sie war bei dem Abendessen still und ein wenig nachdenklicher, aber ohne jede Verstimmung, und als Pauline am späten Abend mit rotglühenden Wangen nach Hause kam und im Bette noch begeistert von der Aufführung erzählte und der Lindchokolade, die Friedrichs Freund mitgebracht, da hörte sie neidlos und voller Aufmerksamkeit zu.

*

*

Rose war ein Jahr jünger als Pauline. Aber sie saß auf derselben Klasse, denn sie war begabter und viel gewissenhafter als ihre Schwester.

Pauline hatte ein halbes Duzend Freundinnen, sie nicht eine einzige, Pauline war hübsch und lustig, sie war nicht häßlich, aber ernst.

Doch das war es nicht, was die anderen Mädchen von ihr abstieß.

„Sie ist so kalt,“ sagten sie, „man kommt ihr nie näher.“

In der Klasse gab es noch ein Mädchen, das denselben Vornamen führte und mit ihr auf einer Bank saß. Fortan nannte man sie nur „die Eisrose“. „Der Unterscheidung wegen,“ tröstete Pauline sie und nannte sie selber so.

*

*

*

Die Mädchen der zweiten Klasse waren kritisch beanlagt. Und weil die Jugend nichts so verachtet als den Weg der Mitte, so gab es auch hier in der Beurteilung der Lehrer nur ein Entweder — Oder. Entweder schwärmte man für seinen Lehrer und fand ihn „reizend“, oder man verabscheute ihn und nannte ihn „unausstehlich“.

Das letzte, wenig schmeichelhafte Prädikat war mit Einstimmigkeit der ganzen Klasse Herrn Dr. Madolmy zuerkannt, einem noch jungen, aber eingebildeten und eitlen Lehrer des königlichen Gymnasiums, der aushilfsweise Physik an der höheren Töchterschule gab.

Für Rose allein galt das Entweder — Oder ihrer Altersgenossinnen nicht; sie schwärmte für niemand unter den männlichen oder weiblichen Lehrkräften, nicht einmal für den Literaturlehrer, der selber Poet und Verfasser eines historischen Dramas, das einige Male im Stadttheater aufgeführt war, mit der Lektüre der „Jungfrau von Orleans“ die Backfischherzen im Sturme eroberte.

Aber darin war sie mit der Klasse eins: sie haßte Dr. Madolmy. Nicht seiner langweiligen Stunden, seines gespreizten Vortrages wegen, über den sie lachte. Aber er war ungerecht, er bevorzugte die hübschen Mädchen, und alle, die ihm um den Bart gingen, und die übrigen behandelte er schlecht. Als seine Parteilichkeit bei den Weihnachtszensuren in ein geradezu grelles Licht getreten war, bildete sich ein Komplott wider ihn. An seiner Spitze stand Rose Zollbrügge.

Doch über Herrn Madolmy waltete ein günstiger Stern. Das Komplott wurde entdeckt, ehe es recht eigentlich in Tätigkeit getreten war; ein aufgefangener Zettel, den man in einer Rechenstunde mit großer Heimlichkeit von Bank zu Bank befördert, wurde sein Verräter.

Eine strenge Untersuchung ward eingeleitet. Rose nahm die ganze Schuld auf sich.

Der Direktor rief sie auf sein Zimmer. Sie hörte es aus jedem seiner Worte, wie schmerzlich bewegt er war.

„Du warst meine beste Schülerin von der untersten Klasse an, ich hatte nichts an dir auszusetzen . . . und nun dieses unverzeihliche Vergehen!“ Und dann: „Weil es das erste Mal ist und du offen bekannt hast, will ich von der verdienten Strafe absehen. Aber Du wirst morgen Herrn Dr. Nadolny vor der Klasse Abbitte leisten.“

„Nein,“ sagte Rose leise, aber sehr bestimmt.

„Nein?!“ Der Direktor glaubte nicht recht gehört zu haben.

„Strafen Sie mich, wie Sie wollen, Herr Direktor, . . . abbitten werde ich nicht.“

„Du wirst nicht?! Weshalb nicht?“

Rose schwieg, es war kein Wort mehr aus ihr herauszubringen.

„Also hochmütig auch noch! Und das ist schlimmer als alles andere. Das ist der Anfang eines sittlichen Verfalles.“

Er setzte ihr eine Strafe an, die im Verhältnis zu ihrem Vergehen hart war. Rose wußte, daß sie mit einem abbittenden Wort auch jetzt noch Alles gut machen konnte, daß der ihr wohlgesinnte Direktor auf dieses Wort nur wartete.

Aber sie sprach es nicht. Schweigend und ohne eine Träne trat sie ihre Strafe an Das Kollegium der Luisenschule, das an demselben Nachmittag von dem Direktor zur Konferenz zusammengerufen war, fällte ein einmütiges Urteil über Rose Zollbrügge: Man hatte sich in dem Rinde getäuscht. Seine Begabung und sein unleugbarer Fleiß hatte über den Kern seines Charakters eine rosige Hülle gebreitet. Die Hülle begann sich zu lüften, der Kern wurde sichtbar, und er war nicht gut. Zum ersten Male fehlte auf Rosens Osterzensur im Betragen das Wort „löblich“. „Sie neigt zum Hochmut“, war da zu lesen, und das war die schlimmste Note, die das Kollegium ausstellen konnte.

„Ich habe es längst kommen sehen,“ sagte Frau Zollbrügge und weinte über ihre Tochter. Die Mitschülerinnen gingen ihr aus dem Wege, weil sie kalt und unnahbar war, die Lehrer und Lehrerinnen, die sie bis jetzt lieb gehabt, waren irre an ihr geworden, ihre Mutter zog sich mehr und mehr von ihr zurück und entschädigte sich an Paulinens sonniger Natur, diese verkehrte nur noch mit ihren Freundinnen — — Rose war einsam geworden.

II.

Nun kam das Jahr des Konfirmandenunterrichtes. Die Eltern hatten ihren Töchtern unter den drei Predigern der Gemeinde freie Wahl gelassen. Rose war des öfteren allein in die Kirche gegangen, die Predigten des ersten Pfarrers, eines ebenso würdigen wie milden Mannes,

mit vollem schneeweißen Haar und bartlosem, gütigen Gesicht hatten auf ihr ernstes Gemüt tiefen Eindruck geübt, und da Paulinens Freundinnen gleichfalls den Konfirmandenunterricht dieses Geistlichen besuchten, war auch diese einverstanden.

So begab sich Frau Zollbrügge eines Tages zu Oberpfarrer Wacht, ihre Töchter ihm zum Unterrichte anzumelden.

„Ich möchte nun Einiges über die beiden Kinder aus dem Munde ihrer Mutter hören,“ sagte der alte Herr, nachdem die Formalitäten erledigt waren.

Auf einen Wink der Mutter verließen Pauline und Rose das Amtszimmer. „Die ältere ist ein sonniges Normalkind,“ begann Frau Zollbrügge „ohne hervorstechende Eigenschaften, auch nicht von besonderer geistiger Begabung. Aber sie ist gutmütig, freundlich zu jedermann, gefügig zu Hause und stets dienstbereit, vor allem ist sie dankbar und bescheiden.“

„Das sind liebenswerte Züge . . . hm . . ., so werde ich Freude an ihr haben. Und die Jüngere?“ „Sie hat auch ihre guten Eigenschaften,“ erwiderte Frau Zollbrügge, „sie ist ernst veranlagt und gewissenhaft, sie denkt trotz ihrer Jugend viel nach und ist Pauline an Fähigkeit zweifellos überlegen . . .“

„Aber? . . .“

Ein Schatten, der langsam wuchs, breitete sich über Frau Zollbrüggens Antlitz.

„Ich weiß nicht recht, wie ich mich ausdrücken soll, Herr Oberpfarrer, ich möchte gerade Ihnen ein richtiges und in Licht und Dunkel getreues Bild über die Kinder geben . . .“

Und Frau Zollbrügge erzählte genau, fast weiterschweifig, den Vorgang aus der Schule, und welch ein schlechtes Zeugnis Rose ihr gebracht; auch von einigen häuslichen Geschehnissen berichtete sie, wie schwer Rose ihre Schuld einsähe, und . . .

„Ich glaube Sie zu verstehen,“ unterbrach der seelenkundige Geistliche, „Ihrer jüngeren Tochter fehlt es bei allen guten Eigenschaften an Zweierlei, an der rechten Demut und Dankbarkeit.“ Und als Frau Zollbrügge traurig, aber zustimmend nickte:

„Das freilich sind zwei Tugenden, die für ein junges Mädchen, für eine Christin unentbehrlich sind. Aber seien Sie getrost, gnädige Frau, die Rose hat ein so treues, sinnendes Gesicht, es steht mancherlei darin geschrieben, was mir gefällt; wir haben alle unsere Fehler, ich will mich dieses Kindes mit besonderer Liebe annehmen, ich will an ihrer Seele arbeiten, Gott wird helfen. Der Konfirmandenunterricht hat an manchem jugendlichem Gemüt Wunder gewirkt.“

*

*

*

Der alte Pastor machte sein Versprechen wahr. Unter seinen vielen Konfirmandinnen beschäftigte er sich mit niemand wie mit Rose Zollbrügge, nicht nur in den Stunden, auch in seinen Gedanken und Gebeten.

Aber je mehr der Unterricht seinem Ende entgegenging, um so deutlicher wurde es ihm, daß er mit all seiner Mühe und Arbeit nichts erreicht hatte. Rose war genau dieselbe geblieben, die sie am Anfang gewesen, gerade so sinnend und teilnehmend saß sie auf ihrem Platze, mit denselben ernstesten tiefen Augen folgte sie jedem seiner Worte, sie antwortete nicht viel, doch, wenn sie es tat, so war es richtig und wohlbedacht. Aber das, was er mit allem Eifer erstrebt hatte, ein Sicherschließen der Persönlichkeit, eine wärmere Hingabe an die Sache, irgend ein deutlicheres Zeichen von Wirkungen, die dieser Unterricht übte, alles das blieb aus.

Und nun geschah etwas, das Pfarrer Wacht vollends an seiner Schülerin irre machte.

Es war in einer der letzten Stunden. Mit allem Nachdruck hatte er auf die bevorstehende Einsegnung hingewiesen und den Kindern klar gelegt, wie die Gnade Gottes, die ihnen hier zuteil werden sollte, vor allem ein empfängliches Herz suche, ein Herz, das seine Sünden erkenne und sie mit ganzer Inbrunst bereue. Seiner persönlich andringenden Art entsprechend fragte er diese oder jene unter seinen Konfirmandinnen, ob sie im Hinblick auf den großen Festtag etwas von solchem aufrichtigen Schmerz über ihre Sünden empfinden.

Zwei seiner besten Schülerinnen, unter ihnen Pauline, hatten eben mit tief zu Boden gesenktem Blick ihr leises „Ja“ geantwortet, da wandte er sich an Rose.

„Und du, meine liebe Tochter,“ sagte er mit milder Freundlichkeit, „fühlst du ebenso wie deine Schwester?“

Eine Sekunde schwieg Rose.

„Nein,“ erwiderte sie dann leise, fast traurig.

„Nein?“ Pfarrer Wacht war erschreckt.

„Du fühlst dich nicht unwert, vor Gottes Antlitz zu treten, deine Sünden beugen dich nicht danieder?“

„Nein,“ sprach Rose noch einmal.

„Und das sagst du mir kurz vor deiner Einsegnung, in Gegenwart deiner Mitkonfirmandinnen?“

„Ich darf Sie nicht belügen, Herr Pfarrer, ich muß doch wahr sein.“

Es lag etwas Rührendes, Bewegendes in dieser Antwort, aus jeder Silbe hörte man, wie schwer sie dem Kinde wurde.

Pfarrer Wacht aber vernahm von alle dem nichts mehr.

„Sowie die Stunde zu Ende ist, kommst du auf mein Zimmer,“ sagte er mit fast befehlendem Tone, wie ihn die Mädchen niemals an ihm gehört hatten, „ich habe mit dir unter vier Augen zu sprechen.“

Noch einmal versuchte es der würdige Geistliche mit seiner Milde, er sprach mit bewegender Güte zu dem jungen Mädchen. „Das verstehe ich Alles sehr wohl,“ entgegnete Rose ruhig auf seine Worte „aber . . .“

„Nun? Rede frei und unummunden, mein Kind, dazu sind wir ja hier.“

„. . . Von dem großen Schmerz, den Pauline und die anderen über ihre Sünde empfinden, . . . merke ich nichts.“

„Nichts?“

„Ich müßte es erzwingen oder mir einreden, aber unwillkürlich . . . nein.“

Da war es um die Geduld des alten Mannes geschehen, er hielt es jetzt für angebracht, in strengerem Tone mit ihr zu sprechen und ahnte nicht, daß er damit Alles verdarb.

„Daß gerade du das sagst, meine Tochter, du, deren offenkundige Fehler nicht deinen Lehrern und Eltern, nein, auch mir das Leben so schwer machen. Aber freilich, hier treten wieder die beiden Grundfehler deines Charakters hervor. Sieh, Rose, du kennst nicht die Demut und die Dankbarkeit, das ist dein Unglück, deshalb kommst du innerlich so wenig vorwärts.“

Das junge Mädchen, das bis dahin den Blick niedergeschlagen hatte, erhob ihn jetzt und sah seinen Pfarrer mit den ernstesten, großen Augen eine Sekunde an, „Demut und Dankbarkeit,“ sagte es dann leise, als spräche es zu sich selber, „kenne ich sehr wohl.“

„Natürlich, du gibst deine Schwächen nicht zu, das wirst du niemals tun, ich habe es längst gemerkt. Rose, wie willst du dich nur einsegnen lassen, wie zum Tisch des Herrn gehen, wenn du nicht ein bußfertiges Herz mitbringst?!“

Ein fast ängstlicher Zug trat jetzt auf das bis dahin so ruhige Antlitz des jungen Mädchen.

„Ja, Herr Pfarrer,“ erwiderte es zaghaft, „das ist es, das habe ich mir selber gesagt, ich glaube, es ist besser, wenn ich mich nicht konfirmieren lasse.“

„Wenn . . . du dich nicht konfirmieren läßt? Das hast du im Ernste erwogen? Diesen Schmerz wolltest du deinen Eltern, wolltest du mir zu allem anderen hinzufügen? Willst du denn alle von dir stoßen, die dich lieben?“

Der alte Herr war auf das Höchste erregt, sein Antlitz brannte, seine Stimme hatte einen heiseren Ton. Erst langsam zwang er sich zu der gewohnten Ruhe.

„Fehlt es dir am Glauben, mein Kind?“ fragte er fast mitleidig, „bist du innerlich nicht von dem überzeugt, was du bekennen sollst?“

„Das nicht, Herr Pfarrer,“ Rose sprach eingeschüchtert, traurig, ihr Antlitz war noch bleicher als sonst, „aber das Gelübde ist so schwer, das ich am Altar ablegen soll, ich weiß nicht, ob ich es halten werde. Wer überhaupt kann es halten? Und ich wäre unwahr und wortbrüchig für mein ganzes Leben.“

Der Geistliche stutzte, er sah auf die stillen ernstesten Züge seiner Schülerin, und es fiel ihm auf, wie reif und abgeklärt sie in diesem Augenblicke aussahen. Er rüstete sich zu einer Entgegnung, da wurde ihm ein wichtiger amtlicher Besuch gemeldet, und Rose war mit einigen freundlichen, aufmunternden Worten entlassen.

Am demselben Nachmittag besuchte Oberpfarrer Wacht Frau Zollbrügge. Sie hatten eine lange ernste Unterredung miteinander, der Geistliche erzählte Alles, was sich in der Konfirmandenstunde ereignet, und was er dann später in seiner Amtsstube mit dem jungen Mädchen besprochen hatte. Als er zuletzt gar andeutete, daß Rose gegen ihre Einsegnung Bedenken geäußert, war es um Frau Zollbrügges Beherrschung geschehen.

„Nicht einmal konfirmiert will sie werden?!“ sagte sie laut aufschluchzend, „in der Schule tadelst man ihr Verhalten, zu Hause ist sie unzugänglich für jedermann, und nun dies noch, nun auch dieser Unterricht vergeblich, auf den ich so große Stücke gesetzt, mein Gott, wie werde ich in diesem Kinde gestraft!“

Pfarrer Wacht suchte die betrübte Mutter zu trösten, zuletzt rief man Rose ins Zimmer. Beide redeten nun auf sie ein, Frau Zollbrügge heftig, strenge vorwurfsvoll, der Pfarrer gütig und beschwichtigend.

Rose antwortete sehr wenig, als sie aber die Erregung ihrer Mutter sah, ließ sie ihre Bedenken vom Vormittag fallen und meinte, was sie über ihre Einsegnung gesagt, sei nur einer vorübergehenden, verzagten Stimmung entsprossen.

*

*

*

Der Konfirmationstag kam heran. Es war ein liebliches Bild, als die große Kinderchar, von ihrem würdigen Seelsorger geführt, an den sonnenumfluteten Hochaltar der alten Pfarrkirche schritt, die Mädchen in ihren weißen Kleidern wie eine lichte, langsam sich bewegende Wolke. Die meisten von ihnen waren tief bewegt, Pauline hatte rotgemeinte

Augen, bevor die Feier begann. Frau Zollbrügge, die an der Seite ihres Gatten in einem der ersten Chorstühle dicht am Altare saß, blickte voll mütterlicher Rührung auf dieses Töchterlein, das ihr und dem Vater bis zu dieser Stunde nur Freude bereitet hatte. Dann glitt ihr Auge hinter der goldenen Lorgnette furchtsam fast auf ihr anderes Kind.

Roses Züge waren unverändert, vielleicht einen Hauch ernster noch als sonst. Wie hatte sie sich früher einmal auf diesen Tag gefreut! Und jetzt? Jetzt war ihr, als säße sie nicht hier, sondern ein anderes, ein fremdes Wesen, ein Schatten höchstens von ihr selber.

Wie durch einen dichten Schleier sah sie alles: den mit Blumen geschmückten Altar, den alten Pfarrer, der sich von dem blühendem Hintergrunde ein wenig wunderbarlich abhob, des Vaters gleichgültig freundliches Gesicht, die funkelnde Lorgnettenkette der Mutter und die prüfenden Augen hinter den großen Gläsern.

Die Orgel, die bis dahin halb leise gespielt wie weiches flüsterndes Windesrauschen, bald laut wie Sturmesruf oder ein herannahendes Gericht, sie verstummte, der Pfarrer räusperte sich und begann seine Rede . . . Rose hörte alles wie im Traume. Ob und zu war ihr, als suchte das Auge des Geistlichen, das trotz seines Alters noch klar und frisch war, unter der großen Schar gerade ihr Antlitz, als erhöbe er dann die heute ein wenig belegte Stimme zu besonderer Kraft, als wollte er noch in zwölfter Stunde sie locken und gewinnen.

Aber sie fühlte zugleich, daß keines seiner Worte irgend einen Wiederhall in ihrer Seele fand, so ernste Mühe sie sich auch gab, aufzupassen und andächtig zu sein.

Nur als er von der großen, nie ermüdenden Liebe sprach, die da will, daß niemand verloren gehe, sondern alle selig werden, wachte ein Etwas in ihrem Herzen auf wie ein ganz leiser Frühlingstrieb im Winter. Aber es blieb eine dumpfe Ahnung nur, die weder erwärmte noch beglückte.

Nun stand sie mit den anderen auf, um ihr Glaubensbekenntnis herzusagen, um vor ihrem Pfarrer, ihren Eltern und der großen Gemeinde feierlich zu geloben, daß sie nach diesem Bekenntnis wandeln und leben wollte, treu bis in den Tod. Dann setzte die Orgel wieder ein, jetzt klagend manchmal wie Aeolsharfenklang, die Konfirmandinnen traten an den Altar und knieten nieder, und wenn der alte Pfarrer mit dem Segensspruch die Hände auf ihr Haupt legte, dann weinten und zitterten sie. Nur Rose weinte und zitterte nicht. Von der kleinen Orgel aus sang noch eine etwas flackernde, sonst aber wohlgeschulte Sopranstimme ein bewegendes Gebetslied, dann sprach der Pfarrer die Schlußworte, und

die Feier war beendet. Die Eltern traten auf ihre eingesegneten Töchter zu und schlossen sie in die Arme. Pauline konnte kaum sprechen, sie stammelte nur der Mutter entgegen, wie schlecht sie bis jetzt gewesen, wie unwürdig sie sich dieser Stunde fühle, wie ganz anders sie von nun an werden würde. Stumm und tränenlos empfing Rose der Mutter kühlen Kuß, des Vaters konventionellen Händedruck.

Mit diesem Tage trat Rose Zollbrügge in die Reihe der Erwachsenen.

III.

Friedrich hatte seine Studienzeit mit einem Eifer erledigt, der ihm auf der Schule fremd gewesen. Jetzt war er nach bestandnem Examen als Referendar in seiner Vaterstadt angestellt. Sein Schulfreund, der treue Helfer in allen seinen mathematischen Ängsten, war Offizier geworden und kam aus der benachbarten Garnison des öfteren als Besuch zu den Zollbrüggens, weniger Friedrichs als seiner Schwester willen, der hold erblühenden Pauline, deren Kirschmünd noch rosiger und appetitlicher geworden, während das hübsche Antlitz mit dem verführerischen Grübchen in den Wangen gegen die Backfischzeit wesentlich gewonnen hatte, sei es durch den weicheren Teint und die größere Regelmäßigkeit der Züge, sei es durch den jungfräulichen Schimmer, der sich still und keusch wie Herbstesmorgensonnenschein über sie legte.

Eines Tages herrschte große Lebhaftigkeit im Hause. Frau Zollbrügge hatte das bewegteste ihrer Muttergesichter aufgesetzt und wandelte im schwarzseidenen Kleide mit feierlichem Festesrauschen von Zimmer zu Zimmer, bald allerlei wirtschaftliche Anordnungen treffend, bald Paulinen freundlich und doch sehr ernst zunickeend. Diese trug ihr Einsegnungskleid und im Gürtel einen Strauß dunkelroter Nelken, und wohin sie den Fuß auch setzte, immer sah man mit ihr jenes eigenartige Glück dahinschreiten, das nur an der Seite aufblühender Mädchen geht.

Herr Zollbrügge aber, der im dunkelbraunen Überrock mit gelbseidener Weste eben aus dem Schlafzimmer trat, machte das Gesicht eines Menschen, der an sich keinen besonderen Grund zu einer Freude verspürt (er hatte sehr viele Schulden bezahlen müssen), aus Rücksichten auf das Glück seiner Familie jedoch sich zu einer solchen verpflichtet fühlte.

Nur an Rose war keine Veränderung zu spüren, ihr Antlitz war so gleichgültig, als wäre dies ein Tag wie jeder andere und nicht Paulinens Verlobungstag.

Aber wer sie genauer beobachtete, der sah dann und wann in den ernsten grauen Augen einen Strahl aufsteigen, der wie ein Lichtdürsten ausfas.

*

*

*

Nun sollte auch Rose verlobt werden. Das war freilich schwieriger wie bei Paulinen. Rose ging ungern aus und besuchte Gesellschaften und Bälle nur, wenn die Eltern es wünschten. Sie hatte es zu oft empfunden, wie sehr sie gegen Pauline abstach, wie man nur aus Höflichkeit oder weil man sich ihrem Vater gefällig zeigen wollte, mit ihr tanzte. Und nahte sich dann und wann ein Herr, den ihr kluges Gesicht anzog, so hatte sie etwas so Kaltes und Sprödes, daß der Versuch nicht wiederholt wurde.

Da machte ein Geschäftsfreund des Vaters im Hause seine Aufwartung, ein Herr Dorenblut. Es war kein junger Mann mehr, sein Haupthaar zeigte bereits Lichtungen und war an den Schläfen ergraut; aber sein ganzes Wesen, jedes Wort, das er sprach, trug das Gepräge einer unverderbten Kindlichkeit, die sofort für ihn einnahm. Zudem war er viel in der Welt herumgekommen und hatte sich die Beobachtungen und Erfahrungen, die er gesammelt, zu Nutzen gemacht, so daß er anziehend zu erzählen mußte.

Dies war der erste Mann, der auf Rose einen gewissen Eindruck hervorzurufen schien. Sie hörte ihm gerne zu, sie fragte ihn viel, sie verließ das Zimmer selten, wenn er als Gast der Eltern bei ihnen weilte.

Frau Zollbrügge atmete auf und begünstigte diesen Verkehr auf jede erdenkliche Weise.

Als Herr Dorenblut aber, durch sie ermutigt, eines Tages um Rosens Hand anhielt, gab sie ihm ein erschrecktes, doch entschiedenes Nein zur Antwort. Der empörten Mutter sagte sie, daß ihr dergleichen bei dem älteren Manne niemals in den Sinn gekommen, daß sie ihn gerne habe erzählen hören, wohl auch mancherlei von ihm gelernt habe, daß aber zum Heiraten für sie ganz etwas anderes gehöre.

Nun hatte sie es mit allen verdorben: Der gern gesehene Hausfreund zog sich gekränkt zurück, Pauline und ihr Bräutigam nannten sie eine Närrin, die ihr Glück mutwillig von sich wies, selbst der gutmütige Vater, der durch das Fernbleiben des Herrn Dorenblut eine Reihe wertvoller Geschäftsverbindungen verlor, ließ an ihr seinen Unmut aus.

Sie galt als überflüssig und fühlte selber, daß sie es war. Als sie an ihre Eltern mit dem Wunsche herantrat, das Seminar zu besuchen und das Lehrerinnenexamen zu machen, stieß sie auf erbitterten Widerstand. Das wäre ein unnützes Ding für die Tochter eines so angesehenen und vermögenden Kaufmanns. Sie sollte sich im Hause nützlich machen, die Mutter, die in der Tat an zu kränkeln fing, bedürfte dringend der Unterstützung. Nur daß Frau Zollbrügge trotz ihrer Schwächlichkeit ihre Tochter von häuslicher Einmischung bis auf sehr geringe Obliegenheiten ferne hielt.

*

*

*

Pauline war längst verheiratet und in die Garnison ihres Gatten übergesiedelt. Friedrich, der sich kurz nach bestandnem Assessorexamen mit einem Rechtsanwalt der Hauptstadt zusammengetan hatte, kam sehr selten zu Besuch in seine Vaterstadt, Rose war allein mit den Eltern geblieben. Sie führte ein weltabgeschiedenes Dasein, fremd nach außen hin, fremd im eigenen Hause. Als lebte sie auf einem einsamen Eiland und sähe wie in verschwommener Ferne das Tun und Treiben der Menschen.

Und doch — trotz ihres abgeschlossenen Daseins entging ihr eins nicht: Sie merkte, wie der sonst harmlose und lebensfrohe Vater immer sorgenvoller und die Mutter bekümmert und traurig wurde, sie fühlte zugleich, daß diese Gemüthsverftimmung ihren Grund nicht allein in dem zunehmenden körperlichen Leiden haben konnte.

Freilich . . so recht eigentlich berührte sie auch dies nicht einmal. Man teilte ihr keine Sorge mit, man besprach nichts mit ihr, sie ging durch das Haus der Eltern wie ein Schatten, dem eine eigene Existenz kaum zukam. So verlor sie auch ihrerseits zuerst die Neigung, dann die Fähigkeit, auf die Freuden und Leiden Anderer einzugehen . . immer mehr erstarrte sie zur Eisrose.

IV.

Was dumpf und drückend in der Luft gelegen, entlud sich . . nicht wie ein aufgrollendes Gewitter, das eine Weile flammt und tobt, um dann die Luft reiner und klarer erscheinen zu lassen, nein, wie ein Wetter ohne Blitz und Donner, grau, ehern, zermalend, dem nie wieder ein aufklärender Himmel folgt.

Das große Handelshaus Zollbrücke und Co., das, einmal eins der blühendsten der Stadt, in letzter Zeit in scheinbar vorübergehende Schwierigkeit geraten war, mußte eines Tages seine Zahlungen einstellen.

Als Rose hörte, daß ihre Eltern am Bettelstab waren, überkam sie ein unaussprechliches Mitleid. Ihr war zu Mut, als müßte sie dem armen gebrochenen Manne, der ihr in seinem Schmerze besonders hilflos, als müßte sie der unaufhörlich weinenden Mutter ein Wort der Liebe, des Trostes sagen.

Immer wieder nahm sie einen Anlauf. Sowie sie aber zu sprechen begann, war ihr das Herz wie mit eisernen Klammern eingeschnürt und die Lippen versagten ihr den Dienst. Und als sie in heftiger Aufwallung einmal der Mutter abgezehrte Hand ergriff, um sie zu küssen, sah diese ihr Kind verwundert, verständnislos an, und die beredte Sprache des stammelnden Mundes, des bleichen, verängstigten Angesichts . . ihr sagte sie nichts

Der unerwartete Zusammenbruch regte einige Zeit die Gemüther heftig auf, dann lösten ihn andere Ereignisse ab.

Nur die Beteiligten überwandten ihn nicht. Für Frau Zollbrüggess schleichende Krankheit war er der Todesstoß, und als Herr Zollbrügge an einem dunklen Wintermorgen seiner Lebensgefährtin die Augen zudrückte, war er selber ein hinziehender Mann.

Pauline und ihr Gatte kamen zum Begräbniß der Mutter, auch Friedrich traf sofort nach Empfang des Telegramms ein.

Aber Pauline mußte ihres Zustandes wegen geschont werden, ihr Mann erlaubte ihr nicht, die sehr veränderte Mutter noch einmal in ihrem Sarge zu sehen, und Friedrich war wohl traurig, hatte aber den Kopf so voller Sorgen um einen großen Prozeß, in den er gerade verwickelt war, daß seine Gedanken mehr in seinem Bureau als bei der toten Mutter waren.

Sie zeigten sich aber beide sehr freundlich und teilnehmend zu dem verlassenen Vater und zu Rose, trösteten einen mit dem anderen, da sie ja nun ganz aufeinander angewiesen wären, Friedrich bewilligte eine regelmäßige Unterstützung, auch Pauline und ihr Gatte versprachen zu helfen, falls die Not groß werden sollte, dann reisten sie kurz nach dem Begräbniß ab.

*

*

*

Die Dienerschaft wurde entlassen und eine ganz kleine Wohnung bezogen.

Anfangs hielt man wenigstens noch ein Mädchen, eine alte, treue Seele, die Jahrzehnte im Hause der Zollbrüggess gedient und jetzt aus Mitleid für geringen Lohn blieb. Dann aber reichte es auch für diese nicht, Rose war mit dem Vater allein.

Friedrich heiratete und mußte seine Unterstützung einschränken, auch Pauline hörte allmählich mit den kleinen Beiträgen auf, die sie ab und zu geschickt. Sie konnte auch kaum etwas erübrigen, denn sie war Mutter geworden, und was sie besaßen, ging jetzt restlos im Hausstande auf. Aber sie schrieb alle acht Tage sehr freundliche, tröstende Briefe an ihren Vater, und alle waren des Lobes voll über Rose, die sich so über alles Erwarten gemacht und in dieser schweren Prüfungszeit gezeigt, daß sie doch ihren Posten ausfülle, sodaß der Vater sich mit der Kälte ihres Wesens schon wohl oder übel abfinden müsse.

Aber wie früher der Tadel, so ging auch jetzt jede Lobeserhebung spurlos an Rosens Seele vorüber.

*

*

*

Die Krankheit, die lange im Vater geschlummert, kam zum Ausbruch. Der Arzt stellte nach eingehender Untersuchung ein Leiden fest, das rettungslos und sehr langwierig war.

„Die Pflege ist aufreibend,“ sagte er zu Rose, „Sie werden ihr nicht gewachsen sein. Ich werde dafür Sorge tragen, daß man Ihren Herrn Vater im Lazarett unterbringt.“

Aber das wollte weder Herr Zollbrügge noch seine Tochter. Als der Arzt den doppelten Widerstand nicht zu beseitigen vermochte, suchte er die Achseln und ging, um nur dann und wann nach dem Kranken sich umzusehen und wiederum achselzuckend zu gehen, . . . schließlich kam er gar nicht mehr.

Rose teilte ihren Geschwistern den Zustand des Vaters mit. Wieder trafen herzliche sehr teilnehmende Briefe von beiden ein, die ihr Mut zum Aussharren zusprachen und dem auch eine namhafte Geldspende von Friedrich und eine Kiste mit Wein und stärkenden Nahrungsmitteln von Pauline folgten.

Und als Paulines Weine verzehrt und Friedrichs Geld ausgegeben war, ging Rose zu dem Inhaber eines großen Wäschegeschäftes, dessen gute Kunden sie in besseren Tagen, besonders gelegentlich Paulines Aussteuer, gewesen, und erhielt von dem mitleidsvollen Manne reichliche und regelmäßige Arbeit, die ihr und des Vaters Leben notdürftig fristete.

* * *

Herrn Zollbrüggens Zustand verschlechterte sich; er verließ das Bett gar nicht mehr.

Das traurige Bild eines vor den Augen sich vollziehenden Verfalls lag er fiebernd und fröstelnd Wochen, ja Monate.

Nur wenige seiner früheren Freunde kümmerten sich um ihn. Aber auch ihre Besuche wurden um so seltener, je langsamer die Krankheit ihrem Ende entgegenging.

Pauline kam für einen Tag herübergereist, um sich von seinem Zustand zu überzeugen. Sie fuhr beruhigt wieder ab, denn sie fand den Kranken vorzüglich aufgehoben und konnte ihrem Bruder erleichterten Herzens mitteilen, daß eine trefflichere Pflege, wie die Rosens, für den Vater nicht denkbar sei, auch was das Bekuniäre anbelange, scheine es besser zu gehen, als sie gedacht, jedenfalls mangle es dem Leidenden an nichts.

Woher diese Mittel flossen, das freilich schrieb sie nicht, und Friedrich fragte nicht danach.

Rose hatte sich der Schwester nicht geoffenbart. Sie war überhaupt noch weniger mittheilfam geworden.

Den ganzen Tag und die halben Nächte saß sie am Bette des Vaters, unablässig nähernd, kaum das Gesicht, das schmäler und blasser geworden, von ihrer Arbeit erhebend.

Bisweilen stand sie auf, dem Kranken Arznei zu reichen, seine Rissen zurecht zu legen oder einen seiner anderen Wünsche zu erfüllen, die er nie auszusprechen brauchte, weil sie ihn mit dem feinen Empfinden von seinem Auge las.

Alles das tat sie mit großer Gewissenhaftigkeit und einer ihr angeborenen Zartheit. Aber schweigend und mechanisch, ... ohne Wärme, ohne Seele.

Auch Herr Zollbrügge sprach wenig. Meist lag er apathisch da. Nur manchmal merkte Rose, wie sein umstarrter Blick auf ihr ruhte, wie etwas aus ihm sprach, was sie noch nie in ihm bemerkt hatte: ein beunruhigtes Gewissen.

* * *

Roses Geburtstag kam.

Sie hatte kaum an ihn gedacht, aber die Briefe ihrer beiden Geschwister, die von herzlicher Liebe überfließen und sie den nie zu ersetzenden Segen für den Vater und das ganze Haus nannten, sowie ein kleiner Hyazinthentopf, den der Vater durch eine Nachbarin besorgt hatte und dessen strenger Duft ihren übermüdeten Nerven wehetat, erinnerte sie an diesen Gedenktag.

Doch selbst in seiner schlichten Feier erschien er ihr recht überflüssig.

Der Vater hatte heute länger geschlafen, als es seine Gewohnheit war; ein zudringlicher Sonnenstrahl, der sich durch die dichten Vorhänge zwängte und über sein abgemagertes, gelbes Gesicht huschte, weckte ihn auf.

Als er Rose, über ihre Arbeit gebeugt, an seinem Bette sitzen sah, spiegelte sich ein deutliches Erschrecken auf seinen Zügen.

„Dein Geburtstag ist heute,“ sagte er und reichte ihr die Hand. Und als sie schwieg:

„Wie alt wirst du heute?“

„Vierundzwanzig Jahre.“

„Vierundzwanzig ... hm ... hm.“

Und er versank in tiefes, starres Sinnen, und jener gequälte Ausdruck, den Rose jetzt so oft an ihm beobachtet, trat wiederum in seine Augen und warf seine düsteren Schatten über sein ganzes Gesicht.

Da legte Rose ihre Hand auf seinen dünnen Arm.

„Vater,“ sagte sie, und man merkte es ihr an, mit welcher Mühe sich die Worte von ihren Lippen rangen: „Warum habt ihr mich . . . nie lieb gehabt?“

Sie hatte es ganz leise gesprochen, halb traurig, halb aber auch wie Rechenschaft fordernd.

Und nur das Letztere schien der alte Mann aus ihrer Frage zu hören, denn er fuhr zusammen, als peinigte ihn ein körperlicher Schmerz, richtete sich mühevoll auf seinem Lager in die Höhe, sah sie mit den erstorbenen Augen hilflos und wie um Verzeihung bittend, an, und antwortete mit schleppender, gebrochener Stimme:

„Ja, Kind, wenn ich sehe, wie gut du bist, wie du mich pflegst und liebst, dann . . . weiß ich es selber nicht. Wir haben uns wohl nie so recht im Leben verstanden. Du warst immer so absonderlich, so ganz anders als deine Geschwister. Die Mutter klagte oft über dich, . . . sie meinte, du wärest so wenig dankbar, . . . und dann, . . . daß du nie bitten konntest, machte dich ihr fremd.“

„Aber du, Vater?“

Der Kranke hatte sich in seine Kissen zurückgelegt.

„Du weißt,“ erwiderte er mit noch schwächerer Stimme, „der Mutter war nie beizukommen, wenn sie ihr Urteil gefaßt hatte, und sieh . . . so ganz Unrecht konnte ich ihr nicht geben.“

Weiter wurde kein Wort über diese Angelegenheit gewechselt, weder an diesem Tage, noch je an einem anderen.

Auf Rose aber hatte die kurze Unterredung einen unauslöschlichen Eindruck gemacht.

Zwei Dinge, das war ihr klar geworden, gibt es, um sich vor den Menschen lieb zu machen. Sie heißen: Bitten und Danken. Beides hatte sie nie gekannt. Darum war sie einsam und ohne Liebe durch das Leben gegangen, unverstanden von den nächsten Angehörigen, ja von den eigenen Eltern. Hier, sagte sie sich, liegt der verborgene Stein im Ringe des Weisen, der die Kraft besitzt, vor Gott und den Menschen angenehm zu machen. Es werden immer arme Menschen bleiben wie sie, die das nicht können: bitten und danken.

*

*

*

Je mehr die Kräfte des Kranken abnahmen, um so mehr kam es ihm zum Bewußtsein, welch einen Schatz er in seiner Tochter besaß. Und was er in einem langen Leben versäumt, das suchte er in letzter Stunde gut zu machen: er zeigte es ihr in jedem Blick, er sagte es mit manchem stammelnden Wort.

Aber nun war es zu spät. Rose rührte das Alles nicht mehr, die suchende Liebe fand keinen Eingang mehr in ihr Herz, . . . sie mußte daran denken, daß ihre Mitschülerinnen, daß Pauline selbst sie „Eisrose“ getauft, als noch so viel in ihrem Inneren zum Leben drängte, es war ein prophetisches Wort gewesen, das jetzt in Erfüllung ging.

Nur eins empfand sie: ein stetig wachsendes Erbarmen mit dem alten, von Schmerzen und Fieber geplagten Manne da vor ihr, dessen Qualen mit jeder Stunde wuchsen, der nicht leben und nicht sterben konnte. Daß es ihr Vater war, daran dachte sie kaum, es war ihr zum mindesten etwas Nebensächliches. Die arme, hilflose Menschlichkeit in ihrer Angst und Gebrechlichkeit schaute ihr aus dieser jämmerlichen Gestalt entgegen und ein namenloses Mitleid erfaßte sie. (Schluß folgt.)



Bücherschau.

Gedanken in der Stille von Hans Hermann von Blomberg. Altenburg, S.-A., Stephan Geibels Verlag, 1905.

Mir fallen beim Studium der umfangreichen Sammlung, in der hier ein grüblerischer Kopf die Früchte seiner nachdenklichen Erfahrung, zu sorglich geformten Pointen stilisiert, der Öffentlichkeit übergibt, zwei Bücher ein: Nuerbachs „Tausend Gedanken des Kollaborators“ und das vielberufene „Rembrandt als Erzieher“. An ersteres erinnert sie äußerlich, an letzteres innerlich, der ganzen Art zu denken und zu formen nach, nur daß die Gedanken nicht so weit ausgreifen, sondern in engem Kreise um das Problem des Menschenwesens spürend herumgehen, außerordentlich feinsüßlich und feingeistig eine Fülle subtiler Beobachtungen und Entdeckungen zu Tage fördern, mit derselben ringenden Sprache, demselben schwebenden Ausdruck, der oft mehr nachgeföhlt als nachverstanden sein will. Gemeinsam mit den beiden genannten Arbeiten hat die Sammlung das Wertvolle, daß es Früchte von einem Baume sind, was da geboten wird, nicht ein Ragout von anderer Schmaus, wie es die landläufigen Sammlungen von Weisheitsprüchen bieten; die uns am nächsten liegenden Fragen gesehen durch eine ganz bestimmte, tiefgründig veranlagte Persönlichkeit. Wenn man diese erfaßt hat, so begreift man ihre Ansichten und vermag sie zu kontrollieren auf die Tragweite ihrer Gültigkeit. Denn es kann etwas sehr wohl subjektiv Wahrheit sein, was einem andern keine ist. Es kann etwas innerhalb gewisser Bedingungen Wahrheit sein, sonst nicht — um mich selber zu zitieren:

Keine Wahrheit ist rund und ganz,

Hat ein Wenn zum Kopf und ein Aber zum Schwanz.

Der Verfasser des Buchs ist kein Aphorismen-Jongleur, sondern ein Wahrheits-sucher, der nach einer eigenen Welt- und Lebensanschauung ringt. Selbst manche Trivialität, die da gefunden wird, hat immer noch den Reiz des Neuen, weil eigen entdeckt, und man möchte sie nicht missen, weil sie zur Bervollständigung des Gesamtbildes gehört. Manches Sichvergreifen im Ausdruck läßt man um des schönen, feinen Gehalts willen gern gelten; auch vereinzelte stilistische Mängel. „Methode ist dasjenige, wie mans machen soll. Was außerdem noch mit anfaßt, das nennen wir Persönlichkeit“ — lautet beispielsweise ein Satz. Vergleichen findet sich doch nur ganz selten. Das Buch ist sonst jeder Empfehlung wert, bietet einen Schatz von Anregungen für stille Stunden rein- und feinsinnigen denkbedürftigen Menschen nach dem Herzen des unergesslichen Julius Lohmeyer, dessen Andenken es gewidmet ist. Es ist Geist von seinem Geist Jahre, wie denn der noch jugendliche und dafür ungewöhnlich reife Verfasser durch dreie dem Familientreife des Verewigten angegliedert gewesen. Ein gedankentiefes Buch und voll Weisbestimmung. Victor Lüthgen.

Zum 27. februar 1906.

Wo man nach deutscher Sitte
Am eignen Haus sich freut,
Im Schloß wie in der Hütte
Tönt huldígend es heut:
„Schon fünfundzwanzig Jahre
Zwei Herzen und ein Schlag —
Heil unferm Kaiserpaare
Zum Silberhochzeitstag!“

Wo stolz die Männer schauen
Auf Deutschlands Herrlichkeit,
Wo hilfreich edle Frauen
Sich mühn um fremdes Leid,
Aus Werft und Werkstatt dringt es,
Leis spricht's die Pflegerin:
„Heil unferm Kaiser!“ klingt es,
„Heil unsrer Kaiserin!“

Wo unsre Schiffe ziehen
Weithin zum fernen Strand,
Wo fels und firnen glühen
An schneebedeckter Wand,
Wo blaue Augen blitzen,
Da schallt's landein, landaus:
„Gott möge stets beschützen
Das deutsche Kaiserhaus!“

Es rufen's all die Taufend,
Die Deutschen, jung und alt,
Daz es, die Welt durchbraufend,
Weit in die ferne hallt;
Bis sich im flug der Jahre
Zum Silber fügt das Gold:
„Heil unferm Kaiserpaare,
Der Himmel sei ihm hold!“

H. v. frankenberg.



Die Krisis des baltischen Deutschtums.

Von

Axel freiherrn v. freytagb-Loringhoven in Dorpat.

Die eben vor sich gehenden Umwälzungen in Rußlands politischem und sozialem Bau erregen naturgemäß das lebhafteste Interesse in Westeuropa. Im besonderen ist es für Deutschland von Wichtigkeit, wie sich die Verhältnisse bei seinem nächsten und mächtigsten Nachbarn gestalten. Das beruht sowohl auf rein-politischen als auf wirtschaftlichen Momenten. Von diesem Gesichtspunkte aus ist denn auch die deutsche Presse an die Erörterung der diesbezüglichen Fragen herantreten. Für das deutsche Volk jedoch, nicht als politische, sondern als nationale Einheit, bietet das Drama, das sich zur Zeit in Rußland abspielt, Interesse in noch einer Beziehung, die bisher völlig übersehen worden ist. Ich meine den Kampf der deutschen Balten um ihre nationale Existenz, einen Kampf, der gerade jetzt besonders scharf geworden ist und — vielleicht — aussichtslos zu werden droht.

Die jetzigen russischen Ostseeprovinzen bilden seit dem Beginn des XIII. Jahrhunderts den am weitesten nach Osten vorgeschobenen Posten des Deutschtums. Auf dem Seewege fand ihre Entdeckung statt, auf dem Seewege ihre Eroberung und Besiedelung. Der deutsche Ritter und der deutsche Kaufmann wagten sich in das fremde Land, der deutsche Bauer blieb ihm fern. Eine Germanisierung und Aufsaugung der fremdstämmigen autochthonen Bevölkerung, wie sie in Preußen geschah, konnte daher nicht vor sich gehen. Der grundbesitzende Adel und die städtische Bürgerschaft waren deutsch, als der Herrenmeister des deutschen Ordens und die Bischöfe im Lande herrschten. Sie blieben es, als das Baltikum im Jahre 1561 unter polnische Herrschaft geriet und als später Polen durch Schweden und Rußland abgelöst wurde.

Deutsche Sprache, deutsches Recht und deutsche Sitte herrschten im Lande — soweit eben das Land durch die genannten Bevölkerungsklassen vertreten wurde. Die Letten und Esten gehörten ausschließlich dem Bauerstande an und kamen weder politisch noch kulturell in Betracht. Ihre

materielle Lage aber war nicht schlechter, als die der hörigen Bauern in den anderen Ländern Europas. Auch begann der Adel im Bunde mit der Geistlichkeit verhältnismäßig früh für ihre religiöse und intellektuelle Entwicklung zu sorgen — durch Begründung von Kirchen und Schulen, durch Übersetzung weltlicher und geistlicher Schriften in die indigenen Sprachen. Der Versuch, sie zu entnationalisieren, wurde nicht gemacht, weniger aus humanitären Erwägungen, als im stolzen Überlegenheitsbewußtsein der herrschenden Klasse. Noch weniger konnte, so wie die Verhältnisse lagen, von einer Einwirkung der Letten und Esten auf das deutsche Volkstum der Eroberer die Rede sein. Wohl aber hatten sich diese zu wehren gegen Angriffe von seiten der fremden Staaten, denen sie angehörten.

Diese Angriffe richteten sich jedoch zu einer Zeit, da der Nationalismus nur eine verschwindend kleine Rolle im politischen Leben spielte, in erster Linie gegen die politischen, ständischen und materiellen Sonderrechte, welche die Balten sich bei ihrem Übergange unter fremde Herrschaft auszubedingen verstanden hatten, und trafen ihr Volkstum nur indirekt. Im Resultat hat denn auch weder die polnische noch die schwedische Zeit bedeutenderen Einfluß auf die Entwicklung der Provinzen gehabt, und das um so weniger, als Peter der Große alle ihre alten Privilegien und Rechte von neuem bestätigte. Er handelte hierbei, ebenso wie die Nachfolger, die seinem Beispiel folgten, durchaus im Interesse des russischen Reichs. Nur wenn den Ostseeprovinzen ihre Sonderstellung gewahrt blieb und sie davor gesichert waren, zentralistischen Nivelierungsgelüsten zum Opfer zu fallen, konnten sie ihre Aufgabe, Vermittler europäischer, insbesondere germanischer Kultur zu sein, erfüllen. So lange die russischen Monarchen sich von dieser Erkenntnis leiten ließen, drohte dem baltischen Deutschtum keine Gefahr.

Erst mit der Bildung und dem Erstarken der Moskauer panslawistischen Partei erhielt die Politik der Regierung die antideutsche Färbung, die von Jahr zu Jahr immer intensiver wurde. Auch die gleichzeitig erwachenden liberalen und revolutionären Strömungen trugen dazu bei, die Regierung in das Lager des Panslawismus zu treiben und sie zur Adoption des Programms desselben zu veranlassen. Dieses umfaßt bekanntlich die Dreieit: Selbstherrschaft, Rechtgläubigkeit, Volkstümlichkeit. Nun waren die baltischen Deutschen in der Mehrzahl überzeugte Anhänger der absoluten Monarchie. Die Stimmen der Andersdenkenden kamen nicht zu Gehör, denn die offiziellen Vertreter — die Ritterschaften und die Städte — gaben naturgemäß nur den Ansichten der Majorität Ausdruck.

Diese aber beruhten hauptsächlich auf der Erwägung, daß die Person der Selbstherrscher die sicherste Stütze des Baltentums sei, daß das russische Volk im allgemeinen wenig historischen Sinn habe und deshalb, wenn es zur Macht gelange, nicht geneigt sein werde, die Sonderstellung und die Eigenart der baltischen Provinzen zu respektieren und daß endlich die auf einen Sturz des Absolutismus hinarbeitenden Bestrebungen aussichtslos seien infolge der starken Position desselben und der politischen Unreife des russischen Volkes.

So sehr nun die Balten in diesem Punkt allen Ansprüchen der Panflavisten genügten, so wenig war das der Fall bezüglich der beiden anderen programmatischen Forderungen. In entschiedenster und energischster Weise weigerten sie sich, ihren Protestantismus und ihre deutsche Nationalität aufzugeben. Damit aber war das Tafeltuch zwischen ihnen und den Panflavisten zerschnitten. Sie wurden von diesen fortan als Feinde betrachtet, die zu schädigen und zu schwächen und, wenn irgend möglich, zu vernichten seien. Zur Erreichung dieses Zieles wurden zwei Mittel angewandt. Es wurde erstens die Politik der Regierung in für das Baltentum ungünstige Bahnen geleitet. Es wurde zweitens versucht, die indigene Landbevölkerung, die Letten und Esten, zu russifizieren.

Der doppelte Kampf gegen Deutschtum und Luthertum wurde nun mit schonungsloser Schärfe geführt. Er erreichte seinen Höhepunkt unter Alexander III., der ihm durch seine Weigerung, die von allen Vorgängern bestätigten und beschworenen Privilegien anzuerkennen, eine scheinbare rechtliche Grundlage geschaffen hatte. Dieser Kampf berührte alle Gebiete des öffentlichen Lebens. Aus den Justiz- und Verwaltungsbehörden wurden alle Deutschen entfernt und durch Russen ersetzt, die weder die Sprache, noch das Recht und die Verhältnisse des Landes kannten, die Schule wurde russifiziert und gleichzeitig in ihrem Niveau herabgedrückt — es sei daran erinnert, daß die Maturitätszeugnisse der baltischen Gymnasien bis zum Beginne der Russifizierung in Deutschland amtlich anerkannt waren —, die Universität Dorpat wurde ruiniert, die Kirche wurde durch strenge Gesetze über die Mischehen und rücksichtslose Verfolgung der sie übertretenden Pastoren bedrückt. Gleichzeitig wurden die Rechte der öffentlichen Korporationen beschritten und die deutsche Presse mundtot gemacht.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß alle diese Maßnahmen ihr endgültiges Ziel nicht erreichten. Anstatt die Balten zu einem engeren Anschluß an Rußland zu bewegen, weckten sie Haß und Erbitterung und belebten und kräftigten das nationale und kirchliche Leben. Von offenem

Widerstande konnte naturgemäß nicht die Rede sein. Was sich aber zur Erhaltung der gefährdeten Güter tun ließ, das geschah auch. Namentlich den Ritterschaften gebührt in dieser Beziehung ein hohes Verdienst, denn mit größter Opferwilligkeit haben sie das Bestehen geheimer deutscher Schulen, sogenannter „Kreise“ ermöglicht und haben sie das Geschick der Geistlichkeit zu erleichtern gesucht.

In anderer Beziehung dagegen kann man sie von Schuld nicht freisprechen. In völliger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse hielten sie nach wie vor an dem Glauben fest, daß die Existenz und das Gedeihen des Baltentums einzig auf dem Absolutismus beruhe. Sie entschlossen sich nicht, eine frondierende Stellung einzunehmen, sondern erschöpften sich nach wie vor in Ergebenheitsadressen. Das war gegenüber der eben geschilderten Politik der russischen Regierung nicht recht verständlich, und außerdem verschloß man sich mit diesem Standpunkte gegen das politische Leben in Rußland selbst.

Es war schon seit Jahrzehnten jedem — auch dem, der nicht selbst im öffentlichen Leben stand — bekannt, daß in Rußland eine große und einflußreiche liberale Partei existierte, die, ohne revolutionäre Ziele zu verfolgen, die Einführung einer Konstitution anstrebte. Ein zweiter Hauptpunkt ihres Programms war die Bekämpfung der panslawistischen Politik den Fremdvölkern gegenüber. Diese Tatsache mußte auch den Repräsentanten der Ritterschaften und Städte bekannt sein. Sie mußten ferner wissen, daß der absolutistische Beamtenstaat bis auf das Mark der Knochen von Korruption zerfressen war und sie mußten sich sagen, daß das alte System unrettbar seinem Zusammenbruch entgegenging. Jedoch selbst wenn sie zu dieser Erkenntnis nicht gelangten, selbst wenn sie die Kraft des Selbstherrschertums überschätzten, selbst dann mußten sie sich gegen die Bedrückung und Vergewaltigung zur Wehr setzen und sich in offenem männlichen Protest den Liberalen anschließen.

Sie haben das nicht getan und haben Willkür und Unrecht hingenommen. Fragt man aber nach den tieferen Gründen ihres Verhaltens, so erweist es sich, daß auch sie keine Rechtfertigung bieten können. Von der falschen Beurteilung der Machtverhältnisse abgesehen, wollten sie sich der liberalen Partei nicht anschließen, weil eine Konstitution ihnen unvorteilhaft gewesen wäre. Selbst wenn diese nicht auf dem allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Stimmrecht beruht hätte, wäre ihr Einfluß und ihre Stellung innerhalb der baltischen Provinzen wesentlichen Abschwächungen und Änderungen unterworfen gewesen. Vor allem hätte sich die politische Herrschaft des Großgrundbesitzes nicht länger aufrecht

erhalten lassen. Mit der bloßen Führerschaft aber, auf die die Macht-haber kraft ihrer kulturellen Überlegenheit sehr wohl hätten Anspruch erheben können, wollten sie sich nicht begnügen.

Eine solche Politik konnte nicht verfehlen, die lebhafteste Erbitterung innerhalb der liberalen russischen Partei zu wecken. Diese hatte gehofft, bei allen Opfern des Absolutismus auf Sympathie und Unterstützung zu stoßen, und fand bei den Deutschbalten statt dessen schroffste Ablehnung. Das trat schon in den sechziger und siebziger Jahren des verfloßenen Jahrhunderts zu Tage, das wiederholte sich immer wieder — zum letzten Male im Jahre 1905, unmittelbar vor dem Zusammenbruch der Selbst-herrschaft. Zudem war mittlerweile schon eine Scheidung der gemäßigten von den radikalen Elementen unter den liberalen Russen eingetreten, und nur die ersteren setzten ihr Liebeswerben fort, während die letzteren schon seit einiger Zeit die Fruchtlosigkeit desselben eingesehen und andere Wege zu wandeln begonnen hatten. Nichtsdestoweniger wiesen die baltischen Ritterschaften es von sich, mit den „Auführern“ gemeinsame Sache zu machen. Sie erklärten den Vertretern des russischen Adels — denn von diesen ging der letzte Einigungsversuch aus —, daß es nicht Sache des Adels sei, gegen den Willen des Monarchen Änderungen der Staats-verfassung anzustreben. Sie gingen sogar weiter und reichten Adressen an den Kaiser ein, in denen sie ihre Bereitwilligkeit kundgaben, auch weiterhin einzutreten „für das in Gw. Majestät selbstherrschender Person verkörperte Prinzip“. Die Liberalen nahmen diese Kriegserklärung zur Kenntnis. Ihre Zeitungen gaben die Adressen ohne Kommentar wieder. Zustimmung fanden die Balten nur bei dem als Reaktionär bekannten Fürsten Meschtschersky, dem Redakteur des „Grashdanin“.

Die genannten Adressen enthielten aber noch einen zweiten politischen Fehler. Sie brachten den Dank des baltischen Adels zum Ausdruck für die im Frühjahr und Sommer dieses Jahres erfolgte Anerkennung der Gewissens- und Sprachenfreiheit. Es ist so selbstverständlich, daß es kaum der Erwähnung bedarf, daß die diesbezüglichen Gesetzgebungsakte nicht freiwillige Gnadenerweise der Regierung waren, sondern von der liberalen Partei erzwungene Konzessionen. Nichtsdestoweniger hielten es die damaligen Leiter der baltischen Politik für angebracht, den Dank für dieselben mit einer Absage an diejenigen zu verbinden, die ihre eigentlichen Urheber waren. Das Resultat dieser ganzen Politik war, daß den Deutsch-Balten von seiten der Liberalen der gleiche intensive Haß zu teil ward, wie ihn die panslawistischen Reaktionäre schon seit langem hegten.

Dieser Haß von seiten aller politisch interessierten und tätigen Russen ist jedoch leider nicht die einzige Gefahr, die dem Deutschtum in den Ostseeprovinzen droht.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Panславisten sich zweier Waffen in ihrem Kampfe gegen die Balten bedienten. Wenn sie einerseits die Regierung zu Repressivmaßregeln zu veranlassen mit Erfolg bemüht waren, so verschmähten sie es andererseits nicht, den Kampf in das feindliche Land selbst hineinzutragen. Das geschah allerdings nicht in dem Sinne, daß sie unter den Deutschen Anhänger zu werben gesucht hätten. Der Aussichtslosigkeit eines solchen Vorgehens waren sie sich nur zu gut bewußt. Wohl aber versuchten sie, die autochthonen Nationalitäten, die Letten und Esten, für sich zu gewinnen. Es begann eine systematische, zudem von der Regierung unmittelbar unterstützte Aufhebung derselben gegen die Deutschen und gegen die lutherische Kirche. Indessen zeigte es sich, daß die Panславisten die Rechnung ohne den Wirt gemacht hatten. Wohl gelang ihnen der negative Teil ihres Programms. Mit dem positiven aber erlitten sie ein vollkommenes Fiasko. Sie hatten gehofft, die Letten und Esten russifizieren und gleichzeitig der griechisch-katholischen Kirche zuführen zu können. Statt dessen begann in denselben das Bewußtsein der eigenen Nationalität zu erwachen, und wenn sie gelernt hatten, in dem Deutschen nur den Eroberer und Bedrücker zu sehen, so übertrugen sie bald die gegen diesen künstlich großgezüchteten Haßgefühle auch auf den Russen, der ja auch in Wahrheit nur ein fremder Bedrücker gewesen, und zwar ein weit härterer als jemals der Deutsche, ohne daß er gleichzeitig die Aufgabe eines kulturellen Lehrmeisters erfüllt hätte. Denselben ausschließlich zerstörenden Erfolg hatten die von der Regierung unterstützten Angriffe der Panславisten gegen den Protestantismus. Nur in geringer Zahl gingen Letten und Esten zur russischen Nationalkirche über. Wohl aber ward ihr Verhältnis zur Religion und zum Christentum überhaupt gelockert und vielfach ganz gelöst.

Durch diese zwei Momente aber wurde der Boden vorbereitet für die nunmehr einsetzende Arbeit der regierungsfeindlichen russischen Parteien. Während der gemäßigte Flügel derselben, wie wir gesehen haben, noch in erster Stunde sich den Deutschen zu nähern versuchte, hatten die extremen Elemente sehr bald erkannt, daß ein Zusammengehen mit diesen vorwiegend konservativ gesinnten Leuten doch nicht möglich sein würde. Die schroffe Zurückweisung ihrer Bündnisanträge kam hinzu — und kurz entschlossen, begannen sie eine lebhaft propagandistische Arbeit für ihre Ideen innerhalb der autochthonen Bevölkerung zu treiben. Ihre Bemühungen

hatten großen Erfolg. Das erwachende Nationalbewußtsein wurde geschickt ausgebeutet, die Regierung und die Deutschen wurden — dank den Fehlern der letzteren leider nicht ganz mit Unrecht — als solidarisch hingestellt, in das Programm der radikalen Partei wurde die Forderung der Autonomie der Letten und Esten aufgenommen.

Eine starke Unterstützung fand diese destruktive Arbeit in dem Wirken der Sozialdemokratie, die infolge des lebhaften Aufschwunges der Industrie und der dadurch hervorgerufenen Bildung einer zahlreichen städtischen Fabrikarbeiterschaft in den Ostseeprovinzen Fuß zu fassen und sich mächtig auszubreiten begann. Auch auf dem flachen Lande gewann sie bedeutenden Einfluß, namentlich bei der Jugend und innerhalb der zahlreichen Klasse der landlosen Arbeiter. Zwischen diesen Anhängern der Sozialdemokratie und den auf dem Boden eines weitgehenden bürgerlichen Liberalismus stehenden Elementen bestand lange Zeit hindurch eine in Wort und Schrift immer wieder betonte Kampfgenossenschaft. Als gemeinsamer Feind aber galten in erster Linie die Regierung, in zweiter deren augenscheinliche Anhänger — die Deutschen.

Wir sehen demgemäß auch hier wieder die Früchte der verkehrten Politik der Ritterschaften, oder richtiger, ihrer Vertreter. Hätten sie die Kraft und Bedeutung der Bewegung erkannt und sich ihr angeschlossen, so wäre es ihnen zweifellos gelungen, den Bund zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie zu sprengen und sich mit den Anhängern des ersteren zu verständigen. Das hätte erstens das Überhandnehmen radikaler Elemente innerhalb dieser Richtung verhindert und zweitens eine Annäherung und Ausöhnung zwischen den Deutschen einerseits und den staatserkhaltenden Elementen unter den Letten und Esten andererseits zu Wege gebracht. Innerhalb einer solchen Koalition aber wäre den Deutschen zweifellos die Führung zugefallen. Die tatsächlich befolgte Politik hat das entgegengesetzte Resultat gehabt: ein großer Teil der ursprünglich gemäßigten Liberalen ist offen zu den Sozialdemokraten übergegangen, und auch die das nicht getan haben, sehen im Deutschen nur noch den freiheitsfeindlichen Anhänger der absolutistischen Willkür und der korrupten Bureaucratie.

Die baltischen Standschaften haben es somit erreicht, daß sie im ganzen russischen Reiche als schädliches, kultur- und fortschrittsfeindliches Element gelten. Gleichzeitig haben sie den stets latent vorhanden gewesenen Haß der indigenen Bevölkerung zur lohenden Flamme angefacht. Die Freundschaft aber der reaktionär gesinnten panslawistischen Partei dürften sie kaum erworben haben. Allerdings schweigt ihre

allgemeinen gleichen Wahlrechts überhaupt kein deutscher Deputierter gewählt werden wird. Daran wird auch der Umstand nichts ändern können, daß die Deutschen gerade jetzt, in den letzten Tagen des Oktober, eine Schwenkung vollzogen haben. Sie haben den bisher gewährten Standpunkt verlassen, sich auf den Boden der Konstitution gestellt und alle ordnungsliebenden, staatserkhaltenden Elemente zu einer gemeinsamen Parteibegründung aufgefordert. Wie nach den Vorgängen der letzten Jahre zu erwarten war, hat ihr Aufruf keinen Anklang gefunden. Die Letzten und Ersten haben es vorgezogen, sich selbständig zu Parteien zu konstituieren. Allerdings stellen sich die Gemäßigten unter ihnen den Deutschen relativ freundlich gegenüber — sie erklären, ein Zusammengehen werde unter gewissen Umständen möglich sein, mit andern Worten, sie sind bereit, die Unterstützung der Deutschen im Wahlkampf anzunehmen. Daß sie aber ihre eigenen Kandidaten aufstellen und nicht für die Deutschen stimmen werden, braucht wohl kaum gesagt zu werden.

Damit aber dürfte es klar sein, daß die Deutsch-Balten in Zukunft auf alle die Bedrückungen gefaßt sein müssen, die ein durch und durch feindlich gesinntes Parlament einer nationalen Minorität auferlegen kann. Wie weit diese gehen können, bedarf keiner näheren Ausmalung. Es genügt, an die Vorgänge der letzten Jahre in Ungarn zu erinnern.

Politisch werden die Deutsch-Balten also so gut wie rechtlos sein.

Es kommt aber noch ein zweites Moment in Betracht. Ohne das föderalistische Programm zu akzeptieren, wird die Reichsduma doch voraussichtlich die Kompetenzen der lokalen Selbstverwaltungsorgane — im Innern Rußlands Semstwo, in den Ostseeprovinzen Landtag genannt — bedeutend erweitern. Während sie sich bisher hauptsächlich mit wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen hatten, ist sicher zu erwarten, daß ihnen jetzt zum mindesten auch Kirche und Schule werden unterstellt werden.

Nun hatte bisher in den Landtagen ausschließlich der Großgrundbesitz Sitz und Stimme. Dieser aber befand sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in deutschen Händen. Da jedoch sogar die gewiß nicht übermäßig liberale Semstwo-Verfassung auch dem Kleingrundbesitz und den Städten eine Vertretung zugestand, wurden in den Ostseeprovinzen schon seit den sechziger Jahren Stimmen laut, die eine gleiche Erweiterung des Landtages forderten. Billig denkende konnten dem nur zustimmen, denn der Kleingrundbesitz hatte die vom Landtage auferlegten Steuern mitzutragen und durfte weder bei deren Bewilligung und Repartition, noch bei ihrer Verwaltung mitreden. Trotzdem kam es erst im Sommer dieses Jahres seitens des Landtags zur Ausarbeitung und

Presse zur Zeit und hat die üblichen Angriffe auf die Balten eingestellt. Es ist aber klar, daß diese Partei, die noch auf lange hinaus von großem Einfluß sein wird, sich bald wieder auf ihren früheren Standpunkt stellen und ihre Angriffe erneuern wird. Hat sie auch den ersten Punkt ihres Programms — die Aufrechterhaltung der Selbstherrschaft — streichen müssen, so wird sie um so mehr Nachdruck auf die zwei übrigen Punkte legen und mit um so größerer Energie für die Herrschaft des russischen Nationalismus und der griechisch-katholischen Kirche eintreten. Und was das für die protestantischen Deutsch-Balten bedeutet, wissen wir nur zu gut aus langer Leidenszeit.

Das Manifest vom 17./30. Oktober hat nun Rußland eine Konstitution gebracht und damit den Sieg der liberalen Parteien anerkannt. Eben allerdings durchtobt offene Sozialrevolution das weite Reich. Andererseits erhebt die Reaktion drohend ihr Haupt. Aber weder diese noch jene verfügt über die genügende Zahl von Anhängern, um zur dauernden Herrschaft gelangen zu können. Über kurz oder lang müssen und werden wieder geordnete Zustände eintreten, und Rußland wird als konstitutioneller Staat weiter existieren. Und zwar als einheitlicher Staat, denn das vom Moskauer Kongreß der Landschaften und Städte aufgestellte föderalistische Programm ist so unpopulär, daß auf seine Verwirklichung nicht gehofft werden darf. Haben doch selbst seine Urheber es nicht gewagt, diesen Punkt in ihren Wahlaufruf aufzunehmen. Wohl aber ist anzunehmen, daß das im Manifest zugesagte allgemeine, jedoch nicht gleiche und direkte Wahlrecht sehr bald zum allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen umgestaltet werden wird. Das entspräche durchaus dem im Grunde demokratischen Charakter des russischen Volkes und wird auch von fast allen Parteien und fast der gesamten Presse kategorisch gefordert.

Wie wird sich nun unter diesen neuen Bedingungen die Existenz des deutschen Baltentums gestalten? Wenn man die oben entwickelten Voraussetzungen in Betracht zieht, läßt sich nur eine sehr trübe, hoffnungslose Antwort erteilen.

Auf Sympathie und Unterstützung können die Deutsch-Balten bei keiner der russischen Parteien zählen. Auch die Regierung wird sich ihrer bestenfalls so lange annehmen, bis sie sie als Kompensationsobjekt verwenden kann — dann wird sie sie fallen lassen. Daß die Balten aber fähig wären, eine eigene, einflußreiche Partei in der Reichsduma zu begründen, ist ihrer geringen Zahl wegen ausgeschlossen. Gibt es doch in allen drei Ostseeprovinzen zusammen nur 165 000 Deutsche. Es muß vielmehr befürchtet werden, daß unter der bevorstehenden Herrschaft des

Annahme eines Reformprojekts, welches dem Kleingrundbesitz die gleiche Stimmzahl sicherte, wie dem Großgrundbesitz. Die landlose Bevölkerung blieb, mit Ausnahme weniger Klassen von Gewerbetreibenden, unberücksichtigt.

Die Regierung hat dieses Projekt bisher noch nicht bestätigt. Es wird also von der Reichsduma geprüft werden. Daher läßt sich mit Sicherheit voraussagen, daß es als zu wenig demokratisch verworfen werden wird. Vielleicht wird die Duma wünschen, das allgemeine gleiche Stimmrecht auch für die lokalen Selbstverwaltungsorgane einzuführen. Sollte sie — was sehr zu wünschen ist — darauf verzichten, so wird sie mindestens den Kreis der Wahlberechtigten sehr erweitern. Sie wird vor allem, von den auf dem Gemeindebesitz des inneren Rußland basierenden Vorstellungen ausgehend, es nicht billigen, daß 55 % der Bevölkerung als nicht Land besitzend unvertreten bleiben sollen. Davon aber abgesehen, würde sie schon allein aus Vorliebe für die autochthone Bevölkerung und aus Haß gegen die Deutschen den Wünschen der lettischen und estnischen Deputierten nachgeben und den Ostseeprovinzen ein lokales Wahlsystem verleihen, das unbedingt die Majorität der Letten und Esten sichert. Damit aber würden Schule und Kirche in ihre Hand gelangen. Gleichzeitig wäre ihnen die Möglichkeit gegeben, den deutschen Großgrundbesitz wirtschaftlich zu schwächen und allmählich zu Grunde zu richten. Wenn sie erst allein über die Besteuerung und die Besetzung der öffentlichen Ämter zu bestimmen haben werden, wird sich mehr als ein Weg zur Erreichung dieses Zieles bieten. Und die Reichsgesetzgebung wird sie darin gewiß tatkräftig unterstützen. Neben politischer Rechtlosigkeit haben die Deutsch-Balten demnach auch wirtschaftlichen Ruin zu erwarten. Freilich, für das erste sind die gemäßigten Parteien der Letten und Esten noch bereit, die Deutschen im Lande zu dulden — sie brauchen sie als Bundesgenossen gegen die Revolutionäre. Sind diese aber besiegt und sitzen sie selbst erst fest im Sattel, dann — so erklären sie schon jetzt — haben die Deutschen Wert nur noch als Kulturferment und auch das nur unter der Bedingung, daß sie die Gleichberechtigung — gemeint ist Überlegenheit — der autochthonen Bevölkerung nicht nur in politischer und wirtschaftlicher, sondern auch in kultureller, sozialer und sprachlicher Beziehung voll anerkennen. Das heißt mit dürren Worten — wenn sie bereit sind, mit der Zeit ihrem Deutschtum zu entsagen und Esten oder Letten zu werden. Der Begriff des Deutsch-Balten wird in nicht ferner Zeit nur mehr eine historische Bedeutung haben.

Damit aber tritt an uns die Frage heran: Wollen wir Deutsche oder wollen wir Balten sein? Wollen wir unser Volkstum oder unsere

Heimat aufgeben? Das Land verlassen, das unsere Väter mit Strömen von Blut und in Jahrhunderten friedlicher Arbeit erobert haben, das Land, an dem wir mit unserer ganzen Seele hängen und zurückkehren in die alte Heimat, die uns fremd geworden ist und der wir fremd sind, die uns vielleicht ungastlich empfangen wird? Oder sollen wir auf das verzichten, was unsere Ahnen uns als teuerstes Vermächtnis hinterließen, um dessen Bewahrung wir gekämpft und gelitten haben viele Menschenalter hindurch — unser Deutschtum?

Fürwahr, es ist eine harte Wahl, vor die wir gestellt sind.

* * *

Seitdem dieser Aufsatz niedergeschrieben wurde, ist die Entwicklung noch schneller und noch schlimmer weitergegangen, als man ahnen konnte. Die soziale und nationale Revolution der Letzten braust alles vernichtend und verwüstend über das Land, die der Ersten beginnt soeben in gleicher Weise. Hunderte von Adelsitzen sind niedergebrannt, das platte Land schutzlos den Revolutionären preisgegeben, und in den Städten wie Riga und Mitau, drängen sich die Flüchtigen, die oft nichts weiter gerettet haben, als das nackte Leben. Ein Teil unseres Volkstums, der ihm Jahrhunderte lang die Treue gehalten hat, wird jetzt enturzelt von einer Stelle, die er mit seinem Blut erobert, mit seinem Fleiß zu den blühendsten Gegenden des Zarenstaates gemacht hat. Der Druck der Not hat, so scheint es wohl, schon heute die ernste Alternative entschieden, die Herr v. Freytagh am Schluß seines Aufsatzes aufwirft. Jedenfalls aber ist jetzt der Augenblick da, in dem die Hilfe des ganzen deutschen Volkes angerufen werden muß für die Deutschen der Ostseeprovinzen. Und es ist erfreulich, daß schon der erste Aufruf, den wir weiter unten veröffentlichen, in unserem Volke starken Widerhall gefunden hat. Vorerst aber sei noch, zugleich als eine Ergänzung des obigen Aufsatzes, eine Denkschrift des livländischen Adelskonvents mitgeteilt, die dieser am 24. November dem russischen Ministerium eingereicht hat und die national wie politisch ein bedeutsames Aktenstück zur Geschichte unseres Volkstums ist. Die Denkschrift lautet in der Hauptsache: „Die großen Reformen, welche für das ganze Reich versprochen und angebahnt worden sind, enthalten segensreiche Keime und werden auch von der livländischen Ritterschaft als Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung hochgeschätzt. Was die oberste Staatsgewalt in großen und allgemeinen Zügen gewährt hat, bedarf aber eines ruhigen und sorgfältigen Ausbaues von unten auf, wenn nicht das Reformwerk wurzellos bleiben und in der Luft schweben soll.

Schon seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die Ritterschaft die Unausbleiblichkeit einer immer mehr um sich greifenden Zerrüttung des Landes vorausgesehen und daher der Staatsregierung immer dringendere Vorstellungen gemacht. Hätte man diesen wiederholten Eingaben Gehör geschenkt und demgemäß Einhalt getan einer Politik, welche das kulturelle und wirtschaftliche Leben in allen seinen

Zweigen unterband und dem Lande fremdartige Formen aufzwängte, deren Last für die ganze Bevölkerung unerträglich werden mußte, so wäre der Eintritt von solchen Zuständen der Zersetzung, wie sie heute zutage treten, nicht möglich gewesen. Von der irrtümlichen Voraussetzung ausgehend, daß die auf Erhaltung der Landeseigenart in Konfession, Nationalität und Rechtsleben gerichteten Bestrebungen im Lande den Reichsinteressen feindlich seien, erachtete man es für zweckmäßig, den Einfluß der Ritterschaft, der Kommunalverwaltungen und der lutherischen Geistlichkeit herabzudrücken oder ganz zu beseitigen und alle gegen die historisch entwickelte Kultur und die Autorität der bisherigen Ordnung zutage tretenden Tendenzen zu unterstützen. Während dem nationalen Chauvinismus, der zersetzenden Propaganda und der Entkirchlichung keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt wurden, sofern sie ihre Spitze gegen die lutherische Konfession und die deutsche Bevölkerung richteten, wurde gleichzeitig das natürliche und berechtigte Streben des Volkes nach kommunaler Selbstverwaltung und nationaler Volks-erziehung niedergehalten. Bis in die Mitte der achtziger Jahre fand die Geschäftsführung der Justiz und Polizei in den Landessprachen statt, desgleichen in den Kommunalverwaltungen, war die Unterrichtssprache der Schulen, namentlich der Volksschule, national, gab es eine Universität Dorpat, ein Polytechnikum zu Riga, welche westeuropäische Kultur dem Lande und dem Reiche vermittelten. Durch die auf allen diesen Gebieten einsetzenden Umformungen sind dem Lande wie dem Reiche tiefe Schäden zugefügt worden. Die bisher der Ritterschaft obliegende Bewählung der Justiz- und Polizeiamter wurde dieser genommen, aber nicht etwa nunmehr auf einen durch Hinzuziehung der übrigen Bevölkerungselemente erweiterten Wahlkörper, sondern auf die bürokratischen Zentralorgane übertragen, bei gleichzeitiger Einführung einer ausschließlich russischen Geschäftsführung. fand diese Maßregel auch den Beifall derjenigen Elemente, welche der Ritterschaft feindlich gesinnt waren, so mußte sie doch vom Volke, welches der russischen Sprache nur zu einem kleinen Teile mächtig ist, schwer empfunden werden. Den Kommunalverwaltungen, die Gemeindegremien nicht ausgeschlossen, wurde die russische Geschäftsführung aufgezwungen und fast jede Selbständigkeit genommen; Universität und Polytechnikum wurden die bisherige deutsche Lehrsprache genommen, nicht aber um den zutage getretenen Wünschen nach einer Erweiterung durch lettische und estnische Lehrstühle, sondern um einer vollständigen Russifizierung Platz zu machen. Das ganze Mittel- und Volksschulwesen verfiel dem gleichen Schicksal. Die Verwaltung der Volksschule, bisher Obliegenheit der kirchlichen Kommunen, der geistlichen Institutionen und der Ritterschaft, wurde der staatlichen Bürokratie zugewiesen. Die bisherige bewährte, aus Vertretern der Landgemeinden, der Ritterschaft und der Geistlichkeit zusammengesetzte Leitung der Volksschule wurde dadurch beiseite geschoben und durch einen Apparat ersetzt, dessen einzige Aufgabe in der Russifizierung bestand. Die livländische Ritterschaft ist sich dessen wohl bewußt, daß gegen sie von verschiedenen Seiten die Anschuldigung erhoben wird, als habe sie an überlebten Privilegien festgehalten,

deren Ausübung das Land schädige. Die Vorrechte der Ritterschaft bestehen nur in dem Recht und der Pflicht der Provinzialvertretung gegenüber der Staatsregierung. Bereits im Jahre 1870 hat die Ritterschaft die Landbevölkerung zur Kommunalverwaltung der Kirchspiele herangezogen; den diesbezüglichen Vorschlägen der Ritterschaft wurde die Bestätigung seitens der Staatsregierung zu teil. Vierzehn Jahre später beschloß die Ritterschaft eine solche Teilnahme auch für die Kreisverwaltung ins Leben zu rufen. Die Vorschläge der Ritterschaft wurden jedoch einer Prüfung seitens der Regierung nicht gewürdigt. Die Ablehnung der Kenntnisnahme erfolgte aber nicht deshalb, weil man von der Ritterschaft von vornherein unannehmbar konservative Projekte voraussetzte, sondern weil die Absicht einer vollkommenen Bureaufkräftigung der Provinzialverwaltung vorlag, eine Maßnahme, die, wie oben dargelegt, auf den meisten Gebieten des provinziellen Lebens tatsächlich zur Ausführung gelangte.

Nachdem im verflossenen Jahre die Möglichkeit für die Einbringung von Reformvorschlägen wieder gegeben war, hat die Ritterschaft auf Grund eingehender, meist schon längst vorbereiteter Bearbeitung ein Projekt vorgestellt, nach welchem die Provinzialverwaltung aus den Händen des ritterschaftlichen Landtages einem durch den Grundbesitz und die übrigen Steuerzahler repräsentierten Kommunalkörper zu überweisen wäre. — Persönliche Vorrechte, mit Ausnahme etwa des Rechtes, Güterfideikomisse zu stiften, besitzt der Adel in Livland bereits seit vierzig Jahren nicht mehr. Die in Livland noch existierenden, von Personen, welche die provinziellen Gesetze nicht kennen, dem Adel und der Ritterschaft zugeschriebenen Privilegien sind Vorrechte der Rittergutsbesitzer, abgesehen von der Standeszugehörigkeit derselben. Aber an der Erhaltung auch dieser Privilegien hat die Ritterschaft als solche kein Interesse, sofern nur ihre Aufhebung ohne Schädigung der Landesproduktivität und ohne Verletzung von Privatverträgen erfolgte.

So sieht es denn die Ritterschaft nicht als ihre Aufgabe an, Standsrechte zu verteidigen, wohl aber hält sie es für ihre Pflicht, die Geltung von Recht und Ordnung im ganzen Lande nach Kräften zu unterstützen. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß der Grundstock der Landbevölkerung sich nur widerwillig und durch den Terror gezwungen in den Strudel des wahnwitzigen Treibens fortreißen läßt. Die Nichtachtung und Zerstörung von Eigentum, die Mordanfänge auf diejenigen, welche Recht und Ordnung treu bleiben, die Schändung der Gotteshäuser erregen das Entsetzen der Mehrzahl.

Die livländische Ritterschaft wird es sich nicht nehmen lassen, auch das schwerste Schicksal des Landes zu teilen; sie wird ihrer historischen Kulturaufgabe bis zuletzt treu bleiben.

Um so dringender aber richtet die Ritterschaft noch in letzter Stunde an die Staatsregierung die Bitte, der Bevölkerung des Landes, ohne Unterschied der Nationalität, Raum für eine gesunde Entwicklung zu gewähren. Der aufständische Teil der Bevölkerung verfährt unbehindert, ja autonom, der staatsstreue jedoch leidet nach wie vor unter dem Drucke des fremden Beamtentums, der Russifi-

zierung und einer jede Lebensentwicklung hemmenden Bevormundung. Unter den Forderungen der revolutionären Elemente gibt es eine nicht geringe Anzahl durchaus gerechtfertigter Wünsche, deren Nichtbefriedigung auch von loyalfien Landeseinwohnern seit Jahrzehnten schwer getragen wird.

Es kann niemand wundernehmen, wenn eine Bevölkerung nicht in vollkommene Verwirrung geraten sollte, wo sie sieht, daß nicht nur das Schlechte, sondern auch das Gute nur von den Revolutionären kommt. Besezung der Polizei- und Justizämter mit Landeseingefessenen, welche der Landessprache kundig sind, Aufhebung des Sprachenzwanges in Polizei, Justiz und Verwaltung, Einführung der Muttersprache als Unterrichtssprache in den Schulen, namentlich auch in den Volksschulen, Aufhebung der bureaukratischen Bevormundung der Kommunalverwaltungen — alles dieses sind nicht nur berechtigte Wünsche, sondern geradezu Lebensbedingungen der Kultur. So groß das Interesse der baltischen Bevölkerung auch für die politische Verfassung des Reiches ist, so tritt dasselbe doch zurück gegenüber der Notwendigkeit einer sofortigen Abstellung der schreienden Notstände im Lande.

Ein durchaus konkretes und brennendes Interesse haben hier alle Fragen der provinziellen und kommunalen Verwaltung, des gesamten Schulwesens, der Justiz- und Polizeiorganisation, der Verteilung der provinziellen und kommunalen Steuern, der Gemeindeverfassung u. a.; alles Fragen, deren Regelung von der Reichsverfassung unabhängig ist und durch eingehendste Bearbeitung schon lange vorbereitet ist. Wenn die provinzielle Spitze der Staatsgewalt mit der Kompetenz ausgestattet würde, hierin das Notwendige sofort wahrzunehmen, so würde damit der einzige Weg beschritten werden, der zu einer Gesundung der provinziellen Verhältnisse führen kann. Es kommt dabei nicht darauf an, ob die in dieser Weise getroffenen Einrichtungen formell als unabänderlich bleibende oder als zeitweilige Verordnungen anzusehen sind, sondern vielmehr darauf, daß sie unverzüglich in Wirksamkeit treten und dem tatsächlichen lokalen Interesse entsprechen.“ . . .

Auch über dies Dokument und seine in letzter Stunde ausgesprochenen Wünsche sind die Ereignisse schon hinweggegangen. Und im Augenblick ist kaum etwas anderes zu tun, als für die tausende von Flüchtigen zu sorgen, die schon in Königsberg und im Deutschen Reiche sind. Hilfsausschüsse sind schon an zahlreichen Orten gebildet, eine Zentrale besteht in Berlin und wird sich über das Reich hin organisieren. Männer der verschiedensten Parteirichtungen und Gesellschaftskreise haben den ersten Aufruf erlassen:

„Die beklagenswerten Ereignisse in Rußland haben über unzählige Bewohner des Landes unfähliches Unglück gebracht. Viele Tausende sind völlig verarmt; andere, die bisher fleißig ihrem Berufe nachgingen, stehen in bitterster Not müßig am Markt.

Das gilt in erster Reihe von den zahlreichen Deutschen im russischen Reiche. Unzählige von ihnen sind ohne jedes eigene Verschulden plötzlich brot-

los geworden und stehen inmitten erregter, ihnen zum Teil feindlich gesinnter Volksmassen hilflos da. Sie alle hoffen auf uns, die Deutschen im Reich, sie hoffen, daß wir unsere Volksgenossen nicht im Stich lassen, für ihre Not offene Herzen haben werden und offene Hände.

Um ihre Not zu lindern, hat sich der Hilfsausschuß zur Unterstützung der notleidenden Deutschen Rußlands gebildet.

Wir wenden uns mit der Bitte um Unterstützung an alle Kreise des deutschen Volkes. Wer immer im sicheren Frieden des Deutschen Reiches seinem Beruf nachgeht und seines friedvollen Heims froh wird, der gedenke unserer unglücklichen Volksgenossen in Rußland, die in einer furchtbaren Gegenwart einer vielleicht noch schrecklicheren Zukunft entgegensehen. Wir können ihnen helfen, und wir werden ihnen helfen, jeder nach seinen Mitteln. An deutsche Herzen hat sich noch kein unglücklicher Volksgenosse vergeblich gewandt. Dessen sind wir gewiß!"

Geldsendungen (Einzel- und Sammelgaben) werden an die Hauptsammlerstelle, die Königliche Seehandlungshauptkasse zu Berlin, Markgrafenstraße 46 a unter der Bezeichnung „Für die notleidenden Deutschen Rußlands“ erbeten. Die Geschäftsstelle des Hilfsausschusses, an die alle Zuschriften, Anfragen, Gesuche u. dergl. zu richten sind, befindet sich in Berlin SW., Dessauerstraße 30. Es ist die nationale Pflicht jedes Deutschen, hier an seinem Teile durch tatkräftige Hilfe die Treue zu vergelten, die das baltische Deutschtum durch sieben Jahrhunderte und drangvolle Zeiten hindurch uns gehalten hat!

Auch die Geschäftsstelle der „Deutschen Monatschrift“ (Berlin W. 35, Lützowstraße 43) ist gern bereit, Gaben entgegen zu nehmen, weiter zu geben und ihren Empfang an dieser Stelle zu bestätigen. D. S.





Über die Einseitigkeit in unserem geistigen Schaffen.

Von

Konrad W. Jurisch.

Was veranlaßt den Menschen zum geistigen Arbeiten? Was treibt ihn, alle die Widerstände zu überwinden, die ihn schmeichelnd umfassen und ihm zuflüstern, doch lieber im wonnigen Nichtstun zu verharren? — Es ist die Not und die Pflicht.

Zwiespältig ist die Not: den eigenen Hunger zu stillen, und für geliebte Angehörige zu sorgen. An die Stelle von Weib und Kind treten in erweiterter Auffassung: die Sippe, das Volk, die Rasse, ja die Menschheit im ganzen. Je höher die Bildung des Individuums ist, um so größer ist der Solidaritätsbegriff, dem es dient.

Welcher Art der Solidaritätsbegriff auch sei — jede Art besteht aus Individuen. Folglich ist das Vorhandensein der Individuen, also auch ihre Ernährung oder ihr Selbsterhaltungstrieb, die Grundbedingung für das Fortbestehen der Art.

Gleichwohl würde die Art erlöschen, wenn der Fortpflanzungstrieb oder der Trieb zur Erhaltung der Art keine Betätigung fände. Der Fortpflanzungstrieb ist hier nicht bloß in dem engen physiologischen Sinne des Geschlechtstriebes gemeint, sondern in dem weiteren kulturwissenschaftlichen Sinne der Erhaltung der Art. Diese erfordert nicht bloß die Zeugung, sondern auch die Erziehung der Kinder, bis sie selber für ihr weiteres Fortkommen sorgen können. Ja, in noch weiterem Sinne umfaßt der Trieb zur Erhaltung der Art alle Triebe zur Erhaltung des Inhalts jener größeren Solidaritätsbegriffe, welche den verschiedenen Bildungsgraden der einzelnen Individuen entsprechen.

Hieraus erkennen wir, daß von beiden Trieben der Trieb zur Erhaltung der Art der kulturell wichtigere ist. Denn wenn der einzelne nur dem Selbsterhaltungstrieb lebt, so erlischt mit ihm seine Art. Wenn der einzelne aber den Trieb zur Erhaltung der Art in kulturwissenschaftlichem Sinne befriedigt hat, so hat er zum Fortbestehen der Art beigetragen. Er selbst mag sterben, und seine Nachkommen werden Immortellenkränze auf sein Grab legen.

Je vollkommener der Trieb zur Erhaltung der Art im weitesten Sinne befriedigt wird im Verhältnis zur Befriedigung des Triebes zur Erhaltung des Individuums, um so größer ist die Summe jener Eigenschaften des Individuums, die wir unter der Bezeichnung seiner Sittlichkeit zusammenfassen.

Sittlichkeit besteht unter allen Umständen in der Erfüllung der Pflicht. Dulce et decorum est, pro patria mori.

Einheitlich ist die Pflicht. Die Pflicht ist stets eine sittliche Forderung, welche mit den Worten beginnt: „Du sollst . . .“ Den damit ausgesprochenen kategorischen Imperativ fand als Bestandteil der Sittenlehre Immanuel Kant. Doch hat schon sein Ahnherr Johannes Kant danach gehandelt, wie in dem schönen Gedicht von Schwab geschildert ist.

Übung im Erkennen der sittlichen Forderungen zu gewähren, ist Aufgabe der Erziehung. Die Gewöhnung, die erkannten sittlichen Forderungen zu erfüllen, ist Ausdruck der Bildung. Ist die Gewöhnung zuverlässig, so bedeutet sie festen Charakter.

Dies ist der Boden, auf dem die geistige Arbeit des Menschen stattfindet. Die Not ist nicht bloß als Ernährungsfrage aufzufassen, sondern allgemein als Trieb, sich persönlich und seinen Angehörigen einen besseren Lebenszustand zu verschaffen. Die Pflicht umfaßt nicht nur die auf Erhaltung der Familie gerichteten Forderungen, sondern auch die allgemeine Forderung, sich als nützliches Mitglied der Volksgemeinschaft, ja der Menschheit zu betätigen.

Die Beseitigung der Not und die Erkennung der Pflicht setzen geistige Arbeit voraus. Die Erfüllung der erkannten Pflicht aber erfordert sittliche Arbeit.

Die beständige Wechselwirkung dieser Kulturelemente aufeinander, die verschiedenen Intensitätsgrade, mit denen sie aufeinander einwirken, und die verschiedenen Geltungen, zu denen sie gelangen, schaffen die unendliche Vielgestaltigkeit der Formen, welche die geistige Arbeit des Menschen aufweist. Keine zwei Menschen, die je gelebt haben, leben oder noch leben werden, arbeiten geistig genau in derselben Weise. Dadurch unterscheiden sich eben Menschen von Maschinen. Es arbeitet auch kein Mensch genau so, wie ein anderer meint, daß er arbeiten sollte.

Zweck und Ziel jeder geistigen Arbeit ist die Erzeugung von Werten, die dazu dienen, der Not und der Pflicht zu genügen. Um nun die Arbeit nützlich und fruchtbringend zu gestalten, sind Schulung und Übung erforderlich. Bei der weitgehenden Arbeitsteilung in unserer

heutigen Zeit und dem lebhaften Wettbewerb in allen Zweigen der geistigen Tätigkeit ist es ratsam, sich auf ein bestimmtes Fach zu beschränken. Denn um neue Werte zu schaffen, muß man die bereits geschaffenen kennen. Dieses Wissen zu erlangen, ist Aufgabe der Schulung und des Studiums. Die Zeit, die dafür zur Verfügung steht, reicht meistens nur aus, um sich gründliche Kenntnisse bloß in einem bestimmten Fache anzueignen. Erst dann kann man durch fleißige Übung dahin gelangen, brauchbare Werte zu erzeugen.

Aus dieser Sachlage erklärt es sich, daß der geistige Arbeiter das Bestreben und den Beruf hat, ein tüchtiger und leistungsfähiger Fachmann zu werden. So natürlich dieser Wunsch auch ist, und so naturgemäß er sich aus unserer Kulturentwicklung eingestellt hat, so lauert hinter ihm doch gleich der erste Übelstand, vor dem diese Zeilen warnen sollen: die Einseitigkeit.

Wie kommt die Einseitigkeit zustande? Die in der menschlichen Natur vorhandenen Widerstände gegen geistige Arbeitsleistung erfordern zu ihrer Überwindung geistige Energie. Die Widerstände neigen aber dazu, den Aufwand an geistiger Energie auf das kleinste, eben ausreichende Maß zu beschränken. Mehr zu arbeiten, als eben nötig ist, erscheint vom Übel. Dazu kommt nun die Schulung, welche nur ein bestimmt umgrenztes Wissensgebiet zugänglich macht. Wenn auch hierbei in Schule, Studium und Seminar die geistige Energie nur soweit geweckt und geübt wird, daß sie eben nur ausreicht, um die genannten Widerstände zu überwinden, dann ist die Einseitigkeit des zukünftigen Fachmanns nahezu sicher zu erwarten. Hierin stecken die starken Wurzeln des Banausentums.

Woher kommt es nun wohl, daß die einseitige Fachbildung so häufig als Zweck und Ziel des Menschendaseins erstrebt wird, und weshalb wird sie von anderer Seite her als eine unerwünschte und vielfach schädliche Erscheinung in unserer Kulturentwicklung gefürchtet?

* * *

Seit dem tiefen Fall des deutschen Volkstums durch den dreißigjährigen Krieg hat sich der Nationalwohlstand nur sehr langsam gehoben. Die vielen Kriege, die seitdem auf deutschem Boden ausgefochten wurden, warfen uns in der Entwicklung immer wieder zurück. Wir sind zu einem harten, arbeitsamen Volk geworden. Die Not zwang uns zur Arbeit. Aber der Wohlstand wuchs trotzdem nur langsam. Denn namentlich Preußen hatte die schwere Rüstung zu tragen, die ganz Deutschland schirmte.

Steins Gesetzgebung von 1808 löste die im Volke vorhandenen Kräfte aus, die sich in den Freiheitskriegen 1813—1815 herrlich entfalteten. Aber es fiel ein Reif auf die Frühlingshoffnungen. Die „Heilige Allianz“ und die Karlsbader Beschlüsse sperrten den Lohn für die äußersten Anstrengungen des Volkes.

Während England die Schätze Indiens einheimste, und den Welt-handel an sich riß, durfte der Deutsche nur im beschränkten engen Gesichtskreise mühsam für sein persönliches Fortkommen arbeiten. Alle darüber hinausgehenden Wünsche galten als hochverräterisch und mußten daher zurückgedrängt werden. Während den Engländern Reichthümer spielend in die Hand fielen, mußten wir uns durch „Brotstudium“ einen kärglichen Lebenszustand zu erringen suchen.

Beständige Abhängigkeit in beschränkten Verhältnissen schien das Loos des deutschen Volkes sein zu sollen. Da endlich erwachte das Volk 1848 aus der unwürdigen Bevormundung, und König Friedrich Wilhelm IV. gewährte die Preussische Verfassung vom 31. Januar 1850.

Wenn dadurch auch der Weg zur Kapitalbildung freier wurde, so erforderten doch die vielen Milliarden, die dem Mittelstand ein freieres Atmen ermöglichen, zu ihrer Erzeugung langjährige Arbeit. Erst seit 1871 begann das kräftige Aufblühen des deutschen Nationalwohlstandes, der uns unsere Stellung im Rate der Völker gewährleistet.

Die oberen Volksschichten müssen sich fortgesetzt aus dem Mittelstande ergänzen. Der Mittelstand verfügt aber noch nicht durchweg über ausreichendes Eigentum, um allen Kindern selbständige Lebenswege zu öffnen. Daher wird vielfach das „Brotstudium“ als Mittel betrachtet, um sich zu einem besseren Lebenszustande emporzuarbeiten. Dies geschieht am leichtesten, indem man die ganze Energie auf ein bestimmtes Fach richtet. Dann kann man hoffen, auch schon bei mittelmäßiger Begabung und mittelmäßigem Fleiß in dem gewählten Fache etwas Tüchtiges zu leisten, und sich dadurch ein genügendes Einkommen zu verschaffen. Damit sind die meisten Menschen zufrieden, und finden es zu beschwerlich, darüber hinausgehende Wünsche zu verfolgen.

Glück und Zufriedenheit ist ja häufig auf diesem Wege zu erreichen, aber ebenso sicher auch die Einseitigkeit. Denn wenn alle produktive Arbeit nur einem bestimmten Fache gilt, so kann solche in anderen Fächern nicht mehr geleistet werden. Nun ist es aber hauptsächlich die produktive Arbeit, welche das Interesse an einem Wissensgebiet oder an der Kunst erweckt und zur Reife bringt. Der Fachmann mag wohl Interesse für Dinge außerhalb seines Faches haben, aber er muß sich ihnen gegenüber

auf rezeptives und vergleichendes Denken beschränken, da er sich bei dem Versuch zu produktiver Arbeit vor dem Vorwurf des Dilettantismus fürchtet. Er darf nur sich dilettieren, aber er darf nicht dilettieren.

Das bloß rezeptive und vergleichende Denken kann aber niemals die Wonne der produktiven Arbeit gewähren. Dem Fachmanne müssen daher alle anderen Fächer weniger interessant erscheinen, als sein eigenes. Mithin kann der Fachmann sich nur schwer vor Einseitigkeit retten. Häufig will er es auch gar nicht, da er in seinem Beruf volle Befriedigung findet. Der Banause sucht gar nicht nach Verständniß der Dinge, die außerhalb seines Fachs liegen. Im genügt das „Glück im Winkel“. Er ist der ideale Staatsbürger nach den Wünschen des Tschinowniktums. Er zahlt seine Steuern und überläßt bereitwillig die Sorge für alle Dinge außerhalb seines Fachs den Behörden oder den Personen, welche den Anspruch erheben, als Autoritäten darin zu gelten. Deshalb kann man den Banausen auch — namentlich wenn er recht schön darum bettelt — ruhig in höhere Stellungen oder bessere Gehaltsklassen aufrücken lassen: er wird doch stets der gehorksamste Diener seiner Vorgesetzten und ihr brauchbares Werkzeug bleiben.

Diesem behaglichen Fortkommen der einseitigen Fachleute, der Banausen und Streber, steht der ernste Patriot mit schweren Bedenken gegenüber. Wenn es auch nicht zu befürchten ist, daß immer gleich die schlimmsten Wirkungen eintreten, so können sie doch den schlimmsten sich nähern. Diese hat die „Kreuzzeitung“ nach der Seeschlacht bei Tsuschima wie folgt geschildert:

„Protektionswirtschaft und Gewissenlosigkeit, die die Entwicklung von Charakteren und Kapazitäten hindern und der redlichen Arbeit keinen Raum gewähren, müssen die Kräfte des Volkes zerrütten. Wo Augen- und Liebedienerei herrscht; wo die Verantwortungsfreudigkeit erstickt wird; wo die Beförderung nicht vom Können, sondern vom Beugen abhängt; — wo statt selbstloser Hingebung und Treue die Gier nach Gewinn herrscht; — da kann selbst ein Genie den Sieg nicht an die Fahnen des Herrschers fesseln.“

Wenn dieses düstere Bild auch nur dem russischen Selbstherrschertum angehört, so gilt es doch auch bei uns manchen Strebern als Ideal. Neben dem engherzigen, egoistischen Wunsch, mit möglichst geringem Aufwand von Arbeit einen möglichst behaglichen Lebenszustand zu gewinnen, können Solidaritätsgefühl und antikes Pflichtgefühl nicht gedeihen. Wo diese beiden Gefühle fehlen, kann es auch keine guten Staatsbürger geben, sondern nur Untertanen, Bediente oder Wilde. Wenn das aufkeimende Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Verantwortlichkeit des Einzelnen für das Wohl der Gesamtheit, und das aufkeimende Gefühl der Pflicht,

als Einzelner dem Wohl der Gesamtheit zu dienen, gewaltsam unterdrückt werden, dann sinkt der Staat hinab zu einer Institution, die nur das Wohl Weniger auf Kosten der Gesamtheit fördert. Die besten Kräfte des Staats werden dadurch gefesselt; ein leichter Sturm kann ihn zu Boden werfen.

Die Einseitigkeit der Fachbildung hat außerdem die Neigung, die Höhenlage der Fachbildung selbst herabzudrücken. Denn die Einseitigkeit sperrt die vielfachen Anregungen aus, welche aus anderen Fächern befruchtend einwirken können, um ein beliebiges Fach zu verbreitern und zu vertiefen. Ohne diese Hilfen bewirkt die Einseitigkeit Stagnation und Verflachung. Der behinderte Fortschritt bedeutet aber nicht bloß Stillstand, sondern Rückschritt, weil die übrige Welt mittlerweile fortschreitet. Begünstigt wird diese verhängnisvolle Rückbildung durch politische Absperrung, Knebelung der freien Meinungsäußerung und andere Umstände einer kulturfeindlichen Staatskunst.

Auch hierfür bietet Rußland Belege. Ein Offizier des Russischen Generalstabes in der Mandschurei schrieb:¹⁾

„Nicht nur unsere Soldaten, sondern auch unsere Offiziere sind an eine selbständige Tätigkeit nicht gewöhnt; nichts geschieht ohne den entsprechenden Befehl.“ — „Zwar wird gepredigt: daß in der Initiative das Heil liege; aber es geschieht nur mit Worten, nicht mit der Tat.“ — „Unbildung überall.“

Nach der Seeschlacht in der Koreastraße schrieben die „Birsch. Wjed.“:

„Die Bureaukratie hat Rußland das Denken und Fühlen abgewöhnt. Es weiß seine Gedanken nicht mehr auszudrücken, versteht nicht zu zürnen, nicht seinen Willen zu offenbaren, ja nicht einmal zu weinen.“²⁾

Trauernd sieht der Patriot, was für Giftblüten — allerdings begünstigt durch mancherlei andere Umstände — aus dem Boden der einseitigen Fachbildung emporwachsen können. Er erkennt die Krankheiten des Volks- und Staatslebens, die daraus hervorgehen, und weiß auch das Heilmittel.

Das Heilmittel besteht darin, daß durch Schule und Übung, oder durch Bildung überhaupt, ein Überschuß an geistiger Energie erzeugt wird, — ein Überschuß über denjenigen Betrag, welcher eben nur ausreicht, um die in der menschlichen Natur begründeten Widerstände gegen geistige Arbeit zu überwinden.

¹⁾ Aus der Bostischen Zeitung vom 27. Mai 1905, A.-A. entnommen.

²⁾ Aus der Bostischen Zeitung vom 6. Juni 1905, M.-A. entnommen. Weitere Schilderungen finden sich in den kürzlich veröffentlichten Werken von Hugo Ganz, „Vor der Katastrophe“ und von Konni Ziliacus, „Das revolutionäre Rußland“, Frankfurt a. M.

Dieser Überschuß sucht Betätigung und findet sie mitunter auch auf anderen Gebieten als dem eigenen engen Fach. Dadurch werden alle jene Wechselwirkungen ausgelöst, welche befruchtend einwirken auf die einzelnen Fächer, und die dadurch die Bildung überhaupt heben.

So unglaublich es auch klingen mag, daß es Staatsbehörden und Privatpersonen gibt, welche die Anwendung dieses Heilmittels perhorreszieren, so ist es doch eine Tatsache. Die Engländer und Amerikaner werden es für unmöglich halten; der russische Tschinownik wird verständnisinnig nicken.

Hiermit haben wir den zweiten Übelstand bei unserem geistigen Schaffen bezeichnet, nämlich: daß von Fachleuten Einseitigkeit verlangt wird.

Ein Leberkranker wird nicht gern zu einem Arzt gehen, und sei er auch die anerkannt größte Autorität für Leberkrankheiten, wenn er von ihm weiß, daß er sich auch noch mit anderen inneren Krankheiten beschäftigt, oder gar noch mit Anthropologie, Schädelkunde, Paläontologie, Archäologie, Ausgrabungen in den Mittelmeerländern und Amerika, ferner mit der Kanalisation der Städte und der Bekämpfung von Menschen- und Viehseuchen, endlich als Abgeordneter mit den Fragen der inneren und äußeren Politik, — sondern er wird lieber zu einem Spezialarzt gehen, der sich nur mit Leberkrankheiten beschäftigt.

Ein Beamter, der außer den ihm übertragenen Arbeiten noch zu häufig neue Vorschläge macht, ist höchst unbequem. Denn die Vorschläge wollen geprüft werden. Das verursacht Extraarbeit. Er wird weggelobt oder versetzt.

Wenn ein Gelehrter herausfindet, daß gewisse Tatsachen, die bisher einzeln als zufällige Bestandteile anderer Fächer behandelt wurden, zusammen gehören, daß sie eine Gruppe bilden, welche zu einer selbständigen Fachwissenschaft ausgebaut werden kann, und nun arbeitsfreudig in das neueröffnete Forschungsgebiet vordringt, ohne vorher die obrigkeitliche Genehmigung dazu erhalten zu haben, — so muß er sich auf Nachteile vielerlei Art gefaßt machen.

Mitunter wirft man einer geistigen Arbeit Einseitigkeit vor, wenn man den wahren Grund des Mißfallens nicht zu nennen wagt. Wenn die betreffende Arbeit die Interessen des Tadlers einseitig verträte, würde er ihr keinen Vorwurf der Einseitigkeit machen. Denn solche Einseitigkeit wird verlangt.

Wir haben hier wenige typische Formen willkürlich herausgegriffen, um zu zeigen, daß das Verlangen nach Einseitigkeit der Fachleute sehr

verschiedene Ursachen haben kann, daß aber im letzten Grunde alle diese Ursachen auf die im Menschen vorhandene falsche Eigenliebe zurückzuführen sind, — auf jene Eigenliebe, die sich immer als Feindin des Kulturfortschritts erwiesen hat.

So schmerzlich es auch für den einzelnen ist, wenn er unter den mannigfachen Formen der Eigenliebe zu leiden hat, und so sehr er sie als Eingriffe in seine persönliche Freiheit empfinden mag, so erkennt er in ihr doch — wenn er sich auf eine höhere Warte stellt — ein unvermeidliches Element der Kulturentwicklung.

In jeder Kultur sind neben den treibenden Elementen auch verzögernde vorhanden. Ohne die letzteren würde die Entwicklung einen zu stürmischen, ungesunden Verlauf nehmen. Bei den sogenannten Urvölkern, welche die Eigenschaft besitzen, beliebig viel fremdes Blut zu assimilieren, sind Ursprung und Ende in unerkennbare Fernen gerückt. Ihre Kulturentwicklung ist naturgemäß äußerst langsam. Bei den sogenannten Mischvölkern, deren Entstehung in geschichtlicher Zeit nachweisbar ist, kann die Entwicklung Jahrtausende beanspruchen, bis sie auf die eine oder andere Weise ein Ende nehmen. Ihre Entwicklung ist daher bereits etwas beschleunigt; sie überholt diejenige der Urvölker. Bei den Völkern des kolonialen Typus ist die Entwicklung am raschesten. Meteorgleich blühen sie auf, überstrahlen alle Zeitgenossen und erlöschen so plötzlich, wie sie entstanden sind. Wo ist z. B. das Volk der Karthager geblieben?

Die Kulturentwicklung ist unter allen Umständen das Ergebnis des Kampfes zwischen den befördernden und den verzögernden Kräften. Der Kulturfortschritt bedeutet den Sieg der befördernden Kräfte über die verzögernden.

Welche Pflichten erwachsen nun aus dieser Sachlage für den geistigen Arbeiter?

Soll er dem Verlangen nach Einseitigkeit nachgeben, soll er ein richtiger Banause werden, der all sein Heil bloß von der Gunst der Vorgesetzten erwartet und erschmeichelt? — Das wäre sicher der bequemste Weg, um zu einem behaglichen Lebenszustande zu gelangen. Er würde sich dadurch nicht aus der Kulturentwicklung ausschalten, sondern er würde sich nur den verzögernden Elementen heigesellen.

Wer nicht Banause und Streber und Opportunist ist, wird ja als Doktrinär verschrien, mit dem man nichts anfangen kann. Banausen dagegen sind so leicht und angenehm zu regieren: sie merken gar nicht die Fehler, die man macht; oder wenn sie es tun, so stellen sie sich

wenigstens so, als ob sie sie nicht bemerkten. Sie gehorchen aufs Wort und tun nur, was ihnen befohlen wird — wie die russischen Offiziere im Kriege gegen Japan. Der Doktrinär aber ist sehr unbequem: er kritisiert, sieht und erkennt die Fehler und behauptet aus theoretischen Gründen alles besser zu verstehen. Man muß suchen, ihn so schnell wie möglich loszuwerden.

Es sind ja Fälle denkbar, und sie ereignen sich alle Tage, daß jemand um seiner Familie willen — also aus Not — den einseitigen Fachmann heuchelt, während er durchaus kein Banause ist. Aber er muß dadurch unvermeidlich in einen Gewissenskonflikt geraten. Denn die in ihm vorhandene überschüssige geistige Energie verlangt gebieterisch Betätigung. Wir können häufig beobachten, daß dieser Konflikt durch Quittierung des Dienstes gelöst wird. Auf diese Weise können gerade die besten Kräfte dem öffentlichen Dienst verloren gehen.

Also den Banausen zu spielen, wenn man keiner ist, ist sittlich verwerflich und daher unzulässig.

Es ist noch der Fall denkbar, daß jemand durch allmähliche Verimpfung tatsächlich zum Banausen hinabsinkt. Dann haben wir das Bild einer kulturellen Krankheitserscheinung, die wir hier übergehen wollen.

Das andere Extrem würde darin bestehen, daß jemand ohne Rücksicht auf die tatsächlich vorhandenen Verhältnisse und in überstürzter Hast Neuerungen herbeizuführen sucht, von denen die Zeitgenossen noch nichts wissen wollen. Der Weltverbesserer hat ein undankbares Geschäft. Es geht ihm meistens schlecht. Er wird von allen Seiten her angefeindet und bekommt Nackenschläge statt Anerkennung. Das mußte sogar Kaiser Joseph II. erfahren. Jürgen Wullenwever wurde als „neuerungsfüchtiger Bösewicht“ enthauptet. Schiller sagt zu einem Weltverbesserer:

„Alles opfert' ich hin,“ sprichst du, „der Menschheit zu helfen;
 Eitel war der Erfolg, Haß und Verfolgung der Lohn.“ —
 Soll ich dir sagen, Freund, wie ich mit Menschen es halte?
 Traue dem Spruche! Noch nie hat mich der Führer getäuscht.
 Von der Menschheit — du kannst von ihr nie groß genug denken:
 Wie du im Busen sie trägst, prägst du in Taten sie aus.
 Auch dem Menschen, der dir im engen Leben begegnet,
 Reich' ihm, wenn er sie mag, freundlich die helfende Hand;
 Nur für Regen und Tau und fürs Wohl der Menschengeschlechter
 Saß du den Himmel, Freund, sorgen, wie gestern, so heut.“

Zwischen beiden Extremen liegt der von Schiller angedeutete Mittelweg.

Das Ansinnen, daß der einzelne geistige Arbeiter sich mit Dingen außerhalb seines Faches nicht beschäftigen, ist kulturfeindlich und ungerecht

und steht im Widerspruch zu den Artikeln 27 und 74 der Preussischen Verfassung. Es setzt voraus, daß überschüssige geistige Energie vorhanden sei, die sich auch außerhalb des engen Faches fruchtbringend betätigen will. Ein Mann von starrem Ehrgefühl läßt sich eine Bevormundung darin nicht gefallen. Aber die Not kann ihn veranlassen, sich wenigstens eine Zeitlang der Bevormundung zu fügen. Er braucht darum nicht gleich in das banausische Philisterium zu versinken: er kann seine Schätze im Stillen pflegen und ausgestalten, bis er sich öffentlich zu ihnen bekennen darf. Wie mancher tüchtige Offizier oder Beamte hat dementsprechend gehandelt.

Andererseits braucht er auch durchaus nicht die undankbare Rolle des Weltverbesserers zu spielen. Er muß nur mit seinen Neuerungen im Bereich des praktisch Möglichen bleiben. Die Beschäftigung mit Dingen außerhalb des eigenen Faches ist für jeden gebildeten Menschen ein glückliches Bedürfnis. Sie wirkt erfrischend und anregend nach allen Richtungen hin. Es kommt häufig vor, daß nur der Außenstehende die Mängel erkennt, welche in einem Fach zur gewohnheitsmäßigen Herrschaft gelangt sind. Gerade die Vielseitigkeit des einzelnen, d. h. die allgemeine Bildung, ist das wichtigste Merkmal eines hohen kulturellen Entwicklungszustandes und politischer Reife. Was würde eine Volksvertretung bedeuten, wenn jedes Mitglied darin nur ein Banause wäre? Die Verfassung würde dann bloß dem Namen nach bestehen. Um die Verfassung zu verwirklichen, ist es Pflicht jedes Staatsbürgers, sich um die Dinge außerhalb seines Faches zu kümmern, namentlich teilzunehmen an allen Fragen, die das öffentliche Wohl betreffen.

Viele glauben, daß die Gelehrten ihr Leben in olympischer Heiterkeit schmelgend verbringen und beneiden sie darum. Möchten diese Zeilen dazu beitragen, den Irrtum zu beseitigen. Auch die Gelehrten haben heftige Kämpfe zu bestehen. Ihr Leben ist reich an Enttäuschungen; häufig müssen sie sich in Entsagung üben. Ihr bester Lohn — mitunter ihr einziger — besteht in der inneren Befriedigung, das Rechte gewollt und ihre Pflicht getan zu haben.

Jedermann soll in seinem Fache tüchtig sein, aber niemand sollte darum in Banausentum versinken; niemand braucht das Martyrium des Weltverbesserers auf sich zu nehmen, sondern jeder sollte im Rahmen der Sitte und des geltenden Rechts auf Grund der verfassungsmäßigen Garantien zu allen Fragen des öffentlichen Wohls Stellung nehmen und sich in jeder Beziehung als nützliches Mitglied der Volksgemeinschaft nach Kräften betätigen.

Wir glauben diese Betrachtungen nicht besser abschließen zu können, als mit den Worten, welche Professor D. Kammerer in seiner Schillerrede am 8. Mai 1905 in Charlottenburg sprach:

„Die wirkliche Vaterlandsliebe, die in der Befreiung des Vaterlandes von unwürdigen Zuständen unter selbstloser Hingabe der eigenen Persönlichkeit ihr vornehmstes Ziel findet: diese wahre Vaterlandsliebe gibt sich eben nicht in billigen Lobreden auf das Bestehende und in theatralischen Festen kund, sondern sie besteht einzig und allein in dem selbstlosen und freimütigen Eintreten für das Gemeinwohl, in der Hingabe der Arbeitskraft und, wenn es sein muß, des Lebens für die Gesamtheit. Eine Vaterlandsliebe in diesem Sinne erringt nur in den seltensten Fällen öffentliche Anerkennung; sie setzt ein stilles Heldentum voraus, das in der eigenen Tat allein seine Befriedigung findet. Eine solche Betätigung ist um so schwerer, als sie dreierlei erfordert: Selbstlosigkeit, Wahrhaftigkeit und Freimut.“



Carità eterna.

Aus tausend Jahren komm ich her,
 Durch Sonnenhöhen, durch Erdentiefen,
 Über die Wasser, wenn dunkel sie schliefen,
 Über das weite, das schweigende Meer —
 Und sanft, von flüchtigen Stunden getragen,
 Tret' ich zu dir und fasse dein Haupt
 Und stille sie alle, die tränenden Klagen,
 Und schenke den Frieden, den sie dir geraubt . . .

Kennst du die Stimme,
 Fühlst du den Lauf?
 Weißt du, wie oft ich
 Ins Aug' dir geschaut?
 Weißt du, wie oft schon
 Dein Schmerz mir vertraut?

In tausend Jahre wandl' ich fort,
 Über die finstern, die qualmenden Gründe,
 Betend hoch ob Jammer und Sünde,
 Hin zum goldenen, strahlenden Port —
 Und immer, wenn ich am steinigen Pfade
 Dich finde, in Leid und Trauer versenkt,
 Will ich dir singen vom ew'gen Gestade,
 Wohin du die suchenden Blicke gelenkt . . .

Konrad Falke.



Was die Drossel sang.

Von

Josef Kaufmann.

Man nannte ihn in der Stadt nur das alte Pergament, und er sah auch in der Tat wie ein altes, vergilbtes Lederbüchlein vergangener Jahrhunderte, eingeschrumpft und verrunzelt, aus. Nur sein freundliches Lächeln und der gütige Zug um den Mund verriet, daß in diesem trockenen, alten Körper eine liebe, gute Seele wohnte, die mit der Welt leben und sich freuen konnte. Es hatte etwas Rührendes, das alte Herrchen auf der Straße gehen zu sehen. Tagtäglich machte er, gestützt auf einen braunen Stock mit Elfenbeinrücke und -zwinge, seinen Morgenspaziergang, stets denselben Weg von 10 Uhr an bis zur Zeit, wo die Glocken Mittag läuteten; immer in Gedanken versunken, denn seine Lippen bewegten sich beständig in unhörbaren Selbstgesprächen, wie es viele an Alleinsein gewöhnte Menschen tun, die nur sich selbst zum Zuhörer haben. Er trug Sommer wie Winter denselben langschößigen, an den Nähten schon stark grau schimmernden Rock, und aus den langen Flügeltaschen hing auch wohl manchmal der Zipfel eines roten Tuches. Die Rockärmel wurden so wenig der vordringlichen Hemdärmel als die großgestreiften engen Hosen der durchs Alter fuchsig gewordenen Stiefelschäfte Herr. Stets trug er auch einen Zylinder, der aber so groß war, daß er erst bei den Ohren auf Widerstand stieß, fast das ganze kleine Köpfchen mit den spärlichen Silberhaaren zudeckte und eine Form und Farbe hatte, daß die bösen Gassenjungen einander zuriefen, er habe ihn vom Kaminfeger geliehen.

Der Vatermörder mit der schwarzen, dreimal um den Hals geschlungenen Binde schloß das Bild dieses heutzutage immer seltener werdenden gemüthlichen Originals würdig ab.

Wie alt er war, wußte eigentlich niemand im Städtchen, denn auch die Erwachsenen hatten ihn nie anders gesehen als er jetzt war. Man wußte nur, daß sich an seiner Gartentüre ein großes, altmodisches Schild befand, das die Aufschrift trug: Dr. Johannes Wartberg, Schuldirektor. Näheres erfuhr aber niemand, denn niemand kam in das Haus, und

die alte Kathrine, die einst als vater- und mutterloses Mädchen von ihm aufgenommen worden war, dann aber infolge einer unglücklichen Liebesgeschichte in eine schwere Krankheit verfallen war und dabei fast alles von ihrem bißchen Menschenverstande eingebüßt hatte — die Kathrine antwortete auf alle neugierigen Fragen mit einem halb blödsinnigen Lächeln. Die kleine Pauline aber, mit ihren klugen rehbraunen Augen, die den Ausgehediensft besorgte und in allen Geldsachen eigentlich die Seele des Hauses war, die wußte selber nichts, machte aber allen Neugierigen gegenüber verständig ein geheimnisvolles Gesicht, als wüßte sie viel, dürfte oder wollte es aber nicht sagen.

Das in einem Garten versteckt liegende Häuschen, das der wilde Wein in seiner üppigen Umarmung fast erdrückte, hatte für alle Leute etwas Geheimnisvolles, und mancher wäre um sein Leben gern eingedrungen, nur um einmal zu sehen, was denn eigentlich da drinnen vorgehe.

Und doch war es da drinnen so ruhig, so friedlich und so frei von allem Geheimnisvollen und Unheimlichen. Der gute alte Herr liebte nur die Ruhe und seine stille Arbeit, seinen Frieden und seine Regelmäßigkeit.

Alles ging in dem kleinen Haushalte streng geordnet seinen Gang. Das hatte sich die Haushälterin wie ein unbewußtes Erbteil aus besseren Tagen erhalten, und der Direktor fügte sich ohne Widerrede jeder an ihn gestellten Anforderung.

Sein einziger Umgang war ein alter, dickbäuchiger Spitz, der vom Asthma geplagt, ihn nur mühsam auf seinen Morgenspaziergängen begleiten konnte, sonst den ganzen Tag über auf dem grünroten Sopha schlafend lag, und eine Drossel, die in einem großen Holzkäfig saß und der eigentliche Liebling des alten Herrn war. Niemand hätte hinter der runzeligen Haut noch eine solche Fülle von Zärtlichkeit vermutet, wie er sie für den Vogel hatte. Jeden Tag saß sie, wenn er arbeitete, stundenlang auf seiner Schulter oder der hohen Rücklehne seines Arbeitsstuhls, er fütterte sie eigenhändig, suchte ihr das Schmachhafteste aus und plauderte mit ihr wie mit einem Kinde. Wenn sie gegen Sonnenuntergang ihr Abendlied sang, rückte er seinen Lehnstuhl zurecht und lauschte ihr, den Kopf in die Hand gestützt, mit Andacht und gedankenvoll. Sie sang aber auch so süß, so freudig und schmerzvoll, in langgezogenen, leisen Tönen der Sehnsucht, in schmetternden, kunstvollen Schnörkelläufen, in spöttischen Trillern, daß oftmals die Leute auf der Straße stehen blieben und ihren Erzählungen lauschten. Jeder deutete sie in seiner Weise, der eine heiter, der andere ernst. Auf den alten Mann schienen sie aber immer denselben Eindruck zu machen. Seine Augen bekamen dann einen stillen

Glanz, und um seinen Mund suchte manchmal ein wehmütiges Lächeln. Dann blickte er in die Höhe und sein Blick blieb unverwandt an einem Bildhänge. Es stellte eine junge Frau dar in duftigem, weißem Kleide, um den feinen Nacken ein buntfarbiges Schawl geschlungen, wie man es in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts trug. Die junge Frau war nicht schön, aber von einem Liebreize, einer Anmut, einer seligen Freudigkeit im Blicke, als trüge sie das Glück der ganzen Welt in ihrem Herzen.

Dieses Bild schaute der alte Herr unverwandt an und saß stets, nachdem die Dämmerung längst eingebrochen war, die Drossel ihr Singen vergessen hatte und friedlich auf ihrem Stängchen schlummerte, noch in derselben Haltung, den Kopf in die Hand gestützt und schien zu träumen, bis die alte Kathrine ihm die Lampe brachte. — —

Ein schöner Märztag wars diesmal.

Die Abendsonne schüttete übermütig ihr goldenes Strahlenetz über das Zimmer und seine gemütliche altmodische Einrichtung. Zu den weit geöffneten Fenstern strömte weiches und primelduftende Luft aus dem Garten herein, die Bäume begannen schon rote, üppige Knospen anzusetzen, der Gärtner hatte die Beete und Wege zurecht gemacht, die Rosen aus der Erde genommen, geschnitten und gebunden. Überall keimte das junge Frühlingsleben, und auch die Drossel begann zum ersten Male seit dem Winter wieder zu singen.

Der Alte schob wie immer seinen Sessel zurecht und lauschte. Wars der Frühling, der auch in ihm sich noch einmal regte, oder wirkte des Vögleins Sang doppelt, weil es so lange geschwiegen hatte? Ganz leise wie ein Erinnerungshauch aus ferner Zeit klang in ihm, Saiten wurden in seinem Herzen angerührt, die längst erstorben schienen, und alte Gedanken wurden wieder wach, die ihn weit, weit in den Frühling seines Lebens zurücktrugen. — —

Damals wars auch so ein Märztag, und ihm pochte das junge Herz so leicht und frei, wie der Frühling in der ganzen Natur rings um ihn. Er war zum ersten Male seit dem Beginne seiner Studien von der Universität als Schulamtskandidat, wie man damals sagte, ins Pfarrhaus heimgekehrt und vom Vater mit Würde und Stolz, hinter denen sich die Erregung verbarg, von der Mutter mit überquellender Bärtlichkeit empfangen worden.

Nachdem er während eines rasch von der Mutter bereiteten Mahles über alles, seine Studien, das Examen und die Berufung an eine höhere Schule dem mit Freude lauschenden Vater berichtet, nach dem Essen das

ganze Haus mit allen seinen trauten Erinnerungen am Arme der Mutter durchwandert hatte, machte er sich auf den Weg zu Oberförsters. Die wohnten dicht neben dem Pfarrhause und gehörten seit einem Menschenalter zu den treuesten Freunden der Pfarrersfamilie.

Seine Eltern wurden plötzlich still, die Mutter wollte ihn ängstlich zurückhalten, sah ihn betrübt an und brachte doch kein Wort über die Lippen. Er aber achtete gar nicht darauf, versprach bald wieder da zu sein, sprang hinaus, die kleine Treppe vor dem Hause hinunter und hörte nichts mehr von dem, was die beiden Alten sich zuflüsterten, als wagten sie nicht, es laut zu sagen. Wie wohl ward's ihm, als er die Gartentür öffnete und durch die altbekannten Wege ging, wo er und die kleine Sophie schon als Kinder gespielt hatten und später so oft —

Nichts war anders geworden. Selbst der alte Hund lebte noch, erkannte ihn sofort und trottete mit freudigem Geheule auf ihn zu. Die Haustüre stand offen. Wie er in die niedrige Stube eintrat, saß Sophie allein, den Kopf in die Hand gestützt und schien der Drossel, die im Käfige mit einer im Garten um die Wette sang, gedankenvoll zu lauschen. Sie bemerkte sein Kommen gar nicht. Erst als er ihren Namen nannte, sah sie auf, stieß einen Schreckens- und doch Freudenschrei aus, stürzte auf ihn los, ergriff seine beiden Hände und — eilte auf einmal in Schluchzen ausbrechend zum Zimmer hinaus.

Er verstand dieses seltsame Benehmen nicht, setzte es aber auf Rechnung der ersten Aufregung über das Wiedersehen und wartete darum geduldig, bis sie wiederkäme. Doch eine halbe Stunde verstrich, und schon wollte er sie suchen gehen, als er im Gange die Stimme des Oberförsters hörte, der gleich danach, die Büchse über dem Rücken, an der Seite eines jungen Mannes eintrat.

„O, der Hans ist wieder da. — Was für eine Überraschung! Guten Tag, wie geht dir's denn“, rief er mit seiner dröhnenden Stimme und reichte ihm die Hand. „Du erlaubst doch, daß ich dich noch wie früher du nenne? Sieh nur einer, wie stattlich er geworden ist! — Die Eltern werden eine Freude gehabt haben! — Wo steckt denn nur die Sophie? Wird die sich freuen, dich wieder zu sehen! — Sophie! Sophie,“ rief er wiederholt. „Nun, setze dich nur. Sie muß ausgegangen sein, wird aber jedenfalls bald wieder heimkommen. Ich hol eine Flasche Guten herauf. Wir müssen doch das Wiedersehen feiern.“

Nach dieser ersten lebhaften Begrüßung stellte er den jungen Mann vor, der Wartberg noch nicht bekannt war und durch nichts weiter auffiel, als daß er ziemlich stutzerhaft gekleidet war und recht unbedeutend ausah.

„Es ist Herr Waltherr v. Braunsfels," sagte der Oberförster, „der Sohn unseres neuen Gutsherrn und mein zukünftiger Schwiegersohn. Vorgestern war die Verlobung. Schade, daß du — —"

„Verlobt?" schrie Wartberg. „Mit dem da?" und packte den alten Mann am Arme.

„Freilich," erwiderte der und sah ihn einen Augenblick ganz verduzt an.

Es ward ganz still im Zimmer. — „Das freut dich wohl," fuhr der Förster fort. „Ich kanns mir denken, ihr wart ja immer gute Freunde zusammen. Sophie ist sehr glücklich. Das Mädel ist ganz närrisch in ihren Liebhaber. Gelt, Waltherr? Ein Blizmädel! Ja, warum sagst du denn nichts," fuhr er fort, als wieder eine Pause eingetreten war, in der ihn Wartberg wie versteinert angestarrt hatte. „Du stehst ja da, als ob — — „Ich gratuliere, Herr Oberförster," stieß er heiser heraus. „Und jetzt adieu, ich muß wieder gehen."

Damit drückte er dem alten Förster rasch die Hand und war draußen, noch ehe der etwas hatte erwidern können.

Er stürmte durch den Garten, ohne zu sehen und zu hören. Erst an der Gartentüre mußte er stehen bleiben, denn Sophie trat ihm in den Weg.

„Bleib einen Augenblick," bat sie. „Der Vater hat dir's erzählt — es ist wahr, was er sagte — aber höre mich an." — „Schon gut, Sophie," rief er, ohne sie anzusehen und schob sie bei Seite. „Werd glücklicher mit ihm, als du mit mir — —"

Fort war er, hörte nur noch, daß sie laut aufschrie. Die Drossel fang so lustig und spöttisch, als freute sie sich über das, was sie gehört hatte — —

Zu Hause schloß er sich, ohne ein Wort zu sagen, in sein Zimmer ein, packte alle seine Sachen wieder zusammen und erklärte dann seinen Eltern, die verschiedene Male an die verschlossene Thür geklopft und ängstlich jedem Geräusche im Zimmer gelauscht hatten, er wolle noch am Abende abreisen.

Die Mutter suchte ihn zu trösten. Sie habe es ihm nicht mitteilen wollen, um ihn nicht zu betrüben. Hätte sie eine Ahnung gehabt, daß es so schnell käme — — Er schnitt ihr das Wort ab. „Es ist besser so. Besser jetzt als — —"

Der Vater redete ihm zu, ein Mann zu sein, das Unabänderliche mutig und mit Fassung zu tragen, und nicht durch eine übereilte Abreise alles noch schlimmer zu machen.

Aber alle ihre Überredungskünste scheiterten an seinem festen Entschlusse. Und so gaben die beiden alten Leute schließlich schweren Herzens nach.

„Wie schnell ist die Freude gestört worden,“ sagte die Frau zu ihrem Manne und wischte rasch die vorbrechenden Tränen ab, damit der Sohn, der eben eintrat, nichts merkte.

Der Abend schlich traurig und langsam hin. Nur wenig wurde gesprochen. — —

Wartberg brach gegen 10 Uhr auf, bat seine Mutter, ihm das Gepäck am andern Morgen nachzuschicken, da keine Post mehr gehe, nahm von den Eltern Abschied, als gälte es fürs Leben, und ging dann, nur mit einem kleinen Känzchen bepackt, fort.

Er wollte die Nacht hindurch zu Fuße gehen, um nur so bald als möglich von der Heimat fortzukommen, und am Morgen die erste Post nehmen. Wohin, das wußte er selbst noch nicht. Aber es mußte weit, weit sein. Als er am Garten des Oberförsters vorbeikam und sah, daß alle Fenster dunkel waren, trat er ein, um noch einmal in aller Stille von seinem Glücke Abschied zu nehmen. Der Hund erkannte ihn sofort, umlief ihn schwänzelnd und leckte seine Hand.

„Nicht alle sind treulos,“ dachte er, indem er ihn streichelte, und sein Herz krampfte sich wieder zornig zusammen. Die Gartentüre fiel ziemlich schwer ins Schloß. Er schritt, das Gesicht nach ihrem Fenster gerichtet, langsam voran. All das alte Glück fiel wieder schwer auf seine Seele, und der neue Schmerz tat doppelt weh.

Doch als er in die Laube trat, stürzte sich eine Gestalt auf ihn, und schlang, ehe er wußte, was geschah, beide Arme um seinen Hals.

„Ich hab dich erwartet, weil ich wußte, daß du kommen würdest,“ flüsterte ihm Sophie aufgeregt und leidenschaftlich ins Ohr. „Du willst wieder fort von hier — ohne mich? Nein, nein, ich laß dich nicht. — Bleibe, ich sterbe sonst.“

Wartberg schüttelte sie ab und lachte in sich hinein, aber es war ein Lachen, das mehr einem Köcheln glich.

„Damit ich mich an seiner Freude laben kann?“ —

„Ich hab ihn nehmen müssen, der Vater wollte es — aber jetzt, wo du wieder da bist, kann ich nicht mehr — ich kann nicht mehr.“ —

Eine Pause entstand, während der das junge Weib sich wieder liebend an ihn schmiegte, das Dunkel zu durchdringen und auf dem Gesichte ihres Geliebten zu lesen versuchte.

„Laß mich gehen, Sophie,“ erwiderte Wartberg nach einer Weile stillen Kampfes zwischen Liebe und Stolz und suchte ruhig und kalt zu scheinen. „Du hast es gewollt.“

„Ich! Nie! Und wenn du mich noch liebst“ — —

„Still davon,“ knirschte Wartberg bebend vor wieder erwachter Wut und Schmerz. „Du bist seine Braut.“ —

„Nein,“ entgegnete sie hastig, aber fest, „ich bins nicht.“

Wartberg wollte sich losreißen, aber sie klammerte sich fest an ihn und flüsterte leidenschaftlich: „Nein, nein, ich laß dich nicht, ich hab's dem Vater erklärt. Er soll mich totschlagen, aber ich laß dich nicht, hänge mich an dich und gehe mit dir, wohin du gehst.“ —

Da zuckte es durch seinen Leib wie Feuer. Er schnellte wie von Blitz getroffen in die Höhe und stieß atemlos heraus:

„Du mit mir?“

„Mit dir, nur mit dir, ich kann nicht anders. Mit dem andern habe ich gebrochen, bin nicht mehr seine Braut.“

„Ist's wahr?“

„Es waren furchtbare Stunden. Aber jetzt habe ich den Mut dazu gefunden.“ —

„So komme gleich mit, gleich jetzt, wie du bist. Willst du?“

„Ja, ich will,“ sagte sie fest und beinahe feierlich und nahm ein Bündel vom Tische. „Ich hab mich schon gerüstet. Wärst du nicht gekommen, so hätte ich dich geholt. Vater gab mir bis morgen Bedenkzeit, da galt's handeln. Glaubst du mir nun?“

Er drückte sie ans Herz und küßte und küßte sie immer wieder.

Sie hängte sich an seinen Arm, schaute noch einmal zum Hause hinauf, als wollte sie Abschied nehmen und flüsterte ihm zu: „Meine Welt bist jetzt du allein.“ — —

Der alte Hund begleitete sie. Sie mußten sich an der Gartentür gewaltsam von ihm trennen — er schaute ihnen lange nach und begann dann kläglich zu heulen. — —

Sie aber gingen Arm in Arm hinaus ins Dunkel — gingen die ganze Nacht hindurch, glücklich von ihrer Liebe und der Zukunft plaudernd. Am Morgen, als sie die Post bestiegen, stimmte eine Drossel ihr Lied jubelnd an, und sie fuhren fort, weiter, immer weiter hinunter nach dem Süden. Denn die Mutter hatte ihm noch zum Abschied ein kleines Beutelchen mit goldenen Fächsen zugesteckt. Sei, wie nun das Leben lachte, die Welt blühte, als freute sie sich an ihrem Glück. Und als sie ans Meer — ans ewige blaue Meer kamen und hinaus in die

unendliche Ferne sahen, da wars ihnen, als könnte jetzt die Sonne nicht mehr untergehen.

Sie fuhren mit dem Schiffe von Genua nach Civitavecchia, und von da mit dem Wagen nach Rom, dem alten, heiligen, ewig jungen Rom. — —

Zwei Jahre lebten sie da glücklich zusammen. Ein Kindchen, das ihnen geboren wurde und seiner Mutter aufs Haar glich, begann schon die ersten unsicheren Gehversuche. Da raffte Mutter und Kind die Cholera weg. Unter den dunkeln Zypressen bei der Cestius-Pyramide wurden sie zusammen zur letzten Ruhe gebracht.

Und seitdem waren über fünfzig Jahre hingeschlichen — —

Längst hatte die Drossel zu singen aufgehört. Er schien es nicht zu merken. Merkte auch nicht, daß sie ihm auf die Schulter flog, ihn mit ihren runden Perlenaugen verwundert ansah und dann zur Nachtruhe in ihren Käfig zurückflog.

Es wurde immer dunkler. Er regte sich nicht. Die alte Kathrine brachte die Lampe hinein. Und als es Zeit zum Abendessen war, und er sich noch immer nicht erhoben hatte, schlich die kleine Pauline ins Zimmer, um ihn zu wecken. Wie sie ihn ansaßte, schreckte sie zusammen. Er war kalt und regungslos. Sie sprang hinaus und schrie der Alten zu, er sei tot. „Tot?“ antwortete diese und lächelte stumpf. „Laß ihn, er schläft nur.“

„Jawohl, bis zum jüngsten Tage,“ rief das kleine Mädchen überlegen und vergaß einen Augenblick seinen Schreck und die Furcht.

„So? Bis zum jüngsten Tage? Ist das noch lange?“ sprach die Alte und lächelte wieder trübselig stumpf vor sich hin.





Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

Von

E. v. Liebert.

Die große Rede des Reichskanzlers vom 9. Dezember v. J., die in dem Satze gipfelte, daß sich das deutsche Volk das Joch der Sozialdemokratie nicht aufzwingen lassen werde, hat hoffentlich nicht nur äußeren Beifall im Volke ausgelöst, sondern auch zum Nachdenken und Sichbefinnen angeregt. Vielleicht dämmert es nun allmählich in einigen Köpfen, daß die nächsten Wahlen von 1908 über das Schickial und die Zukunft Deutschlands entscheiden werden insofern, als eine Zunahme der sozialdemokratischen Mandate im Reichstage der Regierung jede Aussicht auf eine nationale Mehrheit rauben würde. Auf der andern Seite werden sich alle Denkenden darüber klar werden, daß die Reichsregierung, falls es gelingt, der Sozialdemokratie einen Teil ihrer gegenwärtigen Reichstagsitze zu entreißen, vielleicht hoffen darf, eine nationale Mehrheit zu gewinnen, und daß sie nicht immer von den Launen des Zentrums bei den Entscheidungen über Lebensfragen unseres Volkes abhängig bleibt. Es ist ferner zu hoffen, daß endlich die Einsicht durchdringt, wie alle Mauserungsideen gleich Seifenblasen zerronnen sind, nachdem innerhalb der sozialdemokratischen Presse, in den Volksversammlungen und den Parteitagungen rücksichtslos das radikale Element den Sieg davon getragen hat und sich in brutalem Tone überall Geltung verschafft.

In Norddeutschland, wo politische Angelegenheiten als Machtfragen aufgefaßt und behandelt werden, hat sich bereits ein scharfes Abdrücken aller Parteien von der Sozialdemokratie kundgegeben, das Resultat scheint erreicht zu sein, daß die bürgerlichen Parteien in ernstesten Momenten, bei Wahlkämpfen, den Hader unter einander auf Zeit zurückdämmen und sich des gähnenden Abgrundes bewußt werden, der sie insgesamt von der Umsturzpartei trennt. In Süddeutschland ist man leider von der staatsmännischen Auffassung politischer Fragen weit entfernt, man verquickt Gefühl und Gemüt mit der Politik, und wir haben infolgedessen das Schauspiel erlebt, daß nicht nur das Zentrum, sondern sogar die badischen Nationalliberalen mit den Roten Wahlkartelle abschließen.

Wie würden sich die Engländer ins Häufchen lachen, wenn sie davon hörten, wenn sie überhaupt unseren Partei-Wirrwarr verstanden und unsere querelles allemandes einer Beachtung würdigten!

Im Gegensatz zu den auf praktische Erfolge gerichteten Bestrebungen der französischen und englischen Arbeiter sehen wir das deutsche Proletariat durch die utopistische Idee des allesgleichmachenden Zukunftsstaats verseucht, das Prinzip der Internationale unsere nationalen Überlieferungen, unseren Stolz und unsere Ehre in den Staub ziehen, den deutschen Arbeiter aber zum „Landesverrat“ langsam hinabgleiten. Wir sehen diese Wandlung im Volke sich vollziehen, wir sehen die Zahlen der Apostel und der Verführten sich mehren und die anschwellenden Ziffern der Dreimillionenpartei wiederum eine suggestive Wirkung auf die blöde, nicht nachdenkende Masse ausüben. Wir sehen einen Streik nach dem anderen, durch Agitatoren der Partei freventlich angezettelt, wir hören das Vorausverkünden von Massendemonstrationen und des Generalstreiks, und immer noch verbleibt das deutsche Bürgertum bei der alten Vogelstraußpolitik.

Wie oft ist das Bürgertum schon gegen die beständig anwachsende innere Gefahr auf die Schanzen gerufen worden, aber noch verharret es in seiner überwiegenden Mehrheit in geistigem oder vielmehr in politischem Schlaf. Der alte Trost: Die Regierung wird's schon machen, völlige Gleichgültigkeit gegenüber dieser neuen politischen und sozialen Bewegung, Furcht vor irgendeiner geschäftlichen Beeinträchtigung, endlich Liebäugeln mit dieser mächtigen „freiheitlichen“ Richtung — das sind die hauptsächlichsten Äußerungen der Volkseele gewesen. Diesem geringen Verständnis für die politische Gefahr ist das Anwachsen der „Mittläufer“ zuzuschreiben und dadurch wieder die Zunahme der sozialdemokratischen Wähler bedingt.

Zwei Wege gibt es, auf denen die sozialdemokratische Verhezung bekämpft werden kann, der wirtschaftliche und der politische. Auf dem einen treten ihr die Arbeitgeber entgegen, die die Leitung ihrer Werke und Betriebe in eigener Hand behalten wollen, auf dem anderen kämpfen diejenigen, die sich das Joch der Sozialdemokratie nicht aufzwingen lassen, sich nicht der Böbelherrschaft beugen wollen.

Die zahlreichen, aufeinanderfolgenden, zumeist grundlos von außen her angeschürten Streiks, der bedeutende Ausfall an Einnahmen, die Lahmlegung der betreffenden Branche und die große Schädigung dem Wettbewerb des Auslands gegenüber veranlaßten die verschiedenen Verbände der Industriellen und der Arbeitgeber, sich zu einem großen „Arbeitgeberverbände“ zusammenzuschließen. Die riesigen hierdurch

vereinten Kapitalien ermöglichen leicht, den Beschluß durchzuführen, im Falle eines Streiks die Leitung des gefährdeten Betriebes so lange zu unterstützen, bis die Streikkasse der Arbeiter erschöpft ist, und so kräftig, daß der Betrieb keinen Schaden leidet und unter günstigen Bedingungen wieder aufgenommen werden kann. Dies Zusammenhalten der Arbeitgeber hat in Grimmitzschau, beim Elektrizitätsstreik in Berlin, in Gera und an vielen anderen Orten dargetan, daß die Arbeiter gegen diese Macht zwecklos ankämpfen und hat überall die von außen kommenden Verführer und Aufheßer schimpflich verbannt. Da die Arbeitgeber selbst das größte Interesse an der Fortführung der Arbeit haben, so werden sie klug handeln, wenn sie ihren Arbeitern bei berechtigten Wünschen und Forderungen entgegenkommen. Andererseits ist ihnen hier die notwendige Hilfe und Rückendeckung geboten, wenn sie an der Grenze der möglichen Zugeständnisse angelangt sind. Man darf hoffen, daß diese ernste Gegenwehr die Arbeiter zu dem Verständnisse bringen wird, die Bäume wachsen nicht in den Himmel, und Lohnerhöhungen sind nur erreichbar innerhalb günstiger Konjunkturen und aufsteigender Rentabilität des betreffenden Industriezweiges.

Der Menschenfreund mag eine solche kapitalistische Vereinigung gegen die an sich berechtigten Bestrebungen der Arbeiter zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage schmerzlich empfinden. Er mag besonders bedauern, daß bei diesem gewaltsamen Auftreten der Arbeitgeber durch Stillstand des Betriebes und Aussperrung der Arbeiter auch die nichtsozialdemokratischen, dem Vaterlande und der Kirche treu gebliebenen Arbeiter mit betroffen werden. Dieser wirtschaftliche Kampf von oben her ist ein zweischneidiges Schwert. Indessen bleibt zu berücksichtigen, daß nur die Not den Arbeitgebern diese Waffe in die Hand gedrückt hat, daß der freventlich in einer Zeit des Niedergangs der sächsischen Textilindustrie in Grimmitzschau heraufbeschworene Streik die direkte Veranlassung zum Hervortreten des Verbandes war und daß er sich seitdem bei verschiedenen Gelegenheiten durchaus korrekt bewährt hat.

Als Gegengewicht gegen diesen von dem vereinigten Kapital ausgeübten Druck bleibt immer noch die in Fluß befindliche, wenn auch gegenwärtig in langsames Tempo gefallene, staatliche Sozialreform. Trotz aller Ausschreitungen der sozialistischen Hezer in Rede und Presse darf nie vergessen werden, daß es sich auch bei der Dreimillionenpartei um Genossen unseres eigenen Volkstums und um Menschen von deutschem Fleisch und Blut handelt. Wohlfahrt der Arbeiter und Hebung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse muß dauernd das Programm der Regierung

sowie der staatsbehaltenden Parteien bleiben, auch wenn nur schmöder Undank der Lohn für diese Arbeit am Volkswohle ist.

Ein weiteres Gegengewicht bietet sich in der christlichen Arbeiterorganisation beider Konfessionen, die sich in stetigem Fortschreiten befindet und sehr wohl zur Gesundung der sozialen Verhältnisse beizutragen vermag. Ihre Stärke hat sie einerseits auf dem Kongreß in Frankfurt a. M., andererseits durch den praktischen Erfolg bei der Ersatzwahl in Offen betätigt.

Ganz anders liegt die Bekämpfung der Sozialdemokratie auf politischem Gebiete. Hier handelt es sich um das Zurückdrängen des verhängnisvollen Einflusses der Agitatoren und Volksverheerer und um die Verminderung ihres Einflusses im Reichstage, also um ihre Bekämpfung bei den Wahlen. Hier scheidet jeder Kampf gegen die Arbeiter und deren wirtschaftliche Bestrebungen um Lohnverbesserung aus, der Kampf richtet sich nur gegen die Führer, die da angeben, für die Arbeiterinteressen einzutreten und lediglich um persönliche Machtstellung kämpfen, und gegen die Presse, die das deutsche Volk vergiftet und alles, was uns bisher hoch stand, herabzieht und beschmutzt.

Das einzige und durchschlagende Mittel, um jenen unheilvollen Einfluß der sozialistischen Agitatoren zu brechen, ist ein Zusammenhalten der bürgerlichen Parteien gegen den Feind der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, gegen die Umsturzpartei. Gelingt es, die Parteien nach dieser Richtung hin zu beeinflussen und sie von der wachsenden Gefahr, die sie alle von jener Seite her bedroht, zu überzeugen, so ist der Kampf siegreich zu führen und alles Rühmen mit den bisherigen Wahlerfolgen der Sozialdemokratie und ihrer wachsenden Anhängerzahl ist eitel. Nur die Gleichgültigkeit der bürgerlichen Wähler und das gehässige Bekämpfen der bürgerlichen Parteien unter einander hat jene Erfolge ermöglicht. Hier ist also einzusetzen.

Dies ist infolge des traurigen und beschämenden Ausfalls der Reichstagswahlen von 1903 geschehen. Da die politischen Parteien ihr Programm und ihren Besitzstand streng verteidigen, da eine neue Partei zu den unzähligen alten nicht gebildet werden sollte, so blieb nichts übrig, als eine neutrale Stelle zu schaffen, die allen bürgerlichen Parteien entgegenzukommen und ihre Interessen zu wahren sich bestrebt, ihnen allen aber den gemeinsam zu bekämpfenden Feind wies. Auf dieser Grundlage entstand nach längeren Vorbereitungsverhandlungen am 9. Mai 1904 der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“, der gegenwärtig über 80000 Mitglieder in allen Teilen des Reiches zählt und

dem in erfreulich steigender Weise Gelder zufließen, um die schwere von ihm übernommene Arbeit durchzuführen.

Nach seinen Satzungen hat er die Bestimmung, „alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Stellung zum Kampf gegen die antimonarchischen und revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie zu einigen.“ Im besonderen will er bei Wahlen auf ein gemeinsames Vorgehen aller bürgerlichen Parteien hinwirken und den durch sozialdemokratischen Terrorismus bedrängten Arbeitern und Gewerbetreibenden Hilfe gewähren. Ist also die Grundstimmung des Verbandes auch auf Kampf gerichtet, so soll er andererseits hauptsächlich vermitteln und verbinden, daneben die bedrängten Volksgenossen nach Kräften unterstützen.

Im Anfange seines Auftretens begegnete der Reichsverband bei allen Parteien einem schwer zu überwindenden Mißtrauen, weil die Befürchtung nahe lag, daß es sich doch um eine neue Parteibildung handle, und weil die sofort eingeleitete Sammlung von Geldspenden jeden um den eigenen Parteiäpfel besorgt machte. Dieser Argwohn gab sich auch in den Preßorganen der verschiedensten Richtungen kund. Während aber langsam Angehörige der nationalen Parteien die gesunde Vermittlungstendenz des Reichsverbandes anerkannten und sich als Mitglieder anmeldeten, nahm das Zentrum von vornherein einen abweisenden Standpunkt ein und behauptet allen erneuten Werbungen gegenüber, daß es für sich allein die Sozialdemokratie bekämpfe und keiner Unterstützung bedürfe. Hierbei ist es verblieben.

Während die erste Tätigkeit des jungen Verbandes zunächst eine eifrige Werbearbeit sein mußte, um sich Mitglieder und Massenbestand zu schaffen, so wurde er doch schnell genug zur Arbeit gerufen bei den inzwischen anberaumten Reichstags-Ergänzungswahlen. Schon 1904 konnte er schüchtern und mit bescheidenen Mitteln mitwirken bei den Nachwahlen in Marienberg-Bischopau, Altenburg und Frankfurt a. O.; 1905 aber hat seine Tätigkeit voll eingesetzt in den Wahlkämpfen von Hameln-Springe, Hof, Oberbarnim, Fürth-Erlangen, Eisenach und Plön-Oldenburger. In allen diesen neun Wahlkreisen siegten nationale Kandidaten der verschiedenen Parteien. Nur in einem Wahlkreise, Calbe-Mischerleben, behauptete die Sozialdemokratie das Mandat, da dort besondere Zeitumstände und personelle Rücksichten obwalteten.

Überall hat der Reichsverband dieselbe Taktik verfolgt. Er mißte sich nicht in die Kandidatenwahl, sondern überließ diese den Parteien. Jedem der bürgerlichen Kandidaten bot er seine Unterstützung durch Volks-

redner, Broschüren, Flugblätter und sonstiges Agitationsmaterial an. Daneben suchte er die verschiedenen Kandidaten dahin zu beeinflussen, daß sie den übrigen bürgerlichen Parteien gegenüber keinen allzu scharfen Ton anschlugen und für die Stichwahl sich zum Zusammenwirken gegen den allen gemeinsamen Gegner, den Sozialdemokraten, verpflichteten. Dieses objektive, neutrale, selbstlose Verfahren hat überall Anerkennung gefunden und bei dem überraschend günstigen Erfolge dem Reichsverbande viel Lob und Dank sowie stark ansteigende Mitgliederzahl eingetragen. Es zeigte sich, daß die Macht der Sozialdemokratie nur auf der gegenseitigen Befehdung der bürgerlichen Parteien, auf der Gleichgültigkeit und dem mangelnden Pflichtgefühl der Bürger beruhte. Sie war gebrochen, als eine vermittelnde Hand die Fehde milderte, die Lässigen zur Wahlurne trieb und geschulte Redner die unsachlichen Argumente und aufreizenden, geistlosen Wahlreden der Genossen widerlegten.

Die Erfahrung lehrte, daß die Sozialdemokratie am sichersten mit ihren eigenen Mitteln bekämpft wird, nämlich durch Organisation, Opferwilligkeit und systematische Wahlagitation. Die Organisation der bürgerlichen Parteien fehlte zumeist in den Wahlkreisen, in denen bislang politisch zu arbeiten war. Mit rührender Naivität und noch rührenderem Vertrauen auf die Entwicklung der Dinge traten die Wahlkomitees vielfach in den Kampf. Während die Genossen ein Netz von Vertrauensmännern über jeden Wahlkreis ausgebreitet haben, mit denen das Wahlkomitee durch Radfahrer in beständiger Verbindung steht und die es mit Flugblättern und Zeitungen versorgt, waren in den bürgerlichen Parteien nur an einzelnen Stellen dauernd tätige Vertrauensmänner ernannt und auf ihr Amt eingedrillt. Wenn dies System auf dem Lande aber gelegentlich durchgeführt war, so versagte es in den Städten, weil dort schwer geeignete Männer für ein beschwerliches Ehrenamt zu finden sind. Und doch ist diese Einrichtung gerade in den Städten am wichtigsten, weil es sich darum handelt, bezirks- und straßenweise alle Wähler zu kontrollieren und sie persönlich zu veranlassen, sich in die Wählerliste einzutragen zu lassen und am Wahltage sie an die Urne zu bringen. Nur durch eine solche, auf jeden Wahlberechtigten sich erstreckende Kontrolle ist es möglich, die bürgerlichen Wähler zur Pflicht anzuhalten, während die Sozialdemokraten schon längst jeden Genossen zum Wahllokal heranschleppen.

Zur Vorbereitung der Wahlen, zur Agitation in Versammlungen und durch Flugblätter, Bekanntmachungen u. dgl. gehört vor allem Geld. Dies wird auf sozialdemokratischer Seite durch terroristisch eingetriebene

wöchentliche Abgabe oder Besteuerung jedes „Organisierten“ gesammelt. Die Umsturzpartei verfügt durch dies einfache, aber großartig durchgeführte und wirksame Verfahren über bedeutende Mittel, die als Parteidiäten an die Reichstagsabgeordneten und als Wahlfonds Verwendung finden. Um dem Gegner nach dieser Richtung beizukommen, mußte der Reichsverband zunächst zahlreiche Mitglieder werben, die ihn durch ihre Beiträge dauernd unterstützen, andererseits wohlhabende Spender gewinnen, die durch hohe und wiederholte Gaben die Kasse gefüllt halten. Dabei kommt in Betracht, daß der Arbeiter, der sich der Sozialdemokratie verschreibt, mit dem Groschen, den er der Organisation zu entrichten hat, glaubt, sich und seinen Kindern eine bessere, hellere Zukunft zu erkaufen, da er die verlockenden Versprechungen der Agitatoren für bare Münze nimmt. Die Angehörigen der bürgerlichen Parteien aber gehören je nach dem Maße ihres Wohlstandes schon einer Reihe von wohltätigen, geselligen und vaterländischen Vereinen an und sehen den Beitritt zum Reichsverbande sowie die Verpflichtung zum Zahlen vielfach nur als eine neue Betätigung der Vereinsmeierei an. Für den einen ist es ein Evangelium, für den anderen eine unbequeme Pflicht. Dazu kommt die im deutschen Wesen begründete Schwäche, daß für wissenschaftliche, religiöse, literarische Zwecke immer Geld vorhanden ist, für politische und im besonderen nationale Aufgaben das Verständnis mangelt.

Um in den Wahlversammlungen den Sozialdemokraten gegenüberzutreten und die öden Gemeinplätze, die von jenen vorgebracht werden, widerlegen zu können, mußte der Verband auf die Heranbildung von Rednern bedacht sein. Da es sich um Belehrung und Aufklärung der Massen handelt, so empfehlen sich am meisten Leute aus dem Volke, die den nötigen Stoff beherrschen, daneben aber volkstümlich zu sprechen verstehen, und denen der gemeine Mann lieber zuhört, denen er mehr Vertrauen schenkt als den akademisch Gebildeten. Um dieses Bedürfnis zu befriedigen, sind in gewissen Zwischenräumen Rednerschulen eingerichtet worden, die bereits recht erfreuliche Resultate gezeitigt haben. Eine Anzahl Redner hat in die oben aufgeführten Wahlen tatkräftig und überzeugend eingegriffen. Die günstigen Wahlergebnisse und die Anerkennung der Wahlkomitees sowie der örtlichen Parteien und Vereine haben dies bestätigt. Dieser Art der politischen Ausbildung von gehobenen Arbeitern, Handwerkern und einfachen Männern wird fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit zu schenken sein, da bei den Hauptwahlen im Jahre 1908 ein sehr gesteigerter Bedarf an derart geschulten Kräften fühlbar werden wird.

Neben der Organisation der Wahlkreise und der mündlichen Agitation spielt selbstverständlich die Presse eine große Rolle. Nur durch die Tagespresse ist es möglich, auf die öffentliche Meinung zu wirken, das Volk zu belehren, es über den Terrorismus und die unsere gesunde nationale Entwicklung schädigenden Irrlehren der Sozialdemokratie aufzuklären. Leider ist es außerordentlich schwer geworden, durch die Presse auf die Arbeiterbevölkerung zu wirken, weil letztere nichts mehr als sozialdemokratisch geleitete Blätter, Schriften, Kalender zu lesen bekommt. Um dennoch möglichst auf die kleinen Leute und niederen Schichten Einfluß zu gewinnen, gibt der Reichsverband eine Wochenkorrespondenz heraus, die die Reden, Schriften und Handlungen der Sozialdemokraten bekämpft und widerlegt, und die kostenfrei an viele Hundert deutscher Zeitungen versandt wird. Vornehmlich werden die mittleren und kleineren Provinz- und Lokalblätter damit bedacht, die sich auch in ausgiebiger Weise des ihnen so gebotenen Stoffes bedienen. Es darf angenommen werden, daß diese systematische Dauerarbeit der vergiftenden Tendenz der sozialdemokratischen Presse entgegenwirkt und manchen Mann aus dem Volke rechtzeitig warnt.

Mit diesen wenigen hier aufgezählten Punkten ist die Arbeit des Reichsverbandes durchaus nicht erschöpft; doch empfiehlt es sich, bei politischer Tätigkeit nicht alle Karten aufzudecken und alle still gesponnenen Fäden bloß zu legen. Hier handelt es sich nur darum, auf die Arbeit dieses neuen politischen Körpers hinzuweisen und die national gesinnten Teile unsers Volks darauf aufmerksam zu machen, welche hohe Bedeutung diese stille Arbeit mit der Zeit gewinnen kann, wenn sie genügende, moralische und materielle Unterstützung findet.

Immer neue Beziehungen werden geknüpft, neue Anträge gehen ein, Bitten um Unterstützung gegen sozialdemokratischen Terrorismus und Boykott, Bitten um Darlehn und Hilfsleistungen, Ersuchen um Hilfe bei Kommunal- und Landtagswahlen und dergl. Da der Verband vor allem moralische Eroberungen zu machen wünscht, so gilt als Grundsatz, daß möglichst niemand ohne befriedigenden Bescheid die Geschäftsstelle verläßt. Wo irgend geholfen oder eingegriffen werden kann, da geschieht dies. Im übrigen ist alles auf das große Ziel gerichtet: Einfluß auf die Wahlen von 1908 zu gewinnen, sodaß die sozialdemokratische Umsturzpartei nicht weitere Fortschritte macht, sondern in der Zahl ihrer Reichstagsmandate zurückgeschraubt wird. Am deutschen Volke ist es, diese Bestrebungen nach Kräften zu unterstützen.

Seit dem Jenaer Parteitage und dem darauf folgenden Personalwechsel im „Vorwärts“ hat dies Blatt und nach ihm die übrige sozial-

demokratische Presse einen Ton des Hasses und der Auflehnung gegen alles staatliche Leben und alle bürgerlichen Anschauungen angeschlagen, wie er bisher in den Spalten der deutschen Presse unbekannt war. Die blutigen Taten der russischen Revolution mit all ihren abschreckenden Einzelheiten veranlassen die Schriftsteller des „Vorwärts“ dazu, unter dem Rufe: „Es lebe die Republik!“ das deutsche Proletariat zu gleichen Heldentaten aufzurufen und es auf die Zukunft zu vertrösten, die gleiche Erscheinungen auf deutschem Boden zeitigen werde.

Als eine Folge dieser blutrünstigen Veröffentlichungen sind bereits die Straßendemonstrationen in Dresden und Chemnitz zu verzeichnen, die zur Einschüchterung der Staatsregierung und zur Erzwingung des allgemeinen Wahlrechts für den sächsischen Landtag dienen sollen. Im gegenwärtigen Augenblicke, angesichts der beispiellosen Wirren in Rußland, dürfte schwerlich eine Regierung die Schwäche haben, solchen Tumulten des Pöbels nachzugeben und zwangsweise sich zu einer Änderung der Verfassung zu verstehen. Den Agitatoren und Parteiführern kommt es auch hauptsächlich darauf an, den Pöbel durch die immer zündenden Worte: Es ist Blut geflossen! und man hat auf friedliche Bürger geschossen! aufs tiefste aufzuregen und ihm die Brücken zu friedlicher Verständigung mit Regierung und Bürgertum abzubrechen.

Bekanntlich sind ähnliche Kundgebungen durch Protestversammlungen und Straßentumulte in den preussischen Städten für den Monat Januar geplant. Es steht zu hoffen, daß die preussische Regierung die Brandreden der Agitatoren innerhalb der Versammlungen ausreichend kontrolliert und rechtzeitig einschreitet, ehe der Unfug auf der Straße beginnt. Seitdem die Erfahrung gelehrt hat, daß das allgemeine Wahlrecht langsam aber andauernd die besitzenden Klassen und die Intelligenz aus dem Parlament verdrängt, muß jenes Recht, als verfassungsmäßig gegeben, zwar ertragen werden, es liegt aber kein Grund vor, dies Danaergeschenk auf andere Gebiete zu übertragen, in denen es noch keine Geltung hat. Mindestens ist vorher die politische Macht der Sozialdemokratie zu brechen und das Bürgertum zur gewissenhaften Ausübung der Wahlpflicht zu erziehen.





Eine Ferienreise durch Galizien.

Von
Otto Hötzsch.

(Schluß.)

VII.

Die Polen gehen dem Ruthenentum gegenüber aber auch aggressiv vor, indem sie die nichtpolnischen Elemente direkt zu polonisieren streben. Der Kampf um Sprache und Schule kommt also hinzu, d. h. das Streben auf der polnischen Seite, zu polonisieren oder wenigstens die Ruthenen auf möglichst niedrigem Bildungsniveau fest und damit von der Möglichkeit, im Staatsleben für sich Einfluß zu gewinnen, fern zu halten. Die beiden entscheidenden Tatsachen der Vergangenheit dafür sind: die Einführung der polnischen Amtssprache in Verwaltung und Gericht im Jahre 1867 und die Errichtung des galizischen Landeschulrats im Jahre 1868. Auch wenn Eingaben in ruthenischer Sprache gemacht werden können und auch wenn vor Gericht ruthenisch verhandelt werden kann, so ist doch eben die innere und — nach Möglichkeit durch die polnischen Beamten, namentlich durch die Richter gefördert — auch die äußere Amtssprache polnisch. Nun führt der geschilderte Zustand der Volkswirtschaft zu einer Unmenge von Prozessen, und es gibt daher auch in den kleinsten Nestern unendlich viele Advokaten (manchmal zugleich „Bankiers“). Was daher diese polnische Sprachpolitik für den nichtpolnischen Volksteil und namentlich seine Intelligenz bedeutet, liegt auf der Hand; die Gefahr der Polonisierung lockt hier um so mehr, als man nach äußerster Möglichkeit Ruthenen nicht an erste Stellen, wo sie keinen kontrollierenden Vorgesetzten mehr haben, kommen läßt.

Das eigentliche Mittel der Polonisierung aber ist, da die römische Kirche nur in beschränktem Maße dafür in Frage kommt, die Schule, über der der genannte Landeschulrat als ein in Wahrheit polnisches Unterrichtsministerium mit seinen Schulinspektoren an den einzelnen Orten waltet. Wie die Russen überhaupt, sind die Ruthenen alles andere eher als ein dummes Volk. Wenn natürlich auch der Fremde beim Vergleich die Züge des polnischen Bauern geistig reger, seine Augen glänzender und lebhafter finden wird als beim Ruthenen — mir fiel dieser Unterschied in dem Treiben auf dem ungemein interessanten Dominikanermarkt in Krakau besonders auf —, so hat der letztere doch, trotz der schweren Partie in der unteren Gesichtshälfte und der heruntergezogenen Mundwinkel, die dem Gesicht leicht etwas Stumpfsinniges geben, die hohe Intelligenz, die auch seinen großrussischen Bruder auszeichnet. Und dazu, wie die Geschichte des ruthenischen Bildungswesens zeigt, einen lebhaften Bildungsdrang; schon im sog.

Vertrag von Hadjacz, den der Hetman Wnhowskij 1658 mit Polen über die Ukraine schloß, heißt es ausdrücklich, daß die Akademie zu Kijew dieselben Rechte erhalten solle wie die Krakauer Universität und daß möglichst noch in eine andere Stadt der Ukraine eine Akademie gelegt werden solle. Das Bildungswesen der Ruthenen, für das sich z. B. auch Josef II. interessierte, war denn auch besser als das polnische, bis mit der Begründung der genannten Behörde und — es klingt wie ein Hohn — mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht und der Pflicht zur Errichtung von Schulen ein radikaler Umschlag eintrat. Seitdem datieren die jämmerlichen Schulzustände bei den Ruthenen und die Riesenzahl von Analphabeten unter ihnen.

Der Grund dafür ist mit einem Worte die Durchführung des Satzes, daß alle Schulkinder polnisch zu sprechen imstande sein sollen. Das führt zu unglaublichen Zuständen: so hörte ich in einem kleinen Orte im südlichen Galizien, der zu zwei Drittel aus Ruthenen besteht, daß da ein polnischer Lehrer war, den die Kinder gar nicht verstanden; folglich wurden erst ein paar Jahre verbraucht, bis das Nötigste zum Verständnis des Polnischen beigebracht ist, und anderes darüber vernachlässigt — allerdings nicht die alten polnischen Königsagen von Krakus und Wanda oder die Renommierstücke der polnischen Geschichte von Sobieski und Kosciuszko.

Zwar heißt es im Staatsgrundgesetz, daß kein Kind gegen seinen Willen in einer anderen als der Muttersprache unterrichtet werden soll. Aber das galizische Landgesetz, das, wenn ich die Dinge richtig verstanden habe, in Österreich Reichsrecht bricht, sagt: Für Kinder, die die zweite Landessprache sprechen, ist der Unterricht in der polnischen Sprache obligatorisch. Daher gibt es in Galizien gar keine rein ruthenischen, sondern nur rein polnische und sog. ucrainische Volksschulen, d. h. Schulen mit zwei Unterrichtssprachen. Was dabei für den Unterricht und die Volksbildung herauskommt, kann man sich denken, von den rein technischen Mitteln der Schulverwaltung für die Polonisierung, wie Versetzung der Lehrer, Bestimmung der Zahl der Klassen und dergleichen mehr, noch ganz zu schweigen. Sehr bedenkliche Geschichten wurden mir auch erzählt, wie leicht man es dem ruthenischen Bauern mache, sein Kind dem Schulbesuch fern zu halten: ein Entschuldigszettel zu fünf Gulden, fertig! In einem Orte, wo ich war, hatte ein Arzt mit solchen Betteln geradezu Handel getrieben.

Weiter: Eine solche ucrainische, quasi ruthenische Volksschule mit ein bis zwei Klassen kann natürlich keinen deutschen Unterricht haben. Folge: die Kinder können dann nicht in die Mittelschulen übergehen, während die vierklassigen polnischen Volksschulen ihre Schüler dahin senden. Weitere Folge: der Zubrang der Ruthenen zur Intelligenz wird unterbunden, das Volk bleibt an die Scholle gebunden und dumm. Dabei kommt es vor, daß die ruthenischen Bauern — auch in der Butowina ist mir das erzählt worden — selbst um den deutschen Unterricht petitionieren. Sie sehen den Wert dieser Sprache ein, zunächst ja gleich beim Militär: der Junge kann doch Gefreiter und Unteroffizier werden, wenn er deutsch kann!

Bei dieser Politik sind folgende beiden Zahlen ohne weiteres verständlich: 47 polnische, 5 ruthenische Gymnasien, keine ruthenische Realschule. In Österreich kann ein Gymnasium durch Verordnung des Kaisers oder des Ministeriums ohne weiteres errichtet werden, in Galizien muß aber erst der Landtag die Errichtung eines solchen mit nichtpolnischer Sprache für wünschenswert erklären. Effekt: obiges Verhältnis. Dabei ist der Zudrang aus der Bauernbevölkerung erstaunlich groß, z. B. zählt das ruthenische Gymnasium in Tarnopol 600 Schüler. Und mit großer Opferwilligkeit erhält man die sogenannten Studentenheime, in denen die Söhne der Landbevölkerung Wohnung, Kost und Aufsicht zu einem ganz geringen Preise (14 bis 17 Kronen monatlich) oder umsonst erhalten. Das Streben der Ruthenen geht natürlich auf Vermehrung der ruthenischen höheren Schulen und schärfere Ausprägung ihres Charakters dadurch, daß in den Mittelschulen nur eine Landessprache die Vortragssprache sein und die Bestimmung der Vortragssprache bei neuen Mittelschulen von dem Prozentverhältnis der Nationalitäten in dem betreffenden Bezirke abhängig gemacht werden soll.

Auch die Hochschulen Galiziens sind ausschließlich polnisch. Lemberg war ja ursprünglich (1784 gegründet) eine deutsche Universität, seit 1787 mit ruthenischen Lehrkanzeln, die nach und nach vermehrt wurden. Erst 1871 ist auch diese Hochschule utraquisiert, d. h. polonisiert worden und hat nur noch mehrere, ich glaube 6 ruthenische Lehrkanzeln. Jedoch ist die Stellung der Ruthenen in Lemberg so, daß schon einmal vor einigen Jahren ein vollständiger Exodus der ruthenischen Studenten stattfand, denen dann die Fortsetzung des Studiums auf anderen österreichischen Hochschulen durch die Opferwilligkeit der Volksgenossen ermöglicht wurde. Daher ist es auch ein Punkt im Programm der ruthenischen Bewegung, eine eigene ruthenische Hochschule zu erhalten als ein Kulturzentrum, dessen Wert die Ruthenen wohl erkennen. Eine Utopie ist das auch insofern nicht, als ihnen die gesamte kleinrussische Wissenschaft in Kijew, Odeffa, Charkow, Czernowit, auch in Ugram und Prag zur Verfügung stände und sie ja den Zusammenhang mit der deutschen Wissenschaft — das beweist die große Schätzung und Kenntnis der deutschen Sprache, die ich überall traf — ganz anders festhalten würden als die Polen.

Aber diese sträuben sich durchaus dagegen in derselben richtigen Einschätzung eines solchen Faktors für eine nationale Bewegung; sie wollen lieber — das ist die tragische Ironie für die Deutschen in dieser Geschichte, wie in Österreich überhaupt — den Ruthenen möglichst die Universität Czernowit zuschanzen, wo schon zwei ruthenische Lehrkanzeln bestehen. Dann könnten die Deutschen auch hier die Beche bezahlen — und wer wird in dem Österreich von heute so etwas im Ernst für völlig unmöglich und ausgeschlossen halten wollen?

VIII.

Entstanden ist die Bewegung der Ruthenen gegen den Druck, der auf ihrer Sprache in Rußland und auf ihnen selbst in Galizien lastet, wie Bewegungen

der Art zumeist, von den gebildeten Kreisen her, die die nationale Literatur und Geschichte neu belebten. Wie die Tschechen zu nationalem Bewußtsein gebracht wurden durch die Auffindung der Königinhofer Handschrift und durch die literarische Arbeit Palackýs, so belebte sich das ruthenische Nationalempfinden wieder durch die ruthenischen Dichter: Kotlarewskij, der noch heute stets mit Beifall gegebene national-ruthenische Opern schuf, vor allem dann Taras Schewtschento, an dessen Name sich heute noch alles geistige, wissenschaftliche Interesse knüpft, und durch literarische Kreise in Kijew. Eine wesentliche Bedeutung aber hat wohl bei dem geringen Bildungsniveau des Volkes diese Arbeit nicht gewonnen, zumal sie auch fortwährend durch die russische Polizei gestört wurde. Mit dem Jahre 1876 verschwindet dann eine erkennbare kleinrussische Bewegung in Rußland überhaupt, als durch einen Ukas dieses Jahres der Gebrauch des Kleinrussischen in Druck und Schrift und die Einfuhr kleinrussischer Literaturerzeugnisse völlig verboten wurde. Das Zentrum einer „ukrainischen“ Bewegung wurde nunmehr nach und nach Galizien, wo doch etwas mehr Bewegungsfreiheit gegeben war, wenn auch nach den Ereignissen der Jahre 1866 bis 1869 der polnische Druck langsam immer unerträglicher wurde.

Wenn ich fragte, seit wann man etwa von einer lebhafteren Bewegung unter den Ruthenen sprechen könne, erhielt ich zumeist keine bestimmte Antwort — überall sei eben die Zeit reif dazu geworden und die Überzeugung unter der ruthenischen Intelligenz, daß das vitalste Interesse ihres Volkes eine Gegenwehr erfordere. Nur einmal wurde mir gesagt, daß man dies Erwachen wohl von der Lemberger Ausstellung von 1894 her datieren könne. Das war nämlich eine zu Ehren Kosciuszkos veranstaltete Landesausstellung, deren Hauptmacher der Fürst Adam Sapieha und Graf Kasimir Badeni, der damalige Statthalter, waren. Der Clou dieser Ausstellung aber war ein Kosciuszko-Pavillon mit einem Riesengemälde, das Kosciuszkos Sieg bei Raclawice darstellte. Denn das ganze war nur ein Mittel, die polnische, besser allpolnische Nationalgefinnung und Stimmung aufzupeitschen, wie denn bei dieser Gelegenheit auch die „Nationalliga“ der Polen rekonstruiert wurde. Diese Kundgebung des Allpolentums mochte wohl allerdings die sehenden Vertreter des Ruthenenvolkes die Größe der Gefahr deutlich genug erkennen lassen.

Von den politischen Richtungen und Zielen unter ihnen spreche ich noch; hier erst einige Worte über die aufklärende und wirtschaftliche Arbeit, die ja die unentbehrliche Voraussetzung für eine gesunde und nachhaltige politische Bewegung ist. Und da muß ich wiederholen, was ich schon sagte, und es erweitern, daß ich höchst erstaunt war über das, was hierin in der kurzen Zeit und unter dem solange vernachlässigten Volke geleistet worden ist. Die Ruthenen sind ausschließlich Bauern; daher mußte sich alle wirtschaftliche Reformbemühung zunächst nach dieser Seite, auf das landwirtschaftliche Genossenschafts-, insonderheit Kreditgenossenschaftswesen richten. Heute gibt es einen ruthenischen Landeskreditverband (Krajowy Sojus Kredytowy) in Lemberg seit 1899 mit 87 Vereinen und

1100 Agenten auf dem Lande. Er hat Darlehen ausgegeben von 1900000 Kronen und verwaltet, da er zugleich Sparkasse ist, Einlagen von über 2 Millionen Kronen. Überall fand ich diese nach dem Raiffeisen-Muster aufgebauten Vereine, die wieder gleichsam im Rücken gestützt werden durch eine ruthenische Versicherungsgesellschaft „Dnister“ (seit 1892) mit einem Besitz von 1400000 Kronen und jährlichen Prämien von beinahe 1800000 Kronen. Dieser „Dnister“ hat im Lande — er arbeitet nur und ausschließlich in Ostgalizien — über 1800 Agenten. Ich frage: diese 1800 und die 1100 vom Kreditverband sind wohl meist die Lehrer? Denn wie sollen diese ruthenischen Bauern mit ihrer minderwertigen, vielfach gar nicht vorhandenen Schulbildung die Geschäfte führen können? Nein, die Lehrer dürfen keine Nebenbeschäftigung haben, und die Lage dieser Dorflehrer ist so jämmerlich, daß nur wenige den Mut haben, es trotzdem zu tun. Offen gestanden, ich war doch etwas mißtrauisch gegen diese Schilderungen, die ich in Lemberg von der bäuerlichen Mitarbeit hörte, und achtete bei den Fahrten im Lande dann besonders darauf. Aber ich habe mich doch überzeugen müssen, daß dem so war, habe selbst die Bücher von solchen die Geschäfte der Rassen führenden Bauern gesehen. Alle Achtung vor dieser Arbeit, die wirtschaftlich fördert und erzieht und mittelbar national belebt! Dabei erhalten diese ruthenischen Gesellschaften kein Geld und keinen Kredit vom Staate, sie haben keine Mündelsicherheit (daher sie keine Stiftungen u. dergl. annehmen können) usw., während sie ihr Vermögen in mündelsicheren Papieren anlegen und deshalb, da es keine ruthenischen Papiere gibt, polnische Obligationen kaufen müssen.

Neben den Genossenschafts-, insbesondere den Kreditgenossenschafts-Verbänden steht den Ruthenen in ihrem Verteidigungskampfe gegen das Polentum die schon genannte „Narodnaja Torhowla“, Volkshandlung, mit 16 Filialen im Lande und über 1000 Niederlagen zur Verfügung — wie die deutschen Warenhäuser, die wir in manchen Orten Bosens haben, nur daß ihrer in Ostgalizien erheblich mehr sind. Ihr ausgesprochener Zweck ist zunächst nicht die Ausschaltung des jüdischen Zwischenhandels, denn ihre Preise — ich habe überall, wo ich so ein Warenhaus sah, danach gefragt — stehen nicht unter den ortsüblichen, sondern sie wollen vor allem solide und gute Waren liefern und einen ruthenischen Kaufmannsstand langsam erziehen; sie zahlen selbst alle Lieferungen in bar (und zwar in Gold) und verlangen auch, wenn ich recht verstanden habe, Barzahlung.

Das dritte am Orte ist dann stets das „Volkshaus“ (Narodnij dom), ein Kasino mit aller Einrichtung eines solchen für die Ruthenen, manchmal getrennt für die Intelligenz und den Mittelstand, oft sehr stattliche Gebäude mit national-ruthenischer (an den byzantinischen Stil erinnernder) Ornamentierung und den ruthenischen Farben: blau-gelb, geschmückt. Ich sagte schon, daß die Ruthenen hierin unsere Ostmarkdeutschen sehr übertreffen, doch muß man nicht vergessen, um nicht einen falschen Maßstab anzulegen, daß in Österreich und in seinen Nationalitätengegensätzen jeder Volksteil zunächst ein solches Haus anstrebt, schon um alle Miets- und dergleichen Schikanen loszuwerden. So stehen sich die

Volkshäuser der Polen, der Rumänen und der Ruthenen in Czernowiz wie Trukburgern ihres Volkstums gegenüber, denen sich hoffentlich recht bald auch der stattliche Neubau des (auch schon bestehenden) trefflichen deutschen Hauses zugesellen möge! So ein Volkshaus ist Mittelpunkt des ganzen nationalen Lebens, zu ernstern und heiteren Zwecken, gleichsam ein festes Stück eigenen Volksterritoriums unter den Füßen auf dem schwankenden Meere des österreichischen inneren Staatslebens.

Mittelpunkte des ganzen Ruthenentums sind dann die „Proswita“ in Lemberg, ein großer Volksbildungs- und Aufklärungsverein, und die Scherwitschenko-Gesellschaft mit eigener Druckerei und Buchhandlung, die, straff organisiert und geleitet von dem genannten bedeutenden ukrainischen Gelehrten Gruschewsky, ein Gegenstück zur polnischen Akademie der Wissenschaften ist. Und schließlich die Volkskanzlei (eine nationale Geschäftsstelle) und der Volksrat (Narodnaja Rada); die führen aber schon ins politische hinüber.

Ich möchte nach einem solchen, immerhin kurzen Besuch nicht vorschnell ein apodiktisches Urteil abgeben. Das aber kann ich nach allen Eindrücken und ihrem Vergleich in Stadt und Land sagen: was ich da sah von der Bewegung der Ruthenen, hat an Kraft und Segen der Leistung meine Erwartungen erheblich übertroffen. Und der Blick auf die Kürze des Zeitraums, in dem erst gearbeitet wird, auf das kulturelle Niveau im Lande überhaupt und die mindestens nicht fördernde Landesregierung konnte diesen Gesamteindruck nur durchaus verstärken.

IX.

Auch die politische Organisation der Ruthenen ist schon weit durchgeführt: der Volksrat in Lemberg, der Ruthenenklub im Reichsrat und der im galizischen Landtag bilden die Spitzen. Darunter stehen dann die Bezirksvereine und Vertrauensmänner in Stadt und Dorf. Hinzugerechnet müssen auch hier werden die schon geschilderten Sicz-Vereine im Süden.

Mit der Geschichte dieser politischen Bewegung brauchen wir uns nicht aufzuhalten; es genügt, zu sagen, daß sich auch hier die Alten und die Jungen gegenüberstehen. Die Ukruthenen bringen die Zusammengehörigkeit mit Rußland auch äußerlich am stärksten zum Ausdruck, wie auch ihr Blatt, der „Galicianin“, materiell aus Rußland unterstützt wird. Sie sind die älteste Gruppe und finden vornehmlich ihre Stütze bei den Geistlichen. Gegenwärtig hat diese auch als „russophil“ oder „moskophil“ (im Katkowschen Sinne) bezeichnete Partei politische keine Bedeutung, jedoch je 2 Abgeordnete in Reichsrat und Landtag. Der moskophilen Richtung wird auch sonst aus Rußland direkt nachgeholfen. Dabei soll natürlich das panukrainische Gefühl durch das slawophil-panslawistische (d. h. eben großrussische) unmerklich tot gemacht werden.

Das Gegenstück zu dieser Richtung bildet die radikale Bauernpartei im Süden, mit leisem sozialistischem Einschlag und stark antiklerikalem Zug, gestützt

besonders auf die Sicz-Bereine. Man will sich hier der Geistlichen, der alten Träger der Bewegung, bedienen, so lange es geht, aber man fürchtet hier sehr stark den ultramontanen Einfluß in der griechischen Geistlichkeit, den ich schon andeutete. Das griechisch-katholische Seminar in Lemberg gilt als besondere Stätte dieses Einflusses, der angeblich auf diesem Wege durch die Ruthenen zur Rekatolisierung der griechischen Kirche in Rußland überhaupt gehen soll. Inwieweit solche Gedanken wirklich reale Bedeutung haben, vermag ich freilich nicht zu beurteilen. Abgeordnete hat diese Partei mit dem Blatt „*Homadstij Holos*“ nicht, doch Einfluß bei den südgalizischen Bauern und den Huzulen, wo sie die meist von Geistlichen geführten Proswita-Bereine mit eigenen ähnlichen Gründungen bekämpft.

Denn die Proswita und die genannten großen anderen Institute sind in der Hand der dritten, der Hauptrichtung, die die Geistlichen mit umfaßt, vor allem aber von der weltlichen Intelligenz geführt wird: die jungruthenische oder nationaldemokratische mit ihren Blättern: „*Dilo*“ („Die Tat“, das Hauptblatt der gesamten Bewegung) und „*Swoboda*“ („Die Freiheit“). Zu ihr gehören auch so gut wie alle Abgeordnete, die das Volk überhaupt hat. Diese Richtung ist demokratisch, weil als einzige soziale Schicht, in und mit der sie arbeiten kann in ihrem Volke, nur der Bauernstand da ist und der nächste politische Gegensatz für sie der gegen die Herrschaft der polnischen Adelsfaktionen im Lande ist. National aber vertritt sie natürlich die Forderungen auf stärkere Berücksichtigung und Vertretung des Ruthenischen und der Ruthenen in Sprache, Schule, Verwaltung usw., die im einzelnen hier nicht weiter interessieren. Aber was ist ihr allgemeines, eigentlich nationales und politisches Ziel? Streben sie nach Sonderstellung, allein, mit ihren kleinrussischen Brüdern oder was sonst? Bevor dazu einiges gesagt sei, nur ein kurzer Blick auf die Gegenseite.

X.

Ohne Übertreibung darf man sagen, daß die das Polentum heute beherrschende Idee der sogenannte jagellonische Gedanke des Allpolentums von Meer zu Meer ist (od morza do morza, womit die Ostsee und das schwarze Meer bescheidener Weise gemeint sind). Das läßt sich aus der polnischen Presse mühelos nachweisen, und die mehrfach genannte Schrift von Sembratowycz: „*Polonia Irredenta*“, die ihre Angaben zumeist aktenmäßig belegt, bringt genug Beispiele dazu. Aber darin, wie dieser alte Traum der Polen ins Leben treten soll, bestehen Differenzen und sind beachtenswerte Wandlungen eingetreten.

Einig ist man sich zunächst darüber, daß in Galizien der Satz des allpolnischen Chauvinismus: „wo auch nur ein Pole wohnt, soll das Land polnisch sein“, rastlos durchgeführt wird. Daher arbeiten neben den allgemeinen Mitteln, die Herrschaft zu erhalten und zu erweitern, den Ruthenen in Ostgalizien besonders entgegen die „*Bank parcelaeyjny*“ (Parzellierungsbank), die in Ostgalizien polnische Bauern ansiedelt, der Verein „*Szkoła ludowa*“ (Volkschule)

und die „Kółka rolnicza“ (Bauernvereine), die den Proszwita-Vereinen ein Paroli im polnisch-patriotischen Sinne bieten. Daher strebt man auch eine noch weitergehende Sonderstellung des Landes an und eine noch größere Unabhängigkeit von Wien. Sinngemäß sind deshalb die Ruthenen Gegner dieser Sonderstellung Galiziens — eine Forderung, die übrigens auch vielfach bei den Deutschen, z. B. im SINGER-Programme, deshalb vertreten wird, weil Galizien für den österreichischen Staatshaushalt ein passives Land und die Herrschaft der Polen im Reichsrat unerträglich geworden ist.

Die Organe, die nun darüber hinaus für den allpolnischen Gedanken arbeiten, sind die „Liga Narodowa“ (Volksliga) und der bekannte „Nationschach“ (Starb Narodowy), dieser in Kapperszwnyl domiziliert. Die publizistischen Organe sind das in Galizien außerordentlich verbreitete Tageblatt „Słowo Polskie“ und der „Przegląd Wszepolaki“ (Allpolnische Revue), ebenfalls in Lemberg, außerdem die in Wien erscheinende und alle Teile des Polentums gleichmäßig berücksichtigende „Polnische Korrespondenz“.

Die Volks- oder Nationalliga, deren Zentralauschuß aus österreichischen, russischen und deutschen Polen besteht, ist eine geheime Organisation, die, wie man mir sagte, 1904 gelegentlich der Zuckerraffäre zum erstenmal an die Öffentlichkeit trat, als sie den — praktisch gar nicht durchführbaren — Boykott alles nichtpolnischen Zuckers empfahl zugunsten des in Przeworsk raffinierten polnischen Zuckers. Der Boykott ist überhaupt eine beliebte Waffe dieses Bundes, über dessen tatsächliche Bedeutung und Macht die Meinungen auseinandergehen. Neben ihm steht noch eine „Liga przemysłowa“ (Gewerbeliga), ein Bund zur Förderung des polnischen Gewerbefleißes, während die gesamte polnische Politik speziell in Galizien von einem Volksrat aus Abgeordneten dirigiert wird, von dem alles, auch Statthalter und Regierung, abhängig sind.

Der Nationschach wird auch heute noch in Kapperszwnyl aufbewahrt, ist nicht, wie man öfter liest, nach Paris verbracht worden. Sein Kapital beträgt heute 302 015,25 Francs (nach dem Bericht über die Sitzung des Aufsichtsrats im August 1904, an der auch die Vertreter der Nationalliga, der revolutionären polnischen Organisationen und des polnischen Nationalverbandes in den Vereinigten Staaten¹⁾ teilnahmen) und hat den Zweck (§ 2 der neuen Satzungen) der Gesamtbevölkerung den Grundsatz einzupflanzen, daß sie sich nur auf die eigenen Kräfte und Mittel zu verlassen habe, die Gesamtbevölkerung an die Pflicht der Entrichtung einer Nationalsteuer zu gewöhnen, die nationalen Arbeiten durch beständig fließende Mittel zu unterstützen, im geeigneten Augenblick durch größere Geldbeiträge die entschiedene nationalpolitische Aktion zu fördern. Von den Zinsen werden zwei Drittel alljährlich verfügbar, ein Drittel dient der Mehrung des Kapitals. „Die Flüssigmachung von drei Vierteln des Gesamtkapitals kann — so bestimmt § 15 — nur im Augenblick einer entschiedenen

¹⁾ Es gibt in Nordamerika etwa 2¹/₂ Millionen Polen.

politischen Aktion der ganzen Nation, welche direkt die Erlangung der vollständigen oder teilweisen Unabhängigkeit Polens anstrebt, erfolgen; ein Viertel des Kapitals soll nach wie vor aufbewahrt werden. Gebrauch machen von den Fonds des Nationalarchivs kann nur die in sich die nationale Bewegung personifizierende und sie tatsächlich leitende, d. h. die im politischen Leben der Nation eine der Organisation des Zentralkomitees im Jahre 1862 ähnliche Stellung einnehmende politische Organisation.“ Das ist eben die Nationalliga.

*

*

*

In der ganzen Bewegung des Polentums ist nun das neue, daß die Vereinigung aller Polen angestrebt wird, zunächst nicht mehr in einem unabhängigen Reiche, sondern unter russischem Scepter. Es hat mich überrascht, wie ich diese Ansicht von ganz verschiedenen genauen Kennern dieser Dinge in St. Petersburg, in Galizien und in Wien gleichmäßig und auf das bestimmteste aussprechen hörte. (Ich möchte dabei für die russische Seite dieser Verhältnisse hinweisen auf einen Aufsatz eines Petersburger Freundes über „Die Polenfrage in Rußland“ in der „Deutschen Monatschrift“, April 1905, der auf Grund einer langen Studienreise durch West- und Südwestrußland im letzten Jahr diese Zusammenhänge genau schildert.)

Man hat wohl von den Polen gesagt, daß sie als Staat nicht leben und als Nation nicht sterben können. Ihrerseits freilich geben sie die Hoffnungen auf ein künftiges unabhängiges Polen nicht auf. Sie sind heute daraufhin ganz unvergleichlich gefördert durch ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Russisch- und in Preussisch-Polen. Aber das sehen sie, daß der Verwirklichung ihres Unabhängigkeitstraums heute noch ganz unüberwindliche internationale Schwierigkeiten entgegenstehen. Darum kehren sie zurück zu dem Gedanken Adam Czartoryskis, der die Vereinigung aller polnischen Teile unter der Hand Alexanders I. anstrebte. Ist doch Russisch-Polen durchaus das Kernland des Reiches des weißen Adlers, wirtschaftlich, sozial, zahlenmäßig, geographisch und — sehen die Polen doch aus der großen russischen Krise des Augenblicks Reime der Hoffnung für sich, während ihre Stellung in Österreich abhängt von dem unsicheren Schicksale, das überhaupt über dem Kaiserstaate schwebt. Natürlich wird deshalb von dem augenblicklichen großen Einfluß auf Österreich nichts aufgegeben, wobei die deutsche Politik mehr als bisher achten möchte auf die erstaunlich große Rolle, die die Polen im diplomatischen Dienst und in der auswärtigen Politik Österreichs spielen — wohl nicht im dreibundfreundlichen Sinne. Ein seltsamer Rollenwechsel fürwahr: die Schlachta, die seit den Aufständen von 1831 und 1863 im Russen den Todfeind sah — der edle, ritterliche Pole vom brutalen Moskowiter zu Boden geschlagen und seines geliebten Vaterlandes verjagt, das ist auch heute noch eine in Westeuropa nicht überwundene Vorstellung — wendet die Blicke voll Hoffnung nach der Newa. So arbeiten heute der „Kurjer Warszawski“, das bekannte Warschauer Tageblatt, und der „Kraj“, eine Wochen-

schrift des polnischen Adels in St. Petersburg. Und ihnen strecken sich Hände in Rußland selbst entgegen; doch davon zum Schluß.

XI.

Diesen polnischen Gedanken nun, die die Zukunft des Ruthenentums ebenso bedrohen, wie dies die bestehende polnische Herrschaft in Galizien tut, setzen die Ruthenen ihren Ruf nach Autonomie entgegen. Das ist auch so ein Schlagwort, das man gar nicht mehr hören möchte, so oft und in so verschiedenem Sinne wird es in Österreich gebraucht. Auch die Polen wollen Autonomie, d. h. Autonomie des Landes, um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten. Die Ruthenen aber verlangen Autonomie der Nation, also Teilung Galiziens in seine beiden geschichtlichen Teile.

Sie richten bei dieser Forderung nicht alle die Blicke nach einer Seite. Freilich, die Hoffnung auf die Dynastie und den österreichischen Staat haben diese „Tiroler des Ostens“, deren Treue man 1848 gern im österreichischen Interesse benutzt hat, heute alle aufgegeben. Entscheidend war dafür der Empfang einer großen ruthenischen Deputation durch den Kaiser 1898, der die lange genährten Hoffnungen des ruthenischen Volkes auf die Persönlichkeit des Kaisers zerstört hat: „Der Kaiser, die Jesuiten und die Gendarmen sind gegen uns,“ hörte ich sagen.

Die Hoffnung ging demgegenüber auf den russischen oder auf den deutschen Kaiser. Die einen, die Russophilen, meinten, daß vom Zaren die Erlösung von der nationalen Not kommen würde, die anderen glaubten, daß Preußen bald die Gebiete Österreichs teilen und daß den Ruthenen der Befreier von den Hohenzollern kommen könnte. Wohlgemerkt: das sind nicht etwa heute klar verfolgte Ziele bestimmter politischer Richtungen, sondern mehr instinktmäßig bestimmte, unsichere Hoffnungen, Träume von einer Zukunft, die ja noch viel unsicherer erscheint, als die polnische.

Nun ist aber am stärksten das Gefühl der Gemeinsamkeit mit den Brüdern in Kleinrußland, ein gemeinsames ukrainisches Nationalbewußtsein derer, die in den weiten Niederungen des Dnjester und Dnjepr siedeln, das auch ohne bestimmte Neigung nach der deutschen oder der großrussischen Seite gedacht werden kann. Und je mehr sich die Erwartungen der Kleinrussen auf das Zarentum als unberechtigt erwiesen, um so mehr hat sich als gemeinsame Forderung aller Ruthenen durchgesetzt der Ruf nach „Autonomie der ganzen Ukraine vom Kaukasus bis zu den Karpathen“. Dieser Wunsch steht darum heute in den Programmen aller ruthenischen Parteien, der galizischen wie auch der kleinrussischen: der ukrainischen Nationalpartei, der ukrainischen demokratischen Partei, der ukrainischen radikalen und der revolutionären ukrainischen Partei. Auch die Ansätze zu sozialistischer Parteilung haben sich diese Forderung zu eigen gemacht. Unter den Ukrainern arbeitet dafür die Zeitung „Die unabhängige Ukraine“ (Samostijena Ukraina), die in Lemberg erscheint und massenhaft nach Rußland

eingeschmuggelt wird. Man faßt sich an den Kopf, wenn man diese Gedanken hört und liest, die als wilde politische Phantastereien erscheinen müssen. Aber werden sie das immer bleiben?

XII.

Gäbe es nur die drei Millionen Ruthenen in Österreich, dann böte eine Fahrt, wie ich sie nun hinter mir habe, höchstens das Interesse, das etwa eine ähnliche Wanderung durch Irland und ein Studium der nationalen Gegensätze und Kämpfe auf der grünen Insel erweckt. Aber die Betrachtung des Volkshauses in Kolomea oder des Studentenheims in Larnopol hat doch einen größeren Hintergrund. Bis zur Wolga und bis herauf zur Grenze der Schwarzerde ist es ein Volk und ein Stamm, dessen Vorposten nur ich besucht habe. Immer und immer wieder hörte ich in Gesprächen die Hoffnung durchklingen auf die „Brüder in der Ukraina“, die auch schon in voller Bewegung, bei denen Revolten nichts Ungewöhnliches mehr sind. Die Ruthenen, die ich sah und sprach, sind sicher keine Revolutionäre, etwas resigniertes, gedrücktes lag über ihnen allen; es fehlte so ganz das Feuer und auch die Phraseologie des nationalen Kampfes, die man doch sonst in Österreich oft genug antrifft. Aber die Bauernaufstände um Charkow und sonstwo sind ja Zuckungen desselben ruthenischen Volkes, wie es der Kampf Mazepas oder die Pugatschowschtschina unter Katharina II. waren; wenn ich recht unterrichtet wurde, waren z. B. auch die meuterischen Matrosen auf dem „Kujas Potemkin“ Kleinrussen.

Und nun dazu der Eintritt in das konstitutionelle Leben, den die Verfassung vom 6./19. August 1905 für Rußland eröffnet hat! Wie sagten doch die Polen auf dem Kongreß der Semstwo- und Städtevertreter vor kurzem in Moskau: „Wir treten ein in die Arena, die die Duma uns schafft, aber — zum Kampf!“ Und ein Rechtsanwalt aus Wilna konnte eine rührende Rede über die Bedrückung Polens halten, die mit Beifall aufgenommen wurde. So und sonst mehren sich die Anzeichen, daß die russische Regierung anders als bisher mit den Polen rechnen will. An die schon geschehenen sprachlichen Zugeständnisse sei nur erinnert. Ferner: in Kijew ist vor kurzem einem Grafen Goluchowski die Gründung eines polnischen (!) Blattes erlaubt worden; die Schaffung ruthenischer Blätter in dieser Metropole des Kleinrussentums dagegen bleibt noch wie vor verboten. Fast scheint es, als dächte die russische Regierung die Polen gegen die Kleinrussen auszuspielen, wie Österreich sie gegen seine Kleinrussen ausgespielt hat.

Wer dabei zunächst auf seine Rechnung kommen wird, ist unschwer zu prophezeien. Mir wurde in St. Petersburg einleuchtend dargelegt, daß wenn die Duma überhaupt ein parlamentarisches Leben eröffnet, dieses von den Polen beherrscht werden wird, die mit politischem Instinkt, Rednergabe und der nötigen Brutalität begabt, dem Großrussentum ganz zweifellos überlegen sind.

Noch ist dies alles im Ungewissen und Gären. Aber das ist sicher: der Kampf der Nationalitäten hat nun auch in Rußland aufs heftigste begonnen,

und es scheint, als habe dabei mit der Eröffnung des Spiels das Polentum die besten Trümpe in der Hand. Man verfolge dazu die Zeitung „Russi“, die der junge Suworin, der Sohn des Herausgebers und Besitzers der „Nowoje Wremja“, herausgibt und die eine auch in dieser Richtung instruktive, wie überhaupt sehr amüsante Entstehungsgeschichte hat. Für Deutschland aber kann es gegenüber dieser immer stärker werdenden Neigung des Allpolentums, mit dem Zaren Frieden zu machen und zusammenzugehen, weil es von da Erfüllung heißersehnter Zukunftsträume erhofft, nur heißen: Achtung! Wir wissen, daß die Beziehungen der beiden Herrscher gut sind und daß eine deutsch-freundliche Stimmung am Petersburger Hof vorhanden ist. Aber wir wissen nicht, in welcher Stimmung die russische Bureaokratie Deutschland gegenüber steht, wie die sich bildenden politischen Parteien sich uns gegenüber stellen werden. Dagegen wissen wir, daß ein zu Einfluß und Macht kommendes Polentum in Rußland unter allen Umständen im deutschfeindlichen Sinne wirken wird. Und darum fordert eine Bewegung wie die ruthenische, die die Polen bis aufs Blut haßt und die sich gegen die (bezahlten) panslawistisch-großrussischen Beeinflussungsversuche erfolgreich wehrt, unser lebhaftes Interesse.

Wir wissen noch nicht, ob dieser intelligente Volksstamm, dem freilich vielleicht — das scheint seine Geschichte zu lehren — der starke staatlliche Sinn fehlt, mit seinen Bestrebungen in Osterreich und Rußland Erfolge für sich erzielen wird. In Osterreich kann es vielleicht schon anders werden, falls die Aufrollung der Frage des allgemeinen Wahlrechts wirklich auch in Cisleithanien praktische Folgen zeitigen wird. In Rußland dagegen ist, wenn die Dinge sich so entwickeln, wie ich andeutete, wohl eine Ära von Revolten und Putzchen unter den Kleinrussen zunächst zu erwarten. Ob Ruthenen in die Duma kommen, ob sie dort auch von ihren Wünschen werden reden können, darüber wage ich keine Vermutung; in Moskau ist auf dem genannten Kongresse die ruthenische Autonomie in einer Rede des Herausgebers der „Rijewskije Otkliki“ wenigstens aufgetaucht. Wie dem auch sei, wir haben in Deutschland allen Grund, mit noch etwas lebhafterer Anteilnahme als Europa sonst auf dieses Brodeln und Gären, das durch das gesamte Kleinrussentum geht, zu schauen.

XIII.

Hans Delbrück nennt einmal halb im Scherz, halb im Ernst die größte Völkerseide Europas, ja der Welt — die Kurfürstenbrücke in Berlin und führt das treffend aus. Drüber der Westen, die Industrie, die Kultur, die Reize der Natur: der Blick schweift vom Brandenburger Tor nach Hannover, nach Köln, nach Paris! Das Hohenzollernschloß steht noch eben knapp an der Peripherie dieses Westens. Dann beginnt mit der Königsstraße der Osten; in ihm sitzen die Agrarier, da sind die langweiligen Ebenen, dann kommen die Polen und schließlich das barbarische, moskowitische Reich; man wendet schauernd den Blick, der in Einem schweifen könnte bis zum Gestade des Stillen Ozeans, und zieht es vor, dessen schrecklichen, einförmigen Osten lieber nicht weiter kennen zu lernen.

Du lieber Himmel, einförmig dieser Osten! Über die Schönheiten der Landschaft wird man ja streiten können, obwohl sie nicht überall so gott- und menschenvergessen ist, wie man meint: wieviel Deutsche aus dem Westen haben eine Vorstellung von der Schönheit Masurens? Aber man gehe einmal im Geist die Linie herunter von Riga über Wilna nach Warschau und Krakau, über Lemberg und Tarnopol nach Verditschew, Kijew und Odessa! Welche beängstigende Fülle von Problemen und interessanten Erscheinungen des Völkerlebens tut sich da auf: die alte Ordensgeschichte und der wilde nationale Kampf zwischen Deutschen und Letten heute, die Litauer, das deutsch-polnisch-jüdische Industriezentrum an der Weichsel, die Erinnerungen an die Jagellonenherrschaft und die polnischen Strebungen von heute, Mazepa, Bogdan Chmelnyzkij, die Ukraine und das dumpfe Erwachen und Ringen des Kleinrussentums, der jüdische Ansiedlungsrajon und die brennende Frage, die er an die russische Politik richtet, schließlich Rußlands größter Getreidehafen, der an die furchtbare Agrarkrisis von heute denken läßt und zugleich mit dem Blick auf das Schwarze Meer die Gedanken an russische Balkanpolitik und den Apdruck der ganzen orientalischen Frage wachruft.

Und alles, alles Probleme, die nicht nur den kühlen Beobachter von „Zeiten, Völkern und Menschen“ interessieren, sondern alle so oder so auch deutsche Interessen lebhaft berühren. Eins davon habe ich näher kennen lernen wollen mit dieser Ferienreise durch das galizische Kronland, und es hat sich, wie man in Österreich sagt, „g'zählt g'macht“. Keine Buch- und Zeitungslektüre ersetzt doch solch praktischen Anschauungsunterricht, und ich denke heute mit Freude an diese Fahrt durch weite Ebenen und über Berg und Tal, durch prunkende Städte und elende Dörfer, und besonders mit dankbarer Freude der vielen interessanten Menschen, die ich kennen lernen konnte in den Ländern, wo der Kampf zwischen Deutschtum und Slawentum, zwischen dem Doppeladler und dem weißen Adler, zwischen den einzelnen Zweigen der uns so fremden und doch für uns so wichtigen slawischen Rasse überall, bald nur in schwelender Flamme und bald lichterloh brennt.

*

*

*

N a c h w o r t.

I.

Seitdem ich diese Skizzen schrieb, sind 3½ Monate hingegangen über die Völkerstämme, denen meine Beobachtungen und Betrachtungen galten. Und man darf sagen: beiden, den Polen wie den Ruthenen oder Kleinrussen, ist das Jahr 1905 in seiner zweiten Hälfte eine Zeit von entscheidender Bedeutung geworden. Doch bevor ich in dieser Richtung meine Bemerkungen weiterführe, möchte ich einige Berichtigungen zu ihrem ersten Teile nachtragen, die ich einem ruthenischen Gelehrten und Politiker nachträglich verdanke.

Zu den wichtigen Zahlen²⁾ der ruthenisch-ukrainischen Geschichte sind hinzuzufügen: 1667 die 1. Teilung der Ukraina zwischen Rußland und Polen, die wichtiger ist als die von mir angeführte 2. von 1681 (die von Baktsch-Sarai); dann 1775 Aufhebung der Saporoger Sicz und 1783 Einführung der großrussischen Leibeigenschaft durch Katharina II.

An statistischen Zahlen führe ich noch an: im Jahre 1772, nach der ersten Teilung Polens, zählte der erste österreichische Gouverneur Galiziens unter zwei Millionen Bewohnern $\frac{2}{3}$ Ruthenen. Nach der Volkszählung von 1900 gab es in Galizien 3 074 000 Ruthenen und 3 988 000 Polen, von denen indes abzuziehen sind: 800 000 Juden und 200 000 Ruthenen, die römisch-katholisch sind, sodaß die Zahlen richtig sind: 3 274 000 Ruthenen und 2 988 000 Polen. In Cisleithanien gab es (nach derselben Zählung) 4 259 000 Polen und 3 375 000 Ruthenen (einschließlich der Ruthenen in der Bukowina), oder nach Vornahme derselben Operation wie oben: 3 259 000 Polen und 3 575 000 Ruthenen, zu denen noch 450 000 Ruthenen in Ungarn treten, sodaß die Gesamtzahl ist: 4 025 000. Damit vergleiche man die Zahl der Abgeordneten beider Volksstämme in den Parlamenten!

Meine Vermutung über die erschreckend hohe Verschuldung auch des bäuerlichen Kleinbesitzes in Galizien wird mir durch reiches Zahlenmaterial bestätigt. Und für den Übergang des polnischen Großbesitzes in ruthenischen oder polnischen Kleinbesitz sprechen folgende Zahlen: der Großgrundbesitz sank von 3 090 973 ha in 1890 auf 2 916 630 ha in 1902 und verlor diese 174 343 ha ausschließlich durch Parzellierung.

Dagegen habe ich meine Behauptung, daß erst das Geld reicher Kleinrussen in Rußland die verhältnismäßig raschen Erfolge der ruthenischen Bewegung ermöglicht habe, einzuschränken. Für eine solche Unterstützung in größerem Maße sind nur zwei Beispiele vorhanden, die Schewtschenko-Gesellschaft und das Studentenheim der Ruthenen in Lemberg.

II.

Von den Ruthenen in Rußland.

Wie schon erwähnt, ist die Bewegung der österreichischen Kleinrussen nur zu beurteilen als der Vorposten der „Brüder in der Ukraina“, im heiligen Rußland selbst. Zwar wird auch für den österreichischen Volksteil eine neue Zeit anbrechen, wenn das allgemeine Wahlrecht wirklich in Cisleithanien eingeführt wird. Aber die Hauptschlacht des Kleinrussentums wird doch geschlagen auf russischer Erde. Das politische Ziel dieser Kleinrussen bezeichnete ich schon: Autonomie der ganzen Ukraina vom Kaukasus bis zu den Karpathen — eine geographisch und ethnographisch übrigens nicht sehr einleuchtende Formulierung.

²⁾ Das leider verdruckte Jahr der Union von Lublin bitte ich in 1569 zu verbessern.

Nun ist, diese ganze Bewegung zu verfolgen und zu bewerten, deshalb noch so schwer, als das Verbot der kleinrussischen Sprache und Druckschrift, der Ukas von 1876, anscheinend formell auch heute noch nicht aufgehoben ist — obwohl sich die darum befragte Akademie der Wissenschaften in Petersburg³⁾ und die Universitäten von Kijew und Charkow dafür ausgesprochen haben, und trotz des Manifestes vom 17./30. Oktober 1905. Tatsächlich aber ist, einfach von selbst, durch die Revolution der Gebrauch der ukrainischen Sprache in der Presse und in öffentlichen Versammlungen wieder in Schwang gekommen und sogar erste Ansätze einer selbständigen ukrainischen Presse sind bereits geschaffen. In Lubny (Gouvernement Poltawa) erschien schon, trotz der Zensur, die erste ukrainische Zeitschrift „Chlidorob“ (Der Landmann). In Kijew sollen ein Tageblatt und eine Monatschrift von Neujahr an erscheinen, ebendort ein Blatt der revolutionären, in Poltawa eins der demokratischen Partei, in Odessa eine Monatschrift, drei Blätter in Moskau und sogar in Petersburg eines. Außerdem will die Kijewskaja Starina, das Organ für die Geschichte Kleinrußlands, seine wissenschaftlichen Aufsätze auch ukrainisch drucken. Es hat also gleich eine äußerst lebendige literarische Bewegung in Kleinrußland mit dem Erfolge der Revolution eingesezt.

Aber ganz so gering, wie ich dachte und wußte, waren die Bewegungen des Kleinrussentums, von den Bauernrevolten und Putschern ganz abgesehen, doch auch damals schon nicht. Schon am 18. August legten ukrainische Delegierte dem Semstwo-tage in Moskau ein „staatsrechtliches Memorandum“ vor, das ein allukrainischer Nationaltag in Poltawa beschlossen hatte. Im Auszuge besagt dies höchst merkwürdige Aktenstück folgendes: nachdem es sich gegen das zentralisierte System der Staatsverwaltung ausgesprochen hat, stellt es unter Betonung des gemischtnationalen Charakters des russischen Staates fest: „Es erweist sich als unerlässlich die Dezentralisierung der Staatsordnung, auf Grund der Prinzipien der ethnisch-territorialen Föderation, was in der Einsetzung einer föderativen Kammer der ethnisch-territorialen Staatsteile neben der Kammer der Nationalrepräsentanten seinen Ausdruck finden kann. Die Verwaltung eines jeden ethnisch-territorialen Staatsteiles soll einer besonderen repräsentativen Institution überlassen werden, welche sämtliche Angelegenheiten der Bevölkerung in ihren territorialen Grenzen erledigen würde, mit Ausnahme der allgemeinen Staatsangelegenheiten, welche in die Kompetenz der zentralen Staatsinstitutionen fallen würden.“ Das Recht Südrußlands auf eine in dieser Forderung ausgesprochene nationale Autonomie stützt sich auf historisch-rechtliche (Vertrag von Perejaslaw 1654), wirtschaftliche (besondere Agrarverfassung, Sitz der Montan- und Eisenindustrie) und nationale (Ukrainer und Russen sind zwei verschiedene Völker) Grundlagen. Daher wird auch alle „Russifizierung“ abgelehnt. Es muß deshalb in der Ukraina

³⁾ Memorandum vom März 1905; Hauptreferent war der Sprachforscher Schachmatow.

ein nationales Volksschulwesen geschaffen, die ukrainische Sprache in den Mittel- und Hochschulen eingeführt und für alle gerichtlichen und administrativen Behörden das Wahlprinzip maßgebend gemacht werden, wobei den besonderen Eigenschaften des ukrainischen Lebens neue, moderne Formen verliehen werden sollten. Da aber solche Reformen nur bei einer umfassenden Selbstverwaltung des ganzen Landes durchgeführt werden können, wird die selbständige, autonome Repräsentation, unabhängig von der allgemeinen Staatsrepräsentation, gefordert, auf Grund deren die Ukraina als ein autonomes Land, auf den Prinzipien der Föderation, einen Teil des russischen Reiches bilden würde. Von der Erfüllung dieser Forderungen machen die Kleinrussen ihre Stellung zu dem sich bildenden neuen Rußland abhängig. Ihre Wünsche und Stimmungen kamen nun zu einem ersten imposanten Ausdruck am 11. Oktober in einer Versammlung der ukrainischen Studenten in Petersburg, an der über 2000 Menschen teilnahmen und die nach den russischen Zeitungen das erste öffentliche Auftreten der Ukrainer als eines selbständigen politischen Elementes war; ihre Forderungen deckten sich mit dem oben wiedergegebenen Programm. Der Studentenversammlung ist ein Delegiertentag der nichtrussischen Nationen in Petersburg gefolgt, in welchem die Stellungnahme zur Autonomiefrage erörtert wurde. An diesem Kongreß waren auch die Ukrainer neben den Weißrussen, Armeniern, Tataren, Grusinen u. a. vertreten. Es wurde der Beschluß gefaßt, einen Verband der nichtrussischen Nationen zu bilden, dessen Zweck es wäre, zur Er kämpfung der Autonomie für die Nationen gemeinsam vorzugehen.

Das ukrainische Programm nun ist, zugleich national und politisch (demokratisch), fast auf das Haar dasselbe wie die Programme der nationalen Autonomisten in Polen, in Finnland, in den Ostseeprovinzen. Mit ihm und mit jener Petersburger Versammlung ist die nationale Bewegung der Kleinrussen ans Licht des Tages getreten. Über ihre Tiefe und Stärke und ihre Aussichten wage ich natürlich kein Urteil; es wird wohl in Europa nicht viele Menschen geben, die heute schon darüber eine klare Vorstellung haben. Wie ersichtlich ist, geht die Bewegung, die wenigstens in der Theorie an 30 Millionen Menschen umfaßt, von der Vorstellung aus, daß die Ukrainer in Sprache und Nationalität von den Russen so verschieden sind wie die Polen. Ich habe diese beiden Fragen (in Nr. II) offen gelassen und weiß, daß eine Autorität wie Miklosich sagt: „Das Kleinrussische ist auf dem Gebiete der Wissenschaft als eine selbständige Sprache und nicht als Dialekt des Großrussischen zu betrachten,“ und daß das erwähnte Memorandum der Petersburger Akademie von einem „groß- und Kleinrussischen Volke“ spricht. Sei dem, wie ihm wolle, sicher ist wohl das, daß die Kleinrussen für das von ihnen erstrebte Ziel noch viel weniger reif sind als andere Volksstämme Rußlands und daß nach Ausweis der Geschichte dem Kleinrussentum bis heute der starke staatenbildende Sinn fehlt. Fest steht auch weiterhin, daß die russische Gesellschaft und die russischen Liberalen dieser nationalen Bewegung ganz anders,

nämlich ablehnender gegenüberstehen als etwa den Polen: hatte doch die eben eingegangene „Dswoboschdenije“ Struves für die ukrainische Autonomie so wenig übrig wie für die kaukasische. Und noch weniger konzidiert bisher die russische Regierung. Schon oben (Nr. XII) habe ich die Vermutung ausgesprochen, als schiene es, daß sie gegen die Kleinrussen die Polen auszuspielen gedächte. Dafür kann als Beleg weiter angeführt werden der Ukas, der den Polen den Landerwerb gestattet in den 9 „westlichen“ Gouvernements (Kowno, Wilna, Grodno, Minsk, Mohilew, Wolhynien, Podolien, Kiew, Schitomir), also den Gegenden, die niemals völlig polnisch waren (es mögen dort unter 35 Millionen Einwohnern kaum 1½ Millionen Polen sitzen). Anders kann daher dieser Ukas kaum gedeutet werden, denn als ein bemerkenswertes Zugeständnis an die großpolnischen Aspirationen zu Ungunsten der Litauer, Weiß- und namentlich Kleinrussen.⁴⁾

III.

Von den Polen in Rußland.

Der Freiherr vom Stein hat einmal zu Alexander I. über Polen gesagt: „Ein dritter Stand fehlt ihm, der in allen zivilisierten Ländern der Träger der Bildung, der Sitten, der Reichtümer einer Nation ist.“ Gilt diese Behauptung, die für Steins Zeit zweifellos zutrifft, auch heute noch? Für Galizien wohl, sicherlich nicht mehr für Preussisch-Polen und noch viel weniger für Russisch-Polen. In diesem ist, vornehmlich in dem Menschenalter nach der Niederwerfung des Aufstands von 1863, eine rapide Industrialisierung eingetreten, die R. Luxemburg in ihrem Buche über die industrielle Entwicklung Polens gut beschrieben hat, und deren Resultate ich nur nenne: die Manufakturindustrie in Lodz und Bialystock, die Zuckerindustrie auf dem Lande, die Eisenwerke und Kohlengruben von Dabrowa (Sosnowice), die Maschinenfabriken von Warschau, Petrikau und Kalisch usw. Polen ist heute nicht mehr, wie im 17. und 18. Jahrhundert, der Kornspeicher Europas, es konsumiert sein Getreide selbst, denn es ist ein Industrieland geworden, mit einer starken, nicht landbauenden Bevölkerung in seinen Städten.

Dem entsprechend treten nun auch neue soziale Klassen des polnischen Volkes auf, und immer bestimmender, immer mehr die anderen zurückdrängend. Das hat aber wichtige Folgen gehabt für die polnische Parteibildung in Russisch-Polen und für die Zukunftsziele des polnischen Volkes überhaupt. Und auch hierin hat das Jahr 1905 noch beachtenswerte Änderungen gebracht. Bisher unterschied man wohl in Anlehnung an Bezeichnungen, die noch aus dem Jahre 1863 stammten, „Weiße“ und „Rote“: die Weißen oder Konservativen (Adel, Industrielle, Kapitalisten), die Gemäßigten, die im Anschluß an die russische Politik das

⁴⁾ Indirekt wird dies bestätigt in dem erwähnten Aufsatze „Die Polenfrage in Rußland“ im Aprilheft der „Deutschen Monatsschrift“, S. 49—53, den ich überhaupt zur Ergänzung heranzuziehen bitte.

Heil sahen, dagegen die „Roten“: kleiner Adel, niederes Bürgertum, Intelligenz, d. h. die radikalnationalen, die ein unabhängiges Polen auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes wiederherstellen wollten. Außer ihnen schon seit dem Ausgang der siebziger Jahre eine sozialistische Partei, die mit den „Roten“ das revolutionäre Wollen und Wühlen gemein hatte und deshalb mit ihnen rivalisierte.

Heute dagegen dürfen wir, indem wir der Klarheit halber von mancherlei Untergruppen und Sonderbildungen absehen, folgende Parteien im Partum erkennen: 1. die Sozialdemokratie in den 3 Gruppen: polnisch-sozialistische Partei (P. P. S. = Polska partya socyjalistów) — Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (S. D. P. L.) — Bund (die jüdisch-polnische Arbeiterschaft). Sie sind die eigentlichen Macher der revolutionären Bewegung in Sosnowice, in Lodz und sonstwo; ihr Zusammenhang mit der deutschen Sozialdemokratie ist ebenso bekannt, wie die Bedeutung des jüdischen Elementes in ihr. Ihre Ziele sind die allgemeinen sozialistischen, aber diese Parteien marschieren in nationalpolnischen Dingen mit in der allgemeinen Phalanx. In dieser folgen dann 2. die „Ugodowce“ und die „Nationaldemokraten“, die Vertretung des Bürgertums. Die erstere Gruppe, die jetzt in der zweiten aufgeht, nannte man zum Spott so: „die Zufriedenen, die Kompromißler“, weil sie nämlich die Verbesserung der Lage des polnischen Volkes erreichen wollten im Rahmen des russischen Reiches, also eine Fortsetzung der „Weißen“ von 1863 und doch etwas ganz anderes. Wir verstehen sie besser nach Betrachtung der 3. Partei: 3. der Allpolen, der politischen Vertretung des Adels, der in Rußland, Galizien und Preußen oft gleichzeitig begütert ist und der darum vor allem der Träger der „jagjellonischen Idee“ von einem unabhängigen Polen „vom Meer zum Meer“ ist. In der Hand der Allpolen ist die polnische Nationalliga, und sie haben zweifellos von dem Ausbruche des Krieges mit Japan die Gelegenheit zu einem erfolgreichen bewaffneten Aufstande erhofft und ihn auch gepredigt. Die zunächst unverändert starke militärische Besetzung Polens und die freundschaftliche Neutralität Deutschlands haben sie freilich enttäuscht, so daß schon 18 Tage nach Beginn des Krieges die Nationalliga vor allen unzeitgemäßen Manifestationen warnte. So ist von all den Unruhen, Streiks, Putschten usw. anscheinend allein der Streik der Beamten der Warschau—Wiener Bahn auf das Konto der Nationalliga zu schreiben. Aber überhaupt hat sich deren Macht in der bisherigen doch so unruhigen und, so denkt man, so günstigen Zeit in Rußisch-Polen keineswegs besonders groß gezeigt, ebensowenig nämlich wie die sie treibende Idee eines bewaffneten Aufstandes zu Gunsten eines unabhängigen Allpolens. Der Schwerpunkt des Polentums scheint dagegen heute durchaus zu liegen in der Warschauer Bourgeoisie, politisch in den Ugodowce und den Nationaldemokraten. Was wollen die?

Als nächste Ziele: Einführung der polnischen Sprache als amtlicher Verkehrs- und Unterrichtssprache, Gleichstellung der römisch-katholischen Kirche

mit der orthodoxen, Glaubensfreiheit für die Unierten sowie andere Sekten und Bruderschaften, Übergabe der Verwaltung an das einheimische Element, Einführung einer Verwaltungsart, an der alle Kreise der Bevölkerung teilnehmen können, Genehmigung der Ableistung der militärischen Dienstpflicht in der polnischen Heimat, Aufhebung aller Ausnahmegeetze gegen die Polen und autonome Verwaltung (Programm der Nationaldemokraten vom April 1905). Das sind alles politische Forderungen, die durchzusetzen sind ohne die Erschütterung des europäischen Gleichgewichts, mit der die Begründung eines unabhängigen Appolens doch verbunden wäre. Hat damit diese heute zweifellos stärkste und wichtigste Partei des Polentums die alten polnischen Ideale, für die die Insurgenten von 1831 und 1863 geblutet haben, aufgegeben? Ja und nein. Ja — denn den Gedanken einer bewaffneten Erhebung und gewaltsamen Gewinnung der preussischen und österreichischen Volksteile stellen diese Gruppen vorerst durchaus als unrealisierbar zurück. Nein — denn sie fallen nicht ab von dem Ideal des „Noch ist Polen nicht verloren“, das sie nur im Sinne Adam Czartoryskis und Wielopoliskis etwas ummodellern. Zunächst weitestgehende nationale Autonomie im eigenen Lande — damit ist fürs erste Luft und Licht geschafft. Das ist in vielen Dingen schon erreicht. Wie das Communiqué der russischen Regierung vom 14. November 1905 hervorhob, sind infolge des Ukases vom 25. Dezember 1904 die Ausnahmegeetze abgeschafft, welche die freie Entwicklung der polnischen Nationalität hemmten und ihre Rechte mit denen der russischen Bevölkerung gleichgestellt. Aus diesen Maßregeln ergaben sich die Reformen betreffend die Schule (nationaler Sprachunterricht), die Semstwo (Wiederherstellung der Adelswahlen), die Stadt- und die Gerichtsverwaltung, die durch das Reglement des Ministerkomitees vom 16. Juni festgesetzt waren und durch die Bestimmungen des Ukases vom 30. April bezüglich der religiösen Freiheiten. Ferner wurden ebenfalls auf Polen ausgedehnt: die allgemeinen Maßnahmen für die Berufung einer Duma des Kaiserreiches und die Einführung der Versammlungsfreiheit. Endlich wurden die Polen am 30. Oktober als freie Bürger anerkannt und ihnen so die volle Möglichkeit geboten, tatsächlich ihre Fähigkeit zu beweisen, an der großen schöpferischen Arbeit teilzunehmen. Die Durchführung all dieser Zugeständnisse ist ja jetzt freilich infolge der Unruhen im Weichselgebiet fiktiv, aber völlig rückgängig sind sie doch nicht wieder zu machen.

Und darüber hinaus nun knüpfen diese polnischen Parteien an an die politische Idee, den autokratischen Einheitsstaat Rußland aufzulösen in eine slavische Föderation, in — wenn man will — Vereinigte Staaten von Rußland — so also, wie es die Ukrainer wollen, Österreich-Ungarn in neuer Auflage. Darin soll Rußland, d. h. das alte Großfürstentum Moskau, ja die Hegemonie behalten, auch wohl russisch die Sprache der Zentralinstitutionen (des Heeres?) usw. sein; über die Einzelheiten macht sich anscheinend noch niemand schwere Gedanken. Wichtiger aber ist das dem zu Grunde liegende

polnische Sonderkalkül: in diesem slavischen Bunde werden trotz aller staatsrechtlichen Vorrechte Altrußlands die Polen herrschen — durch ihre Zahl, durch ihre wirtschaftliche Kraft, ihre politischen Gaben. Nehmen wir die Duma, so wie sie werden sollte vor dem Manifest vom 17./30. Oktober. In ihr kann mit Sicherheit bei einer Gesamtzahl von 540—550 Mitgliedern auf einen Polenklub von 80—90 Mitgliedern gerechnet werden: die „Dswoboschdenije“ rechnete 72, die „Times“ (Wochenausgabe vom 29. September 1905) 86 heraus; die Zahl 80—90 wird von den polnischen Zeitungen angenommen und ist mir auch sehr oft als wahrscheinlich von den ruthenischen Herren genannt worden. (Die hohe Zahl kommt dadurch heraus, daß allein auf die 9 westlichen, d. h. nicht rein polnischen Gouvernements etwa 45 polnische Mandate gerechnet werden müssen.) Daran werden nun auch die neuen Zugeständnisse im Sinne des allgemeinen Wahlrechts wahrscheinlich nicht allzuviel ändern. So ergibt sich für den russischen Reichstag in jedem Falle ein Polenklub von der Stärke des österreichischen, und die polnischen Blätter in Galizien diskutieren schon ganz munter seine genauere Organisation: einen Volksrat (Kolo polskie) wie den in Lemberg und den in Berlin, einig in allen nationalen Fragen, und als nächstes Ziel einen polnischen Landtag in Warschau, der womöglich nur Delegationen für die gesamtrossischen Interessen entsendet. Dabei ist ja nun sehr viel Zukunftsmusik. Für uns aber ist jedenfalls festzuhalten, daß das russische Polentum seinen Zielen weiter nachstrebt auf dem Umweg einer friedlichen Beherrschung des russischen politischen Lebens.

Und diesen neuen Hoffnungen und Zielen kommen nun Strömungen aus dem russischen Liberalismus selbst entgegen. Dafür liegen die altentworfene Belege jetzt vor in der Sammlung „Polskij Wopros w Gasetje Russij“, Artikel aus der Zeitung „Russij“, die jetzt unter dem Namen „Molwa“ erscheinen muß, aber sonst unverändert ist. Sie wird herausgegeben von dem Sohne des Herausgebers der „Nowoje Wremja“, Suworin — ein liberales Blatt, das der junge Suworin nach einem, wie man sagt, improvisierten Skandal mit seinem konservativen Vater gegründet hat und sehr geschickt leitet. Die genannte Sammlung gibt nun eine Aktion wieder, die Suworin jun. unternahm, um die Polen zu gewinnen — wie man weiter sagt, im Einverständnis und mit Genehmigung des ermordeten Ministers von Plehwe. Ein Osterfestartikel 1904 „Christ ist erstanden“ war der Ballon d'essai, er richtete sich an Rechtgläubige und andersgläubige Brüder, besonders aber an die polnischen Brüder. Darauf regnete es polnische Antworten, die in ihrer Gesamtheit ein höchst merkwürdiges und instruktives Aktenstück bilden. Ich kann es hier nicht im einzelnen besprechen, die Hauptsache ist die: zunächst zum ersten Male in Rußland eine freie, vielfach recht deutliche Erörterung der Polenfrage. Dann die Anbahnung einer Verständigung zwischen Polen und russischen Liberalen, die dann auf den Sjemstwokongressen fortgesetzt wurde. Dabei sind die Polen immer die aggressiveren, die Liberalen die zögernd zugestehenden. Aber die gemeinsame Basis ist da, und das ist der

Panslavismus. Es ist sehr wirksam, wenn in jener Sammlung Sumorin die weitergehenden polnischen Wünsche auf Autonomie und selbständiges Polentum pariert mit dem nachdrücklichen Hinweis: der Gedanke des 19. Jahrhunderts war der nationale, der des 20. aber wird der der Rasse sein, der aber (d. h. der der slavischen Rasse) ist politisch nur aktionsfähig zu machen in einem starken Rußland, das unter der Hegemonie des Zarentums die slavischen Brüder umfaßt. Diese Dinge haben deshalb so große Bedeutung, weil hier Sumorin an zweifellos vorhandene gedankliche Strömungen in Europa überhaupt erfolgreich anknüpft, und dann, weil sie beweisen, daß russischer Liberalismus und Panslavismus keineswegs, wie man wohl zunächst gemeint hat, einander ausschließen. Im Gegenteil bietet sich vielmehr da ein gemeinsames Feld für alle politischen Richtungen, von den „Moskowskija Wjedomosti“ bis, ja bis zur P. P. S. Denn warum die Polen dem heute entgegenkommen können und wollen, ist oben gesagt. Also „ein unabhängiges Polen füllt nicht mehr den Platz aus wie bisher in dem Programm der nationalen Führer (sagte die „Times“ am 22. September 1905). Sie scheinen erkannt zu haben, daß es ein Traum ist, und sie haben die praktischere Politik vollen Rechts für die polnische Nationalität innerhalb des Raues des Russischen Reiches angenommen“.

Was diese Wendung aber allgemein bedeutet, das sagte dasselbe Blatt gleich weiter mit dem Scharfblick des Hasses: „Aus den russischen Bedrückungen sind die Polen hervorgegangen mit der Überzeugung, daß ihr wahrer Feind nicht der Russe ist, sondern hinter der deutschen Grenze erkannt werden muß.“ In dieser Richtung zu hezen, hat ja dann die englische Presse mit ihren Schwindelnachrichten über eine deutsche Intervention in Polen ihr redliches getan. Was die „Times“ sagen will, ist aber das: wenn die Entwicklung, die ich andeutete, so weiter geht, mit anderen Worten, wenn an unserer Ostgrenze ein zweites Galizien entsteht, im russischen Parlament und sonst ein starker polnischer Einfluß sich befestigt, dann wendet sich all der Haß und Groll, dessen das Polentum fähig ist, gegen Preußen und das Deutsche Reich. Die Rückwirkungen auf das preußische Polentum liegen auf der Hand, wie die auf die internationale Stellung der beiden großen Nachbarreiche zueinander, die bei einem liberalen Rußland freundschaftlich und gesichert zu halten, vor allem um der polnischen Frage willen, wahrscheinlich sehr viel schwieriger sein wird als bisher.

Aber hat man denn nicht in den gegenwärtigen Wirren oft genug das Wort vom selbständigen Königreich Polen gehört? Gewiß ist das vielfach laut geworden, gewiß wird niemand prophezeien wollen, daß die Entwicklung der polnischen Hoffnungen unter allen Umständen so gehen müsse, wie ich sie vermutete. Aber jedenfalls steht für das Polentum Rußlands das heute fest: ein selbständiges polnisches Reich wäre für die Polen selbst heute weder vorteilhaft noch notwendig. Weder vorteilhaft — denn es zöge unmittelbar nach sich die Errichtung der Zollschranken gegen Rußland, die Absperrung von einem Riesena Absatzgebiet, auf dem heute der polnische Gewerbefleiß

siegreich gegenüber dem russischen vordringt. Der Entschluß wäre für Rußland selbst gar nicht schwer, denn die Zollgrenze hat bis 1851 ja bestanden, und niemand wäre darüber froher als die Industriellen um Moskau und Wladimir. Aber Leben könnte dann solch ein polnisches Reich nicht. Und es ist den Polen auch nicht notwendig. Denn alle Vorteile der ungeheuren Umbildung, in der Rußland jetzt mitten inne steht, kommen heute, auf welchem Gebiete es auch sei, vor anderem dem Polentum zu Gute, das viel bequemer, viel opferloser und billiger als durch Putz und Aufstand zu seinem Ziele kommt auf dem ruhigen Gange friedlicher sozialer und politischer Entwicklung. Wer heute unter dem Eindruck düsterster Tagesnachrichten das russische Reich schon in Trümmer zerfallen sieht, den darf man erinnern an die Worte, die Sellmuth v. Moltke in seinen Briefen aus Rußland schreibt: „Man hat gesagt, daß bei zunehmender Bevölkerung das unermessliche Reich in sich zerfallen müßte. Aber kein Teil desselben kann ohne den anderen bestehen: der walddreiche Norden nicht ohne den kornreichen Süden, die industrielle Mitte nicht ohne beide, das Binnenland nicht ohne die Küste, nicht ohne die große gemeinsame Wasserstraße der 400 Meilen schiffbaren Wolga.“ Oder wie es in der Sammlung der „Ruffi“ ein Pole etwas weniger geschmackvoll, aber um so deutlicher ausdrückt: „Wir sind für Euch (die Russen) das Fenster nach Europa, Ihr seid für uns — der Magen.“ Und diese Erkenntnis macht für Deutschland die ganze Frage nicht tröstlicher, sondern nur gefährlicher und bedenklicher. „Es ist charakteristisch, schreibt einmal das Lemberger „Stowo polskie“, daß immer in der Epoche großer Erschütterungen sich die große polnische Wunde auftut.“ Eine solche Zeit ist wieder einmal da, und wer zu sehen weiß, sieht, daß auch durch das preußische Polentum heute ein Zittern und ein Hoffen geht.



Eben als diese Zeilen in Druck gehen, erhalte ich die Nachricht vom Tode des in ihnen öfter genannten ruthenischen Führers Roman Sembratowycz. Er war schon schwer leidend, als ich ihn zum letzten Male in Wien sah. Nun haben sich die Besorgnisse seiner Freunde allzu rasch erfüllt. Trotz seiner Jugend (er ist nur wenig über 30 Jahre alt geworden) verdankt ihm sein Volk außerordentlich viel, denn er erst hat die Blicke Europas auf diesen vergessenen Winkel gerichtet, der literarische Bannerträger, darf man sagen, der ruthenischen Bewegung. Ich selbst danke ihm viele Anregungen und Mitteilungen; seine liebenswürdige, lebhafteste Unterstützung allein hat mir es möglich gemacht, in verhältnismäßig kurzer Zeit so vieles von den Ruthenen zu sehen und zu lernen. Möchte er seiner werthe Nachfolger erhalten, die auch einen so festen Zusammenhang mit deutscher Bildung haben, wie er!

D. S.



Hilligenlei.

Von

Paul Luther.

Es gibt Bücher, denen gegenüber eine literarisch-ästhetische Würdigung mir wie töricht Spiel erscheint. Wie wenn Kinder im Sommerjonnenschein bunt-schillernde Seifenblasen formen, denen nur ein flüchtiger Blick nachgesandt wird, indes die junge Seele längst wieder anderm Land in naivem Frohsinn sich zugewandt hat. Solche Bücher, vor denen wir vielmehr mit dem weitoffenen Auge des Kindes stehen sollten, durch das die Seele staunend in ein fremdes schönes Land schaut, die erscheinen nur selten. Denn selten sind ja nur die Menschen, die das Hohelied des Lebens zu singen wissen, weil ihnen die ewige Macht die Saiten der Seele rührt. Frenssens Hilligenlei gehört zu ihnen. Hilligenlei ist heiliges Land — wer's betreten will, der ziehe seine Schuhe aus, die vom Wandern im Menschenland bestaubt sind, der lasse weit dahinten der Menschen Gemirr, um in segnender Stille in die Tiefen einer suchenden, aber echten und reinen Menschenseele hinabzulaufen. Denn eine Menschenseele ist's, die hier ihr Allerbestes gibt, geben muß, weil sie die Sehnsucht treibt, den eigenen Besitz den Seelen der Brüder zu schenken, daß sie frei werden von allem Dumpfen und Häßlichen, frei von aller Lebenshemmung.

*

*

*

Kai Jans, des Buches Held, ist ein Träumer, der sich langsam und quälend entwickelt, und versonnen und verträumt ist das ganze Buch, wie eines Flusses Rinnfal, der im Sand zu versickern droht. So sagen die Menschen. Ich habe der eigenen Kindheit gedacht, in der mich jede Woche mit dem Vater auf froher Wanderung hinausgeführt in Wald und Flur. Wohl hatten wir immer ein Ziel, aber geradeaus ihm zugeschritten sind wir nie. Es blühte ja so unendlich viel am Wege, das unser Auge fesselte und unsern Schritt hemmte, war's auch nur eine Blume, ein eigenartig geformter Grassalm, ein Laufkäferchen, das durchs Gesträuch hastete. Im Waldegrün träumte sich's so schön, wenn das Sonnenlicht schmeichelnd sich um die alten und jungen Stämme legte, und der Sommerwind leise durch die Wipfel fuhr, an mancher Wegbiegung ward uns ein so wundervoller Blick ins weite Land, daß wir des Zieles vergessend, ruhen mußten, um all die Schönheit aufzunehmen in Sinn und Seele. Und wenn wir endlich, bisweilen bei sinkender Nacht, die Herberge erreichten, dann schien uns kein Raufen und Schauen zwecklos gewesen, stillglücklich überfannen wir all die Herrlichkeit, die abseits vom geraden Wege sich uns aufgetan. Dies Jugenderinnern stieg mir auf, als ich Hilligenlei las. Denn um des Kai Jans persönliches Schicksal windet sich allerlei Gerank, an sich so schön und voll saftigen Lebens, daß der Dichter mit innigster Liebe sich darin vertieft. Ich hab meine helle Freude daran

gehabt. In dieser breiten Pinselführung habe ich den niederdeutschen Künstler wiedergefunden, den wir schon in seinen früheren Werken lieb gewannen. Die Kleinmalerei, die behagliche Breite, die fast verschwenderische Liebe, die auch allem, was abseits vom Wege liegt, gewidmet, sie ist mir ein wundervoller deutscher Zug der Frenssenschen Kunst. Die Großen, deren Namen wir in Ehrfurcht nennen, ein Rembrandt, ein Böcklin und Thoma, sie haben für ihn nicht umsonst gelebt, sie haben dem kongenialen Geist ihr Allerbestes gegeben, jenes intime Sichhineintasten in das geheimnisvolle Leben, das sie umweht, jenes unendlich zarte Sichanschmiegen an jede Erscheinung, um ihr tiefstes Wesen zu erspüren. Wer diesem deutschen Geist in Frenssens Kunst sich nahe fühlt, für den ist alles Beiwerk, alles Gerank, das die Persönlichkeit seines Helden umgibt, kein störendes Element, es schafft ihm im Gegenteil die Möglichkeit, diesen Kai Jans in der ganzen Eigenart seines Werdens und Wollens zu verstehen. Wir würden ja diesen liebenswerten Träumer, dem der natürlichste Vorgang des Lebens ebenso wertvoll dünkt, als das vergeistigste Aufwärtstreben der Menschheit, gar nicht voll zu erfassen vermögen, wenn uns die Atmosphäre, die ihn umgibt, nicht ganz scharf gezeichnet wäre, jene niederdeutsche Innigkeit, die schwerfällig-befinnlich über alles grübelt und alles Kleinste gütig umspannt und die doch auch derbkräftig, mit selbstverständlicher Rücksichtslosigkeit ans Größte sich wagt.

*

*

*

Kai Jans ist ein Idealist, der mit reiner Seele für sich und die Menschheit das Beste ersehnt, aber die Atmosphäre, in der er lebt, ist eine so schwülfinnliche, daß der Dichter den herbsten Tadel verdient. So sagen die Menschen, nicht alle, aber einige, Wächter der Sittlichkeit und Menschen mit einer Seele, die der Mimose gleicht. Ich kann nur sagen, daß mir bei dem Lesen des Buches auch nicht der leiseste Gedanke, auch nicht das geringste Empfinden der Unkeuschheit aufgestiegen ist. Gewiß, Frenssen ist ganz deutlich in allen natürlichen, auch geschlechtlichen Dingen, aber über jedem Worte liegt ein so tiefer Ernst, daß von Unsitte in Absicht oder Wirkung nicht im mindesten die Rede sein darf. Wir haben noch immer einen so merkwürdigen mittelalterlichen Sauerteig unter uns, der unsere Anschauungen über das Natürliche durchseht: für manchen ist der Schatten, der auf der Natur einst in Tagen der Askese lag, noch immer vorhanden, sodaß alle Beziehungen der Geschlechter zu einander als etwas ungeistiges, unheiliges empfunden werden. Ich glaube, wir sollten dem reinen Manne — und das ist Frenssen — dankbar sein, daß er so ehrlich und ohne jede kindische Brüderie auch alles Natürliche geschildert hat. Ist nicht die Heinkel Boje in den Jahren ihrer erwachenden Weiblichkeit ein wundervolles Geschöpf, so schlicht, natürlich, lebenswahr, daß sie den Heiligenschein verdient, den des Dichters Liebe um ihr Haupt gewoben hat? Und wenn er in der Schilderung des Kaffeetränzchens in der kleinen Stadt offenbar mit eigener innerer Zustimmung so beweglich von der Jungweibernot spricht, wir wollen behutsam sein in der Beurteilung, weil doch die Triebe der Natur nichts Unreines sind. Allerdings Heinkes Schwester Anna hat offenbar — deutlich genug drückt sich der Dichter hier nicht aus —, ehe sie das Weib von Pie Ontjes Lau wird, mit dem fremden Manne, dessen Frau krank im Süden weilt, intim verkehrt und schweigt davon, als sie dem Sohn des Hafenmeisters sich und ihr Leben schenkt. Aber wo steht,

daß nach des Dichters Wunsch auch das eine Idealgestalt sein soll? Neben Anna Boje wirkt um so reizvoller und lichter der Schwester Gestalt — das war doch Frenssens Absicht. Und sollte er nicht des Dichters Recht haben, seine Gestalten so zu geben, wie er sie erschaut hat, mit dem Auge des Künstlers, das an keiner Erscheinung vorübergleitet? Als Künstler, der ehrlich sagt, was er gesehen hat, will er die Umwelt schildern, in der Kai Jans gewachsen ist, und diese Umwelt hat ihre eigenen Auffassungen über Sittlichkeit und Unsitlichkeit.

*

*

*

Kai Jans hat einen schönen herrlichen Traum. Vom Kinde des armen Hafearbeiters ist er nach Irrfahrten der Jugend in falsch erwähltem Beruf zum Theologen geworden, der, zerrieben vom eigenen Geschick und zernichtet vom schweren Leid und Irrwahn der Menschheit, in heiligen Stunden ein Lebensbild Jesu schreibt. Dies Lebensbild Jesu soll sein Volk lösen von allem Gemeinen, füllen mit freudiger Kraft, begeistern zu lebensvollem Schaffen in neuer Zeit. Aber der Jesus, der das vermag, kann nur ein voller Mensch auf dem Boden der deutschen Wirklichkeit sein, und so malt ihn Frenssen mit deutschen Farben, wie er im Heidedorf groß wird, ein reiner Mann, die Nöte seines Volkes zu meistern sucht, schwere Erschütterungen auch seiner Seele durchmacht, und für seinen Glauben in den Tod geht, ein einsamer Sterbender, den dann die sehrende Liebe der Seinen mit dem Strahlenglanz des Göttlichen umkleidet. Tausende werden dem Dichter danken für dies Lebensbild; denn die Sehnsucht von Tausenden ist damit erfüllt. In einer Sprache, die all ihre Worte und ihr ganzes Anschauungsmaterial aus unserer Gegenwart nimmt, und darum uns ganz unmittelbar deutlich ist, hat er Jesus auf dem Boden reiner Menschlichkeit geschildert, wirklich als den Erstgeborenen unter vielen Brüdern, der gleich uns durch alle Untiefen des Lebens geschritten ist. Das ist nicht platter Rationalismus, wie eilige Kritiker schleunigst versichern; das ist vielmehr ein volles Ernstmachen mit unserer neuen Auffassung der Wirklichkeit und Gottes: dies wirkliche Leben auf der Erde in seiner Fülle und seinem Ernst schließt in sich das Göttliche, dies Menschliche ist voll von Ewigkeit, es sind nicht mehr zwei Welten, sondern es ist nur eine, alles umfassende Wirklichkeit, die Jesus Himmereich genannt hat, wir wandern alle und überall im Lichte Gottes. Macht uns das arm, arm an Religion? Ich glaube, es macht uns unendlich reich, weils uns in die Wirklichkeit des eigenen Lebens weist und uns stark macht zu eigenem Tun. Und ich denke, daß gerade dieses geschichtliche Lebensbild uns auch den Mut persönlichen Gott-Erlebens wiedergibt, das im Anschluß an das Gotterleben des geschichtlichen Jesus aus dem religiösen Empfinden unserer Gegenwart das Bild des ewigen Christus formt, der auch unserer Tage Gottsuchen und Gottfinden in sich verkörpert.





Alkohol und Verkehrssicherheit.

Von

Otto de Terra.

Der Kampf gegen die schweren Schädigungen der nationalen Wohlfahrt durch den in allen Ständen und Berufskreisen üblichen gewohnheitsmäßigen und reichlichen Genuß alkoholischer Getränke tritt mehr und mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. In allen Schichten der Bevölkerung wächst die Erkenntnis, daß diesem Übel nachdrücklich entgegengetreten werden muß, um die damit verbundenen Nachteile für die körperliche und geistige wie für die sittliche und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes mindestens wesentlich zu mildern.

Der besondere Wert dieser Bestrebungen für den verantwortlichen und gefährvollen Verkehrsdienst ist unverkennbar; hängt doch Gesundheit, Gut und Leben vieler Tausende täglich und stündlich davon ab, daß namentlich im Augenblick einer drohenden Gefahr die Fähigkeit, klar zu denken, umsichtig und entschlossen zu handeln, bei dem Personal der Verkehrsanstalten (Eisenbahnen, Straßenbahnen, Dampfschiffe usw.) nicht durch den Genuß alkoholischer Getränke beeinträchtigt ist.

Gerade in letzter Zeit ist in rascher Aufeinanderfolge eine ganze Reihe von schweren Eisenbahnunfällen nachweislich durch reichlichen Alkoholgenuß des beteiligten Eisenbahnpersonals herbeigeführt worden.

1. Am 23. Juli wurde auf der Strecke Ruhbank—Wittgendorf auf einem Überwege abends ein mit 11 Personen besetzter Omnibus von einer leerfahrenden Maschine erfaßt und überfahren, wobei 3 Personen schwer, die übrigen leicht verletzt wurden. Der betreffende Schrankenwärter hatte an dem Tage, einem Sonntage, an einem Kreiskriegerfest teilgenommen. Unter der Einwirkung reichlichen Alkoholgenusses war er abends auf seinem Posten eingeschlafen und hatte es unterlassen, die Schranke rechtzeitig zu schließen. Wegen dieser groben Fahrlässigkeit ist er von dem Landgericht Hirschberg kürzlich zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden.

2. Am 7. August stieß der Schnellzug Nr. 113 zwischen Spremberg und Schleife mit dem Nachzug zu Schnellzug Nr. 112 zusammen. Beide Maschinen und Packwagen, zwei Gepäckwagen und fünf Personenwagen

entgleisten und wurden größtenteils zertrümmert, 16 Personen büßten ihr Leben ein, weit über 100 wurden mehr oder minder schwer verletzt. Der entstandene Schaden an Geldeswert beläuft sich auf etwa 2 Millionen Mark. Das entsetzliche Unglück ist durch den betreffenden Stationsbeamten in Spremberg angerichtet worden, der nach durchspielter und durchzechter Nacht in angetrunkenem Zustande in den Dienst getreten ist und völlig kopflos den einfachsten und klarsten Sicherheitsvorschriften zumidergehandelt hat. Von dem Landgericht Kottbus ist er deswegen — überaus milde — zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Unbegreiflich ist, wie das Gericht angesichts der klaren Feststellungen der Voruntersuchung, die über die „Angetrunkenheit“ des schuldigen Beamten keinen Zweifel gelassen hatten, in der Hauptverhandlung zu der Überzeugung gelangen konnte, daß er „in keiner Weise unter der Einwirkung des Alkohols gelitten hatte“.

3. Am 30. September fuhr auf Bahnhof Czernitz (Oberschlesien) ein Personenzug bei der Ausfahrt unter Nichtbeachtung des Haltesignals auf den Brellbock eines stumpfen Gleises. Die Lokomotive, der Packwagen und drei Personenwagen stürzten die Böschung hinab. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet, der Zugführer und zwei Reisende wurden schwer, mehrere andere leicht verletzt.

Zugführer, Lokomotivführer und Heizer des verunglückten Zuges sind an dem Tage — nach der Gehaltszahlung — unwiderlegten Zeitungsnachrichten betrunken gewesen.

4. Am 17. Oktober ist in Tilsit der — betrunkene — Lokomotivführer eines nach Insterburg bestimmten Güterzuges ohne seinen Zug, nur mit dem Packwagen, unter Nichtbeachtung der Signale mit Vollampf auf die Strecke nach Labiau (statt nach Insterburg) gefahren und dort in einer starken Krümmung auf den in voller Fahrt entgegenkommenden Personenzug 909 gestoßen. Die Lokomotiven und Gepäckwagen beider Züge wurden stark beschädigt. Der betrunkene Lokomotivführer, der das Unheil verschuldete, erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb. Auch der Führer des Personenzuges wurde schwer verletzt, ebenso die beiden Heizer und zwei Reisende. Die Verletzungen anderer Reisenden waren leichter Natur.

Unzweifelhaft ist Alkoholgenuß des Personals sehr viel häufiger die unmittelbare oder auch nur mittelbare Ursache von Eisenbahnunfällen, als in der Öffentlichkeit oder auch nur an den leitenden Stellen innerhalb der Eisenbahnverwaltung bekannt wird. Wenn bei jedem durch das Personal der Verkehrsanstalten (nicht bloß der Eisenbahnen) verschuldeten

Unfall sorgfältig und ohne Voreingenommenheit auch danach geforscht würde, ob und inwieweit Alkoholmißbrauch dabei mitgewirkt hat, würde man sicherlich zu überraschenden Ergebnissen kommen. Die Fälle, in denen Alkoholgenuß des Personals zu folgenschweren Ereignissen der vorerwähnten Art führt, sind zwar glücklicherweise verhältnismäßig selten. Ungleich häufiger aber werden geringere Unfälle (Verletzungen von Bediensteten, Beschädigungen von Material) dadurch veranlaßt. Noch öfter werden Unfälle aus solcher Ursache nur durch besonders glückliche Umstände und Zufälligkeiten mit knapper Not vermieden. Trotz des Vertuschungssystems, das gerade in solchen Fällen von allen beteiligten Bediensteten mit seltener Einnütigkeit geübt zu werden pflegt, fehlt es schon jetzt nicht an unanfechtbaren Belegen dafür.

Selbst die Fälle, in denen Lokomotivführer von der Lokomotive eines im Lauf befindlichen Zuges unterwegs abgelöst werden mußten, weil sie augenscheinlich betrunken waren, sind leider nicht ganz vereinzelt. Und sie würden ohne Zweifel noch öfter festgestellt werden, wenn nicht die meisten Stationsbeamten sich davor scheuten, ihrem eigenen Urteil über den Grad der Angetrunkenheit eines Mitbeamten allzu sehr zu vertrauen. Diese Scheu wird begreiflich, wenn man die Schwierigkeiten einer einwandfreien Feststellung solcher Vorkommnisse berücksichtigt und weiterhin das bereits erwähnte Vertuschungssystem in Betracht zieht. Führt dieses doch gar nicht selten dazu, daß der in solchen Fällen entschlossen seine Pflicht erfüllende Beamte wegen falscher Angaben (Verleumdung) oder zum mindesten wegen Voreiligkeit bestraft wird, zumal wenn es dem in angetrunkenem Zustand betroffenen Beamten gelingt, nachträglich eine ärztliche Bescheinigung beizubringen, daß er — zur Zeit des Erscheinens beim Arzt — „nüchtern“ gewesen sei. Erst neuerdings sind mir drei Fälle dieser Art von durchaus glaubwürdigen Beamten mitgeteilt worden.

Das mehrerwähnte Vertuschungssystem hat weiterhin zur Folge, daß die leitenden Stellen es häufig gar nicht erfahren, daß Alkoholgenuß des Personals die Ursache minder schwerer Unfälle, Materialschäden oder sonstiger Ordnungswidrigkeiten ist, und daß sie deshalb den Umfang des Alkoholmißbrauchs bei dem ihnen unterstellten Personal zumeist bei weitem unterschätzen.

Auch den denkbar größten Fortschritten der Technik, den vollendetsten mechanischen Einrichtungen wird es schwerlich jemals gelingen, menschliche Fehlbarkeit bei ihrer Anwendung gänzlich auszuschließen. Die stetig wachsenden Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Verkehrsanstalten nach Menge und Art, namentlich Sicherheit und Schnelligkeit, stellen vielmehr

auch an das Personal immer höhere Anforderungen. Nicht nur an seine Umsicht und Urteilsfähigkeit, an seine Entschlossenheit, seine Klarheit des Denkens und Handelns, sondern auch an seine Pflichttreue. Durch nichts aber werden erwiesenermaßen diese Eigenschaften so leicht und in solchem Maße beeinträchtigt, wie durch den Genuß alkoholischer Getränke. Und zwar liegt die Hauptgefahr für den verantwortlichen Verkehrsdienst weniger in dem zu Trunkenheitserscheinungen führenden unmäßigen Genuß, der verhältnismäßig leicht erkennbar ist, als vielmehr in dem ungleich schwerer zu kontrollierenden Genuß geringerer Mengen und in den Nachwirkungen reichlicheren Alkoholgenusses. Genaue wissenschaftliche Untersuchungen von Prof. Dr. Kraepelin, Dr. Füller u. a. über die im Gehirn dadurch veranlaßten Störungen haben zu überraschenden Ergebnissen geführt. Durch andere Versuche — von Ridge, Richardson, Scoupal und Brotherts — ist festgestellt, daß schon geringe Menge alkoholischer Getränke das Gehör und die Sehschärfe, namentlich auch das Farbenunterscheidungsvermögen beeinträchtigen.¹⁾

Alle diese Wirkungen können für den Verkehrsdienst leicht von verhängnisvollen Folgen sein. Auch die vorher erwähnten Unfälle sind dafür beweisend. Der landesübliche gewohnheitsmäßige Alkoholgenuß ist aber auch in anderer Beziehung ein schlimmer Feind der rühmlichst bekannten Pflichttreue unseres Verkehrspersonals: Die meisten Verstöße gegen die Dienstzucht und die Dienstpflichten sind auf den Alkoholgenuß zurückzuführen. Außerdem wurzeln ungünstige häusliche Verhältnisse und wirtschaftliche Not nicht selten in den Trinkgewohnheiten des Familienhauptes.

Das deutsche Verkehrspersonal ist den heimischen Trinksitzen im allgemeinen keineswegs mehr ergeben, als andere Berufskreise. Aber dem Anreiz und der Versuchung zum Alkoholgenuß ist es ungleich stärker ausgesetzt. Einmal durch die unvermeidlichen ungünstigen Einwirkungen, unter denen sich der Dienst des im äußeren Betriebe tätigen Personals vollzieht. Andererseits durch die zahlreichen, allzuvielen Bahnhofswirtschaften, die in Nord- und Mitteldeutschland noch dazu überall mit den Warterräumen vereinigt sind, und durch die leidige Neigung des Publikums, das Personal mit alkoholischen Getränken zu bewirten.

In den Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs ist man bisher am weitesten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gegangen. Die großen Eisenbahngesellschaften haben dort schon vor geraumer Zeit

¹⁾ Vergl. die kleine Schrift des Verfassers über „Alkohol und Verkehrswesen“, die soeben in 4. Aufl. (11.—15. Tausend) erscheint.

begonnen, von ihrem Personal nicht nur im, sondern auch außer Dienst völlige Alkoholenthaltbarkeit zu verlangen oder doch wenigstens bei ihm zu bevorzugen. Zunächst in den besonders verantwortlichen Dienstzweigen, wie dem Zugdienst. Bei einer vor längerer Zeit an die Direktionen von 25 amerikanischen Eisenbahngesellschaften gerichteten Umfrage erklärte der Direktor einer großen Eisenbahngesellschaft: „Auf keiner unserer Linien lassen wir jemanden, der Alkohol trinkt, eine verantwortliche Stellung bekleiden. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß man sich auf solche Leute nicht verlassen kann und wir wollen das Leben des Publikums, das unsere Züge benutzt, nicht aufs Spiel setzen.“ Der Bericht über die Umfrage schloß mit den Worten: „Die Phrase von der persönlichen Freiheit gilt nicht für einen Dienst, zu dem nüchterne Leute und klare Köpfe nötig sind.“

Gegenwärtig hat sich die völlige Alkoholenthaltbarkeit unter dem amerikanischen Eisenbahnpersonal dermaßen verbreitet, daß fast das ganze Personal aus „Temperenzlern“, was in Amerika gleichbedeutend mit Enthaltbaren ist, besteht. Die großen Linien scheiden nach und nach alle Angestellten aus, die in oder außer Dienst alkoholische Getränke genießen. Sie machen bekannt, daß nach einem bestimmten Zeitpunkt überhaupt keine Personen mehr beschäftigt würden, die nicht völlig alkoholenthaltbar sind. Und zwar gilt dies nicht nur für das untere Personal, auch die höheren Beamten müssen sich dem unterwerfen. Allerdings wird dieses Vorgehen dadurch außerordentlich erleichtert, daß in Amerika die Überzeugung von der Schädlichkeit namentlich des gewohnheitsmäßigen Alkoholgenußes und des großen Nutzens der völligen Enthaltbarkeit schon in sehr viel weitere Kreise des Volkes gedrungen ist, sehr viel mehr Gemeingut der gesamten Bevölkerung geworden ist, als es in andern Ländern trotz umfassenden wissenschaftlichen Untersuchungen darüber bisher geschehen ist.

Abgesehen von Amerika ist die Bekämpfung des Alkoholgenußes beim Eisenbahnpersonal bis jetzt am weitesten in England vorgeschritten. Bei der großen englischen Westbahn z. B. dürfen den Beamten und Arbeitern in den — wie überall außerhalb Deutschland von den Warteräumen streng gesonderten — Bahnhofswirtschaften keine alkoholischen Getränke verabreicht werden. Begründet wird diese Maßregel mit der Erfahrung, daß „die meisten auf ein Verschulden von Beamten zurückzuführenden Betriebsunfälle in angetrunkenem Zustande herbeigeführt werden“. Sehr bemerkenswerte Erfolge sind hier namentlich aber durch die Einsicht und das entschlossene Vorgehen des Personals selbst erzielt worden. Die 1882 gegründete United Kingdom Railway Temperance Union hat sich die Förderung und Verbreitung der völligen Alkoholenthaltung unter den Eisenbahnern aller

Grade zur Aufgabe gestellt. Dieser Verein hat gegenwärtig etwa 23 000 Mitglieder. Neben ihm sind noch verschiedene andere beruflich gegliederte Vereine in gleicher Richtung mit bestem Erfolge tätig.

In der richtigen Erkenntnis, daß eine weitgehende Einschränkung des Alkoholgenusses durch entsprechende Verbote erst dann möglich ist, wenn die unentbehrlichen Voraussetzungen dafür vorhanden sind, haben sich die deutschen Verkehrs-(Eisenbahn-)Verwaltungen in der Hauptsache bisher auf Maßnahmen vorbeugender Art beschränkt. Eine wachsende Fülle aner kennenswerter Wohlfahrtseinrichtungen: Verbesserung der Wohnungen, der Aufenthalts-, Unterkunfts- und Übernachtungsräume, gesteigerte Fürsorge für zweckmäßige Ernährung, für gutes Trinkwasser und alkoholfreie Erfrischungsmittel, sind dazu bestimmt, das Personal mehr und mehr der Lockung und dem Zwange zum Alkoholgenuß zu entziehen.

Neuerdings erst hat sich die preußische Staatsbahnverwaltung durch „die schwerwiegenden Vorkommnisse der letzten Zeit“ bekanntlich veranlaßt gesehen, den im Betriebsdienste tätigen Beamten, Hilfsbeamten und Arbeitern den Genuß alkoholhaltiger Getränke während des Dienstes ausnahmslos zu untersagen. Es kann aber zweifelhaft erscheinen, ob es gelingen wird, diesem Verbote die gebührende Beachtung zu sichern, solange die Fürsorge für gutes Trinkwasser, für andere alkoholfreie Erfrischungen usw. noch nicht allgemein in dem wünschenswerten Umfange durchgeführt ist und namentlich solange das Personal noch nicht in ausreichendem Maße über den Unwert der alkoholischen Getränke als „Stärkungsmittel“ und über ihre Entbehrlichkeit als Genußmittel aufgeklärt ist.

Solche — durch das Beispiel der völligen Alkoholenthaltung bekräftigte — Aufklärung hat sich der vor vier Jahren von mir ins Leben gerufene Deutsche Verein enthaltamer Eisenbahner zur Aufgabe gemacht, der neuerdings im Begriff steht, sich zu einem zunächst das befreundete Österreich mitumfassenden „Eisenbahn-Alkoholgegner-Verband“ zu erweitern. In anderen außerdeutschen Ländern (Schweiz, Frankreich, Dänemark usw.) hat dieses Vorgehen schon früher Nachahmung gefunden. Die mehrermähnten bedauerlichen Vorkommnisse der Neuzeit haben den Wert, den Nutzen und die Notwendigkeit dieser Bestrebungen aufs deutlichste erwiesen. Der trotz allen Schwierigkeiten, trotz unzureichender moralischer und namentlich auch finanzieller Unterstützung schon bisher erreichte Erfolg ist weniger darin zu erblicken, daß es in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen ist, der bislang bei uns noch wenig volkstümlichen Enthaltamsbewegung auch beim Eisenbahnpersonal eine immerhin stattliche Schar überzeugter Anhänger zu gewinnen. Ungleich wertvoller und

wichtiger ist, daß durch die Bestrebungen des Vereins in weiteren Kreisen das Interesse und Verständnis für den Kampf gegen die Alkoholschäden geweckt worden ist und daß viele dadurch im Sinne wirklicher strenger Mäßigkeit beeinflusst worden sind.

Deutlicher und überzeugender als durch alle noch so eindringlichen Belehrungen werden die großen Vorzüge der völligen Alkoholenthaltung (besonders für die Sicherheit des Verkehrs) durch das persönliche Beispiel dargetan, namentlich wenn dieses nicht nur von annähernd gleichgestellten Berufsgenossen, sondern auch von den Vorgesetzten ausgeht. Sehr erfreulich und nachahmenswert ist auch unter diesem Gesichtspunkt das Vorgehen einiger Eisenbahndirektionen, die über das ministerielle Verbot hinaus allen Beamten und Arbeitern den Genuß alkoholhaltiger Getränke im Dienste ausnahmslos untersagt haben.

Auch die Forderung gänzlicher Alkoholenthaltung (im und außer Dienst), zunächst für das Lokomotivpersonal, ist innerhalb der preussischen Staatsbahnverwaltung neuerdings schon erwogen worden. Solange die alkoholischen Getränke aber noch in dem heutigen Umfange, auch in den Kreisen der „Gebildeten“, als unentbehrliche „Stärkungs-“ und Genußmittel gelten, wird eine solche Forderung schwer durchzuführen sein.

Um sie mit Aussicht auf Erfolg stellen zu können und das gesamte Personal von dem herrschenden Vorurteil zu gunsten der alkoholischen Getränke mehr und mehr frei zu machen, sollte man die darauf abzielende Tätigkeit der alkoholgegnerischen Vereine wirksamer als bisher unterstützen, namentlich sollte man innerhalb der Eisenbahnverwaltungen die freiwillige Alkoholenthaltung seitens einsichtsvoller und entschlossener Berufsgenossen mit allen geeigneten Mitteln fördern; sei es durch besondere Zuwendungen oder sonstige Vorteile. Der Einwand, daß damit ein Heuchler- und Strebertum begünstigt würde, kann nicht als stichhaltig anerkannt werden. Solche unerfreulichen Erscheinungen sind bekanntlich nirgends völlig zu vermeiden, wo es gilt, besondere Vorteile zu erreichen. Keinesfalls darf dies Bedenken davon abhalten, hervorragende Leistungen, besondere Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit auch entsprechend zu belohnen. Der völlig alkoholenthaltsame Eisenbahner wird sich aber unter sonst gleichen Umständen leistungsfähiger, brauchbarer und namentlich zuverlässiger erweisen als seine wenn auch noch so „mäßigen“ Genuße huldigenden Berufsgenossen, und insofern dürfte eine gewisse Bevorzugung sicherlich vollauf gerechtfertigt sein. Andrew Carnegie, der bekannte amerikanische „Stahlkönig“ schrieb vor zwei Jahren in „The New Voice“ (Chicago): „Unsere Arbeiter sind nicht verpflichtet, abstinent zu leben;

die es aber tun und mir den Beweis dafür liefern, erhalten als Anerkennung eine Prämie von zehn vom Hundert ihres Jahresverdienstes. Denn ich bin der Meinung, daß die Abstinenten zehn vom Hundert mehr wert sind als die Nichtabstinenten, besonders wenn sie als Rutscher, Matrosen oder bei Maschinen tätig sind."

Ungeachtet aller wissenschaftlichen Forschungen und Erfahrungen der Neuzeit wird sogar dem Eisenbahnpersonal von ärztlicher Seite ein „mäßiger“ Genuß alkoholhaltiger Getränke (außerhalb des Dienstes) vielfach noch als völlig unschädlich dargestellt. Offenbar wird dabei nicht genügend beachtet, daß die große Mehrzahl — nicht bloß der Eisenbahner — den herrschenden Trinksitten und ihrem suggestiven Einfluß gegenüber von bedauerlicher Schwäche ist, und daß es überaus schwer hält, die Grenze wirklicher Mäßigkeit selbst im Einzelfalle mit einiger Sicherheit zu bestimmen.

Auch unter diesem Gesichtspunkt sind neuere Feststellungen des „Journal suisse des chemins de fer“ über die Einwirkungen mäßigen Alkoholgenusses bei den Beamten des Betriebsdienstes von Interesse. Infolge einer Anregung aus ihrem Leserkreise hat die genannte Zeitschrift als zuverlässig bekannte Vertreter der verschiedenen Dienstzweige über ihre persönlichen Erfahrungen auf diesem Gebiete befragt. Von den ihr mit großer Offenheit gemachten Mitteilungen hat sie mehrere besonders bemerkenswerte kürzlich veröffentlicht. Mit wahrhaft verblüffender Deutlichkeit ist daraus die nachteilige Wirkung selbst verhältnismäßig geringer Mengen alkoholischer Getränke auf die Gehirntätigkeit erkennbar. Bei einem Weichensteller hat ein durchaus mäßiger Weingenuß einen ihn selbst hinterher erschreckenden Mangel an Vorsicht, bei einem Lokomotivführer eine höchst peinvolle, nach seinem eigenen Empfinden den ihm anvertrauten Zug gefährdende Zerstreutheit, bei einem Streckenwärter ein ihn später aufs äußerste beunruhigendes Schwinden jeglichen Erinnerungsvermögens hervorgerufen: lauter Erscheinungen, die mit den wissenschaftlichen Forschungen auf diesem Gebiete in völligem Einklange stehen.

Die — der gänzlichen Alkoholenthaltung keineswegs geneigte — Fachzeitschrift sieht sich ihren eigenen Feststellungen gegenüber zu dem Eingeständnis genötigt: alle ihr zugegangenen Berichte zeigen, daß auch der mäßige, noch nicht zur Trunkenheit führende Genuß alkoholischer Getränke, und zwar wohl gemerkt auch der Genuß vor dem Dienste, seiner ordnungsmäßigen Handhabung schädlich ist.





Präsident Loubet.

Sieben Jahre französischer Politik.

Von

Franz Wugk.

Den Herren, die am 18. Februar 1899 mit feierlichen Amtsmienen aus Versailles heimkehrten, zeigte die gute Stadt Paris sich nicht gerade von der liebenswürdigsten Seite. Insbesondere bekam ein älterer Herr mit weißlichem Vollbart und wohlwollendem Gesicht die schlechte Laune der Leute zu spüren, die am Bahnhof und in den Straßen sich angesammelt hatten. Aus den Ausrufen und den Conspuez' war freilich nicht zu entnehmen, wodurch es dieser gute Mann mit dem souveränen Volk von Paris verdorben hatte und auch das Geschrei „Panama“ und „Mandelfuchen“ war wenig geeignet, über die Bedeutung dieses seltsamen Vorgangs aufzuklären. Die betroffenen Herren schienen freilich über die unhöfliche Behandlung nicht sehr erstaunt. Es waren die Mitglieder der Nationalversammlung, die im Brunthause des Sonnenkönigs das neue Oberhaupt der Republik gewählt hatten und die von vornherein darauf gefaßt waren, daß die Stadt des grundsätzlichen Widerspruchsgeistes mit ihrem Erfohrenen nicht zufrieden sein würde. Der mit den Worten Präsident Panama und Nougat ausgezeichnete Mann war Herr Emile Loubet, der sieben Jahre lang der erste Beamte und der gesellschaftliche und politische Repräsentant der französischen Demokratie sein sollte. Es gehörte ein hohes Maß von Kraftbewußtsein und zugleich von Selbstverleugnung dazu, um in einem Augenblick an die Spitze der Nation zu treten, wo das republikanische Verfassungsgebäude in allen Fugen krachte, wo die durch den Dreyfußskandal bis in die tiefsten Tiefen ausgewählten Volksmassen einem Bürgerkriege entgentrieben, wo das französische Staatsschiff fast wie ein herrenloses Wrack eine sichere Beute für den ersten besten Abenteurer erschien, der Kourage genug hatte, es mit einem Staatsstreich zu kapern. Es gehörte ein großer Staatsmann dazu, um die Aufgabe zu übernehmen, in jenen gefährvollen Tagen Ordnung zu schaffen, oder ein sehr naiver leichter Sinn, der im Vertrauen auf gut Glück ein Wagnestück unternahm, vor dem jeder Einsichtige zurückgeschreckt wäre. So war damals die allgemeine Anschauung in Frankreich, und da niemand Herrn Loubet als großen Politiker kennen gelernt hatte, auch seine Selbstlosigkeit nach den Zweideutigkeiten der Panamazeit keineswegs über jeden Zweifel erhaben schien, so ging die Volksstimme dahin, „daß der neue Präsident ein gewissenloser Streber sei, der vom Dreyfußsyndikat erkaufte sei, um die arme wehlose Republik ihren Feinden auszuliefern“. Daher

der Ausbruch des Jornes in den Pariser Massen bei der Kunde von der Wahl eines Mannes, der in der Hauptstadt des Landes verurteilt war, noch ehe er ihren Boden als Staatschef betreten.

Wenn wir heute einen Blick zurückwerfen auf den Weg, den Frankreich in den letzten sieben Jahren gegangen ist, so wird man als unbefangener Beobachter, bei aller Kritik der von den verschiedenen Regierungen in dieser langen Zeit verfolgten Politik, das eine doch feststellen können, daß man dem Mann, der als Nachfolger Felix Faures im Elysee einzog, mit den damals populären Verdächtigungen und Beschimpfungen bitteres Unrecht getan hat. Wir werden aber weiterhin auch bemerken, daß die Annahme falsch war, nach der nur ein staatsmännischer Herkules oder ein leichtfertiger Charlatan es wagen durfte, im Jahre 1899 die Exekutivgewalt in der bedrohten Republik zu übernehmen. Wir wissen heute, daß der Mann, unter dem die ersehnte innere Beruhigung eingetreten ist, weder ein politischer Übermensch noch ein gewissenloser Streber, sondern einfach ein ehrlicher und zuverlässiger Republikaner war, der seine Ziele nicht sehr hoch gesteckt hatte, der aber diese Ziele jedenfalls erreicht hat. Ob diese Ziele durchaus gut waren, darüber wird man sehr geteilter Meinung sein können; die Mehrzahl der Franzosen hat sie aber, trotz mancher ministerieller Entgleisungen, gebilligt, und der Volkswille ist doch nun einmal in einer Demokratie die maßgebende Instanz. Herr Loubet scheint fest entschlossen, eine Wiederwahl abzulehnen; wenn er nun nach sieben Jahren des Glanzes und der Macht, die ihn den gekrönten Häuptern der europäischen Monarchien nahe brachten, sich als schlichter Privatmann in die stille Rue Dante zurückzieht, um ganz seiner Familie zu leben, so kann er die Genußtuung mitnehmen, daß die Republik heute in festerer und friedlicherer Verfassung ist, als in der Stunde, da er ihre Leitung übernommen.

Enger als vielleicht irgend einem anderen Staatsoberhaupte sind dem Präsidenten der französischen Republik die Schranken gezogen, innerhalb deren er sich betätigen kann. Ein Volk, das von der absoluten Monarchie zur Demokratie übergegangen ist, wird notwendig mißtrauischer gegen seine Staatslenker sein, als eine Nation, die als Republik geboren ist, wie die nordamerikanische. Nicht das Volk wählt in Frankreich den Präsidenten, sondern die vereinigten Kammern, deren Verfassungstreue und Widerstandskraft gegen populäre Präbendenten sicherer erscheint. Diesem Staatschef, dessen Abhängigkeit vom Parlament von Anfang an besiegelt ist, wird weiter mit der politischen Unverantwortlichkeit — außer im Falle des Hochverrats — ein weiteres Danaergeschenk mitgegeben, denn die ganze Bürde, aber auch die ganze Machtvollkommenheit des verantwortlichen Leiters der nationalen Politik geht auf den Ministerpräsidenten über. Die wenigen Rechte, die dem Bewohner des Elysee in der Verfassung noch gelassen sind, werden seit dem Tagen Mac Mahons entweder gar nicht, oder nur mit ängstlichster Zurückhaltung ausgeübt. Ein schöpferischer Staatsmann mit kräftigem Schaffensdrang erstickt in der engen Zwangsjacke der Konstitution, und selbst ein Mann wie Casimir Périer warf den Zierrat einer Würde von sich,

die ihn zum Kommiss seiner Minister erniedrigte. Eine Persönlichkeit wie Loubet paßte aber sehr gut in das Amtsgewand, das die Verfassung von 1875 zugeschnitten. Sein Ehrgeiz ging nicht darüber hinaus, in dem kleinen Betätigungsfelde, das ihm gelassen war, seine Pflicht zu tun. Er hat seine Aufgaben formell mit einem Takt gelöst, der ihm oft auch die Bewunderung seiner Gegner sicherte, und hat als Vertreter der Nation anderen Staatsoberhäuptern gegenüber, selbst auf dem glatten höfischen Parkett, einen Anstand gezeigt, die niemand dem Sohn aus klein-bürgerlichem Hause zugetraut hatte.

Die konstitutionelle Korrektheit des scheidenden Präsidenten bringt aber den Fehler mit sich, daß es dem zeitgenössischen Chronisten fast unmöglich ist, zu erkennen, wie weit der persönliche Einfluß Loubets sich in der Führung der amtlichen äußeren und inneren Politik geltend gemacht hat. Es gibt Leute, die der Initiative des Präsidenten bei allen Entscheidungen der letzten Jahre eine hohe Bedeutung beimessen. Sollte dies der Fall sein, so ist jedenfalls mit großer Geschicklichkeit auch nur der leiseste Anschein eines solchen Eingreifens nach außen hin vermieden, und erst der spätere Altensforscher wird aufklären können, wieweit Emile Loubet für die Verdienste und Fehler seiner Ministerien mitverantwortlich ist. Wie haltlos heute noch alle Vermutungen in dieser Richtung sind, zeigt sich in den Widersprüchen, in denen sich die weisen Geberdenspäher bewegen, die in diesem oder jenem Staatsakt die Hand des Präsidenten erkennen wollen. Die Rechte macht ihn als Mitschuldigen der kulturkämpferischen Premierminister für alles Unheil verantwortlich, das auf das gottlos gemachte Frankreich niedergehen wird, den Nationalisten ist er immer noch der durch Panama Befleckte, dem Dreyfusismus Verfallene, der Schützer der Angeber. Mit derselben Bestimmtheit spricht die äußerste Linke gegen ihn den Verdacht aus, daß er im Grunde genommen immer mit den schwarzen Langröcken unter einer Decke gesteckt und dem energischen Vorgehen Combes' nur Schwierigkeiten gemacht hat. Herr Loubet schweigt zu allen diesen Vorwürfen. Wird er reden, wenn er den Zwang der Präsidentschaft abgeschüttelt hat? Wir glauben kaum und ebensowenig glauben wir, daß einer seiner Mitarbeiter aus den letzten Jahren uns über die Tätigkeit Loubets uns überraschende Enthüllungen machen wird. Wir halten das schon deshalb für ausgeschlossen, weil wir an eine tiefgreifende Initiative des Präsidenten nicht glauben. Die vorschriftsmäßige Zugehörigkeit des Herrn im Elysée hat phantastische Leute etwas in ihn hinein „geheimnissen“ lassen, was gar nicht in ihm steckte.

Am ehesten wäre vielleicht die jetzt überall verbreitete Behauptung zu vertreten, daß Loubet der eigentliche spiritus rector der auswärtigen Politik der letzten 7 Jahre gewesen sei. Dem nüchtern forschenden Blick begegnen aber auch bei dieser Hypothese nur Vermutungen, nicht Beweise. Es ist Tatsache, daß der Präsident den Minister des Auswärtigen Delcassé von einem Kabinett ins andere hat übergehen lassen. Es war ihm dies nicht schwer gemacht, da die Ministerpräsidenten seit Méline auf die Führung der Diplomatie keinen Wert

legten und froh waren, wenn sie am Quai d'Orsay einen gewandten Beamten hatten, der die laufenden Geschäfte glatt erledigte. Daß hier eine internationale Verschwörung à la Kaunitz angezettelt wurde, ahnten die guten Ministerkollegen erst, als über den Rhein und die Vogesen her schwarzes Gewittergewölk aufstieg und als der Nachbar, dem man das Haus über dem Kopf anstecken wollte, seine Dampfspritzen heranraffeln ließ und in wohlgezielten kalten Wasserstrahlen sein Verlangen kundgab, man solle den Kindern, die da mit dem Feuer spielten, auf die Finger klopfen und die Flammen löschen, ehe die zu einer Feuerbrunst für beide Häuser geworden seien. Daß aber Loubet es war, nach dessen Anweisungen Delcassé gehandelt hat, ist nicht nachgewiesen; dem widerspricht sogar der Umstand, daß Delcassé keineswegs mit einem festen Programm ins Hotel am Quai d'Orsay eingezogen ist, sondern vielfach seine Tendenzen gewechselt hat, dem widerspricht auch, daß Delcassé schon früher Minister war, ehe Loubet ins Elysée kam. Viel wahrscheinlicher ist die Annahme, daß Delcassé später den Staatspräsidenten für seine Ideen so gewann, daß dieser in den letzten Jahren seinen ganzen Einfluß dem kühnen, aber unvorsichtigen Intriganten zur Verfügung stellte. Noch im Jahre der Weltausstellung galt Loubet als Anhänger einer deutsch-französischen Annäherung, und in den Jahren des Burenkrieges wird niemand an dem Präsidenten der Republik Anzeichen für so weitschauende Pläne wie die Entente mit Großbritannien bemerkt haben. Die Wendung trat erst ein, als England nach Beendigung der südafrikanischen Krise die Gefahren einer splendid isolation zu beseitigen suchte und wie es den Russen in Asien durch den Japaner bewachen ließ, so den unheimlich heranwachsenden deutschen Vetter durch Frankreich in Schach zu halten und jede Annäherung zwischen den alten Gegnern von Jena und Sedan, die damals sozusagen in der Luft lag, zu hintertreiben unternahm. Es hieß Herr Loubet eine Größe beemessen, die ihm fehlt, wenn man ihn als Erfinder der Koalitionspolitik gegen das vereinsamte Deutschland ansprechen wollte. Dies Werk war made in England, und Delcassé, der Loubet zu schieben glaubte, wurde selbst geschoben und war nur eine Schachfigur in den Händen der Männer, die an der Themse den neuen Kurs zu steuern unternahmen. Der ganze Plan entsprach so sehr den eigensten und alleinigen Interessen der Insulaner, daß jeder wirkliche staatsmännische Kopf im Elysée den Fehler in der Rentabilitätsberechnung, die Delcassé für die neue Allianz aufgestellt hatte, sofort durchschaut hätte.

Es ist jetzt noch nicht die Zeit gekommen, das letzte Wort über die auswärtige Politik Frankreichs in der Ära Loubet auszusprechen. Die Liquidation der Marokkoaffäre und die Unklarheit in den Beziehungen zu Deutschland stehen dem im Wege. Als Herr Loubet in Versailles zum Chef der Republik erwählt wurde, war man dabei, den Rückzug von Faschoda mit möglichster Würde anzutreten. Man glaubte am Vorabende eines Krieges mit England zu sein und man beugte sich nur zähneknirschend den kalten Drohungen der Londoner Machthaber, die nur ihre Geschwader im Kanal zusammenzuziehen brauchten, um Frankreich

zum Schweigen zu bringen. Der russische Bundesgenosse, der schon in der Revanchefrage versagt hatte, enttäuschte zum zweiten Male, da er die Niederlage Frankreichs im Sudanstreit nicht verhinderte. In jenen Tagen fragte man sich in Paris: mit oder gegen England, gegen oder mit Deutschland? Es gab Leute in Deutschland, die den Tag für gekommen erachteten, da man sich über die Vogesen die Hand reichen konnte und da eine gemeinsame Intervention für Transvaal der Ausgangspunkt zu einer deutsch-französischen Allianz werden sollte. Die Enttäuschung war bitter. Für jemand, der die Franzosen betrachtet, wie sie sind und nicht wie sein könnten, war es allerdings nie zweifelhaft, daß sie schließlich Ägypten und den nationalen Haß gegen England fahren lassen würden, um einen Verbündeten zur Rache gegen den Sieger von Sedan und den Räuber Elsaß-Lothringens zu erwerben. Für diese Entscheidung ist Loubet mit verantwortlich; er ist mit verantwortlich, wenn Frankreich in diesem Pakt mit England einen Preis an England zahlte, der in gar keinem Verhältnis zu dem etwaigen Gewinn stand. Loubet, durch die Höflichkeiten Eduards VII. und die Liebenswürdigkeiten des englischen Volks bei seinem Londoner Besuch ganz für die Entente gewonnen, wollte auch Delcassé noch im Mai 1905 halten, als er sehen mußte, daß Delcassé seine Maske abwarf und offen auf den Krieg mit Deutschland zielte. Loubet ist mit verantwortlich für die Verlegenheiten, die dem französischen Volk im letzten Jahr bereitet wurden, er ist mit verantwortlich, wenn seine Unkenntnis der wahren Wünsche der Nation Frankreich an den Rand einer Katastrophe gebracht hat. Er trägt diese Schuld nicht vor der Verfassung, er trägt sie aber vor dem Urteil der Geschichte.

Loubet begann seine Präsidentschaft unter Sturmzeichen in der internationalen Politik. Er schließt sie in einer neuen Krise, deren gefährlichster Punkt freilich überwunden scheint. Die englisch-französische Spannung führte zur Entente, wohin wird die deutsch-französische Reibung führen, wenn Marokko von der Tagesordnung verschwindet? Die Erinnerung an Metz und Straßburg ist in diesen 7 Jahren weiter verblaßt, sie ist aber nicht verschwunden und ebensowenig ist die Partei unschädlich gemacht, die Deutschland mit Gewalt wieder nehmen will, was es sich vor nun bald 36 Jahren mit bewaffneter Hand erobert hat. Das französische Volk hat aber in diesem Sommer gezeigt, daß es einen neuen Waffengang, wenn irgend möglich vermeiden will. Darin liegt keine Sicherheit für die Zukunft, darauf läßt sich indes die Hoffnung gründen, daß die friedliche Gesinnung der Nation, die sich im Jahre 1900 in der glänzenden Weltausstellung betätigte, und die weiter erstarkt ist, allmählich auch zu einer Verständigung zwischen den Vogesennachbarn führen wird. Das ungewollte Verdienst der Loubet-Delcasséschen Politik ist es, beiden Nationen klargemacht zu haben, daß den größten Teil der Schuld an der gegenseitigen Verfeindung Mißverständnisse tragen, die von übelwollenden und falschen Freunden genährt werden.

Abgesehen von dem Marokkofiasiko war die Ära Loubet äußerlich eine Zeit glänzenden Aufschwungs in dem internationalen Prestige Frankreichs. Kein

Präsident hat so viel Reisen an Fürstenthöfe machen können, wie Emile Loubet, keiner hat so viel fremde Monarchen als erster Bürger der Republik in Paris begrüßen dürfen. Die angespannten Ententen haben Frankreich eine Rückenbedeckung gegeben, die es ihm ermöglichten, die Krise dieses Jahres mit Würde zu überstehen. Die Beziehungen der Republik zu allen Mächten sind ausgezeichnet geworden, und wenn im Jahre 1900 noch hier und da Abneigung bestand, die Weltausstellung zu beschicken, so kann heute die französische Eitelkeit sich damit brüsten, daß Paris wieder ein Rendezvous von Königen und der Mittelpunkt des Genußlebens für die ganze Welt geworden ist. Das Kolonialreich der Republik hat dank der hier unbestreitbaren Verdienste Delcassés eine ungeahnte Entwicklung genommen, wenn auch im Orient infolge der französischen Kirchenpolitik der Einfluß der Republik im Sinken ist. Die Schattenseiten bei diesem Glanz sind, daß Frankreich aus der Vormundschaft Rußlands in die Vormundschaft Englands übergegangen ist, was sich am empfindlichsten in Ostasien zeigt. Diese Notwendigkeit für Frankreich, fremde Protektion zu suchen, wird erst dann aufhören, wenn man zu der Einsicht gekommen sein wird, daß eine Gesundung Frankreichs und die Einnahme einer angemessenen Stellung im Rate der Völker erst dann möglich sein wird, wenn man sich mit dem mächtigen Nachbarn im Osten vertragen und den Gedanken ehrlich und ganz und gar aufgegeben hat, ihn isolieren, ungestraft beleidigen und ihn in seinen Rechten stören zu können.

Muß man nach diesen Erwägungen als Gesamteindruck des Regimes Loubet in der internationalen Politik den Satz aussprechen, daß der äußere Glanz und Aufschwung der Republik nicht ganz dem wahren Wert des in dieser Zeit für Frankreich und durch Frankreich erreichten entspricht, ja, daß die Notwendigkeit einer Anlehnung als Folge einer offiziell abgelehnten, aber in Wahrheit nicht aufgegebenen Revanchepolitik noch mehr als früher zu Tage getreten ist, so wird das Endurteil über die innere Politik in den letzten 7 Jahren etwas günstiger lauten dürfen. Wenn heute kein Staatsstreichversuch wie der Déroulèdes im Jahre 1899 zu erwarten ist, wenn heute eine feudal-reaktionäre Gesellschaft nicht wagen wird, den Staatspräsidenten vor allem Volk auf dem Rennplatz mit Stockschlägen durch eins ihrer Mitglieder beleidigen zu lassen, wenn heute der unheilvolle Dreyfusprozeß zu den halbvergesenen Dingen gehört, wenn kein Assumptionistenorden Millionen als Kriegsfond gegen die Republik ansammeln kann, so ist das der Regierung der Ministerien unter Loubet zu verdanken. Wir möchten die Festigung des republikanischen Gedankens als den besten Erfolg dieser Ära bezeichnen. Man ist heute soweit, daß man eine monarchistische Staatsumwälzung als nahezu ausgeschlossen betrachten kann. Nur ein Feldzug, ob siegreich oder unglücklich, könnte einem militärischen Diktator den Weg zur Monarchie frei machen, und in diesem Gedanken liegt eine der sichersten Bürgschaften Europas vor einem Rückfall Frankreichs in Angriffslust gegen seine Nachbarn. Die innere Beruhigung ist zum großen Teil der Erschöpfung zu verdanken, in die das Volk nach den Delirien der Boulanger- und dann der Dreyfus-

zeit verfallen war. Die Erschöpfung hat eine Gleichgültigkeit weiter und nicht der schlechtesten Kreise gegen alle Politik zur Folge gehabt, die schließlich ebenso bedenklich werden kann, wie es die Überheizung vor 10 Jahren war. Die Gleichgültigkeit gegen die Staatsangelegenheiten ist sogar hier und da zur offenen Abneigung geworden gegen die Tyrannei und die Mißgriffe einer Partei, die alle freiheitlichen Grundsätze über Bord warf, sobald sie sich als absolutistische Herrscherin im Parlament festsetzen konnte, wo sie bisher in eigenem Interesse Duldsamkeit und Liberalität gefordert hatte. Das Erstarken des republikanischen Sinnes hat schließlich den Fehler, daß man sich ängstlich an den Buchstaben der Verfassung von 1875 klammert und notwendige und heilsame Änderungen ablehnt, aus Furcht, es könnten Gefahren für die Konstitution oder auch die herrschende Partei daraus erwachsen.

Die Vorgänge bei Felix Faures Leichenbegängnis, die Zweideutigkeit gewisser Offizierkreise, die rohen Angriffe auf den Präsidenten Loubet, die Enthüllungen durch den Prozeß gegen die „Croix“ und den Assumptionistenorden, der „Hochverrat“ der Buffet, Lur-Saluces, Guérin, Habert und Déroulède und andere Ereignisse zeigten, an welchen Abgrund die Republik durch die Dreyfuswirren geraten war, in denen sich das Volk selbst wütend zerfleischte. Das Land schien eine leichte Beute für jeden unternehmungslustigen Präbendenten. Das erste Ministerium, das Loubet berief, nachdem Dupuy abgedankt hatte, ward auf den Namen Waldeck-Rousseau getauft und übernahm die „republikanische Verteidigung“. Die Dreyfusaffäre, deren Geheimnisse man nicht preisgeben konnte und wollte, wurde durch eine Art Kompromiß aus der Welt geschafft. Der jüdische Exkapitän wurde abermals verurteilt, dann aber begnadigt. Er nahm zunächst diese Begnadigung an und verlor durch diese anscheinende Kleinmütigkeit jede Anziehungskraft auf jene Volkskreise, die in ihm einen Märtyrer des Offizierübermuts verehrt hatten. Gallifet nahm die Armee in strenge Zucht, und ein scharfes Vorgehen gegen antirepublikanischer Gesinnungen Verdächtige in Heer, Marine und Verwaltung schloß sich an. Der katholische Klerus hatte es durch seine widerstrebende Haltung gegen alle römischen Ermahnungen, sich mit der Republik auszuföhnen, verschuldet, wenn sich gegen ihn die Hauptarbeit des neuen Kurses richtete. Das Vereinsgesetz sollte eine Waffe sein, um den Gefahren zu begegnen, die aus einer Koalition des intransigenten Katholizismus mit den Verfassungsgegnern entstehen konnten. Nach dem Willen seiner Schöpfer war damit die Bedeutung des neuen und grundlegenden Gesetzwerks erschöpft. Waldeck-Rousseau, angespannt durch die nervenzerrüttenden Kämpfe und durch körperliches Leiden, legte die Zügel der Regierung nieder, als Neuwahlen gezeigt hatten, daß die demokratische Republik aller Gefahren überhoben sei. Die parlamentarischen Erfolge des Ministeriums waren der Taktik zu verdanken, alle entschieden republikanischen Parteien, die Sozialisten eingerechnet, zusammenzufassen, um in einer geschlossenen Front die ganze Kraft gegen die Rechte wenden zu können. Der Senator übernahm diese Taktik.

Parteien, die durch ein einseitiges Kampfprogramm ans Ruder gekommen sind, ohne einigende positive Gedanken, sind genötigt, auch nach ihrem Siege Angriffsobjekte zu suchen, da sie nur durch weiteren Kampf nach außen den inneren Zusammenhalt und ihre Herrschaft wahren können. Dadurch wird auch jede Regierung, die sich auf den Radikalismus stützt, genötigt, sich immer weiter ins Extreme zu entwickeln. Combes nahm die Waffe des Vereinsgesetzes, um sie nicht gegen den staatsfeindlichen Klerikalismus, sondern gegen die Kirche selbst zu brauchen. Er gab dem Gesetz eine ganz willkürliche und rechtswidrige Auslegung und versagte allen Orden, auch denen, die sich dem Gesetz unterwarfen, die Genehmigung. Die Vertreibung der Schulkongregationen brachte ihn auf den Kampf gegen den geistlichen Unterricht überhaupt. Ihm fehlte die Kraft, das staatliche Unterrichtswesen zu reorganisieren, in seinem Zerstörungseifer wollte er zunächst einmal alle Institute wegräumen, die seinem „Laicisierungs“gedanken unbequem waren, die aber bei den unentwickelten Staatsschulen zunächst nicht entbehrt werden konnten. Die gemäßigten Republikaner wollten da nicht mehr mittun und, um sich im Sattel zu halten, verschrieb sich Combes der alleräußersten Linken, die immer drohender die Kündigung des Konkordats verlangte, von der der Ministerpräsident selbst gar nichts wissen wollte. Der Fall der Bischöfe von Dijon und Laval und der Protest Pius X. gegen die Romfahrt Loubets gaben Combes die willkommene Gelegenheit, seinen Umfall in der Konkordatsfrage erklärlich zu machen. Er berief den französischen Gesandten beim Vatikan ab und betrieb nun mit Eifer die Trennung von Staat und Kirche, deren fanatischer Vorkämpfer er wurde. Gleichzeitig war man in der Verwaltung von dem System der republikanischen Verteidigung zu dem des Angriffs übergegangen. Man terrorisierte mit den Blocdelegationen die ohnmächtige Opposition im Parlament, man setzte in allen Departements Vertrauensmänner ein, die bei allen Beamten und auch bei Privatleuten die Gesinnung ausspionieren sollten. Von stramm kirchenfeindlichen und politisch radikalen Anschauungen wurden die Schulbeweise der Verwaltung abhängig gemacht. In der Marine begünstigte man die sozialdemokratischen Arbeiter und hegte die Untergebenen gegen die mißliebigen Vorgesetzten auf. Im Heer richtete man durch freimaurerische Offiziere ein schamloses Spionagesystem ein, um kirchlich und oppositionell gesinnte Offiziere maßregeln und die Beförderung unmöglich machen zu können. Darüber mußte zuerst André, der Kriegsminister, stürzen, und die allgemeine Erregung gegen die mit so unsauberen Mitteln arbeitende Paschawirtschaft der Regierung führte zu einer immer stärker werdenden Sezessionsbewegung im Lager der alten Mehrheit. Der petit père konnte sich nicht mehr halten, da der Aufruhr gegen ihn auch die Radikalen anfing mitzureißen und er mit den Sozialisten und Radikalsozialisten allein nicht regieren konnte. Die Verhezung des Parlaments in antikirchliche Leidenschaften war aber so mächtig geworden, daß Rouvier, der neue Kabinettschef, die Separation von Staat und Kirche durchzuführen mußte, die sein Vorgänger als sein Vermächtnis hinterlassen.

Die Vermittlung des alten Bloc hatte aber die bisherige Mehrheit schwankend gemacht, und Rouvier suchte die Progressisten und Waldeckianer wieder an sich heranzuziehen. In der gegenwärtigen Kammer ist indes die combiftische Linke noch immer so mächtig, daß der Ministerpräsident genötigt war, mit ihr sich wieder durch einige Personalveränderungen im Kabinett zu versöhnen, zumal er als neuer Minister des Auswärtigen in der Marokkofrage eine starke Mehrheit brauchte. Von dem positiven Programm der Ara Loubet und ihrer drei Ministerien ist nur die zweijährige Militärdienstzeit durchgeführt; die große sozialpolitische Vorlage, die Steuerreform und die Eisenbahnverstaatlichung sind immer noch nicht Gesetz geworden. Die Übertreibungen der unseligen Combeszeit haben die Einigkeit der Republikaner, die Waldeck geschaffen, wieder zerrissen. Die Vergewaltigung der Rechte der Kirche hat die gläubige Bevölkerung in die Opposition getrieben, die Armee ist durch die Angebereien zermühlt, die übermütige Sozialdemokratie hat eine antipatriotische Heze gegen das Heer und eine Gewerkvereinsbewegung ins Leben gerufen, die offen anarchistische Ziele verkündet und viele Kreise der Beamenschaft bereits ergriffen hat. Die Sicherung der demokratischen Republik ist also durch neue Spaltungen im Innern teuer erkauft. Wie weit Loubet die moralische Schuld an diesen schweren Fehlern trifft, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls trägt er ebenso wie für die Mißgriffe in der äußeren, so auch für die Sünden der inneren Politik in diesen 7 Jahren die Verantwortung, denn er hat sie nicht verhindert, obwohl es nach der Konstitution sein Recht, wo nicht gar seine Pflicht war. Er zog es aber vor, Konflikte aus dem Wege zu gehen. Die Zeiten sind ruhiger geworden, was man schon in der Seltenheit der Ministerkrisen in der Ara Loubet erkennen kann; dennoch hinterläßt auch Loubet dem neuen Präsidenten die schwere Aufgabe, die er selbst vor 7 Jahren übernommen: ein in sich entzweites Volk wieder innerlich zu versöhnen.

Eine neue Zeit bricht an. Frankreich erhält aller Wahrscheinlichkeit nach einen neuen Präsidenten, es erhält auch im Mai einen neuen, den wahren Souverän: eine neue Deputiertenkammer. Lange genug ist dem Volk das Wort entzogen gewesen, lange genug haben es parlamentarische Geschäftsleute gehabt, die keineswegs immer die moralische und geistige Blüte der Nation darstellen. Im Mai votum werden wir erst das Urteil Frankreichs über das Zeitalter Loubets erkennen können und werden sehen, welche neuen Wege die Demokratie einzuschlagen gedenkt. Wir wünschen unseren Nachbarn, mit denen wir trotz aller Meinungsverschiedenheiten in so enger Kulturgemeinschaft leben, daß der neue Tag ihnen im Innern erspriessliche Arbeit geben möge, die ihrer stolzen Geschichte würdig ist, und daß sie endlich erkennen mögen, daß jenseits der Vogesen kein heimtückischer Feind auf sie lauert, sondern ein Volk, das in Frieden und, wenn es möglich ist, in ehrlicher Freundschaft mit ihnen leben will; dann werden wir nach weiteren 7 Jahren ein erfreulicherer Ergebnis als heute bei einem Rückblick feststellen können.





Neue Jugend-Literatur.

Von

Victor Blüthgen.

Vom diesjährigen Weihnachtsmarkt noch allerlei post festum. Darunter ein echter Otto Julius Bierbaum: Äpfel Kerns Abenteuer in 43 Kapiteln. Frei nach Colodis italienischer Puppenhistorie Pinocchio. Mit 65 Zeichnungen von Urad Schmidhammer. München und Leipzig, Georg Müller. Eine drollig-barocke, phantastische Märchengeschichte, halb Brentano, halb G. L. N. Hoffmann, der ein in Italien populär gewordenes Werkchen zu grunde liegt. Eine kleine, freche Holzgeschnitzte Kasperlefigur lebt sich darin mit einer Fülle originell erfundener Geschehnisse aus, die so kurzlebig-haftig wie wunderliche Traumbilder am Leser vorüberziehen; in der Tat: das Buch liest sich wie die Niederschrift eines Traumes, wie ihn ein Poet von der purzligen Phantasie Bierbaums träumt — ein Farben- und Formenspiel, durch das doch mehr oder weniger klar eine tiefere Bedeutung durchschimmert. Es ist mit Bierbaumscher Flottheit und Farbigkeit des Ausdruckes geschrieben, frisch und knapp und übermütig; ich mag ihn gern, diesen Otto Julius, er ist einer der ganz wenigen unter den Modernen, in denen echter Humor und wirkliche Lebensfröhlichkeit steckt und die naiv und lebenswürdig aus der Notwendigkeit zu fabulieren heraus schaffen. Der den Äpfel Kern geschrieben hat, ist ein Könnler, das verrät jede Zeile, wie mancher auch versucht sein mag, das Buch als „tollen Unsinn“ abzutun. Die Ausstattung ist vornehm lustig, die flotten charakteristischen Zeichnungen Schmidhammers halten sich im Rahmen der Bierbaumschen Art.

Zwei anders geartete, vortreffliche Werke weisen auf Vermächtnisse Lohmeyers an die Nation zurück: Der Leutsreffer und sein Bub von Richard Weitbrecht bildet den 17. Band von Lohmeyers vaterländischer Jugend-Bücherei (München, J. F. Lehmanns Verlag), und ein 4. Band von Auf weiter Fahrt, Selbsterlebnisse zur See und zu Lande, der von Lohmeyer begründeten und nach seinem Tode von Kapitänleutnant a. D. Georg Wislicenus in seinem Geiste weitergeführten Marine- und Kolonialbibliothek (Leipzig, Wilhelm Weicher), sorgt, daß auch diese Schöpfung des Verewigten lebendig bleibt. Der Leutsreffer ist der von seinen schweizerischen Segnern so bezeichnete Vater und Abgott der Landsknechte in ihrer Glanzzeit: Georg von Frundsberg, und das Weitbrechtsche Buch führt den alten prächtigen Gaudegen von seinem ersten geschichtlichen Auftreten bis zu seinem Tode der Jugend vor Augen. Mit ihm ein besonders interessantes Stück deutscher Geschichte. Aus verbindender Geschichtsdarstellung taucht eine Reihe lebendig gemalter Bilder auf — welche Fülle von Milieu und Gestalten! Süddeutsche Raubritter, Städter und Bauern, die Truppen der Italiener, Schweizer, Franzosen und nicht zuletzt die deutschen Landsknechte — die Kaiser Maximilian und Karl V., der Franzosenkönig Franz I., Herzog Ulrich von Württemberg, Götz von Berlichingen, Hutten und Sickingen, Luther auf dem Reichstage zu Worms und wer sonst noch! So glücklich ist hier Darstellung und Erzählung gemischt und um die herzerquickende, durch und durch deutschlichste Figur Frundsbergs gruppiert, daß man sich keine erfreulichere Geschichtslektion für unsere Jugend wünschen kann, für deren persönlichstes Interesse

überdies durch die eingefügte Figur eines jungen Burschen gesorgt ist, der sich im Anschluß an den vorbildlichen Landsknechtsoater entwickelt. Die 8 beigelegten Wollbilder nach Originalen von Anton Hoffman sind ein bißchen zu derbe und mild für das junge Auge. — Von Kolonien und Koloniegründungsarbeit spricht das zweite Buch. Siebzehn Aufsätze — ein reicher Schatz, in sich außerordentlich verschiedene: frisch gesehene Augenblicksbilder, Briefe, Tagebuchblätter und daneben gründliche Studien völkisch-geographischer Art, Ergögliches und Kunde von schwerer Arbeit und atembeklemmenden Gefahren. Vorweg eine kurze warme Wisßmann-Biographie, von Liebert geschrieben, der dann auch in einem Aufsatz über Uhehe den Kampfplatz der blutigen Kämpfe mit den Wahehes aus eigener Anschauung schildert und für die Besiedelung dieses Teils von Ostafrika eintritt. Ältere Ostafrikaerinnerungen frischt außer einer munteren Nilpferdjagdskizze des Marinestabarztes Dr. Sander noch Hauptmann Leue auf, der die Fühlkepisode im Somaliland zwar nicht selbst erlebt hat, wohl aber sein Konversationslexikon, das er bei seiner Teilnahme an der Peters-Expedition später wiedersah. Von Südwestafrika reden der Straußenjagdbereich Hauptmann Schwabe und des Stabsarztes Dr. Kuhn Ritt in das Sandfeld mit seiner Verdurstungsgefahr, daneben die ergreifenden, so frisch-fröhlich klingenden Briefe zweier gefallener Helden der jüngsten Ereignisse: der Leutnants von Arnim und von der Marwitz, die ebenso wie Wisßmann im Porträt beigegeben sind. Zwei besonders interessante Berichte führen nach Kamerun: Oberstleutnant von Morgen, der Nachfolger Kunds, berichtet über seine Forschungs Expedition, Oberleutnant Lesner über seine Strafexpedition wider die menschenfressenden Ngolo. Von Samoa plaudert sehr hübsch Kapitän Meuß, der den alten Malietoa heraufbeschwört, von seiner Sendung nach Neuguinea Dr. Finsch; chinesische Erinnerungen gibt außer Marinepfarrer Heims und Kontreadmiral Rosendahl besonders Oberleutnant Fritsch zum besten, der den Einzug in die verbotene Stadt mitgemacht hat. Sehr reichhaltig plaudert Konsistorialrath Gödel über Japan, mit einer Fülle lustiger Züge. Hinzugefügt sei, daß außer den erwähnten Porträts noch 15 Wollbilder nach Photographien das vornehm ausgestattete Werk zieren, das wärmster Empfehlung wert ist.

Von ernstem, sorgfältigem Bemühen, der Jugend bestes zu bieten, zeugen auch wieder die neuesten Jahrgänge des Deutschen Knabenbuchs und des Deutschen Mädchenbuchs aus dem E. Thienemannschen Verlag in Stuttgart, „Jahrbücher der Unterhaltung, Belehrung und Beschäftigung“ für unsere Knaben und Mädchen. Die Illustrationen sind älteren Typs, aber in ihrer Art recht gut — überhaupt halten sich beide Bücher von der Moderne fern. Die Erzählungen sind nach der herkömmlichen Unterscheidung von Knaben- und Mädchenlektüre gewählt: dort bis auf eine steirische Knabengeschichte historisch gefärbt, kriegerisch, abenteuerlich, hier vorwiegend die bessere Nachsichgeschichte, doch auch auf die See übertragen und daneben ein hübsches Geschichtchen aus der Geschichte der brandenburgischen Prinzessinnen und ein wichtig-ernsthaftes altisländisches Kulturbild. Außerdem aber eine bemerkenswerte Fülle von Belehrung: Biographien, Kulturstudien, geographische Anschauungsbilder, Naturgeschichtliches — dies mit den saubersten, anmutigsten Buntbildchen illustriert: Orchideen, Kolibris, Tauben und Hühner — physikalische und technische Kapitel; und Kunststücke und Rätsel — der Atem geht einem aus, wenn man den reichen, meist von anerkannten guten Namen und Autoritäten gelieferten Inhalt zu erschöpfen versucht. Jedenfalls sind diese Bücher von keiner Konkurrenz übertroffen, wenn sie auch mehr Buchhändlerware als „Literatur“ im höchsten Sinne bedeuten.

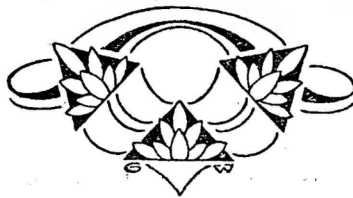
Ein eigen Gesicht zeigen Dr. Karl Kraepelins Naturstudien im Hause, Plaudereien in der Dämmerstunde, mit Zeichnungen von D. Schwindrazheim (Leipzig und Berlin, B. G. Teubner). Sie liegen schon in 3. Auflage vor, mit teilweise veränderten, nicht sonderlich reizvollen Illustrationen, die doch für den Zweck

genügen. Es handelt sich da um naturwissenschaftliche Belehrungen, deren einzelne Kapitel sich an Beobachtungen im Hause anschließen, in der Dialogform etwa des alten Campe gegeben. Wasser, Spinnen, Kochsalz, der Kanarienvogel, Pelargonium, Goldfische, Steinkohlen, die Stubenfliege, Pilze, Hunde und Hundewürmer, Blattpflanzen, Hausinsekten und schließlich ein Allerlei — jedes führt knapp und verständlich weiter zu Naturgeheimnissen, die an der Hand der neuesten Forschung erschlossen werden. Ein tüchtiges, überaus lehrreiches und gefälliges Buch, das eine Art naturwissenschaftlichen Katechismus für die Jugend darstellt.

Hierzu kommen weiter ein paar Buntbilderbücher mit Texten von dichterischem Gehalt: Märchen und Kinderlyrik, die alle bezeugen, wie achtungswert der Baum der „Kunst für die Jugend“ sich entfaltet hat. Gutes liefert da wieder der Verlag von E. Nister in Nürnberg, der von Martin Boelitz beraten ist: Die Erdmännlein, Märchen und Bilder von Julius Widmann, und Allerliebster Plunder, Kinderlieder von Ad. Holst, mit Bildern von Paul Hey; beiden verwandt in Ausstattung: Kiwitt! Ein Scherzbüchlein für Kinder von Wilh. Kozde, mit Bildern von D. Gebhardt (Berlin, Joh. Kade). Quartbilderbücher, von denen das erste und dritte ganz vorzüglich modern illustriert sind, während die Hey'schen Illustrationen zu dem zweiten zahmer sind und mehr nur nach der Moderne hinüberschielen. Seltsam, wie heute die feine alte Realistik und der moderne Plakatsstil sich scheiden, wie Öl und Wasser, und wie die Illustrationen der letzteren Art mit ihrer Drahtik, die nur im Strummelpeter einen Vorläufer hat, bestechen; mir scheint, die Lage der älteren Kunst, die sich am zähesten in Stuttgart erhält, sind gezählt, über das Feinere siegt das Stärkere. Die Widmann'schen Märchen sind nicht gerade bedeutend, manchmal schwach in der Pointe, doch gesund erzählt, für die Jüngsten; die Holst'schen Kinderlieder liebenswürdig fein, ein bißchen weichlich, mit etwas viel Klingklang, doch hübsche, echt volkstümliche dabei, während Kozde kräftiger den Spuren des Volksreims nachgeht, namentlich in den plattdeutschen Verschen, wenn auch hie und da den allzuflattrigen ein festerer Kern zu wünschen wäre. Auf alle Fälle hat man im Hinblick auf beide alle Ursache, sich zu freuen, daß die Jugenddichtung so bewußt angefangen hat, auf dem Volksreim weiterzubauen, der der natürliche Wegweiser für Jugendlyrik ist, um uns von der unseligen pedantischen Schulmeisterreimerei „für“ die Jugend zu erlösen.

Um dem Volke billig bessere Jugenddichtung zugänglich zu machen, haben Schall und Kentel, Berlin, einen Jugendkalender „Goldene Tage“, begründet von Egon S. Straßburger und Wilh. Kozde, sowie ein Bändchen Kinderreime zu 50 Pf. „Unser Schatzkästlein“ herausgegeben. Der Kalender enthält moderne Schwarzillustrationen, darunter viele von Hans Thoma, dem auch eine Biographie gewidmet ist. Zum Text haben außer mir noch Trojan, Paula Dehmel, Maurice von Stern, Martin Boelitz, Otto von Leizner u. a. beige-steuert, am meisten die Herausgeber — Märchen und Liedchen; auch ein paar Kompositionen von Hans Hermann und Gustav Lazarus sind beige-fügt. Das Schatzkästlein ist zu gleichen Teilen von mir, Trojan und Straßburger bestritten und der Verlag hat uns drei im Portrat beige-fügt.

Man sieht: die bücher- und bilderhungrige Jugend braucht nicht zu darben.





Monatsschau über auswärtige Politik.

Von

Theodor Schiemann.

16. Januar 1906.

Das blutige Jahr 1905 ist zu Ende gegangen. Es war eines der blutigsten, von denen die Weltgeschichte weiß. Blutiger als das Jahr 1870/71, obgleich im deutsch-französischen Kriege erheblich größere Heeresmassen einander gegenüberstanden, und gewiß nicht mit minderem Tapferkeit auf beiden Seiten gefochten worden ist. Aber vor einem Menschenalter waren die Zerstörungsmittel des Krieges noch weit weniger furchtbar, es ging dem Landkriege nicht der Seekrieg parallel, dessen Schäden für den Unterliegenden doch noch weit größer sind als für geschlagene Feldtruppen; endlich, der Krieg war nicht so barbarisch in seinen Ausschreitungen und in seiner Wut. In Rußland, das auch dieses Mal nach französischen Vorbildern schielte, hat die Revolution die Niederlagen des Heeres ebenfalls durch Umsturz der Monarchie zu rächen versucht. Aber während in Frankreich der geschlagene kranke Kaiser sich selbst aufgab, hat das Zartum sich in Rußland behauptet, und es ist zum Glück alle Aussicht vorhanden, daß es dabei bleiben wird. Das ist jedoch der einzige Punkt, in dem Rußland sich stärker zeigte als Frankreich. Die Kommune in Paris und die parallel laufenden Erhebungen in Toulon und Marseille wurden energischer und vor allem schneller niedergeschlagen als die Revolution in Moskau und in all den städtischen und ländlichen Mittelpunkten der anarchistischen, sozialistischen und kommunistischen Revolution in Rußland. Es ist nicht vorgekommen, daß ganze Departements der Agrarrevolution zum Opfer fielen, und es läßt sich nicht verkennen, daß Frankreich sein Unglück mit Würde und patriotischer Kraft trug. Auch fand sich sofort eine Reihe hervorragender Männer, welche die durch Unfähigkeit der Träger oder durch das Verhängnis der Zeit leer gewordenen Posten in Ehren ausfüllen und mit neuem Leben erfüllen konnten. Mit einem Wort, die Nation versagte nicht. In Rußland hat sich nach all diesen Richtungen ein großes Manko gezeigt. Und das ist es, was den Pessimismus hervorruft, dem auch wir uns nicht entziehen können, wenn wir in die russische Zukunft zu blicken versuchen. Die Generation der Alten ist an den Aufgaben geseheitert, welche die Zeit stellte, der Generation der Jungen Vertrauen entgegenzutragen, ist kaum möglich. Sie hat nichts gelernt und sich allen Schlagworten gegenüber widerstandsunfähig gezeigt. Sie erwartet das Heil von Formen und Formeln, nicht

von einer sittlichen Erhebung der Geister und hat noch jedesmal, wenn sich ihr die Gelegenheit bot, auf loyalen Wege das erstrebte Ziel, die Reichsreform im konstitutionellen Sinn zu erreichen, die Hand zurückgestoßen, die sich ihr entgegenstreckte. So kam es dahin, daß nach langem Hin- und Herschwanken die Regierung endlich tat, was sie längst hätte tun müssen. Sie schlug den Aufstand nieder, wo sie stark genug war, es zu tun. Aber es wäre eine ungeheuerliche Übertreibung, wenn man die in Moskau während der Straßenkämpfe gefallenen Opfer und die dabei geschehene Zerstörung den Schäden an die Seite stellen wollte, welche die Niederwerfung der Kommune in Paris begleitet haben. Diers war aus Erbarmen erbarmungslos. In Rußland gehen Brutalität, Schwäche und Sentimentalität nebeneinander her, und eben deshalb flackert das schlecht gelöschte Feuer überall wieder auf. Auch hat es in Frankreich an keiner Stelle Meutereien der Truppen gegeben. Sie haben überall ihre Pflicht getan, ohne Bögnern, auch da, wo es galt, die eigenen Landsleute zu staatlicher Organisation zurückzuzwingen.

Aber allerdings ein gewaltiger Unterschied bestand. 1870 und 1871 gab es noch keine international organisierte Sozialdemokratie, es gab keinen Anarchismus und Kommunismus von gleicher Ausbreitung und Ruchlosigkeit wie heute, endlich, es war nicht eine systematische Vergiftung der Volksseele durch fast ein Menschenalter vorausgegangen. Das alles hat die russische Revolution weit schrecklicher gemacht als die französische, die mit dem 4. September 1870 anhub und in deren Ergebnisse das revolutionäre Rußland so gern ausgemündet wäre. Man wird aber mit aller Bestimmtheit behaupten dürfen, daß, wenn ein Volk von alter Kultur und stürmischer Geschichte einige Jahrzehnte hindurch ohne allzu große Schädigung ein republikanisch-sozialistisches Regiment ertragen hat, daraus noch nicht der Schluß gezogen werden darf, daß eine Nation wie die russische, die sich in ihren neuen Kulturschuhen noch höchst ungemütlich fühlt, das französische Vorbild verwirklichen könnte. Ein russischer Publizist hat kürzlich den Versuch gemacht, das Bild der Zustände zu zeichnen, welche sich für Rußland ergeben möchten, wenn die „Freiheit“ siegte. Vor allem, sagt er, wäre Rußland erfroren, da die Kohlenlager vom Don und von Dombrowa und die Naphthaquellen von Baku nicht mehr zu Rußland gehören würden, sondern zu jenen autonomen Staaten, die man aufbauen wollte, und deren Vorteil es dann wäre, für sich selbst und nicht für Rußland zu sorgen. Auch ohne Zollkordon ließe sich das mit Hilfe hoher Frachtsätze erreichen. Rußland, fährt er fort, hätte auch mit Ausnahme von Petersburg, das 6 Monate lang durch den Winter gesperrt wird, und von Archangel, das nur 4 Monate lang zugänglich ist, keine Seehäfen, da alle guten Häfen ebenfalls den Autonomen gehören würden. Übrigens wäre das vielleicht kein großer Schade, da es wohl nur gelegentliche Ausfuhr geben würde: Asche von verbrannten Gutsgebäuden und Bibliotheken, oder Bomben für das Proletariat des Auslandes. Denn Getreide werde nur aus den Feldern der Gutsherren exportiert, die Bauern aber hätten selbst $\frac{1}{3}$ des Getreides kaufen

müssen, das sie zum Unterhalt brauchten, könnten also an Ausfuhr nicht denken. Selbstverständlich würden alle Fabriken eingehen, welche für Luxusbedarf und für den Bedarf der mittleren Klassen sorgen, wie Seide, Wolle usw. Denn daß sich der Wohlstand der ländlichen Bevölkerung heben werde, sei eine Utopie. Sie habe zum Teil von dem Lohn ihrer Arbeit auf gutsherrlichem Boden gelebt, und werde, sobald diese Einnahme wegfalle, in ein Defizit geraten. Wolle man aber das Bauerland durch Überweisung von Waldbareal vergrößern, so werde man erreichen, daß die Flüsse versagen und das Land unbewohnbar werde, denn der Bauer rotte den Wald aus. Wolle man zum besten der Bauern expropriieren, so werde man genötigt sein, mehrere Milliarden Rubel aufzunehmen, um die gegenwärtigen Besitzer zu entschädigen. Aber wie ließe sich darauf rechnen, daß ein Staat Kredit finde, der das Privateigentum nicht achte? Wenn endlich wirklich eine solche Anleihe perfekt werden sollte, könnte es doch nur zu höchst ungünstigen Bedingungen geschehen, und wer solle dann die Zinsen zahlen, wenn nicht der Bauer? Neuland sei in Rußland sehr schwer zu finden, es könne sich nur um eine intensivere Kultivierung des vorhandenen Bodens handeln, was ungeheure Kapitalien beanspruche, die man einem zerfallenden sozialistischen Staatswesen gewiß nicht gewähren würde. So bleibe nur die Kolonisierung oder die Auswanderung übrig.

Noch unsinniger als das ökonomische sei das politische Programm der Sozialrevolutionäre und Autonomisten. Grusien, das man autonom machen wolle, sei halb russisch halb türkisch, Bessarabien habe teils zum Chanat der Krim, teils zur Türkei, teils zu Polen gehört, Bialystok sei preußisch gewesen, die Gouvernements Cherson und Odessa gehörten zur Krim und die meisten Siedlungen trügen noch jetzt tatarische Namen, andererseits sei das Gebiet von Kleinrussen durchsetzt; wozu solle man es also schlagen, zur Ukraine, zur südlichen Tartarei oder zu jener südwestlichen Republik, die nach dem 30. Oktober von einem unternehmenden Juden in Odessa proklamiert wurde?

In ähnlicher Weise geht der Verfasser — Herr Stalkowski — die übrigen von den „Autonomisten“ für ihre Föderation beanspruchten Gebiete durch. Er meint, wenn man Polen wiederherstellen und Kleinrußland autonom machen wollte, könne man ebenso gut verlangen, daß das byzantinische Reich wieder aufgerichtet, Stralsund den Schweden, Calais und Bordeaux den Engländern zurückgegeben werde. Die Folge der Herstellung jener in Rußland aufgegangenen Selbständigkeiten aber werde überall die Vertreibung der Russen aus den „Autonomien“ sein, und es werde dann schwer fallen, den Vertriebenen eine Unterkunft im übrig gebliebenen großrussischen Territorium zu schaffen, zumal wenn man bedenke, daß fast alle Universitäten in den „fremden“ Gebieten liegen und daß der sozialistische Staat weder Fabriken, noch Bergwerke, noch Herrengüter dulde, die Nachfrage nach technischer Arbeit aber gering sein werde. Der Vorteil von allem werde nur den Advokaten zufallen, da es in Rußland gleichzeitig gegen 20 verschiedene bürgerliche Gesetzbücher geben werde usw. Er schließt diese

Betrachtung mit einer Empfehlung der zentralisierten Staatsmacht im Gegensatz zu den „Vereinigten Staaten von Rußland“, die von den Moskauer Staatstheoretikern allen Ernstes diskutiert und empfohlen wurden und die man hier und da bereits ins Leben zu rufen bemüht gewesen ist!

Wir sind so ausführlich auf die Wiedergabe dieser zum Teil recht kindlichen Ausführungen, die das Fortbestehen des russischen Einheits-Staates rechtfertigen sollen, eingegangen, weil die Tatsache, daß eine solche Verteidigung überhaupt notwendig erschien, überaus merkwürdig und beachtungswert ist. Wir erkennen hier, wie völlig zerfahren das politische Denken der Nation ist, und wie sehr es not tut, wenn nicht anders, mit rücksichtsloser Gewalt die Grundlagen staatlichen Lebens wieder herzustellen. Zustände, wie sie in den letzten zwei Monaten in den russischen Ostseeprovinzen bestanden haben und zum Teil noch heute bestehen, spotten des Namens Kulturstaat, den Rußland als europäische Großmacht für sich doch in Anspruch nimmt. Auch wird dieser Anspruch nicht eher wieder in der Praxis des politischen Lebens sich geltend machen können, bis auf diesem Boden, der die Brücke Rußlands zum Abendlande hin darstellt, Gesetz und Recht wieder zu Ansehen gelangt und die Mordbrennerei der dort wütenden Sozialrevolutionäre ihre Sühne gefunden hat.

Wie die Dinge nun einmal liegen, weist das Interesse Deutschlands darauf hin, daß die Autorität des Zaren nach Möglichkeit gewahrt bleibe. Namentlich wäre, nach der vor aller Welt erwiesenen Unfähigkeit der politischen Führer in Stadt und Land, wie sie in den Kongressen der Semstwo's und der Städte zu Tage trat, nichts schädlicher, als wenn der Reichsduma ein Einfluß auf die auswärtige Politik des Staates gewährt würde. Das Manifest vom 30. Oktober vorigen Jahres geht bereits weiter in seinen Zugeständnissen an die erhitzte öffentliche Meinung des Landes, als die Nation unserer Ansicht nach zu ertragen fähig ist. Graf Witte hat sich übrigens ziemlich unzweideutig in diesem Sinne ausgesprochen. Er hatte darauf gerechnet, daß die öffentliche Meinung ihm nach dem 30. Oktober und noch mehr nach dem Weihnachtsmanifest, welches das Wahlrecht so beträchtlich erweiterte, entgegenkommen würde. Das Gegenteil ist geschehen — man versteht nur zu kritisieren, nicht aufzubauen, und das ist das Prognostikon für den künftigen russischen Reichstag. Übrigens ist uns ganz unerfindlich, wie die allgemeinen Wahlen in einem Lande durchgeführt werden sollen, dessen halbe Bevölkerung sich der Meuterei und des Hochverrats schuldig gemacht hat, und von der noch heute ein großer Teil in offener Revolution der Regierung gegenübersteht. Zum Glück hat die Regierung erklärt, daß sie für die erste Duma im Hinblick auf diese Zustände auch eine nicht vollständige Vertretung der Nation als kompetent betrachten werde, und damit bietet sich die Aussicht, daß wenigstens die radikalsten Elemente dieser ersten Vertretung fern bleiben werden, auch wenn, wie wahrscheinlich ist, sie nicht vor dem April zusammentreten sollte. Faßt sie ihre Aufgabe recht, so wird sie darangehen, wieder aufzurichten, was die „Freiheit“ niedergeworfen und zerstört hat. Aber die Parole lautet: Aus der Duma ist

eine konstituierende Versammlung zu machen! Und das könnte, wenn die Regierung nicht bei dem Programm vom 30. Oktober als Maximum stehen bleibt, eine neue Revolution bedeuten.

In der auswärtigen Politik wirkt Rußland heute nur dadurch, daß die Welt die Herstellung staatlicher Ordnung im Zarenreich gleichsam eskomptiert, wie wir hoffen, mit Recht, denn wir sind lebhaft daran interessiert, daß der russische Faktor auch in Zukunft mitrechnet. Sein Ausscheiden wäre eine Störung internationaler Wechselbeziehungen, die überall zu fühlen wäre. Das radikale Rußland aber beginnt schon jetzt, sich höchst antideutsch zu zeigen, gelangt es aber ans Ruder, so werden wir einen zwar schwachen, aber bössartigen Nachbar im Rücken haben.

In Frankreich und in England stehen wir vor dem Ausgang von Wahlen, deren Ergebnis bereits bekannt sein wird, wenn dem Leser diese Zeilen vor Augen treten. In England ist der Sieg der Liberalen sicher, unsicher aber die Majorität, mit der sie im neuen Parlament werden auftreten können. Es hängt daran die Dauer ihres Regiments, und da wir hoffen, daß die neue Ära, die jetzt beginnt, auch eine Ära besserer Beziehungen zu Deutschland sein wird, wünschen wir ihnen eine recht starke Mehrheit. Der Wahlkampf wird mit ganz außerordentlicher Leidenschaft geführt, er führt in der Hitze des Gefechts beide Teile über ihr Tagesprogramm hinaus. Wir meinen daher, daß die Worte, die jetzt fallen, nicht auf der Goldwage gewogen werden dürfen und wollen daher nicht weiter auf unliebsames Detail eingehen. Aber es verdient doch Beachtung, daß die amerikanische Methode, die in der Wahlkampagne auch vor Berunglimpfung der Person des Nebenbuhlers nicht zurückschreckt, diesmal auch in England in schwer qualifizierbaren Angriffen auf eine so integre und hochachtbare Persönlichkeit wie Mr. Balfour sich geltend gemacht hat. Der sehr erfreuliche Austausch sympathischer Rundgebungen von Deutschland nach England und von England nach Deutschland gibt den Gedanken Ausdruck, die auch an dieser Stelle nachdrücklich ausgesprochen worden sind. Sie bestätigen die Tatsache, daß die besten Köpfe auf beiden Seiten ein freundschaftliches Zusammenstehen beider Nationen als das natürliche Verhältnis betrachten, das zwischen ihnen geboten ist. Was auseinanderführt, sind nicht nationale, sondern Parteiinteressen einiger Gruppen, die wir mehr als einmal charakterisiert haben. Es ist die beste Aussicht dafür vorhanden, daß sie stetig an Einfluß und Bedeutung verlieren werden.

Dem Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen messen wir geringeres Interesse bei. Die Person des Ministerpräsidenten ist für die auswärtige Politik Frankreichs wichtiger als die des Präsidenten der Republik. Im Augenblick richtet sich unsere Aufmerksamkeit daher mehr auf Algéciras als auf Paris. Dem Kongreß, der jetzt eröffnet wird, ist ein Vorspiel diplomatischer Enthüllungen vorausgegangen, das in einem französischen Gelbbuch und in einem deutschen Weißbuch über die marokkanische Frage den Standpunkt beider Regierungen feststellte. Wir können mit dem Ergebnis wohl zufrieden sein; obgleich unsere Regierung sich große Zurückhaltung auferlegt hat, geht doch unzweifelhaft Deutschland aus

diesem diplomatischen Turnier als Sieger hervor. Das Programm Kaiser Wilhelms, wie es am 31. März des vorigen Jahres in Tanger formuliert wurde, ist auch das Programm unserer Regierung geblieben und entspricht durchaus den 1880 in Madrid festgestellten internationalen Verträgen. Daß dieses Programm: Souveränität des Sultans, Integrität seines Territoriums und Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür nicht auf Umwegen durchbrochen wird, ist die Aufgabe unserer Diplomatie in Algeciras. Keineswegs handelt es sich darum, Frankreich in eine demütigende Position zu fahren. Das wäre ein Fehler, der des Triumphes nicht wert wäre. Es soll vielmehr, wie Fürst Bülow es formuliert hat, weder Sieger noch Besiegte geben. Wer weiter blickt, wird auch nicht verkennen, daß die Durchführung des auf eine Absorbierung Marokkos gerichteten Programms Delcassé für Frankreich selbst ein Unheil bedeutet hätte. Nicht ein deutsch-französischer, wohl aber ein französisch-marokkanischer Krieg wäre die Folge gewesen, ein Krieg, der weit beschwerlicher und blutiger werden konnte, als die sich durch zwei Menschenalter ziehenden Kämpfe um Algier, und der aller Wahrscheinlichkeit nach auch in den islamischen Besitzungen Frankreichs an der nordafrikanischen Küste zu bedenklichen Rückschlägen führen mußte. Wir hoffen, in unserer nächsten Monatschau auf all diese Dinge in voller Ruhe zurückblicken zu können und als Resultat von einer Besserung unserer Beziehungen zu Frankreich wie zu England berichten zu dürfen. Ehrlich beigelegte Differenzen reinigen die politische Atmosphäre.

Die größte politische Wandlung, die das vorige Jahr gebracht hat, ist das Eintreten Japans in die Reihe der großen Mächte. Wie sehr sich dadurch die Verhältnisse im fernen Osten verschoben haben, wird sofort klar, wenn man sich der Lage erinnert, wie sie vor zehn Jahren, d. h. gleich nach Abschluß des Friedens von Shimonosaki war. Damals stand Japan allein, es mußte seine Friedensbedingungen nach dem Willen der Mächte umgestalten, und trotz ihrer Erfolge empfand die Nation dieses Zurücktreten als eine Demütigung.

Als der Friede von Portsmouth geschlossen wurde, hatte Japan England als Bundesgenossen an seiner Seite, und die errungenen Erfolge waren, wenn sie auch nicht den übertriebenen Forderungen entsprachen, welche die japanischen Vertreter bei Beginn der Verhandlungen erhoben, doch weit größer, als Japan bei Ausbruch des Krieges für möglich hielt. Es braucht jedoch nicht befürchtet zu werden, daß Japan seine neue Stellung in der Reihe der Weltmächte mißbraucht. Zwei Erwägungen sprechen dagegen: einmal die Einmütigkeit aller Mächte, in China die Integrität des Reichs und das Prinzip der offenen Tür aufrecht zu erhalten, zweitens die in nicht allzu ferner Zukunft bevorstehende Vervollendung des Panamakanals, welche der Marine der Vereinigten Staaten den großen Ozean erschließen wird, in welchem sie durch den Besitz von Hawaii und der Philippinen ohnehin eine bedeutsame Stellung einnehmen. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sich im großen Ozean ein Gleichgewichtsverhältnis entwickeln wird, bei dem alle Teile sich wohl befinden werden.

Zu den erfreulichen politischen Tatsachen, die uns das vorige Jahr gebracht hat, zählen wir die Wiederwahl des Präsidenten Roosevelt. Was ihn kennzeichnet, ist ein sehr sicherer Sinn für Billigkeit und Gerechtigkeit, der ihn allezeit auf die Seite des guten Rechts geführt hat. Zugleich ist er sichtlich bemüht, den Schäden entgegenzuarbeiten, die sich aus den eigentümlichen sozialen und politischen Grundlagen des öffentlichen Lebens der großen Republik ergeben. Präsident Roosevelt ist dabei ebenso energisch wie behutsam und zähe vorgegangen, sodaß sich nicht daran zweifeln läßt, daß an seinen Namen eine Ära wohlthätiger Wandlungen im inneren Leben der Vereinigten Staaten anknüpfen wird. Nach außen hin hat er die Monroe doktrin weiter entwickelt, aber ihr auch Schranken gesetzt; in den großen Fragen der Weltpolitik für Erhaltung resp. Herstellung des Friedens gearbeitet. Daß er dabei mit besonderem Nachdruck auf den weiteren Ausbau der Kriegsflotte hingewirkt hat, gehört durchaus in den Rahmen seines Programms.

Un erfreulich waren das ganze Jahr hindurch die Verhältnisse in Österreich-Ungarn. Es war eine Zeit ununterbrochener Krisen, die, wie jetzt immer wahrscheinlicher wird, in die Einführung des allgemeinen Stimmrechts in beiden Reichshälften ausmünden, der Armee aber das einheitliche deutsche Kommando retten wird.

Auch auf der Balkanhalbinsel gab es einen Zustand permanenter Krisen. Die ewige makedonische Reformfrage ist nur formell, nicht tatsächlich einer günstigen Lösung nähergeführt worden. Finanzkontrolle und europäische Kommission haben gewiß dazu beigetragen, die Grundzüge einer besseren Verwaltung zu schaffen, die letzten Ursachen des zerstörenden Bandenkrieges zu beseitigen vermochten sie nicht. Weil die konfessionellen Gegensätze zwischen Exarchat und Patriarchat überhaupt nicht fortzuschaffen und weil es überhaupt keine Gleichungsformel zwischen den griechischen, bulgarischen, serbischen und rumänischen nationalen Ansprüchen gibt, läßt sich auf die weitere Entwicklung dieser makedonischen Frage nur mit Sorge blicken. Ihre gewaltsame Lösung bedeutet das Aufrollen der orientalischen Frage. Daß Creta nicht griechisch geworden, steht im Zusammenhang des makedonischen Problems. Man will keine Prämiierung gewaltsamer Erhebung gutheißen, weil damit allen übrigen unzufriedenen Elementen auf der Balkanhalbinsel gleichsam ein Feuerzeichen gegeben würde.

Mit Glück hat die Pforte den gefährlichen Aufstand in Medsched niedergeworfen, der ihr die heiligen Stätten des Islam zu entreißen drohte. Auch fühlt sie sich ohne Zweifel durch den Zusammenbruch der russischen Seemacht entlastet. Trotzdem wird sie gut tun, den Verpflichtungen, die auf ihr ruhen, pünktlich nachzukommen. Sie werden wahrscheinlich in nachdrücklicher Forderung der noch von 1878 her laufenden fälligen Kriegsschadigung bestehen. Daß der Aufstand des Kaukasus auch der Pforte Verlegenheiten bringen wird, ist in hohem Grade wahrscheinlich. Der Kampf trägt dort den Charakter von Rassen- und Glaubenskämpfen und kann leicht auf türkischen Boden überschlagen.

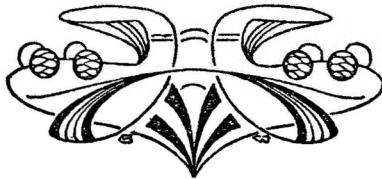
In Spanien und in Italien haben hier sozialistische, dort anarchistische Unruhen Sorgen gemacht. Nach beiden Seiten sind sie glücklich überwunden

worden und das politische Leben bewegt sich entschieden in glücklich aufsteigender Linie. König Alfonsos Verlobung hat der spanischen Nation einen lebhaft gehegten Wunsch erfüllt, die von Spanien präsiidierte Konferenz von Algeciras den Zusammenhang Spaniens mit den allgemeinen europäischen Interessen deutlicher als seit langen Jahren zum Ausdruck gebracht. In Italien hat das Ministerium Fortis sich durch die parlamentarischen Krisen glücklich behauptet. Der neue Minister des Auswärtigen San Giuliano aber steht zu den alten Überlieferungen der Politik des Dreibundes.

Wenn wir noch der Lösung gedenken, welche die norwegisch-schwedische Krisis durch die Wahl König Haakons VII. gefunden hat, die dem monarchischen Gedanken in der skandinavischen Welt den Sieg sicherte, so haben wir die wesentlichen Wandlungen erwähnt, die das ereignisreiche Jahr 1905 gebracht hat. Wir Deutschen blicken mit einem Gefühl des Dankes auf den Verlauf zurück, den es genommen hat.

Die Sorgen, die uns aus den Aufständen in Südwest- und in Südafrika erstanden, haben ihre Schärpen verloren, und wir können bereits daran denken, wieder aufzubauen, was zerstört worden ist. Seit soviel edles deutsches Blut auf diesem Boden geflossen ist, ist er gleichsam unserem Herzen näher gerückt. Unser Volk glaubt jetzt an die Zukunft unserer Kolonien und weiß auch, daß es ihnen Opfer zu bringen hat.

Die Arbeit an dem Ausbau unserer Marine hat nicht geruht und ebenso ist nichts versäumt worden, um unsere stolze Armee auf ihrer Höhe zu erhalten. Wirtschaftlich haben wir unsere Stellung nicht nur behauptet, sondern weiter ausgebaut, die endgültige Annahme der Kanalvorlage eröffnet neue Aussichten für die Zukunft. Unser Friede ist in Ehren gewahrt worden. Die sozialdemokratische Krankheit, die einen Teil unseres Volkskörpers vergiftet hat, ist aber, wie wir zu erkennen glauben, in ein Stadium der Krisis getreten, die, wenngleich langsam, zur Genesung führen kann. Die russischen Ereignisse haben gezeigt, was der sozialistische Zukunftsstaat und was der große „Kladderadatsch“ bedeutet, der diesem idealen Paradies der Herren Bebel und Genossen vorausgehen soll. Man darf wohl hoffen, daß der gesunde Sinn unseres Volkes sich mit Ekel von dieser Spottgeburt abwenden wird.





Monatschau über innere deutsche Politik.

Von

W. v. Mallow.

17. Januar 1906.

Oft ist an dieser Stelle schon davon die Rede gewesen, daß die sozialdemokratische Partei jetzt besondere Anstrengungen macht, um ihren revolutionären Charakter zu erhalten und so scharf als möglich zu betonen. Dazu gehört, daß die Unzufriedenheit vornehmlich an den grundlegenden Fragen des staatlichen Lebens genährt und geschürt wird. In erster Linie steht dabei das erste Grundrecht des modernen Staatsbürgers, das Wahlrecht. Über Wahlrechtsfragen wird also jetzt viel gestritten. Die wüste und zügellose Agitation der Sozialdemokratie bemächtigt sich dieses Mittels, um die Massen zum Kampf um die Herrschaft anzustacheln, und sie ruft damit auch die Gegenwirkungen auf den Plan, sodaß das wachsende Mißbehagen an dieser Agitation auch die reaktionäre Kritik am Wahlrecht entfesselt. Das gilt besonders vom Reichstagswahlrecht. Die Erfahrungen, die man bisher damit gemacht hat, haben ihm in allen Kreisen, die auf Erhaltung der Autorität bedacht sind, zahlreiche Gegner geschaffen, und die Sozialdemokratie ist, um die Gegensätze zu verschärfen, eifrig bemüht, diese Gegner einflußreicher und gefährlicher hinzustellen, als sie wirklich sind. Noch steht die Sache so, daß von einer ernsthaften Gefährdung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts im Reiche nicht die Rede sein kann. Unter unseren erfahrenen und verantwortlichen Politikern ist die erdrückende Mehrheit der Ansicht, daß trotz aller Bedenken und übeln Erfahrungen die Gründe, die für die ungeschmälerzte Erhaltung des Reichstagswahlrechts sprechen, immer noch das stärkste Gewicht in die Waagschale werfen.

Neben dem Reichstagswahlrecht steht nun das Wahlrecht für die Volksvertretungen der Einzelstaaten. Es ist früher schon darauf hingewiesen worden, daß in Süddeutschland eine Bewegung dahin gerichtet ist, die einzelstaatlichen Wahlsysteme dem für das Reich geltenden System möglichst anzupassen. In Baden ist bereits der jetzige Landtag nach dem neuen Recht gewählt. In Bayern steht die Reform dicht vor der Verwirklichung. In Württemberg wird jedenfalls im Laufe dieses Jahres an das Werk gegangen werden, um eine Reform mit ähnlichen Zielen durchzusetzen. Dieser Bewegung steht nun Norddeutschland wesentlich anders gegenüber. Von den Verhältnissen in den kleinen Staaten, die in ihren Landtagen zum Teil schon einen recht beträchtlichen Prozentsatz von

Sozialdemokraten haben, wollen wir hier nicht reden. Von Bedeutung für die allgemeine Gestaltung der Dinge sind nur die Verhältnisse in Preußen und Sachsen. Preußen aber hat seit Bestehen seiner Verfassung überhaupt noch keine grundsätzliche Veränderung in seinem Wahlssystem vorgenommen, und Sachsen hat erst vor noch nicht einem Jahrzehnt ein dem preussischen sehr nahekommenes System eingeführt.

Eine solche Lage mußte allen radikalen Parteien, besonders aber der Sozialdemokratie, einen starken Antrieb geben, auch in Preußen und Sachsen eine Bewegung gegen das herrschende Wahlrecht und seine Ersetzung durch ein dem Reichstagswahlrecht entsprechendes System herbeizuführen. Diese Bestrebungen haben denn auch bis in die gemäßigt liberalen Kreise hinein ein Echo gefunden, während noch vor gar nicht so langer Zeit wenigstens die ältere Generation des gemäßigten Liberalismus eifrig das Dreiklassensystem verfocht. Es ist richtig, daß mit den Auffassungen, die heute in Bezug auf Rechte und Pflichten des Staatsbürgers immer mehr Gemeingut werden, das Dreiklassenwahlsystem kaum noch vereinbar ist, abgesehen davon, daß es in der Praxis Widersinnigkeiten im Gefolge hat, die einst auch Bismarck zu der Äußerung veranlaßten, die Dreiklassenwahl sei das elendeste aller Wahlssysteme. Gelegentlich zwar hört man auch heute noch die Begründung, die früher den Politikern ganz geläufig war, nämlich daß denjenigen, die die meisten Steuern zahlten, auch der größte Einfluß auf die Staatseinrichtungen und die Gesetzgebung gesichert werden müsse; darum sei es ganz richtig, daß das Wahlrecht so organisiert werde, daß der politische Einfluß sich nach dem Vermögen abstuft. Aber in unseren Tagen verschafft sich eine andere Grundauffassung der Leistungen für den Staat immer mehr Geltung. Wir stehen dem Staat nicht mehr so gegenüber wie etwa im ständischen Staatswesen des späten Mittelalters und der beginnenden Neuzeit. Wir sehen im Staat nicht mehr eine uns gegenüberstehende Gewalt, mit der wir uns auf Grund von Leistung und Gegenleistung vertragen, sondern für den modernen Bürger ist das Verhältnis zum Staat nur die selbstverständliche Betätigung einer besonderen Seite seines Wesens, die ihm, gerade je mehr individuelle Freiheit er genießt, desto mehr sittliche Pflichten auferlegt. In der Gebundenheit früherer Staatsordnungen mochte sich der Untertan wohl fragen: was gewährt mir die Obrigkeit dafür, daß ich ihr gehorche? — wie der geworbene Soldat jener Tage desertierte, wenn er sein Traktament nicht ordentlich erhielt. Der moderne Staatsangehörige aber erkennt sich selbst als ein soziales Wesen, und daraus schöpft er die Pflicht zur nationalen Betätigung. Die allgemeine Wehrpflicht ist die großartigste Bekundung dieser modernen Auffassung von Staatsbürgerpflicht, und man begreift, warum ein instinktives Gefühl gerade in den Anfangszeiten unserer nationalen Einigung die Volksvertreter abhielt, eine Wehrsteuer einzuführen. Heute erscheinen uns diese Bedenken mit Recht übertrieben, weil sich jenes Verhältnis zwischen Bürger und Staat, das damals noch die Reste mittelalterlich-ständischer Anschauungen zu überwinden hatte, heute so gut wie allgemein durchgesetzt hat. Wir erkennen jetzt aber auch deutlich den Mangel an Folgerichtigkeit, der darin liegt, daß

damals dieselben Menschen, die vor der Wehrsteuer zurückschreckten, die Theorie verfochten, daß der höhere Steuerbetrag allein geeignet sei, einen Vorzug im Wahlrecht zu begründen.

Übrigens kommt im Dreiklassenwahlsystem der theoretisch behauptete und grundsätzlich so anfechtbare plutokratische Zug in der Praxis gar nicht einmal zur Geltung. Im Jahre 1903 wählten in Preußen die höchsten Beamten in der dritten Klasse, weil sie in einem besonders reichen Stadtbezirk von Berlin wohnten; anderwärts gehörten Leute in sehr bescheidenen Vermögensverhältnissen der ersten Wählerklasse an. Eine geschickte Behörde kann also durch Einteilung der Wahlbezirke — durch „Wahlgeometrie“ — einen großen Einfluß auf die Wahlen üben.

Die Reformbedürftigkeit des preussischen und sächsischen Landtagswahlrechts wird also an sich kaum geleugnet werden können. Aber nun steht man sich vor die schwierige Frage gestellt, was an seine Stelle treten soll. Das Reichstagswahlrecht hat seine wohlbegründete geschichtliche Bedeutung für die Einigung unseres Volkes und dadurch auch einen moralischen Wert, der nicht unterschätzt werden sollte. Mochte Bismarck auch später selbst mit den Wirkungen dieses Wahlrechts unzufrieden sein, — das dem deutschen Volk einmal gemachte Geschenk aus großer Zeit, in der die allgemeine Wehrpflicht — das Gegenstück zum Wahlrecht — uns die Einheit erkämpfte, darf nicht zurückgenommen werden. Ebenso wenig kann es aber auch als Muster für andere Verhältnisse gelten, in denen eher ein Gegengewicht als eine Verstärkung der im Reich wirkfamen Einflüsse wünschenswert ist. Daher hat es volle Berechtigung, wenn namentlich das Königreich Preußen nicht ein Wahlrecht einführen will, das das Abgeordnetenhaus zu einem Abklatsch des Reichstags machen und Kräfte lahm legen würde, die für die Eigenart des größten und führenden deutschen Bundesstaats unschätzbar sind, — unschätzbar, gerade weil die Bevölkerung Preußens ohnedies einen starken Anteil an dem Einfluß auf die Reichsgesetzgebung besitzt. Es ist nur gerecht, wenn in der besonderen Landesgesetzgebung nicht genau dieselben Kräfte zur Geltung kommen, die das mechanisch-demokratische Prinzip der Reichstagswahlen an die Oberfläche bringt. Von den 397 Reichstagsabgeordneten gehen 236, also ungefähr drei Fünftel, aus allgemeinen direkten Wahlen der preussischen Bevölkerung hervor. Von einer politischen Entrechtung des preussischen Volkes kann man also nicht sprechen, wenn man nicht etwa grundsätzlich die Forderung stellt — wie es Radikale und Sozialdemokraten tun —, daß in allen gemeinsamen Angelegenheiten Wahlen mit mechanischer Stimmzählung die Grundlage bilden. Warum aber alles nach einer Schablone machen? Man kann doch das Reichstagswahlrecht für recht und unantastbar halten und dabei der Ansicht sein, daß an anderer Stelle der Grundsatz, daß das Wahlrecht sich nach der Leistung für die Gemeinschaft abzustufen hat, auch heute noch seine volle Berechtigung hat, nämlich in der Gemeinde.

Nicht also die Vorliebe für das alte Dreiklassenwahlrecht, sondern der Mangel eines zweckmäßigen neuen Wahlsystems ist der Hauptgrund, weshalb die

Wahlrechtsreform in Preußen immer noch ein ungelöstes Problem ist. Alle die Gründe, die einstmal die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Reich gerechtfertigt haben, kommen in Preußen nicht in Betracht und können darum auch die dagegen obwaltenden schweren Bedenken nicht aufwiegen.

Hier setzt nun die Sozialdemokratie mit einer wütenden Agitation ein. Bei den letzten allgemeinen Landtagswahlen in Preußen hatten sich die Sozialdemokraten zum ersten Male beteiligt und mit einem völligen Mißerfolg abge schnitten. Das Geschrei über ihre politische Rechtlosigkeit in Preußen paßte gut in die neuerdings verkündete schärfere revolutionäre Tonart. Außerdem haben die Parteiorane mit ihren Sezartikeln und Brandreden über die russische Revolution die Köpfe erhitzt, und man muß deshalb eine Parole haben, um den Massen klar zu machen, daß sie in Preußen ebenso geknechtet werden wie in Rußland. Nichts eignet sich dazu so gut wie die Wahlrechtsfrage, und auf diese hat sich denn auch die ganze Kraft der sozialistischen Sezarbeit vereinigt. Man will überall gleichzeitig große Protestversammlungen gegen das herrschende Landtagswahlrecht veranstalten, und einige vorwizige „Genossen“ — zuerst die Breslauer — haben sogar gewünscht, man solle Straßenkundgebungen veranstalten. Das Spielen mit diesem Gedanken, der dem Parteivorstand begreiflicherweise sehr ungelegen kam, war die natürliche Folge der maßlosen Sezerei, deren sich die einen fast wahnsinnigen Haß sprühende Parteipresse schuldig gemacht hatte. Jetzt fühlten die Führer selbst, daß sie das Keimen und Sprossen dieser Saat des Hasses nicht mehr in der Hand hatten. Sie wiegelten nach Kräften ab, indem sie die bürgerlichen Kreise teils als von Furcht erfüllt, teils als von dem Wunsche beseelt schilderten, es möge zu inneren Unruhen kommen, damit die Proletarier vollends unterdrückt werden könnten.

In Sachsen ist es unterdessen wirklich zu Straßenunruhen gekommen. In dem industriereichen Königreich sind die unteren Schichten der Bevölkerung noch stärker von der Sozialdemokratie durchsetzt als anderswo. Im Reichstage ist das Land daher fast ausschließlich sozialdemokratisch vertreten. Man hat in Sachsen bekanntlich den Fehler begangen, in einer für solche Experimente besonders ungeeigneten Entwicklungsperiode das Landtagswahlrecht in dem Sinne abzuändern, daß das preußische Dreiklassensystem mit einigen im Prinzip recht un wesentlichen Verbesserungen eingeführt wurde. Es muß natürlich viel schlimmer wirken, wenn man ein unpopuläres System ausdrücklich einführt, als wenn man dasselbe bereits geltende System aus Mangel an etwas besserem fortbestehen läßt. Außerdem konzentrierte sich hier eine viel stärkere Bewegung auf engerem Raum. In Sachsen mußten daher die aufreizenden Protestrufe gegen die Ungerechtigkeiten des Wahlrechts noch stärkeren Widerhall finden als in Preußen. Ist einmal eine Bewegung der Massen in Gang gebracht, so ist es unberechenbar und hängt nur von Zufällen ab, ob die Grenze der gesetzlichen Ordnung überschritten wird. In Dresden ist es zu Ausschreitungen gekommen und Blut ist

geschlossen. Das ist, wenn auch bis jetzt ein vereinzelt gebliebener Fall, doch immer ein Zeichen, daß das revolutionäre Treiben der Sozialdemokratie seine vergiftenden Wirkungen bereits in hohem Grade geübt hat.

Noch schlimmer freilich als dieses Aufheken zu politischen Forderungen, gegen die sich nichts sagen ließe, solange sie in gefehlichen Formen erhoben werden, ist die immer schamloser und würdeloser sich äußernde Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie. Das geradezu landesverräterische Auftreten Bebels im Reichstage ist hier schon früher erwähnt worden. Aber auch sonst in der Parteipresse wird ein so jedes Maß übersteigender Ton des Hasses gegen alles, was unser Volk verbinden und die Klassegegensätze überbrücken könnte, angeschlagen, wie es doch früher nicht der Fall gewesen ist. Während bei anderen Parteien selbst im leidenschaftlichsten Parteikampf immer die Hoffnung durchblickt, daß der Gegner sich doch zuletzt den Gründen beugen könnte, die man selbst für die besseren hält — während selbst im stärksten Parteihaß ein Suchen nach dem gemeinsamen Boden der Verständigung nicht zu verkennen ist, und sei es auch nur, um eine Basis für die eigene Begründung zu finden und ihr in den Augen des Gegners ein moralisches Gewicht zu geben, ist bei der Sozialdemokratie gerade das entgegengesetzte Streben bemerkbar. Hier soll mit vollem Bewußtsein zwischen den Parteigenossen und den andern Gliedern der Gesellschaft eine unüberbrückbare Kluft aufgerissen werden. Alles, was andern Menschen als heilig, ehrenwert, anständig, achtungswert gilt, wird in der sozialdemokratischen Presse systematisch und grundsätzlich in den Kot gezogen; der offenbaren Gemeinheit und Niedertracht, dem Verrat und der Schurkerei in jeder Gestalt, sogar dem gemeinen Verbrechen — man lese im Vormwärts die Verherrlichung der Räuberbanden in den baltischen Provinzen Rußlands! — werden Tempel gebaut. Und darum wird gerade der Begriff, unter dem sich alle Bürger eines Staates trotz aller Gegensätze immer wieder zusammenfinden, der Begriff des Vaterlandes, in unverdrossener, zielbewußter Arbeit zu zerstören gesucht. Der Berliner Korrespondent des Londoner Standard schrieb seinem Blatte: Im Gegensatz zu dem englischen Grundsatz: Right or wrong — my country! (Ob recht oder unrecht, ich halte mich an mein Vaterland) vertrete Bebel den Grundsatz: „My country is always wrong!“ (Mein Vaterland hat immer Unrecht). Dieses scharfe Wort, das ein Ausländer über den Führer der deutschen Sozialdemokratie gesprochen hat, ist leider bittere Wahrheit. Die sozialdemokratische Presse bringt sogar das Opfer der Vernunft und der alltäglichsten Klugheit, um den Grundsatz zum Ausdruck zu bringen: My country is always wrong! Die blödeste Albernheit, die offenkundigste Fälschung der einfachsten Tatsachen wird nicht gescheut, nur um sagen zu können, daß das Ausland im Recht ist, daß dort Weisheit und Gerechtigkeit regiert und überlegene Klugheit maltet, während bei uns alles, was besteht, wert ist, daß es zu Grunde geht.

Dieses nichtswürdige Treiben ist eine so charakteristische Erscheinung unseres politischen Lebens geworden, daß einmal bei geeigneter Gelegenheit hier darauf hingewiesen werden mußte. Wie kommt es aber, daß die gesunde nationale Ge-

finnung, die im Volke doch unzweifelhaft vorhanden ist, nicht kräftiger dagegen reagiert? Die Antwort kann hier nicht erschöpfend gegeben werden; es genügen aber auch einige Andeutungen. In den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts ist die Stellung der maßgebenden bürgerlichen Kreise zur Sozialdemokratie mehrfach in ungünstiger Weise beeinflusst worden. Nach der Aufhebung des in der Tat verfehlten Sozialistengesetzes erhob sich das Schlagwort von der „Überwindung der Sozialdemokratie mit geistigen Waffen“. Es führte auf der einen Seite zu einer Unterschätzung des revolutionären Charakters der Sozialdemokratie und zu dem Irrtum, daß sie im Grunde auch nichts anderes wolle, als eine energische Sozialreform. Auf der anderen Seite diente diese Verquickung zwischen gesunder Sozialpolitik und Sozialdemokratie den Vertretern eines schroffen Kapitalismus nur dazu, um mit dem sozialen Umsturz auch die in Wirklichkeit davon ganz unabhängigen sozialreformerischen Bestrebungen zu verdämmen und zu diskreditieren. Auf beiden Wegen wurde in einflussreichen bürgerlichen Kreisen — im ersten Falle durch Verkennung der Sozialdemokratie selbst, im zweiten Falle durch Abneigung gegen die großkapitalistische Scharfmacherei — eine mildere Stimmung gegen die Sozialdemokratie erzeugt, die Neigung, sie möglichst sich selbst zu überlassen, wenn nicht sogar mit ihr zu paktieren. Dazu kam die in nationalen Kreisen fast allgemein herrschende Unzufriedenheit mit der politischen Lage, der durch die Umstände der Entlassung Bismarcks und die Persönlichkeit seines Nachfolgers verschärft natürliche Rückschlag gegen den großen Aufschwung des vorangegangenen Zeitalters. Und endlich wirkte mit, daß der merkbaren Unzufriedenheit von oben her durch die Pflege eines gewissen forcierten, aufs Äußerliche gerichteten Patriotismus mit einem Stich ins Byzantinische und Unzeitgemäße entgegenzuarbeiten versucht wurde. So drohte ein Erschlaffen und Verblaffen der gefunden, innerlichen, bedingungs- und vorbehaltlosen Vaterlandsliebe, zumal wir uns des Friedens und wachsenden Wohlstandes zu erfreuen hatten und daher niemals dem Gedanken nahe gebracht wurden, daß jeder von uns seinen Anteil an der Verantwortung für die höchsten Güter unseres Volkes trägt. Die ernster werdende Zeit läßt jetzt ihre Weckrufe erschallen; gebe Gott, daß sie gehört werden!

Im preussischen Landtag stehen noch andere Kämpfe von großer Tragweite bevor. Das Schulunterhaltungsgesetz ist eingebracht worden und wird demnächst beraten werden. Hier, in unserer hauptsächlich rückblickenden Betrachtung brauchen wir nur der Bewegung zu gedenken, die durch das Erscheinen der Vorlage bei den Parteien im Lande hervorgerufen worden ist. Man kann sagen, daß diese Bewegung aus einem grundlegenden Mißverständnis hervorgegangen ist. Man sieht in dem vorgeschlagenen Gesetz ein Werk nach der Art des bekannten Schulgesetzentwurfs des Grafen Zedlitz vom Jahre 1892. Bekanntlich enthält die preussische Verfassungsurkunde in den Artikeln 21—25 Bestimmungen über den öffentlichen Unterricht, denen in Artikel 26 die weitere Bestimmung folgt: „Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen.“ Endlich heißt es in Artikel 112: „Bis zum Erlaß des in Artikel 26 vorgesehenen Gesetzes be-

wendet es hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen.“

Der Zedlitzsche Entwurf von 1892 war der letzte Versuch, das in Artikel 26 verheißene Gesetz zustande zu bringen. Noch heute sind daher die Artikel 21—25 der Verfassung außer Geltung. Aber gerade weil vorläufig die Wiederholung des Versuchs von 1892 aussichtslos erscheint, ist der gegenwärtige Gesetzentwurf eingebracht worden, der nur den dringendsten Teil der zu lösenden Aufgabe in Angriff nimmt. Der Entwurf soll also gerade kein Schulgesetz werden. Daher die Kompromisnatur dieser Vorlage, daher ihr provisorischer Charakter. So ist es auch schwerlich berechtigt, wenn im Lande in liberalen Kreisen Beunruhigungen darüber gehegt werden, daß das Kompromiß auf der Grundlage der Verfassungsartikel geschlossen und demgemäß der konfessionelle Charakter der Volksschulen grundsätzlich anerkannt worden ist. Schwerwiegender sind andere Bedenken, die nicht gegen jene prinzipiellen, verfassungsmäßigen Grundlagen des Gesetzentwurfs, sondern gegen solche Bestimmungen, die eben jetzt der befriedigenden Regelung dringender Forderungen dienen sollen und um deretwillen der Entwurf überhaupt vorgelegt worden ist, erhoben werden. Es sind die eigentlichen Fragen der Schulunterhaltungspflicht, um die es sich dabei handelt. Hier hat nun eine nicht unbedeutende Bewegung der preussischen städtischen Gemeinden begonnen, die sich benachteiligt glauben. Der Entwurf hat staatliche Rechte, die früher gegenüber den Schulgemeinden — die sich mit den politischen Gemeinden nicht deckten — in Anspruch genommen wurden, auch auf die neuen Verhältnisse übertragen. Die Städte dagegen argumentieren so, daß das nicht ohne weiteres zulässig ist. Wenn die Aufgaben der Schulunterhaltung jetzt den politischen Gemeinden übertragen werden, so dürfen dabei — sagen sie — die Rechte dieser politischen Gemeinden grundsätzlich nicht geschmälert werden; andernfalls macht sich der Staat unzulässiger Eingriffe in die Selbstverwaltung schuldig. Dieser Streitpunkt steht also jetzt im Vordergrund; seine Entscheidung kann erst die Verhandlung im Abgeordnetenhaus bringen.

Auf die Verhandlungen des Reichstags gehe ich diesmal nicht ein. Über die Beratungen vor Weihnachten ist nichts wesentliches nachzutragen, nach Neujahr aber haben die Sitzungen erst am 9. Januar wieder begonnen, und es genügt diesmal zu bemerken, daß die zur Reichsfinanzreform gehörigen Steuervorlagen die erste Lesung passiert haben und jetzt der Kommission vorliegen. Die erste Lesung hat natürlich über die endgültige Gestaltung der Vorlage sehr wenig Klärung bringen können. Parlamentarische Zeichendeuter sind jedoch der Meinung, daß alles gut steht und trotz scheinbar starker Einwände das Werk der Finanzreform glücklich zu Ende geführt werden wird. Damit wäre eine Grundlage für die fernere Reichspolitik gewonnen, deren Bedeutung kaum hoch genug geschätzt werden kann.





Das Deutschtum im Auslande.*)

Von

Johannes Zemmrich.

II.

Österreich: Wahlrechtsreform. Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und Bukowina, Alpenländer. Ungarn. — Rußland. — Belgien und Frankreich. — Nordamerika. — Auslandschulen.

Das österreichische Deutschtum steht vor der Frage, wie es sich zur Wahlrechtsreform stellen soll. Am 28. November gab der Ministerpräsident im Reichsrat die Grundsätze bekannt, nach denen das neue Wahlrecht ausgestaltet werden soll. Die Wahlen sollen auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrechtes erfolgen. Die Wahlkurien und die sogenannte Interessenvertretung würden damit in Wegfall kommen. Die Einteilung der Wahlkreise soll aber nicht nach der bloßen Kopfszahl der Wähler oder Einwohner erfolgen, sondern das „nationale und kulturelle Kräfteverhältnis“ soll mit entscheidend sein, und zwar nicht nur bei der Verteilung der Mandate auf die Kronländer, sondern auch bei der Abgrenzung der einzelnen Wahlkreise. Das kulturelle Kräfteverhältnis würde durch die Steuerkraft zum Ausdruck gelangen, das nationale durch Bildung national abgegrenzter Wahlkreise. Für die Deutschen könnten diese Bestimmungen insofern vorteilhaft sein, als die deutschen Gebiete die steuerkräftigsten sind und deshalb bei den Deutschen auf eine geringere Anzahl von Wählern ein Abgeordneter käme, wie bei der slawischen Masse. Nur ist noch ganz ungewiß, ob die deutsche Steuerleistung auch voll berücksichtigt wird. Die nationale Abgrenzung würde verhüten, daß die deutschen Sprachinseln und Minderheiten im slawischen Gebiet politisch mundtot gemacht werden. Es ist sogar die Angliederung nationaler Minderheiten an benachbarte Wahlbezirke ihrer Nationalität nach dem Vorbild des neuen mährischen Landtagswahlrechtes (s. unten) in Aussicht genommen. Die Einzelheiten der Wahlrechtsvorlage, vor allem die Verteilung und Abgrenzung der Wahlkreise, sollen erst im Februar bei ihrer Einbringung im Reichsrat bekannt werden. Eine eingehende Würdigung wird daher erst im nächsten Bericht möglich sein. Inzwischen sind die einzelnen Parteien hinter den Kulissen in eifriger Tätigkeit und verhandeln mit den Ministern, um auf die Verteilung der Mandate

*) Dieser Bericht erscheint ausnahmsweise im mittleren Hefte des Quartals, da es sich empfiehlt, mit Rücksicht auf die augenblickliche parlamentarische Lage der Kolonialpolitik die kolonialpolitischen Rück- und Ausblicke auf das Märzheft zu verschieben.

namentlich in nationaler Hinsicht möglichsten Einfluß auszuüben. Denn man nimmt an, daß nach der Einbringung im Reichsrat wesentliche Veränderungen an der Vorlage nicht mehr erfolgen werden.

So lange nicht die Einzelheiten der Vorlage bekannt sind, läßt sich auch über ihre voraussichtliche Wirkung auf das Deutschtum kein bestimmtes Urteil abgeben. Es ist auch noch nicht sicher, ob das neue Wahlrecht überhaupt Gesetz wird. Die großen politischen Parteien rechnen zwar damit; aber es ist nicht unmöglich, daß schließlich die auseinander strebenden Wünsche der Parteien und Nationalitäten sich so widersprechen, daß keine Mehrheit zustande kommt. Zudem fühlt sich das Herrenhaus in seinen alten Vorrechten bedroht. Es hat dem Freiherrn von Gautsch wegen seiner Wahlrechtspläne solche Vorwürfe gemacht, daß dieser sich bereits mit dem Gedanken an das Scheitern seiner Vorlage vertraut gemacht hat. Er ist nach seinen Erklärungen im Herrenhaus entschlossen, zurückzutreten, falls er nicht eine Mehrheit findet, die wenigstens im Grundsatz seine Wahlreform annimmt.

Die deutsch-nationalen Parteien haben noch keine bestimmte Stellung eingenommen. Ihr Besitzstand wird am meisten bedroht; denn die Sozialdemokratie hofft ihnen gerade in den steuerkräftigsten deutschen Bezirken durch die Industriearbeiter Mandate zu entreißen, während in Wien und den Alpenländern die Klerikalen, besonders die Christlichsozialen Luegers, auf Gewinn rechnen. Auf jeden Fall werden die nationalen Parteien, deren Schwerpunkt im städtischen und ländlichen Mittelstand liegt, unter dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht einen schwereren Stand im Wahlkampf haben als jetzt. Allerdings ist in Österreich die tatsächliche Macht einer Partei oder Nationalität nicht nur von der Zahl ihrer Abgeordneten abhängig. Gewöhnlich wird durch tatkräftiges rücksichtsloses Vorgehen mehr als durch Debatten und Abstimmungen erreicht. Einen erfreulichen Ausblick eröffnete die große Rede des Freiherrn von Gautsch. Er betonte die Möglichkeit, daß aus der nationalen Scheidung der Wähler in der Zukunft die nationale Autonomie sich entwickeln könne. Schon im vorigen Bericht (S. 425) wurde darauf hingewiesen, von wie großer Bedeutung dieses Ziel für das Deutschtum Österreichs ist. Auch die Rumänen der Bukowina traten in der Debatte für die Einführung nationaler Selbstverwaltung und Selbstbesteuerung, vor allem im Schulwesen, ein. Der nationale Wahlkataster würde gleichzeitig nationaler Steuerkataster sein.

*

*

*

Dieselbe Forderung erhebt für Böhmen Heinrich Rauchberg in seinem Werke „Der nationale Besitzstand in Böhmen“, dessen Erscheinen im letzten Bericht (S. 429) eben noch angezeigt werden konnte. Auch er führt den Nachweis, wie leicht die nationale Selbstverwaltung und Abgrenzung gerade in Böhmen durchzuführen ist, ohne daß die nationalen Minderheiten im fremden Sprachgebiet von ihren Volksgenossen preisgegeben sind. Die tschechischen Schulen im deutschen Gebiet, wo die eingewanderten Tschechen fast alle den unteren, unbemittelten Schichten angehören, brauchten dann nicht mehr aus deutschen Steuergeldern er-

halten zu werden. Die deutschen, sehr steuerkräftigen Minderheiten in Prag, Pilsen und anderen Orten des tschechischen Sprachgebiets würden ihre Mittel nicht mehr vorwiegend für tschechische Zwecke herzugeben haben. Die deutschen Schulen dieser tschechisch verwalteten Gemeinden würden von den deutschen Steuergebern mit Leichtigkeit zu erhalten und zu erweitern sein, während sie jetzt von den tschechischen Gemeindeverwaltungen abhängen und in jeder Beziehung dadurch geschädigt werden. Den nationalen Ausgleich erwartet Rauchberg von dem wirtschaftlichen und politischen Auftrieb der unteren Volksschichten, die nach seiner Ansicht in nationalen Dingen versöhnlicher sind. Er sieht deshalb eine kräftige Sozialpolitik als das beste Mittel zur Herbeiführung des nationalen Friedens an. Es ist aber zum mindesten sehr fraglich, ob auf diesem Wege eine befriedigende Lösung zu erreichen ist. Die Arbeiter Böhmens sind zum großen Teil durch die Sozialdemokratie organisiert. Auch diese hat sich in Österreich national gliedern müssen. Die deutschen Sozialisten stehen den nationalen Interessen gleichgültig oder ablehnend gegenüber, ganz wie bei uns im Reiche. Die tschechische Sozialdemokratie kämpft dagegen, wie unsere polnische, auch für nationale Ziele. Trotz ihrer Feindschaft gegen die bürgerlichen tschechischen Parteien wirken sie mit diesen gegen die Deutschen zusammen. Vor kurzem ist dies auch äußerlich dadurch zum Ausdruck gekommen, daß mehrere Vertreter der Sozialdemokratie in den tschechischen Volkssrat eingetreten sind. Das jungtschechische führende Blatt jubelt über dieses „Wiedererwachen der nationalen Gesinnung“ der tschechischen Arbeiter. An einen Eintritt der deutschen Sozialdemokratie in den deutschen Volkssrat und damit in die Abwehr tschechischer Eroberungsgelüste ist nicht zu denken.

Bei den Ergänzungswahlen zu den Handelskammern haben die Deutschen ihren Besitzstand behauptet. Die Pilsener Kammer besteht wie bisher aus 15 Deutschen und 27 Tschechen; die Hoffnung der Tschechen, die Zweidrittelmehrheit, an der ihnen nur eine Stimme fehlt, und damit die unbefchränkte Herrschaft in dieser Kammer zu erlangen, hat sich nicht erfüllt. Für die Reichenberger Kammer wurden nur deutsche Mitglieder gewählt, obwohl diese einen großen Teil des tschechischen Gebietes umfaßt. Im Wahlkörper des Kleingewerbes wurden rund 12 500 deutsche, 8 300 tschechische, in dem des Kleinhandels 8 300 deutsche, 4 100 tschechische Stimmen abgegeben.

Der böhmische Landtag hat die Wahlrechtsvorlage (vgl. S. 428) noch nicht erledigt.

Erwähnenswert ist eine tschechische Versammlung in Raudnitz, weil dort wieder einmal die letzten tschechischen Ziele offen ausgesprochen wurden. Wien soll tschechisch und damit die tschechische Vorherrschaft in Österreich errichtet werden. Der Redner schloß mit den Worten: „Und die Donau wird unser slawischer Strom sein!“

*

*

*

Der Landtag von Mähren hat die neue Landtagswahlordnung endgültig angenommen. Sie wird in mancher Hinsicht auch für das geplante Wahlrecht zum Reichsrat vorbildlich werden, denn in ihr ist zum ersten Male die

völlige nationale Trennung der Wählerschaft durchgeführt. Es ist in Zukunft keinem der beiden Volksstämme mehr möglich, dem andern einen Wahlkreis zu entreißen. Die Zahl der Abgeordneten ist für jede Nationalität festgelegt. Großgrundbesitz und Handelskammern wählen nach dem Proportionalsystem. Die städtischen und ländlichen Wahlkreise, sowie die der allgemeinen Wählerklasse sind national getrennt. Die Wähler bilden nationale Wahlkörper auf Grund nationaler Kataster. Jeder Wähler hat zu erklären, ob er in die deutsche oder tschechische Wählerliste eingetragen sein will. Besondere Bestimmungen sollen verhüten, daß ein Wähler willkürlich von einer Nationalität zur andern sich überschreiben läßt. In einem deutschen Wahlbezirk kann nur ein Deutscher, in einem tschechischen nur ein Tscheche gewählt werden. Die Minderheiten wählen mit dem benachbarten Wahlkreis ihrer Nationalität. So bildet z. B. die Stadt Jglau einen deutschen städtischen Wahlkreis. Die tschechischen Wähler von Jglau geben auch in Jglau ihre Stimme ab, wählen aber getrennt von den Deutschen mit dem tschechischen Wahlkreis Trebitsch, während die Deutschen in Trebitsch dem deutschen Wahlkreis Auspitz zugeteilt sind. Deutsche und tschechische Wahlkreise decken sich also räumlich nicht miteinander. Die Wahl ist direkt und geheim. Es wählen die Städte 20 Deutsche und 20 Tschechen, die Landgemeinden 14 Deutsche und 39 Tschechen, die allgemeine Kurie 6 Deutsche und 14 Tschechen. In der allgemeinen Wählerklasse kommt das Verhältnis der Kopfzahl beider Volksstämme genau zum Ausdruck, in den andern Kurien haben die Deutschen ihrer Steuerleistung entsprechend einen etwas erhöhten Anteil. Der Großgrundbesitz wählt in 2 Wahlkörpern 20 Deutsche und 10 Tschechen, die Handelskammern entsenden 6 deutsche Vertreter. Dazu kommen noch die beiden Bischöfe des Landes, die gegenwärtig Tschechen sind. Der Landtag zählt also zukünftig 66 Deutsche und 85 Tschechen. Die Zahl der Landtagsmitglieder ist um 51 erhöht worden.

Bisher hatten die Deutschen durch ihr Übergewicht im Großgrundbesitz noch eine kleine Mehrheit im mährischen Landtag. Es ist deshalb den deutschen Abgeordneten der Vorwurf gemacht worden, daß sie diese günstige Stellung durch die Zustimmung zur neuen Wahlordnung aufgegeben haben. Diese deutsche Mehrheit war aber höchst unsicher geworden. Die Geschichte des böhmischen Landtags zeigt, wie plötzlich sich eine deutsche in eine tschechische Mehrheit verwandeln kann, und wie ungünstig dann die Stellung der Deutschen ist, wenn sie nicht rechtzeitig, solange es in ihrer Macht lag, sich eine nationale Sicherung geschaffen haben. Das haben die Deutschen Mährens in kluger Voraussicht getan. Jede Wahlrechtserweiterung, also schon die Errichtung der neuen allgemeinen Wählerklasse, mußte die deutsche Mehrheit stürzen, verschiedene deutsche Wahlkreise waren wegen ihrer Lage inmitten tschechischen Gebietes in Gefahr, an die Tschechen verloren zu gehen. Hätten diese einmal die Mehrheit erlangt, so wäre die ganze Landesverwaltung für die Deutschen verloren, an nationale Zugeständnisse nicht mehr zu denken gewesen, die Deutschen würden einfach, wie im böhmischen Landtag, niedergestimmt worden sein. Jetzt haben sie sich als Preis für die freiwillige Aufgabe der Mehrheit nationale Sicherungen verschafft,

nach denen die Deutschen Böhmens vergeblich streben. Denn die neue Wahlordnung verhindert, daß die Tschechen jemals die wichtige Zweidrittelmehrheit erlangen können, obgleich sie über mehr als zwei Drittel der Bevölkerung verfügen. Sie sichert die deutschen Mandate der Sprachinseln und bestimmt, daß Änderungen der Landes- und Landtagswahlordnung, der Gesetze über die nationale Trennung der Schulaufsichtsbehörden, über den Landeskulturrat und über den Gebrauch der Landessprachen bei den Selbstverwaltungsbehörden, Gesetze, die mit der bisherigen deutschen Mehrheit zu stande gekommen sind, nur mit Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von 121 Abgeordneten beschlossen werden können. Dieselbe, jede Überstimmung durch die Tschechen ausschließende Mehrheit ist für Beschlüsse nötig, durch welche vom Lande unterhaltene Schulen eingezogen oder eingeengt, die Unterrichtssprache an ihnen geändert oder die finanzielle Unterstützung irgend welcher Schulen verringert oder eingestellt werden soll. Dasselbe gilt für Beschlüsse über Vereinigung und Trennung von Gemeinden. Zur Sicherung der deutschen Minderheiten dient ferner die Bestimmung, daß zu Abänderungen der Gemeindevahlordnungen die Zustimmung von 93 Landtagsabgeordneten ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden nötig ist. Im Landesauschuß erhalten die Deutschen 3, die Tschechen 5 Sitze, aber bei Besetzung von Beamten-, Lehrer- und Dienerstellen an deutschen Landesanstalten haben die deutschen Ausschußmitglieder drei Bewerber vorzuschlagen, von denen der Ausschuß einen wählen muß. Damit ist die Aufdrängung tschechischer Beamter und Lehrer für die deutschen Ämter und Schulen ausgeschlossen.

Unter den heutigen inneren Verhältnissen Österreichs ist die Annahme dieser neuen Wahlordnung und der mit ihr verbundenen nationalen Garantien zwar keine Großtat, aber ein Akt politischer Klugheit. Die tschechische Minderheit beantragte das allgemeine, gleiche Wahlrecht, das die Deutschen bei ihrer Minderzahl einfach an die Wand gedrückt hätte, sobald es von einer tschechischen Landtagsmehrheit durchgesetzt worden wäre. Vielleicht wird der mährische Ausgleich vorbildlich für die übrigen Kronländer und das Zusammenleben der Nationalitäten in Österreich.

Es wäre jedoch falsch, nunmehr alle Reibungsflächen zwischen Deutschen und Tschechen für beseitigt zu halten. Die neuen Abmachungen betreffen nur das Gebiet der Landesverwaltung, nicht aber die allgemeine Staatsverwaltung, den Reichsrat usw.; sie sind nur ein Anfang der friedlichen Verständigung. Streitpunkte bleiben noch genug übrig. Für die Deutschen Mährens ist jetzt die wichtigste Aufgabe die Verteidigung ihrer vorgeschobenen Posten, vor allem ihrer vier größten Städte Brünn, Olmütz, Jglau und Mährisch-Strau, die alle deutsche Sprachinseln bilden und von der zuströmenden slawischen Bevölkerung bedroht werden. Auf die Landeshauptstadt Brünn haben es die Tschechen besonders abgesehen, sie möchten ihr dasselbe Schicksal wie Prag bereiten. Über die Vorgänge am 1. Oktober ist bereits (S. 427) berichtet worden. Im Dezember fanden die Gemeindevahlen statt, deren Ausgang mit Spannung erwartet wurde. Zum ersten Male waren 9 Vertreter aus der neu geschaffenen allgemeinen

(vierten) Wählerklasse zu wählen. Auf diese hatten die Tschechen ihre Hoffnung gesetzt. Denn ihre Wähler gehören zumeist den untersten Schichten an, die in den übrigen Wahlkörpern nicht wahlberechtigt sind, und in der vierten Klasse trat die Sozialdemokratie mit eignen Bewerbern auf. Die deutschen bürgerlichen Parteien faßten den Entschluß, in diesem Wahlkörper nur vier Bewerber aus ihrer eignen Mitte und die fünf Deutschen der sozialdemokratischen Liste aufzustellen. Diese Wahltaktik hat verschiedene Beurteilung gefunden; das Ergebnis der Wahl war, daß alle tschechischen Bewerber durchfielen und von den Sozialdemokraten nur die fünf Deutschen, nicht aber die vier tschechischen Kandidaten gewählt wurden. Von 21000 Wählern stimmten 16784 ab, die deutsche Liste erhielt 9506 bis 12320 Stimmen. In den übrigen drei Wahlkörpern siegten die vereinigten deutschen Parteien mit erheblichen Mehrheiten, im zweiten erhielten sie drei Viertel, im ersten über neun Zehntel der Stimmen. Auch in der aufblühenden Industriestadt Göding wurde der tschechische Ansturm abgeschlagen, im 3. Wahlkörper siegten die Deutschen mit 747 gegen 434 tschechische Stimmen. Die Tschechen veranstalteten deshalb wüste Straßenausbreitungen, die wiederholtes Einschreiten der Gendarmerie nötig machten.

Eine Ersatzwahl zum Reichsrat fand im südmährischen Wahlkreis der allgemeinen Wählerklasse statt. Das Mandat besaßen erst die Tschechen, seit den letzten Wahlen die Deutschen, diesmal fiel es wieder den Tschechen zu. Die Deutschen brachten zehn Wahlmänner mehr als die Tschechen an die Urne, den Ausschlag gaben die 42 sozialdemokratischen Wahlmänner, von denen in der Stichwahl nur 6 für den deutschen, 32 für den Tschechen stimmten, sodaß dieser mit 343 gegen 327 Stimmen gewählt wurde.

Der Landtag von Schlesien wird durch vier Abgeordnete der neuen allgemeinen Wählerklasse verstärkt. Von diesen kommen zwei auf die Deutschen, je einer auf Tschechen und Polen. Die polnischen Parallelklassen an der Lehrerbildungsanstalt in Teschen sollen eingezogen und dafür eine polnische Anstalt in Aßtron errichtet werden. Damit würde die Frage der slawischen Parallelklassen zugunsten der deutschen Forderungen erledigt sein. Erstaunlich hat sich hierbei der Gemeinderat der kleinen deutschen Stadt Skotschau, die inmitten polnischen Gebietes liegt, benommen. Er hat einstimmig um Errichtung der polnischen Anstalt in Skotschau nachgesucht. Um einiger wirtschaftlicher Vorteile willen ist man dort bereit, dem nationalen Gegner die Wege zu bahnen. Ob die Skotschauer wohl die Geschichte von den Trojanern und dem hölzernen Pferd kennen? Das Schönste ist dabei, daß die Spitzen desselben Städtchens Skotschau auf dem Teschener Volkstage mit den anderen Deutschen Ostschlesiens zusammen gegen die polnischen Klassen protestierten!

Das Deutschtum in Galizien hat nach den letzten Volkszählungen scheinbar starke Einbußen erlitten, weil die Juden sich immer mehr zur polnischen Sprache bekennen. Nach der letzten Zählung bekannten sich noch 211752 Per-

sonen zur deutschen Umgangssprache, von diesen waren immer noch zwei Drittel (138400) Israeliten, die zumeist den bekannten deutsch-jüdischen Jargon sprechen und national nicht den Deutschen zugerechnet werden können. Diese sind in einzelnen Dörfern über das Land zerstreut, 39961 sind katholisch, 33851 evangelisch. Davon sind noch die deutschen Soldaten (12418) in Abzug zu bringen, soweit sie nicht jüdischen Bekenntnisses sind. Die eigentlichen Deutschen verschwinden also unter den 7 Millionen Slawen und Juden. Eine neue allpolnische Partei will den geringen deutschen Einfluß gänzlich beseitigen und fordert die volle Selbständigkeit Galiziens innerhalb der Monarchie. Die Zukunft der deutschen Dörfer Galiziens ist sehr bedroht, sie halten sich jetzt noch durch ihre kulturelle Überlegenheit, die protestantischen auch durch den konfessionellen Unterschied.

In der Bukowina nimmt die deutsche Sprache noch die erste Stelle im öffentlichen Leben und der Staatsverwaltung ein. Aber auch hier ruht die deutsche Stellung auf unsicherer Grundlage. Denn von den Deutschsprachigen sind auch dort die große Mehrzahl (91907) Juden, nur 47113 Katholiken und 18000 Evangelische. Der jüdische Abgeordnete Dr. Straucher hat jetzt im Reichsrat nationale Autonomie und eigene Wahlkörper für die Juden Galiziens und der Bukowina gefordert, die 900000 Köpfe stark sind und tatsächlich noch eine eigne Nation bilden.

*

*

In den Alpenländern haben sich nach Ausweis der letzten Volkszählung die Deutschen verhältnismäßig stärker vermehrt als die Slowenen. Trotzdem dringen diese immer mehr als Beamte in das deutsche Gebiet ein. Wie ihnen die Regierung ihre Unterstützung zum Nachteil deutscher Beamten leiht, zeigte Dr. Mravlag an bezeichnenden Beispielen in einem Vortrag zu Graz, der in Nr. 338 des Grazer Tagblatts (6. Dezember 1905, Abend-Ausgabe) abgedruckt ist. Der Redner wies auch auf die große Zahl slowenischer Arbeiter in den Kohlen- und Eisenrevieren im deutschen Mittel- und Obersteiermark und die Gefahr hin, daß diese wie die tschechischen Arbeiter in Deutschböhmen eigene Schulen und slowenische Beamte und Lehrer fordern und erhalten könnten. Er regte die Schaffung eines deutschen Volksrates für Steiermark, Kärnten und Krain zu gemeinsamer Abwehr an. Im Priesterstand sind die Slowenen weit über ihre Zahl vertreten. Ein deutsch-nationaler Priester ist schon eine Seltenheit geworden. Um so erfreulicher ist eine Ansprache des als Dichter bekannten steirischen Priesters Ottokar Kernstock, in der er am 29. November äußerte: „Es gibt eine Liebe, die auch einem katholischen Priester nicht versagt werden darf, die Liebe zum deutschen Vaterlande und die Liebe zur deutschen Muttersprache . . . Wir Deutschen wollen dem Banner schwarz-rot-gold treu bleiben! In diesem Zeichen wollen wir siegen oder wenigstens rühmlich untergehen.“

Der Landtag von Krain nahm am 18. November einen Antrag an, nur das slowenische, aber nicht das deutsche Protokoll zu genehmigen und in Zukunft nur slowenisch zu protokollieren. Jetzt hat der Landesauschuß die Landesämter angewiesen, mit den Ministerien, den höheren Regierungsämtern

und allen Behörden, auch außerhalb Krains, denen Teile des slowenischen Sprachgebietes unterstehen, nur in slowenischer Sprache zu verkehren.

Die italienische Universitätsfrage ruht einstweilen. Die Italiener haben ihren Dringlichkeitsantrag im Reichsrat zurückgezogen, da sie gegenwärtig keinen geeigneten Boden dafür finden. Die italienische Fakultät in Innsbruck ist zum 1. Januar auch amtlich aufgelöst worden, nachdem sie tatsächlich längst aufgehört hatte zu bestehen. Auf ihre Verlegung nach Rovereto verzichtet die Regierung angesichts des Widerspruches der Italiener. Sie ist jetzt bereit, über die Errichtung einer italienischen Hochschule in Triest zu verhandeln.

In Tirol liegt an der italienischen Grenze die deutsche Sprachinsel Lufarn. Der drohenden Verwelschung ist sie namentlich durch die Tätigkeit des deutschen Schulvereins entrißen worden. Am 19. Dezember suchten Welsche den deutschen Gottesdienst durch italienisches Beten zu stören. Die Deutschen waren darüber so aufgebracht, daß sie nur durch das Eingreifen ihres Gemeindevorstehers von einem Angriff auf die welsche Truzschule der Lega nazionale abgehalten wurden. Dieser kleine Zwischenfall zeigt, wie durch zielbewußte nationale Kleinarbeit ein fast verlorener Posten inmitten fremden Volkstums erhalten und dauernd befestigt wird. Im benachbarten Walsugana ist die einst deutsche Herrschaft Persen (Pergine) wieder in deutschen Besitz gekommen. Dieser Besitz ist durch seine Lage am Eingang zur deutschen Sprachinsel des Fersentals von Bedeutung.

*

*

*

In Ungarn hat das Ministerium Fejervary kurz vor Weihnachten seinen Wahlgesetzentwurf veröffentlicht. Ob er jemals Gesetz werden wird, steht ja dahin. Eine Wahlrechtsreform erscheint aber unvermeidlich. Fejervary will allen des Lesens und Schreibens Kundigen das Wahlrecht geben, die Abstimmung soll direkt und geheim und jede Gemeinde Wahlort sein. Die Deutschen Ungarns stellen von allen Völkern die wenigsten Analphabeten, für sie würde deshalb die erstgenannte Bestimmung günstig sein, ebenso die geheime Wahl in der Heimatgemeinde. Nur die Sachsen Siebenbürgens haben von der Ausdehnung des Wahlrechts Einbuße zu befürchten, da sie eine Minderheit inmitten der Rumänen bilden. Diese stellen zwar heute noch die größte Zahl der Analphabeten, aber mit der zunehmenden Schulbildung werden sie diesen Mangel immer mehr ausgleichen. Die Madjaren haben schon bisher durch ihre Wahlkreiseinteilung die Nichtmadjaren fast überall zurückgedrängt. Das will auch Fejervary aufrecht erhalten. Ein besonderes Gesetz soll die Neueinteilung der Wahlkreise bestimmen. Der Zweck ist ausgesprochenermaßen der, die Nationalitäten durch eine kunstvolle Wahlkreisgeometrie wieder um die Vorteile zu bringen, die ihnen die Wahlrechtserweiterung und vor allem die geheime Wahl bringen würde. Die Deutschen werden dadurch am meisten geschädigt, denn ihr Siedlungsgebiet ist am wenigsten geschlossen und kann deshalb am leichtesten bei der Wahlkreiseinteilung zerstückelt werden. Damit aber keine rücksichtslos und unerschrocken vorgehenden Vertreter der Nichtmadjaren in den Reichstag kommen können, will

Fejervary jeden von der Wählbarkeit ausschließen, der wegen Aufreizung der Nationalitäten verurteilt worden ist. Unsern Lesern ist ja zur Genüge bekannt, wie madjarische Staatsanwälte und Geschworene diesen Begriff auslegen, ich brauche nur an die Namen Arthur Korn und Luz Korodi zu erinnern. Durch diese Einschränkung der Wählbarkeit könnten die Nichtmadjaren wie bisher jederzeit politisch mundtot gemacht und ihrer Führer beraubt werden. So unterscheidet sich Fejervary in seiner Nationalitätenpolitik kaum von den Kossuthisten. Die Deutschen haben von dem einen so wenig wie von den anderen zu erwarten.

Wir Reichsdeutsche werden unmittelbar durch den neuen Handelsvertrag von den inneren Wirren Ungarns berührt. Er wird am 1. März für Ungarn auf dem Verordnungsweg in Kraft gesetzt. Fejervary hat sich zur Aufrechterhaltung des Zollbündnisses mit Österreich bis 1917, also bis zum Ablauf der neuen Handelsverträge erklärt. Dann erwartet auch er ein selbständiges ungarisches Zollgebiet. Die Ausbildung der Soldaten soll madjarisch erfolgen, soweit sie das verstehen — ein sehr dehnbarer Begriff. Damit nun bald alle ungarischen Rekruten madjarisch können, hat er das neue Schulgesetz durch Verordnung in Kraft gesetzt und damit die beschleunigte Madjarisierung des gesamten Schulwesens eingeleitet. Er unterscheidet sich von seinen politischen Gegnern nur durch die Wege, nicht durch das Endziel, das für beide der rücksichtslos durchgeführte madjarische Nationalstaat ist.

In Südungarn regen sich die Schwaben gegen die Madjarisierung der Schulen. Die Gemeinden Triebswetter und Mariensfeld wollen trotz der ablehnenden Haltung der ungarischen Behörden wieder ausschließlich deutsche Unterrichtssprache einführen. In Bantschowa wurde ein deutschnationales Blatt ins Leben gerufen. Gegen den gemeinsamen madjarischen Gegner haben sich Deutsche, Serben und Rumänen zusammengeschlossen und in Ungarisch-Weißkirchen eine Landesnationalitätenpartei gegründet. Der „Deutsch-ungarische Volksfreund“ in Temesvár wird zum führenden deutschen Blatt Südungarns umgestaltet.

Luz Korodi hat kürzlich ein sehr lesenswertes Buch veröffentlicht. Seine „Ungarischen Rhapsodien“ (München, Lehmann, 2 Mk.) enthalten zum Teil glänzend geschriebene, stimmungsvolle Bilder aus dem politischen und dem nationalen Leben der Völker Ungarns. Eingehend bespricht er die Wirkungen, die das neue Schulgesetz zeitigen muß. Seine Erfahrungen als ungarischer Reichstagsabgeordneter hat er in den psychologisch fein entwickelten Schilderungen der madjarischen Nationalpolitiker verwertet. Auch er kommt zu dem Schluß, daß Ungarn ein Völkerstaat unter madjarischer Führung bleiben muß, wenn es nicht zur Katastrophe kommen soll.

*

*

*

Die Deutschen Rußlands werden durch die Revolution schwer betroffen. Am schwersten leidet das Baltikum der Ostseeprovinzen, wo gegen 200 000 Deutsche von der Vernichtung bedroht sind. Die einzelnen Ereignisse sind aus der Tagespresse allgemein bekannt geworden. Auf dem flachen Land, wo die Deutschen die wenig zahlreiche soziale Oberschicht bilden, sind die deutschen Schlösser und

Güter ausgeraubt und niedergebrannt, viele Deutsche ermordet worden. Auch hier zeigt sich die alte Lehre, daß nur eine geschlossene, ländliche Besiedlung das Deutschtum auf die Dauer schützen und erhalten kann. Die Revolution in den Ostseeprovinzen ist der beste Beweis für die Notwendigkeit der deutschen Besiedlung der preussischen Ostmarken. Jetzt ist Gelegenheit, ihr neue erprobte Kräfte aus den Deutschen Rußlands zu gewinnen. Auch wenn die Revolution niedergeschlagen und Rußland Verfassungsstaat sein wird, gehen die Balten einer schweren Zukunft entgegen, da sie von der slawischen Regierung und Volksmasse keine deutschfreundliche Politik erwarten dürfen. Mit erfreulicher Einmütigkeit haben sich im Deutschen Reiche weite Kreise ohne Unterschied der Parteistellung zur Hilfeleistung für die Deutschen Rußlands zusammengeschlossen. Möge diese Hilfsbereitschaft recht reiche Erfolge zeitigen!

* * *

Die belgische Akademie der Wissenschaften hat für ihre Veröffentlichungen der deutschen Sprache die Gleichberechtigung mit dem Blämischen und Französischen eingeräumt. Dieser Erfolg ist vor allem den vortrefflichen wissenschaftlichen Leistungen der deutsch-belgischen Gelehrten Kurth und Bischoff zu verdanken.

* * *

Die deutsche Kolonie in Paris ist von Charles Colline im „Gil Blas“ eingehend geschildert worden. Die Zahl der Deutschen in Paris schätzt Colline auf 60000. Ihrer Tüchtigkeit und Regsamkeit stellt er das beste Zeugnis aus. Im Großhandel und an der Börse spielen sie nach Colline eine große Rolle, er spricht sogar von einem echt deutschen Geschäftsviertel im Zentrum von Paris. Vier protestantische und eine katholische Kirche dienen dem deutschen Gottesdienst, dem Unterricht aber nur eine deutsch-protestantische Schule, die „Armenschule“. Die seit vier Jahren als Wochenschrift erscheinende „Pariser Zeitung“ soll zukünftig zweimal wöchentlich erscheinen.

* * *

In Nordamerika fand am 29. Oktober der „Deutsche Tag“ der vereinigten deutschen Gesellschaften von New York unter Teilnahme von über 6000 Deutschen statt. Die Festrede hielt der frühere Rektor der Posener Akademie, Prof. Kühnemann. Er schilderte den kulturellen Zusammenhang des Deutschtums auf der ganzen Erde und wies nach, wie die Deutschen Amerikas zu ihrem eigenen Besten ihr Deutschtum wahren und dabei die Pflichten gegen ihr neues Vaterland erfüllen können und sollen.

Den deutschen Eltern macht das Chicagoer „Katholische Sonntagsblatt“ ernstliche Vorhaltungen. Es gibt ihnen die Hauptschuld, daß viele deutsche Kinder ihre Muttersprache nicht lieben, weil selbst die Eltern mit den Kindern englisch sprechen. Auch in den deutschen Schulen wird das Deutsche stiefmütterlich behandelt. Die Geschäftsleute und Arbeiter bevorzugen die englisch geschriebenen Zeitungen, obwohl gerade diese gegen das Deutschtum hegen. Auch die jungen katholischen Geistlichen begünstigen nicht selten das Englische in Kirche und Unterricht. Diese

Schilderung der Chicagoer Verhältnisse trifft leider auch auf andere Städte mit zahlreicher deutscher Bevölkerung zu.

*

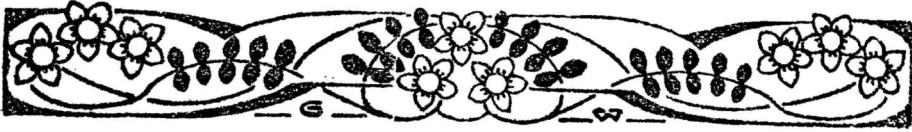
*

*

Den deutschen Auslandsschulen will die Reichsregierung eine erhöhte Unterstützung zuwenden. Im Reichshaushalt für 1906 werden 650 000 Mark, also 150 000 mehr als bisher, zu diesem Zweck gefordert. Bei der zunehmenden Zahl und Bedeutung der Auslandsschulen ist die Erhöhung des Reichszuschusses unbedingt nötig. Auch die geforderte Summe wird noch nicht genügen, um alle berechtigten Ansprüche auf Unterstützung zu befriedigen. Aber als ein Zeichen der steigenden Erkenntnis vom Wert des deutschen Schulwesens im Auslande für die Interessen des Reiches wollen wir sie freudig begrüßen und hoffen, daß recht bald noch größere Mittel für diesen Zweck verfügbar werden.

Gerade zur rechten Zeit ist das kleine Werk von Hans Amrhein, Die deutsche Schule im Auslande (Sammlung Götschen Nr. 259, 80 Pfg.) erschienen. Der Verfasser ist als Herausgeber der gleichnamigen Monatschrift, die auch an dieser Stelle mehrfach erwähnt wurde, ein gründlicher Kenner aller einschlägigen Verhältnisse. Er steht in allen grundlegenden Fragen auf deutsch-nationalem Standpunkt, schildert die Geschichte und heutige Verbreitung, die Einrichtung, Verwaltung und Pädagogik der deutschen Auslandsschulen. Jedem, der an ihnen Anteil nimmt, ist das äußerst preiswerte Buch angelegentlich zu empfehlen. 35 Seiten umfaßt allein das Verzeichnis der Auslandsschulen im engern Sinne mit den statistischen Angaben über die Zahl der Lehrer und Schüler und den Anteil der Deutschen und der beiden Hauptbekenntnisse am Schülerbestand. Dabei sind die deutschen Schulen in den Ländern mit Millionen von Deutschen, also in Rußland, Österreich-Ungarn (für welches teilweise unrichtige Angaben gemacht werden), der Schweiz und in Nordamerika nicht mit gerechnet. An der Spitze steht Südamerika mit 738 Schulen und 30 440 Kindern, von denen 87 v. H. Deutsche sind. 402 Schulen mit 14 030 Kindern kommen allein auf den brasilianischen Staat Rio Grande do Sul. Australien zählt 77, Afrika 50 deutsche Schulen, davon 41 in Britisch-Südafrika. Asien hat nur 18, Mittelamerika 3 deutsche Schulen. Für Nordamerika werden gegen 290 000 Schüler in deutschen Kirchenschulen angegeben. In Europa bestehen außerhalb der oben genannten Staaten 122 deutsche Schulen mit 15 653 Schülern, von denen 64 v. H. deutsch sind. Die Unterstützung durch das Reich ist immer noch geringer als die Aufwendungen Italiens und selbst Rumäniens für ihre Auslandsschulen. Es müssen die nötigen finanziellen Mittel zur Erhaltung der deutschen Auslandsschulen auf die verschiedenste Weise aufgebracht werden, zum großen Teil auch von den Religionsgemeinschaften, deren Verdiensten um das deutsche Schulwesen im Auslande, namentlich in Nordamerika, Amrhein bei seiner Abneigung gegen konfessionelle Schulen nicht genügend gerecht wird. Ob konfessionelle oder paritätische Schule vorzuziehen ist, wird sich immer nur auf Grund der örtlichen Verhältnisse in den deutschen Auslandsgemeinden entscheiden lassen.





Literarische Monatsberichte.

Von
Konrad Falke.

I.

Künstlerische Kritik.

Ich habe die Aufgabe übernommen, an dieser Stelle über literarische Neuerscheinungen zu berichten. Wie sehr bin ich des Tones satt, in dem man so vieles lesen, so vieles schreiben muß, und wie sehr drängt es mich, einmal vom Herzen weg zu reden! In innerster Seele ist mir der Götzendienst zuwider, an dem unsere Kultur krankt, in schärfstem Gegensatz fühle ich mich zu all ihren Hohepriestern, die nichtiges Redegewebe vor dem Heiligtum aufhängen, auf daß niemand hineintrete und erkenne, daß sie lügen und betrügen, und offen will ich es einmal aussprechen, daß nicht der, der vor ihren Kathedern sitzt, den Weg in die Gedanken- und Gefühlswelt unserer Größten findet, sondern wer für sich bleibt und still wartet, bis der Prinz kommt und das Dornröschen aufweckt. Der Prinz aber ist der warme sieghafte Geist, der aus jedem wahren Kunstwerke leuchtet, und das Dornröschen ist unsere arme Seele, die unter dem Gestrüpp unfruchtbaren Geredes über die Kunst mit großen, träumenden Augen auf den Sonnenstrahl der Kunst wartet . . .

Es sind nun bald hundert Jahre her, da hielt in Berlin Johann Gottlieb Fichte seine „Reden an die deutsche Nation“, während durch die Straßen französische Regimenter zogen und ihr Trommeln oft sein Wort übertönte. Fichte, Schelling und Hegel, die Triumvirn der aus dem Kantischen Kritizismus hervorgegangenen spekulativen Philosophie, werden von unsern heutigen Weltweisen mit jener Achtung behandelt, die man unschädlichen Größen zollt, und mit jenem wohlwollendem Lächeln besprochen, mit dem sich noch immer Philister gegen Genies verteidigt haben. Aber wenn man die im Stil Michelangelos gehaltenen Lebensdeutungen jener Männer hochmütig „Begriffsdichtungen“ nennt — mit der bescheidenen Nebenmeinung, daß wir mit unserer Mikroskopie und Psychologie der nackten Wahrheit auf der Spur seien —, so frage man sich doch einmal, ob in unsern Hörsälen auch nur ein einziges Herz freier und höher schlägt, ob ein einziger Professor (es sei denn, er entflamme sich selbst an jenen Großen!) uns stärker und feuriger fühlen machen kann. Das ist gerade bei einem Fichte das Überraschende, daß er seine hohen Gedankenträume nicht nebenaus träumte, sondern mit ihnen diese reale Welt umspannte, aus ihnen heraus auf sie einzuwirken

verstand: seine Worte sind nach wenigen Jahren zu Kugeln geworden, die den Feind aus dem Lande jagten. Und wenn Fichte die ethischen Forderungen unseres Lebens aus einer unendlichen Perspektive ableitete, ihnen in ihr einen ewigen Sinn gab, so hat Schelling dasselbe für unsere ästhetischen Bedürfnisse getan — erst Hegel, in Reaktion gegen seine Vorgänger und ihr „romantisches Philosophieren“, brachte den Begriff der historischen Entwicklung auf und dichtete damit eine Betrachtungsweise metaphysisch vor, die nachher alle Geisteswissenschaften überwuchern und uns mit Hilfe der neuen exakten Methoden auf den Punkt führen sollte, auf dem wir heute stehen . . .

O heiliger Immanuel Kant, dir möchte ich meine zweite Kerze opfern! Christus hat den Menschen erlöst, du aber hast den modernen Menschen frei — nein, hättest ihn frei gemacht, wenn er nicht zu slavisch geartet wäre. Denn das ist das Elend und eine Schwere alles Irdischen: der Mensch hat eine unendliche Sehnsucht danach, wie ein Hund behandelt zu werden, und erst im Joch und wenn er einen Karren zieht, ist ihm wohl! Kam uns ein Messias und lehrte aus der Fülle seines Herzens die Liebe und den Frieden; gleich erhob sich auf seinem Grabe eine Kirche, die wie ein Dämon in Blut und Brand und Unverstand durch die Jahrhunderte schritt — kam uns ein Immanuel Kant, der unwiderleglich nachwies, daß neben der unfreien Welt der Erkenntnis, durch eine nie zu überbrückende Kluft getrennt, die freie Welt des Gefühls und des autonomen Willens steht; und gleich darauf folgten Generationen, die auf dem kritisch unterminierten Boden noch höchste, schwindelnde Türme aufbauten, bis plötzlich alles zusammenbrach und Deutschland seine tiefste Geisteschande erlebte: den Materialismus eines Vogt, Moleschott und Büchner! Wenn Kant jemals von den Deutschen in ihrem Herzen begriffen worden wäre, so hätte in unsern Tagen nicht ein dermaßen banausischer Wissenstrieb überhand nehmen können, daß alles nur unter dem Gesichtspunkte des Gesetzmäßigen gewertet wird. Aus Kants kritischer Philosophie resultiert als Fundamentalsatz, daß unsere Erkenntnis überall, wo sie überhaupt hinkommt, deshalb Gesetze vorfindet, weil sie sie, ihrer Konstitution gemäß, mit sich trägt und selbst in die Erscheinung hineinprojiziert. Ist man hiervon wirklich überzeugt (und man darf es nach den unzähligen praktischen Beweisen auch sein), so schwindet alle Neugier nach Dingen, die einen nichts angehen; alle krankhafte Lust, sich zum Märtyrer der Wissenschaft zu machen, stirbt von selbst im Keime ab, und man gewinnt einen freien Spielraum für die eigene Persönlichkeit. Die größten, mit soviel Haß und Jubel begrüßten Ideen des neunzehnten Jahrhunderts, z. B. der Darwinismus, sind in jenem Satze Kants inbegriffen; ebenso steht auch von vornherein fest, daß alle unsere Seelenregungen für unser erkennendes Auge „Gesetzen“ unterliegen, und nicht weniger unzweifelhaft ist, daß, sollte einmal die Naturwissenschaft ein letztes Prinzip finden, es ein Gesetz sein wird. Daß alles um uns her, vom Standpunkte der Erkenntnis aus betrachtet, nach Gesetzen abläuft, also ganz allgemein der Begriff der absoluten Gesetzmäßigkeit: das ist die große Errungenschaft der Neuzeit

gegenüber dem Mittelalter, und wären wir erst einmal davon durchdrungen, so würde uns alle Erkenntnis um ihrer selbst willen, also alle Wissenschaft als Selbstzweck, wie eine unnütze Vergeudung unserer Lebenskraft vorkommen. Wir würden dann den Lauf der Welt, der seinen eigenen Gang geht, nicht mehr an den Gesetzen, in denen er sich in unserer Erkenntnis spiegelt, kontrollieren wollen, sondern nur noch diejenigen Gesetze zu erkennen suchen, durch deren Handhabung wir unser Leben groß und schön zu gestalten vermögen. Denn des Lebens höchster Sinn ist das Leben, und es so zu leben, daß es noch im Liebe zu fernem Geschlechtern spricht und ihnen das Dasein lebenswert erscheinen läßt, seine höchste Pflicht. Der Künstler aber ist es, in dem jede Zeit nach Vermögen diese Pflicht erfüllt, und in seinem Werk allein kommt der geringe Ewigkeitsgehalt des in Trübsal Gelebten auf die Nachwelt: goldene Früchte in silbernen Schalen . . .

Darf es wundernehmen, wenn ein Volk, das die großen befreienden Gedanken seiner ersten Geister immer wieder beiseite schiebt, um sich von neuem und verbissener denn zuvor in bohrende Detailwissenschaften zu stürzen, ernstlich in Gefahr geraten ist, auch in der Behandlung und Betrachtung der Literatur Nebensächliches an Stelle der Hauptsache zu setzen? Der Jugend, die jeden Frühling und Herbst mit dem frischen Fühlen ihrer Jahre vom Gymnasium an die Universität nachrückt, wird die schmutzige Geisteswäsche längst vermoderter Köpfe siebenten und fünfzehnten Ranges zu reinigen gegeben, und wenn einer der Gequälten vorlaut aufseufzt und fragt: „Warum laßt ihr uns nicht einmal jene größten Menschen sehen, denen ihr Gewand bei Lebzeiten herrlich stand und die einen wärmenden Blick und einen mutigen Gang hatten?“ so wird man ihm und allen antworten: „Was wissen wir von den Fürsten, die einst über unsere Erde schritten? Wir lesen zwar über Goethe und Schiller, aber nur weil es Mode ist und weil es unserer Eitelkeit schmeichelt, um als ihre nachträglichen Sekretäre zu erscheinen, die alles besser wissen! Wir gehören zu denen, die, wie Gottfried Keller sagt, keine Laternen einschlagen, aber auch keine anzünden, und eben dieses ist unsere Seligkeit . . .“

So verhält es sich in der Tat: die philologische Kritik schlägt keine Laternen ein, nein, sie repariert vielmehr das letzte Nachtwächterlämpchen; aber niemals wird eine freundliche Flamme darin entfacht. Ganz anders die künstlerische Kritik: sie schlägt links und rechts trüb schwelende Laternen zusammen, aber nur damit die wenigen reinen und großen Lichter desto heller brennen und desto weiter leuchten; wo sie repariert und putzt, geschieht es nie um der Laterne, sondern um des Lichtes willen. Mit diesem Lichte aber hat es eine tiefe Verwandtnis!

Künstlerische Kritik ist vor allem persönliche Kritik. So sehr die Form das spezifische Wesen des Künstlerischen ausmacht, so wird doch ein formell vollendetes Kunstwerk, das uns inhaltlich abstößt, nur unsere bedingte und sehr kurzlebige Anerkennung haben. Aber wir sind alle mehr oder weniger beschränkte Geister, und die Frage entsteht für den Kritiker, woher er den Maßstab nehme, um seine Meinung möglichst über die Bedingtheit und Zufälligkeit eines privaten Urteils zu erheben. Da die menschliche Bewertung eines Kunstwerkes vor allem

auf der Kenntnis des Lebens beruht, von dem es immer ein individuell gefärbtes Spiegelbild gibt, so findet die künstlerische Kritik ihre Norm in der Weltanschauung des Kritikers. Jede Weltanschauung ist das Resultat von persönlicher Erfahrung und allgemeiner Bildung, d. h. wir rücken die Gedanken der Größten unseres Geschlechtes über die Fundamentalfragen des Daseins in die Beleuchtung unseres eigenen Temperamentes. Hierbei wird man finden, daß sich in den übereinstimmenden Eigenschaften der auf uns gekommenen klassischen Werke aller Zeiten und Völker ein Wertmesser auch für das Künftige zeigt, denn, ob es auch zuweilen so scheint, die Kunst macht so wenig Sprünge wie die Natur, und es gilt nur, in dem Auf und Ab der Entwicklung die Konstante zu entdecken. Diese durch jede historische Maske für den Sehenden durchblickende Konstante aber ist das Menschliche: die wenigen elementaren Leidenschaften, als notwendige Äußerungen unseres Gefühlskerns betrachtet, sowie die verbindenden Zusammenhänge und trennenden Konflikte, die durch sie unter den Individuen entstehen. Dieses Menschliche erhält seine Macht und Resonanz durch die Tatsache des Lebens, durch die wunderbare, erstaunliche Tatsache, daß trotz aller Schmerzen und geschauten und erlebten Todesqualen noch jedes Geschlecht dem Leben, der großen Verführerin, unterlegen ist und das Dasein weiterschleppen half. Keiner der Lebenden wurde je gefragt, ob ihn nach dieser Welt gelüste: er ist längst, bevor er nach ihrem Wert oder Unwert zu fragen anfängt, da und muß wohl oder übel den Tanz über die große sonnenerleuchtete, schattengeschwärzte irdische Bühne mitmachen. Darum ist es gewiß kein Zufall, daß die Hauptwerke der Weltliteratur alle, wenn auch oft auf sehr tragischem Untergrund, das Leben verherrlichen, ja, gerade durch den Gedanken an Tod und Vernichtung seinen Blüten einen feinsten Schmelz der Wehmut verleihen; weil wir leben müssen, bleibt nur das dauernd in Schätzung, was uns leben hilft. Der Nibelungendichter, Shakespeare und Ariost zeigen uns die Herrlichkeiten eines reckenhaften, menschlichen und phantastischen Lebens und Kämpfens, Dante projiziert das irdische Leben unerbittlich gar ins Metaphysische, in Hölle, Fegfeuer und Paradies hinein, und Goethe läßt seinen Faust im Vorgefühl von neuem Menschenglück als in einem „höchsten Augenblick“ dahinscheiden. Über unserer ganzen abendländischen Kultur aber steht, golden leuchtend aus grauer Vergangenheit, das Wort Homers: „Das ja fügte der Götter Beschluß und verhängte den Menschen Untergang, daß es wär' ein Gesang auch späten Geschlechtern . . .“

Das ist ein schreckliches Wort und zugleich ein tröstliches Wort: es zeigt, wie unser Leid, durch die Kunstform geadelt, unsere Nachkommen als eine hohe Lust zu umschweben vermag. Es spricht ein Bedürfnis der Menschheit aus, der ihre Schmerzen nur noch in der Aureole der Schönheit erträglich erscheinen, und einen Wunsch des Künstlers, der, was er als Mensch fühlt, den mit ihm und nach ihm Lebenden mitteilen möchte. Ich habe diese Aufgabe bereits den höchsten und fruchtbarsten Sinn eines jeden individuellen Daseins genannt: der Dichter (in jeder Kunst) ist ein berufener, aber auch seltener Erfüller!

Der Künstler sucht, ohne zu wollen, ja, ihm selber unbewußt, ein Echo seiner Seele, und sein Werk, das er allen und doch nur wenigen gibt, ist nichts als das Medium, als der künstlich hergestellte Schauplatz für die Begegnung der eigenen Seele mit einer wahlverwandten. Im Kunstwerk entfaltet sich die Psyche des Schöpfers zu einem ihr adäquaten Symbol — in Auge und Seele des Betrachters, des Genießenden, sammeln sich die zerstreuten Strahlen zu einer spezifischen Empfindung: zur Empfindung von der Persönlichkeit des Schöpfers. Ist diese Persönlichkeit größer, umfassender als wir selbst, so zieht sie uns zu ihrer Höhe empor, wenigstens so weit, als wir sie zu begreifen vermögen; wir folgen ihr nach, und diese innerliche Nachfolge ist das Beste in der Wirkung aller großen Kunst. Je größer nun ein Künstler, desto überflüssiger macht er seine Kollegen, deren Leistungen er in seinen Leistungen subsumiert, und sein Druck wird so lange auf der Mitwelt lasten, bis die Zeit fortgeschritten ist und das Leben unter einem anderen Gesichtswinkel betrachtet wird. Dann treten die letzten Fragen wieder in eine neue Beleuchtung, und zum höchsten Ziele öffnen sich noch unbetretene Pfade.

Je größer aber ein Künstler, desto schneller erlangt er seine Bedeutung für sich, und für die kleineren Talente entsteht dadurch schon bei seinen Lebzeiten Raum, sofern sie nur individuell und eigentümlich sind. Die Kunst fängt erst dort an, wo das Gemeine aufhört, und darum liegt ihr Schwergewicht in der Form: was jedem geläufig ist, was in unserer Ausdrucksweise zur täglichen Scheidemünze geworden, dessen bedient sich nur der Dilettant. Das ist der Mann, der sich im Nachempfinden nach berühmten Mustern ergötzt, wie wir alle zur Nachempfindung fähig sein müssen, wenn wir den Künstler verstehen wollen; der Künstler selbst aber ist immer ein Vorempfänger. Zu entscheiden, ob etwas bloße dilettantische Nachempfindung oder künstlerische Vorempfindung bedeutet, also ein Welturteil zu fällen, das ist eine Hauptaufgabe der künstlerischen Kritik, im Gegensatz zur philologischen, die nur historische Abhängigkeitsverhältnisse feststellt und Wertmaßstäbe nicht kennt, nicht kennen darf. Ich weiß freilich, daß Professoren auch ästhetische Meinungen von sich geben, nur sind es im System ihrer Wissenschaft Blumen, die streng genommen gar nicht hineingehören, und wo die Ästhetik selbst sich als Wissenschaft ausgibt, ist sie ein Zweig der Psychologie geworden, die die ästhetischen Gefühle wohl mit Worten zu analysieren vermag, wenn sie da sind, niemals aber ihre Entstehung wird erklären können. Kurzgefaßt: die philologische Kritik spricht über das Kunstwerk, vergleicht es (das doch nur im Äußern Ähnliche, im Kern Unvergleichliche!) mit andern: vergleichende Literaturgeschichte, modernstes Steckenpferd — die künstlerische Kritik dagegen konzentriert sich auf ein Kunstwerk, möchte, wo sie anerkennt, allen den Zugang zu seinem Genuße eröffnen: sie will das Kunstwerk wirksam machen!

Diese Prinzipien werden mich bei der Auswahl und Betrachtung neuer literarischer Erscheinungen leiten, und schon die bloße Tatsache, daß ein Werk an dieser Stelle aufgeführt wird, möge seine Bedeutung dartun. Das Werk

soll in seiner Quintessenz selbst zu den Lesern sprechen, es soll vor ihren Augen in die Beleuchtung der großen Fragen gerückt werden: Was für ein Mensch tritt uns aus ihm entgegen? Wie schaut dieser Mensch Welt und Leben an? Was für neue lichte Seiten vermag er dem alten düsteren Thema vom Dasein abzugewinnen, und wieviel Mut und Kraft zu diesem Dasein weiß er uns zu geben? Die Kritik im engern Sinne des Wortes wird dabei eine immanente sein; sie fragt: was wollte der Dichter schaffen und bis zu welchem Grade ist es ihm gelungen?

Also uns interessieren keine solchen Narreteien, keine hypothesenumsponnenen Probleme wie: ob Homer gelebt oder nicht, ob es einen oder mehrere oder gar keinen Nibelungendichter gegeben, ob Bacon Shakespeares Dramen geschrieben oder am Ende doch Shakespeare selber — uns liegt einzig das Werk in seiner künstlerischen Form am Herzen und der Mensch, der dahinter steckt, genauer: das Allgemein-Menschliche, wie es sich in einer eigentümlichen individuellen Beleuchtung darstellt!

Und wir wollen uns erinnern, daß wir unsere Großen besser als mit immer neuen Denkmälern dadurch ehren, daß wir das National-Charakteristische in den von ihnen eröffneten Lebensperspektiven hochhalten und bei aller Schätzung des guten Fremden doch unserer Eigenart getreu bleiben. Ein Merkmal unseres deutschen Nationalcharakters aber ist der Idealismus, die Fähigkeit, sich für die großen Rätsel und Fragen und Forderungen des Daseins und für ihr Abbild in Werken der Kunst ehrlich zu begeistern, an ihnen unser eigenes Leben emporzurichten, und wenn die Stätten, an denen einst Jugend und Idealismus blühten, die deutschen Hochschulen, sich samt und sonders der allein-unseligmachenden Wissenschaft und ihrem Knechtschaftsdogma von der Abhängigkeit aller Dinge ausgeliefert haben, so dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Künstler aufstehen und ihnen, den geistigen Zentren unseres Volkes, Worte der Empörung und des Zorns zurufen. Unsere Großen haben nicht dafür der Nachwelt ihre unsterblichen Werke geschenkt, daß immer neue Schwärme von kraft- und saftlosen Philologen sie mit gelehrten Analysen verkleinern, sondern in erster Linie, damit wir uns freuen und freudig sie nacherleben.

Wie die Welt wohl angefangen,
Und was einst ihr Ende sei —
Sieh, mit kläglichem Verlangen
Forscht darnach Philisterei!

Schnüffeln in den ältesten Schriften,
Kein Geheimnis bleibt verhüllt,
Und mit allen Teufelsgiften
Wird der Wissensdurst gestillt.

Doch was scheeren mich die Heiden?
Eines Lob ich mir allein —
Trotzig durch das Leben schreiten:
Selber Anfang und Ende sein!





Pädagogische Umschau.

Von

Julius Ziehen.

Das Bildungsbedürfnis und seine Befriedigung durch die Universitäten" (Jena 1905, G. Fischer) — in vortrefflicher Klarheit und Kürze hat bei der vor- maligen Augustfeier der Berliner Universität Professor Oskar Hertwig die Grund- lagen dieser ganzen Frage sowie besonders diejenigen beiden Punkte behandelt, die zur Zeit bei ihrer Betrachtung im Mittelpunkt des Interesses stehen: das Frauenstudium und die Universitätsausdehnung. Was das erstere betrifft, so ist es erfreulich zu sehen, wie rückhaltlos der Vertreter der größten Hochschule Deutschlands die Berechtigung des Frauenstudiums anerkennt und in der Er- öffnung der Universitäten für das weibliche Geschlecht einen „Akt sozialer Ge- rechtigkeit“ erkennt, der eine „notwendige Folge der ganzen neuzeitlichen Ent- wicklung“ ist. An die unumwundene Anerkennung dieser Tatsache sehen wir freilich mit Freude auch in Hertwigs Darstellung die Mitteilung angeknüpft, daß der Zuzug von Studentinnen, die zu ernstern Berufsstudien die Hochschule be- suchen, noch nicht allzugroß ist, und daß Hörerinnen, die nur ihre weitere allgemeine Ausbildung im Auge haben, die große Mehrzahl bilden. Die Sache liegt hier wie bei den Mädchengymnasien und den ihnen verwandten An- stalten: man soll sich freuen, daß die Wege geebnet sind, um den Mädchen, die innerer Beruf oder äußere Zwangslage dazu treibt, den Zugang zu den wissen- schaftlichen Berufsarten völlig frei zu halten. Aber dabei darf man die mindestens ebenso bedeutsame und vielleicht sogar noch erfreulichere Seite der neu geschaffenen Einrichtungen wohl darin erblicken, daß auch das allgemeine, durch keinerlei Er- werbsrückichten beeinflusste Niveau der Frauenbildung durch sie auf eine beträchtlich höhere Stufe gehoben, der Unterricht für das weibliche Geschlecht im Sinne Wyhgrams, Gaudigs und anderer Vorkämpfer, wie auch der verdienten Vor- kämpferinnen dieser guten Sache vertieft und in jeder Hinsicht verbessert wird. Es wird höchst lehrreich sein, zu beobachten, wie im Lauf der nächsten Jahre allmählich die Umgestaltung der gesamten Mädchenerziehung sich als erfreuliches Ergebnis des richtigen Vorgehens herausstellen wird, das die Universität und die „gelehrte Schule“ den Frauen und Mädchen eröffnet hat.

Mit Recht sieht Hertwig in der Anwesenheit zahlreicher nicht berufsmäßiger Hörerinnen ein Symptom der großen Bewegung, die in Deutschland wie ander- wärts zur Universitätsausdehnung geführt hat. Auch dieser letzteren steht der

Vertreter der Berliner Hochschule ebenso vorurteilsfrei wie wohlwollend gegenüber und verlangt ganz im Sinne Schmollers, daß auch die Universitätslehrer daran mitarbeiten, „den ungeheuren Riß der Gefittung und Bildung zu überbrücken, der zwischen den besitzenden und arbeitenden Klassen gähnt“. Aber sehr richtig und sehr dankenswerter Weise schließt Hertwig an dies Zugeständnis eine Forderung an, die, nach meiner Ansicht wenigstens, vielfach nicht ausreichend betont wird: er will dafür gesorgt wissen, daß dabei „die wesentliche Aufgabe der Universität, die Studierenden für bestimmte gelehrte Berufe vorzubereiten, nicht Schaden erleidet“, und sieht mit Recht in der Volkshochschule die zweckentsprechende Organisation, durch die solches sich verhüten läßt. Es ist auch meine Überzeugung, daß die Universitätsausdehnung sich mehr und mehr neben der Universität ihre Stätte suchen muß: und ich meinerseits möchte diese Stätte in demjenigen Typus der Hochschulen suchen, den ich an anderer Stelle als den der Fortbildungshochschule bezeichne und zu dem ich in der Frankfurter Akademie für Handels- und Sozialwissenschaften einen höchst bedeutsamen Ansaß erkennen u dürfen geglaubt habe. Großangelegte Fortbildungsanstalten werden sich gewiß mehr und mehr als ein dringendes Bedürfnis nicht nur für Ärzte, sondern für sehr zahlreiche höhere Berufsarten herausstellen, und mit der Arbeit, die sie zu leisten haben, läßt sich vielleicht am ehesten die Arbeit verbinden, die der Volkshochschule zufällt. Große Städte mit reichhaltigen Sammlungen und Museen aller Art sind als Sitz solcher Anstalten natürlich allein geeignet, während für die Universität nach wie vor neben den großen Städten ganz ohne Zweifel auch die kleineren Orte in Ehren bleiben müssen, an denen heute zum Glück so manche treffliche Hochschule mit reichstem Segen wirkt; es wäre vielleicht gut, wenn in einer Zeit, wo alles nach der Großstadt hindrängt, zum Lob dieser kleineren Universitätsstädte einmal ein Gegenstück zu den sehr richtigen Bemerkungen geschrieben würde, die Paul Lorenz vor kurzem den Kleinstadtgymnasien gewidmet hat; für Neugründungen in großen Städten sollte nach meinem Dafürhalten jedenfalls weit weniger die Universität im hergebrachten Sinne des Wortes, als vielmehr der Typus der Fortbildungshochschule in Betracht kommen.

Ob die Universität in ihrer bisherigen Gestalt den Bedürfnissen der Berufsbildung selbst in jeder Hinsicht entspricht? Vom Standpunkte der Pädagogik aus ist diese Frage in der letzten Zeit mehrfach behandelt und insofern z. T. mit „nein“ beantwortet worden, als man die Schaffung eines Lehrstuhles für Erziehungswissenschaft an allen oder doch an mehr als den wenigen Universitäten gefordert hat, an denen heutzutage ein solcher Lehrstuhl wie etwa in Jena besteht. Wilhelm Münch hat diese Forderung schon früher mehrfach, u. a. in seinem schönen Buche über den „Geist des Lehramtes“ (2., verbesserte Aufl., Berlin 1905, G. Reimer), erhoben und sie neulich auf der Hamburger Philologenversammlung zum Gegenstand eines besonderen Vortrages gemacht, der hoffentlich als Einzelschrift erscheinen wird; auch Andere, z. B. Wilhelm Rein und Rudolf Lehmann sind für sie eingetreten, und ich glaube nicht, daß sie auf die

Dauer unberücksichtigt bleiben darf. Schon die nähere Betrachtung des heutigen Zustandes unserer Schulpolitik scheint mir, wie ich das in einem kürzlich zu Frankfurt a. M. gehaltenen Vortrage (Leipzig 1905, B. G. Teubner) zu zeigen versucht habe, deutlich zu lehren, daß wir dringend eine Stätte nötig haben, wo die Grund- und auch zahlreiche Einzelfragen des Bildungswesens, und zwar nicht nur nebenamtlich, zum Gegenstande wissenschaftlicher Forschung gemacht und den künftigen Lehrern höherer Schulen wie auch denen, die sich der Staatsverwaltung zuwenden wollen, vorgetragen werden. Das fachwissenschaftliche Studium der künftigen Oberlehrer braucht nach meiner Ansicht unter solchen Vorlesungen durchaus nicht Schaden zu leiden, und wenn dies nicht der Fall ist, so kommt das wesentlichste Bedenken gegen die Gründung besonderer Lehrstühle für Pädagogik in Fortfall. —

Nach erfreulich kurzer Zeit, schon nach zwei Jahren, hat Münchs oben erwähntes Buch vom „Geist des Lehramtes“ eine neue Auflage erlebt; sehr glücklich formuliert der Verfasser in dem Vorwort zu dieser zweiten Auflage den Zweck seines Buches dahin, daß es bestimmt sei, durch „Denken über Fragen der Erziehungswissenschaft das Verantwortlichkeitsgefühl innerhalb der erzieherischen Betätigung erhöht“ werden zu lassen, und ich denke, er wird jeden ruhigen Beurteiler auf seiner Seite haben, wenn er an derselben Stelle das erste, dem Charakter und den Forderungen des Amtes gewidmete Kapitel seines Werkes gegen Einwände einzelner Kritiker in Schutz nimmt; mit Unrecht haben diese Kritiker in Münchs Ausführungen „Moralpredigten“ erkennen wollen, die der Lehrerstand ebensowenig nötig habe, wie etwa die Juristen. Fein und treffend betont der Verfasser diesem Mißverständnis gegenüber die wahre Absicht seines ersten Kapitels: er will „den Weg des wissenschaftlichen Lehrers aus etwas größerer Höhe beleuchten“ und leistet damit etwas, was diesem Lehrstande nur willkommen sein sollte — es wäre vielleicht für manchen anderen Stand ein Gegenstück zu dieser feinsühligen Belehrung über das Berufsideal und seine Verwirklichung zu wünschen; Berufshilderungen bleiben nur allzu oft einseitig am Äußereren kleben; seien wir doch froh, daß in Münchs Buch der Geist des Lehrberufes von einem Mann behandelt worden ist, der hoch denkt von dem, was der Lehrer zu sein und was er zu leisten hat, und der darum „auf die Selbstverständlichkeit des Rechtes“ allein sich um so weniger verlassen möchte.

Hält Münch den Lehrern der höheren Schule das Berufsideal vor Augen, so finden wir in einem anderen neuerdings erschienenen Buche Gelegenheit, die Tätigkeit des wissenschaftlichen Lehrers im Verhältnis zu den äußeren Formen zu betrachten, in denen sie sich nach den amtlichen Bestimmungen zu bewegen hat. Hans Morsch hat als Ergebnis langjähriger und gewiß recht mühseliger und entfangungsvoller Studien soeben im Verlage von B. G. Teubner (Leipzig 1905) einen sehr wertvollen „Beitrag zur vergleichenden Schulgeschichte und zur Schulreform“ erscheinen lassen, der unter dem Titel „Das höhere Lehramt in Deutschland und Österreich“ die amtlichen Bestimmungen der verschiedenen Staaten über

die Staatsprüfung und den Vorbereitungsdienst zum Lehramt, sowie über die Beförderungen und Reiseprüfungen, außerdem aber auch die Dienstinstruktionen für Leiter und Lehrer höherer Lehranstalten sowie die Aufsichtsbehörden für das höhere Lehramt zusammengestellt und z. T. eingehend betrachtet.

Das Buch zeigt deutlich, daß der Geist des Lehramtes sich in recht verschieden gebauten Körpern zurechtfinden muß und ist schon durch die bloße Zusammenstellung der Schulverhältnisse der einzelnen Staaten recht lehrreich, u. a. wohl geeignet, den Wunsch nach größerer Einheit in den Anforderungen der Reife- und der Oberlehrerprüfung zwischen Nord- und Süddeutschland sehr lebendig zu machen; wir wollen aus ihm an dieser Stelle sonst nur noch den einen Gedanken hervorheben, der gewiß die rückhaltloseste Zustimmung verdient: die Zahl der Schulaufsichtsbeamten muß für die höheren Schulen vermehrt werden — vermehrt werden in dem Sinne, daß wir mehr Fachleute haben, die die Ergebnisse ihrer vielseitigen Beobachtungen an den verschiedenen Schulen und in den verschiedenen Lehrfächern in frei anregender Tätigkeit verwerten. Launig schließt der Verfasser die Darlegung dieses Wunsches mit dem Satze: „Von solchen Schulaufsichtsbeamten muß das Wort gelten: ruhig mag ich ihn erscheinen, ruhig gehen sehen — die beiden nächsten Verse des Loggenburgers wollen wir lieber nicht zitieren“ . . . Das Verständnis für eine richtige Führung des Schulaufsichtsamtes verträgt allerdings noch manche Vertiefung, die hoffentlich bald einmal durch eingehende Darstellung dieser schwierigen Aufgabe gefördert wird; in gleichem Maße müßte und würde wohl auch dabei die Auffassung vertieft werden, die die Inhaber des Lehramtes der Tätigkeit des Aufsichtsbeamten entgegenbringen müssen, wenn die anregende Tätigkeit des letzteren auf fruchtbaren Boden fallen soll.

Läßt sich dies alles durchführen, so ist ein weiterer großer Schritt getan auf dem Wege zur Besserung und Hebung der deutschen höheren Schule, die zwar unendlich viel besser und gesunder ist, als viele ihrer heutigen Gegner glauben wollen, die aber, wie jeder Organismus, gewiß noch gar manche Änderung zum Besseren vertragen kann. Ich erwähne die Gegner unseres bestehenden Schulwesens nicht, um mich auch in diesem Berichte wieder mit ihnen auseinanderzusetzen — das ist in dem vorigen bereits zur Genüge geschehen, und zu dem dort Niedergelegten mag, wer will, in meinem oben erwähnten Frankfurter Vortrag noch einige Ergänzungen suchen. Ich habe in diesem letzteren auch versucht, aufs neue zu betonen, daß man wohl mit Unrecht der höheren Schule so manche üblen Erscheinungen des heutigen Zeitgeistes in die Schule schiebt, an denen in Wirklichkeit ganz andere Träger unserer Volkserziehung die Schuld tragen. Fast will mir scheinen, als ob Ludwig Gurkitt, der temperamentvolle und von seinem Temperament an der ruhigen Betrachtung des Bestehenden oft auch gehinderte Kämpfer zur Neugestaltung des Schulwesens, auch seinerseits noch mehr einsetzen sollte bei der Frage: ist es denn wirklich die Schule, die den Zeitgeist schädigt, und wird nicht vielmehr sie ihrerseits in mancher Hinsicht ein Opfer von Verkehrtheiten des Zeitgeistes, die aus ganz anderer Quelle stammen?

Aus Gurlitts neuestem Buche (Der Deutsche und seine Schule, Erinnerungen, Beobachtungen und Wünsche eines Lehrers, Berlin 1905, Wiegandt und Grieben) lese ich — hoffentlich richtig — außer einem starken Gefühl der Zustimmung zu dem, was die leitenden Gedanken der preußischen Schulreform in den letzten Jahren bildet, den deutlichen Wunsch heraus, den Zusammenhang zwischen Schule und Zeitgeist möglichst scharf aufzufassen und darzustellen. Ich halte diesen Wunsch an sich für sehr berechtigt, weniger aber die Art, wie Gurlitt ihm gerecht zu werden sucht. Denn da er immer die Schule als den gebenden und bestimmenden Teil hinzustellen geneigt ist, verwandelt sich ihm naturgemäß überall das Mißbehagen gegenüber dem Zeitgeiste in ein Mißbehagen gegenüber der Schule, für die er obendrein über ein schwerlich ausreichendes Beobachtungsmaterial verfügt. Von unserer Geselligkeit, die die verständige Jugenderziehung so sehr beeinträchtigt, sagt Gurlitt, sie sei „nun einmal als etwas Gegebenes hinzunehmen“; „jedenfalls können wir diese Lebensformen von der Schule aus nicht reformieren, wennschon wir sie für ungesund und kulturwidrig halten“ — aber ist es richtig, vom Standpunkt solcher ungesunden und kulturwidrigen Lebensformen aus an der Schule zu ändern? Gurlitt setzt dieser Frage kein Nein entgegen; ich halte das Nein für unerläßlich und möchte aus der Schule, wie nicht den Sündenbock des Zeitgeistes, so auch nicht den stets zum Nachgeben und zum Angepaßtwerden bestimmten Teil im Ganzen der Volkserziehung gemacht wissen.

Gurlitt führt als Zeugen für die Verfehrtheit eines großen Teils der heutigen Erziehungswege auch die Erziehungsromane und sonstigen „pädagogischen Dichtungen“ an, auf deren lehrreiche Bedeutung er ohne Zweifel mit Recht hinweist. Aber daß man es sich mit der Benutzung dieser Dichtungen für das Urteil über Wert und Unwert der geltenden Pädagogik nur nicht zu bequem macht! Eine eingehende kritische Betrachtung des ganzen Literaturgebietes, die ich für sehr erwünscht halte, würde sicher zeigen, daß der Zeugenwert sehr zahlreicher Erziehungsromane durch den nachweislich sehr geringen Erfahrungskreis und die — stellenweise auch recht einseitig auf äußere Wirkung bedachte — Subjektivität ihrer Verfasser doch sehr beeinträchtigt wird. Doch darüber wie auch über den Wert der von Gurlitt nicht unbenußt gelassenen Chronik der Schüler selbstmorde ein anderes Mal mehr; ich möchte heute nur noch auf die neuerschienene, dritte und vermehrte Auflage von Rektor Dr. Wohlrahes „Lehrer in der Literatur“ (Osterwieck a. S. 1905, H. W. Zickfeldt) hinweisen — ein Buch, dessen Gedanke so glücklich ist, daß man über einzelne Mängel in seiner Ausführung gern hinwegzusehen geneigt sein wird. Es ist vor allem die Geschichte des Volksschullehrerstandes, die uns da in Auszügen aus der biographischen und poetischen Literatur entgegentritt. Wer lernen will, unter welcher unglaublichen Schwierigkeiten dieser Stand sich in den letzten 150 Jahren zu seiner jetzigen Stellung emporgearbeitet hat, der möge zu diesem Buche greifen. Hinweise auf die Berufsfehler, die der Sitz auf dem Katheder mit sich bringt, bleiben — mit Recht! — durchaus nicht im Hintergrunde, aber beherrscht wird der Eindruck für jeden, der

mit offenen Augen liebt, doch durch das Bild des nach hohen Zielen strebenden Idealismus, der da seine ebenso wichtige wie unscheinbare volkserzieherische Arbeit leistet; und dieser Eindruck kann nur verstärkt werden, wenn man bedenkt, daß das unendlich viele positive Gute, das die Schule leistet, nur allzugern als selbstverständlich hingenommen und darum nicht besonders erwähnt wird, daß aber jeder Mangel, der sich in ihrer Arbeit findet, stets wachsame Augen und mit Worten nicht fargende Erzähler findet.



Heimkehr.

Rauscht ihr wieder
hoch mir zu Häupten,
Meiner Kindheit treueste Wächter,
hundertjährige, heilige Linden?

Rauscht ihr wieder,
Wie einst in des Jünglings
Sehnende Seele,
Mir ins Ohr die lockenden Lieder,
Der stets mit gleichem
Sinnbestrickendem Lächeln gleißenden
Ewig jungen Sirene
Zukunft?

Rauscht ihr wie ehemals
Von wuchtig laufendem,
Klirrendem Schwertschlag
In der werdenden Tage
Stählendem Kampf
Um die höchsten Güter
Des ringenden Mannes:
Liebe, Freiheit und Vaterland?

Tausendfältige,
Sturmbewegte
Gewaltige Farben! —
Verrauscht sind lange

Die Siegesakkorde
Dem müden Kämpfer,
heimgekehrt zur Schwelle der Jugend,
Ein stiller Wandrer.

Ehrwürdige Wipfel,
Lausch ich euch heute
Tiefernt in Andacht,
Weht mir's herab
Aus den flüsternden Blättern
Wie Sage nur
Von verchollenem Glück;
Und in Stimmen,
Lange verstummten,
Weichen, windoverwehten Lauten
Schlägt ans Ohr mir
Der Gruß des Vergangnen.

Fernher aber,
Aus endlosen Weiten,
Kommt schon mahnend
Mit leisen Schauern
Ein wachsender Ton
Von jener Brandung
Am letzten Gestade,
Wo ewig
Welle auf Welle verrauscht.

Aus den nachgelassenen Gedichten von Ernst Scherenberg: Dem Meere zu.
(Eiberfeld 1905. Martini & Grüttfien.)

Alle auf den redaktionellen Inhalt bezüglichen Zuschriften und Sendungen sind zu richten an Dr. Otto Hötzsch, Redaktion der „Deutschen Monatschrift für das gesamte Leben der Gegenwart“, alle Zuschriften in geschäftlichen Angelegenheiten an den Verlag Alexander Duncker. Adresse von Redaktion und Verlag: Berlin W. 35, Lützowstr. 43.

Nachdruck verboten. — Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung, vorbehalten.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Otto Hötzsch, Berlin.

Verlag von Alexander Duncker, Berlin W. 35. — Druck von A. Hopfer in Burg b. M.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin.

Aus Natur und Geisteswelt

Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens in Bändchen von 130—160 Seiten.

Geheftet
Mk. 1.—.

Jedes Bändchen ist in sich abgeschlossen und einzeln käuflich.
Geschenkausgabe (von den neueren Bändchen erschienen)
auf Velinpapier in Ledereinband Mark 2.50.

Gebunden
Mk. 1.25.

In erschöpfender und allgemein-verständlicher Behandlung werden in abgeschlossenen Bänden auf wissenschaftlicher Grundlage ruhende Darstellungen wichtiger Gebiete in planvoller Beschränkung aus allen Zweigen des Wissens geboten, die von allgemeinem Interesse sind und dauernden Nutzen gewähren.

Erschienen sind bis jetzt 90 Bände in folgenden Bibliotheken:

Deutsche — Philosophische — Pädagogische — Religionswissenschaftliche — Geschichtliche — Kulturgeschichtliche — Kunst- und Literaturgeschichtliche — Volkswirtschaftliche — Geographische — Medizinische — Naturwissenschaftliche — Technische Bibliothek.

Naturwissenschaftliche Bibliothek.

Die Grundbegriffe der modernen Naturlehre. Von Professor Dr. Felix Auerbach. Mit 79 Figuren im Text.

Eine zusammenhängende, für jeden Gebildeten verständliche Entwicklung der Begriffe, die in der modernen Naturlehre eine allgemeine und ergatte Rolle spielen.

Aus der Vorzeit der Erde. Vorträge über allgemeine Geologie. Von Professor Dr. Fr. Frech. Mit 49 Abbildungen im Text und auf 5 Doppeltafeln.

Erörtert die interessantesten und praktisch wichtigsten Probleme der Geologie: die Tätigkeit der Vulkane, das Klima der Vorzeit, Gebirgsbildung, Korallenriffe, Talbildung und Erosion, Wildbäche und Wildbachverbauung.

Luft, Wasser, Licht und Wärme. Acht Vorträge aus der Experimental-Chemie. Von Professor Dr. R. Blochmann. Mit 103 Abbildungen im Text. 2. Auflage.

Führt unter besonderer Berücksichtigung der alltäglichen Erscheinungen des praktischen Lebens in das Verständnis der chemischen Erscheinungen ein.

Wind und Wetter. Von Professor Leonh. Weber. Mit 27 Figuren im Text und 3 Tafeln.

Schildert die historischen Wurzeln der Meteorologie, ihre physikalischen Grundlagen und ihre Bedeutung im gesamten Gebiete des Wissens, erörtert die hauptsächlichsten Aufgaben, welche dem ausübenden Meteorologen obliegen, wie die praktische Anwendung in der Wettervorhersage.

Moleküle — Atome — Weltäther. Von Professor Dr. G. Mie.

Stellt die physikalische Atomlehre als die kurze logische Zusammenfassung einer großen Menge physikalischer Tatsachen unter einem Begriffe dar, die ausführlich und nach Möglichkeit als einzelne Experimente geschildert werden.

Unsere wichtigsten Kulturpflanzen. Von Professor Dr. K. Giesenhagen. Mit 40 Figuren im Text.

Behandelt die Getreidepflanzen und ihren Anbau nach botanischen wie kulturgeschichtlichen Gesichtspunkten, damit zugleich in anschaulichster Form allgemeine botanische Kenntnisse ermittelnd.

Der Befruchtungsvorgang. Von Dr. Ernst Reichmann. Mit 7 Abbildungen im Text und 4 Tafeln.

Es wird in diesem Bändchen versucht, die Ergebnisse der modernen Forschung, die sich mit dem Befruchtungsvorgang befaßt, einem weiteren Kreise zugänglich zu machen.

Die Beziehungen der Tiere zueinander und zur Pflanzenwelt. Von Professor Dr. K. Kraepelin.

In großen Zügen eine fülle wechselseitiger Beziehungen der Organismen zueinander.

Chemie in Küche und Haus. Von Prof. Dr. G. Abel. Mit Abbildungen im Text und einer mehrfarbigen Doppeltafel.

Das Bändchen will Gelegenheit bieten, die in Küche und Haus täglich sich vollziehenden chemischen und physikalischen Prozesse richtig zu beobachten u. nutzbringend zu verwerten.

Auf Wunsch ausführlichen illustrierten Katalog umsonst und postfr. vom Verlag.

Deutschland und England

Randbemerkungen eines Hanseaten.

Preis Mark 0.50.

Von
Andreas Gildemeister.

Weil England — kein offiziöser Beschwichtigungsversuch, keine Sympathie und Freundschaft zwischen Individuen beseitigt die Tatsache — unser höchst gefährlicher politischer Feind ist, darum sollen wir schweigend mit aller Kraft Waffen schmieden zur Abwehr.

Obwohl England unser politischer Feind ist, sollen wir Gerechtigkeit und Würde genug besitzen, seine großen Eigenschaften anzuerkennen. Wir sollen nie in ihm unsern germanischen Stammesgenossen vergessen, mit dem die geistige Gemeinschaft festzuhalten, von dem, als dem in vieler Beziehung weiter entwickelten, politisch und sozial sehr viel für uns zu lernen ist. Wir wollen vor allem ein wenig Aristokratie — nicht englische, aber germanische — von ihm importieren, um, was wir selbst vor dieser neudeutschen Parvenü-Zivilisation davon besessen haben, aufs kräftigste wieder zu beleben.

Reines Deutschtum.

Von FRIEDRICH LANGE.

Grundzüge einer nationalen Weltanschauung.

Mit einem Anhang: Nationale Arbeit und Erlebnisse.

Dritte bis fünfte stark vermehrte Auflage. — 443 Seiten. — Geh. Mk. 4.—, geb. Mk. 5.—.

„Es ist ein Buch, an dem Gustav Freytag und Heinrich von Treitschke ihre helle Freude haben würden, ein männlich-nationales Bild aus der deutschen Gegenwart, das auf alle Mitlebenden anfeuernd und belebend wirken muß. **Ein vortreffliches Buch deutscher Gesinnung!** Ernste, nachhaltige Freude.“ Deutsche Wacht.

„Es ist erfreulich, daß von diesem trefflichen Buche eine fünfte Auflage notwendig geworden ist. Denn es enthält „so etwas wie das Protokoll der Lebensarbeit“ eines der besten Deutschen unserer Zeit. **Jeder unabhängige nationale Mann, der das Buch noch nicht kennt, sollte es schleunigst kaufen, gründlich studieren und darnach sein Leben einrichten**“. Rhein.-Westf. Ztg.

Der als Vorkämpfer einer deutsch-bewußten Entwicklung unseres Volkes bekannte Verfasser beleuchtet vom **Standpunkte eines entschlossenen Nationalismus** die Verhältnisse und Bestrebungen der Gegenwart und baut die **neudeutschen Gedanken begrifflich zu einer nationalen Weltanschauung** aus. — Der Anhang enthält die wertvollen Berichte über die **Umsetzung der nationalen Weltanschauung in praktische Kulturpolitik**. (Kolonialpolitische Erinnerungen, Schulreform, Deutschbund, Deutsche Zeitung, nationale Reform unseres Parteiwesens.)

ALEXANDER DUNCKER * KGL. HOFBUCHHANDLUNG * BERLIN W. 35, LÜTZOW-STRASSE 43.